



2. Sitzung

Wiesbaden, den 18. Februar 2009

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	21	<i>Abg. Nancy Faeser (SPD)</i>	
<i>Entgegengenommen</i>	21	<i>Abg. Wolfgang Decker (SPD)</i>	
Präsident Norbert Kartmann	21	<i>Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP)</i>	
Günter Rudolph	21	<i>Abg. Jürgen Frömmrich (B90/GRÜNE)</i>	
1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten betreffend „Aufbruch in der Krise – Hessen startet in das nächste Jahrzehnt“	21	<i>Gewählt als stellvertretende Mitglieder:</i>	
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	80	<i>Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU)</i>	
Ministerpräsident Roland Koch	21	<i>Abg. Astrid Wallmann (CDU)</i>	
Thorsten Schäfer-Gümbel	36	<i>Abg. Peter Beuth (CDU)</i>	
Florian Rentsch	48	<i>Abg. Dieter Franz (SPD)</i>	
Tarek Al-Wazir	56	<i>Abg. Heike Habermann (SPD)</i>	
Janine Wissler	62	<i>Abg. Wolfgang Greilich (FDP)</i>	
Dr. Christean Wagner	66	<i>Abg. Ellen Enslin (B90/GRÜNE)</i>	87
Willi van Ooyen	77	Vizepräsident Frank Lortz	87
Vizepräsident Frank Lortz	80	3. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Anpassung des Beamtenrechts in Hessen an das Beamtenstatusgesetz (Hessisches Beamtenrechtsanpassungsgesetz – HBRAnpG)	
12. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Räumung des rechtswidrigen Hüttendorfs im Kelsterbacher Wald		– Drucks. 18/26 –	87
– Drucks. 18/50 –	80	<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i>	92
<i>Angenommen</i>	87	Minister Volker Bouffier	87
Vizepräsidentin Sarah Sorge	75, 77	Günter Rudolph	88
Axel Wintermeyer	75	Jürgen Frömmrich	89
Mathias Wagner (Taunus)	75	Holger Bellino	90
Günter Rudolph	75	Hermann Schaus	90
Leif Blum	76	Dr. Frank Blechschmidt	91
Hermann Schaus	76, 83	Vizepräsident Frank Lortz	92
Peter Beuth	80	4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen	
Frank-Peter Kaufmann	81	– Drucks. 18/27 –	92
Minister Volker Bouffier	82, 86	<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, überwiesen</i>	101
Thorsten Schäfer-Gümbel	84	7. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Konjunkturprogramm des Bundes	
Wolfgang Greilich	85	– Drucks. 18/45 –	92
Ursula Hammann	86	<i>Dem Haushaltsausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, überwiesen</i>	101
Vizepräsident Frank Lortz	87		
2. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Landespersonalkommission			
Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
– Drucks. 18/44 –	87		
<i>Gewählt als Mitglieder:</i>			
<i>Abg. Holger Bellino (CDU)</i>			
<i>Abg. Dr. Norbert Herr (CDU)</i>			
<i>Abg. Karin Wolff (CDU)</i>			

(Beginn: 10:01 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Plenarsitzung, die zweite in dieser Legislaturperiode, und heiße Sie ganz herzlich willkommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teile ich Ihnen zunächst mit, dass Frau Abg. Nicola Beer mit Wirkung vom 5. Februar 2009 ihr Mandat als Abgeordnete niedergelegt hat.

(Beifall des Abg. Hugo Klein (Freigericht) (CDU) – Heiterkeit)

– Ich will allen Gelegenheit geben, das zu tun, was Herr Klein getan hat, indem ich Frau Beer zur Ernennung zur Staatssekretärin herzlich gratuliere. Liebe Nicola, alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Gleichzeitig begrüße ich in unseren Reihen einen neuen Kollegen als Nachrücker, Herrn Abg. Paulus. Herzlich willkommen, Gratulation. Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit und uns eine gute Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Nächster Punkt: Frau Abg. Petra Müller-Klepper hat ebenfalls mit Wirkung vom 5. Februar 2009 ihr Mandat als Abgeordnete niedergelegt. Ich gratuliere ihr zur Ernennung zur Staatssekretärin. – Ich habe das in einem Satz gesagt, damit Herr Klein nicht wieder an der falschen Stelle klatscht.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße herzlich in unserer Mitte Herrn Abg. Hans-Peter Seyffardt aus dem Rheingau – das muss in diesem Fall hinzugefügt werden. Herr Seyffardt, herzlich willkommen, alles Gute für Ihre Zeit hier.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Tagesordnung vom 11. Februar 2009 mit sechs Punkten liegt Ihnen vor.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Konjunkturprogramm des Bundes, Drucks. 18/45. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann nehmen wir ihn als Punkt 7 auf die Tagesordnung. Die Redezeit ist in unserem neuen Beiblatt geregelt. – Bitte schön, Herr Kollege Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Aus arbeitsökonomischen Gründen können wir das mit der Debatte über das Konjunkturprogramm verbinden. Dann brauchen wir keine zusätzliche Redezeit und haben alle etwas davon. Das müsste Punkt 3 sein.

(Axel Wintermeyer (CDU): Gern, guter Vorschlag!)

Präsident Norbert Kartmann:

Nein, das ist Punkt 4: Förderung von Infrastrukturinvestitionen. Also Punkt 4 gemeinsam mit Punkt 7 aufrufen – danke schön.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Verurteilung rechter Gewalt, Drucks. 18/46. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird er Punkt 8. Redezeit gemäß unserer neuen Regelung.

Wir tagen heute bis zur Erledigung der Tagesordnung; das ist so vereinbart, logischerweise. Wir beginnen mit Punkt 1, der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten. Danach kommen wir zu Punkt 2, der Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Landespersonalkommission.

Entschuldigt fehlen heute Frau Abg. Müller (Schwalmstadt) und Frau Dr. Judith Pauly-Bender; beide sind erkrankt. Ich wünsche gute Genesung.

Heute Abend, im Anschluss an die Plenarsitzung, tagt der Hauptausschuss in Sitzungsraum 501 A, der Innenausschuss trifft sich in Sitzungsraum 204 M, und der Haushaltsausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr tagen gemeinsam in Sitzungsraum 510 W. Direkt im Anschluss an diese gemeinsame Ausschusssitzung kommt der Haushaltsausschuss, ebenfalls in Sitzungsraum 510 W, zu seiner zweiten Sitzung zusammen.

Wir gratulieren nachträglich Herrn Kollegen Bellino zu seinem 50. Geburtstag. Lieber Holger Bellino, alles Gute und Gottes Segen für die nächsten Jahre.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich verweise auf Folgendes. Mit den parlamentarischen Geschäftsführern habe ich abgestimmt, dass der Termin der Wahl der nicht richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs, der nach § 2 Abs. 2 des Staatsgerichtshofgesetzes möglichst in der zweiten Sitzung des Landtags von dessen Präsidentin oder Präsidenten zu bestimmen ist, auf Mittwoch, den 1. April 2009, vormittags, gelegt wird, sodass die entsprechenden Verteidigungen vor Eintritt in die Mittagspause dieser Plenarsitzung stattfinden können.

Ich begrüße auf der Tribüne die Schülerinnen und Schüler der Kellerskopfschule. Sind sie schon da? – Jawohl, herzlich willkommen. Da gibt es einen Modellversuch „Haupt- und Realschulen im Hessischen Landtag“, um mit Schülerinnen und Schülern der Haupt- und Realschule ein Stück politische Bildung zu üben. Vielen Dank, dass Sie da mitmachen.

Meine Damen und Herren, damit sind die amtlichen Bekanntmachungen erschöpft.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 1:**

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten betreffend „Aufbruch in der Krise – Hessen startet in das nächste Jahrzehnt“

Vereinbart sind 60 Minuten Redezeit. Zur Abgabe der Regierungserklärung erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Koch das Wort. Bitte schön.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Abgabe der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten nach der Wahl und nach der Amtsübernahme einer neuen Regierung gehört zu den zentralen und wichtigen parlamentarischen Ereignissen, weil sie logischerweise den Maßstab setzt für manche Debatte, die wir in den kommenden Jahren miteinander füh-

ren werden. Sie ist deshalb eine besonders wichtige Erklärung.

Ich will hinzufügen: Sie ist für mich immer wieder auch eine besonders schwierige Erklärung – nicht deshalb, weil der Inhalt nicht hinreichend präzise vorher vorbereitet wäre,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das auch!)

sondern deshalb, weil ich sie vorlesen muss und natürlich Wert darauf gelegt wird, dass nicht nur die Fraktionen sie vorher haben, sondern sie auch ein abgestimmtes Regierungsprojekt ist.

Ich will diese Aufgabe wahrnehmen, indem ich Ihnen beschreibe, was sich die Regierungskoalition aus CDU und FDP an Prinzipien und an konkreten Projekten für die vor uns liegenden fünf Jahre vorgenommen hat.

Die vorgezogene Landtagswahl am 18. Januar hat ein eindeutiges Ergebnis erbracht. Das, was vorher auch in diesem Hause oft die „hessischen Verhältnisse“ genannt wurde, ist vorbei. Seit zwei Wochen hat Hessen wieder eine Landesregierung, die von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung und damit auch einer stabilen Mehrheit dieses Hauses getragen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Minus vier!)

Die Wiedererlangung der vollen politischen Handlungsfähigkeit kommt zu einer Zeit, in der uns die Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten und in der gesamten Wirtschaft vor beträchtliche Schwierigkeiten stellen. Niemand kann am heutigen Tag das ganze Ausmaß dieser Krise überblicken. Umso wichtiger ist es für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, dass die politische Nachrichtenlage von nun an wieder durch ein nach vorne gerichtetes Handeln und greifbare Ergebnisse bestimmt wird.

„Vertrauen, Freiheit, Fortschritt“ – unter dieses Motto haben CDU und FDP ihren Koalitionsvertrag gestellt. Vertrauen, Freiheit und Fortschritt geben Impulse für den Aufbruch in der Krise; denn wir wollen Hessen in ein erfolgreiches Jahrzehnt führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der 18. Januar war eine Richtungswahl. Die hessischen Bürgerinnen und Bürger haben über den politischen Kurs der kommenden fünf Jahre entschieden. Selten lagen die Alternativen vor einer Wahl so deutlich auf dem Tisch:

Von CDU und FDP, die jetzt diese Regierung tragen, gab es eine klare Koalitionsaussage für ein bürgerliches Bündnis auf der Basis einer breiten inhaltlichen Übereinstimmung in den meisten Sachfragen.

Die Parteien von SPD und GRÜNEN und die Linkspartei hatten mit ihrem Koalitionsvertrag und ihrem Tolerierungsabkommen schon ein fertiges Konzept vorgelegt. Jeder Wähler konnte sich deshalb im Vorfeld ein klares Bild davon machen, wohin die Fahrt jeweils gehen würde.

Die Wählerinnen und Wähler haben am 18. Januar ein deutliches Votum für eine Fortsetzung bürgerlicher Politik in diesem Land abgegeben. Sie haben sich klar gegen das rot-rot-grüne Experiment entschieden.

Bürgerliche Politik für Hessen bedeutet eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, seine individuellen Freiheiten respektiert und ihn als eigenverantwort-

lichen Bürger stärkt. Bürgerliche Politik für Hessen bedeutet eine Politik, die auf eine Kultur des Miteinanders baut, die allen eine Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe gibt. Bürgerliche Politik für Hessen bedeutet auch eine Politik, die zur Förderung des Wohlstands und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beiträgt, die willensstark und durchsetzungsfähig ist, um bedeutende Infrastrukturprojekte zu verwirklichen, und der man in Zeiten wie diesen am ehesten zutraut, die anstehenden Probleme zu lösen.

CDU und FDP stellen gemeinsam diese neue Regierung – wie bereits von 1999 bis 2003. An diese Zusammenarbeit in Zeiten großer Herausforderungen können und werden wir im Jahr 2009 anknüpfen, wenn es darum geht, die Krisen heutiger Zeit zu bewältigen und Hessen als Erfolgsland in ein neues Jahrzehnt zu führen. Anders als damals gibt es ein solides Fundament, auf das wir aufbauen können.

Die neue Koalitionsregierung verkörpert beides: die Fortsetzung einer Politik, die Hessen in den vergangenen Jahren auf einen erfolgreichen Kurs gebracht hat – mit klar formulierten Zielen und Verlässlichkeit in der Umsetzung. Zugleich steht diese Regierung auch für Veränderung – für das Lernen aus Fehlern und die Bereitschaft zum Aufbruch.

Mit uns gibt es keine Tabula rasa, keinen Neuanfang bei null, erst recht keine illusionären Versprechungen. Aber genauso wenig wird es ein einfaches „Weiter so!“ geben können.

Die globale Wirtschaft, die Themen, die dazu auf der Tagesordnung stehen, stehen über – manche würden auch „überschatten“ sagen – allem, was wir an politischen Aktivitäten, Plänen und Vereinbarungen im Augenblick miteinander diskutieren. Wir stehen nun einmal vor dem größten Wachstumseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg. Grundsolide Unternehmen brechen in nie da gewesenen Ausmaß die Aufträge weg. Die Kreditmärkte sind nach wie vor verstopft. Viele Unternehmen erzielen Rekordverluste, melden Kurzarbeit an oder stehen gar vor der Insolvenz. Ganzen Branchen droht der Zusammenbruch.

Viele Menschen in unserem Land, viele, die wir kennen und mit denen wir täglich sprechen, haben deshalb Angst um ihren Arbeitsplatz, Angst um ihre Altersversorgung, Angst vor sozialem Abstieg. Sie fürchten sich vor einer ungewissen, für sie nicht mehr beschreibbaren Zukunft.

Ich denke, auch das gehört zur politischen Analyse der Ausgangsbedingungen unserer Arbeit: Zu all diesen Sorgen und Ängsten kommt auch Wut: auf das Versagen und die Gier einiger weniger, die unter Ausblendung der eingegangenen Risiken horrenden Spekulationsgewinne erzielt haben, bis dann das Kartenhaus in sich zusammenfiel und letztlich die sogenannte Realwirtschaft in den Strudel mehr und mehr hineingezogen wird.

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise, deren Dramatik gerade darin liegt, dass sie alle Regionen der Welt gleichzeitig betrifft, stellt für Hessen eine ernst zu nehmende Bedrohung dar. Weil hessische Unternehmen auf den internationalen Märkten immer schon eine besonders starke Präsenz hatten, weil wir oft der Knotenpunkt der Geschäfte quer über den Kontinent und quer über die Welt sind, reagieren unsere hier ansässigen Unternehmen und damit die ganze Region besonders empfindlich auf solch massive Wachstumseinbrüche, wie wir sie zurzeit erleben.

Natürlich sind wir stolz darauf, der führende Finanzplatz zu sein. Wir müssen aber deshalb jetzt mit der besonderen Herausforderung umgehen, dass wir direkter von der Bankenkrise betroffen sind als Regionen, in denen es bestenfalls kleinere Filialen von Bankinstitutionen gibt. Das ist, wenn man so will, der Preis, den wir in schlechten Zeiten für unsere weitreichende Vernetzung zahlen. Aber genau diese Vernetzung ist gleichzeitig unsere große Stärke: Wir sind das wohlhabendste Bundesland mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen aller deutschen Flächenländer. Die Beschäftigung lag zuletzt auf Rekordniveau: Ende 2008 hatten wir mehr als 3,1 Millionen Erwerbstätige in Hessen – so viele wie noch nie zuvor in unserer Geschichte. Die Arbeitslosenquote erreichte immerhin den niedrigsten Stand seit über 15 Jahren.

Dank unserer zentralen Lage, unserer hervorragenden Infrastruktur und der exzellent ausgebildeten Arbeitskräfte sind wir selbst mitten in dieser schwierigen Krise noch besser aufgestellt als so mancher unserer nationalen und internationalen Wettbewerber. Deshalb ist die Botschaft auch: Wir haben eine Chance in dieser Krise, wir müssen uns nicht verzagt zeigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, in Krisenzeiten ist es wichtiger denn je, dass man sich auf solche Stärken besinnt. Dazu gehört auch das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unseres Staates.

In den vergangenen Monaten hat die Hessische Landesregierung bereits mehrfach – ob im Zusammenspiel mit der Bundesregierung, dem Hessischen Landtag oder in der alleinigen Verantwortung – einen Beitrag zur Stabilisierung der Märkte und für den Erhalt hessischer Arbeitsplätze geleistet: im Zuge der Ausarbeitung des Rettungspakets für die Banken, bei der Erhöhung des Bürgerschaftsrahmens auf 500 Millionen € für die in Schwierigkeiten geratene Automobilindustrie oder bei den Überbrückungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen aus Hessen.

Dabei gilt es gerade an dem heutigen Tag erneut zu sagen: In der öffentlichen Wahrnehmung – wer immer heute die Zeitung liest – steht immer der Großbetrieb im Mittelpunkt. Viele mittelständische Unternehmen haben die Sorge, dass sie dabei vergessen werden, dass das, was wir diskutieren, nur für die Großen ist.

Deshalb will ich an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal erklären: Was der Hessische Landtag an Rahmen und Unterstützung beschlossen hat, was die Hessische Landesregierung den Unternehmen in diesem Land anbietet, gilt für alle Unternehmen, ob sie 5, ob sie 20, ob sie 200 oder ob sie 5.000 oder 10.000 Arbeitnehmer haben. Wir machen keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Unternehmen, wenn es um die Rettung von Positionen in der Krise geht. Sie sind uns gleich wichtig und werden gleich behandelt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich weiß, dass bis hin zu den internationalen Wirtschaftsbeziehungen die Zukunft einiger Unternehmen wie das mit Sitz in unserem Bundesland liegende Unternehmen Opel besondere Aufmerksamkeit erregt. Deshalb sage ich auch hier in aller Klarheit: Es macht keinen Sinn, jeden Tag neue Vorschläge zu unterbreiten. Es macht keinen Sinn, in aller Öffentlichkeit jedes einzelne Element der Herausforderungen und Möglichkeiten zu diskutieren.

Aber ich sage auch: Die Bundesregierung und die vier Landesregierungen, die mit Opel-Sitzen verbunden sind, sind auf einem gemeinsamen Weg und bereit, das Notwendige zu tun, um Opel in Deutschland und Europa stabil zu erhalten. Dies erfordert aber auch die Mitwirkung des Unternehmens selbst. Was am Ende nicht geht, ist, dass die Unternehmensanteile in Amerika verpfändet werden, um anschließend als Bedingung für diese Verpfändung zu verbieten, dass die europäischen Unternehmen an den Rettungsaktionen beteiligt werden. Wir wollen eine Gemeinsamkeit und Gleichheit an allen Stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich glaube, dass wir bisher gute Wege auch des Gesprächs über diese durchaus kritischen Fragen gefunden haben. Aber wir werden sehr schwierige Verhandlungen zu einem guten Ergebnis bringen müssen. An meinem Optimismus ändert das nichts. Ich glaube, dass es für alle anstehenden Fragen Lösungen gibt, dass aber nach dem gestrigen Tag jedermann deutlich geworden ist, dass wir jetzt auch mit der amerikanischen Regierung und dem amerikanischen Unternehmen eine Gesprächsgrundlage finden müssen.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass – anders, als in Presseverlautbarungen vermutet – keine konkreten Beschlüsse hinsichtlich Europa gefasst worden sind, sondern dass GM, vielleicht in letzter Minute, erkannt hat, dass es richtig ist, in den Sanierungsplan schlicht hineinzuschreiben, dass mit uns gesprochen werden muss. Das ist eine Grundlage, auf der das möglicherweise geschehen kann.

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um die Situation einzelner Unternehmen, sondern wir reden über die Situation ganzer Branchen. Deshalb werden wir dem Landtag noch heute einen Gesetzentwurf für die Umsetzung des hessischen Sonderinvestitionsprogramms Schul- und Hochschulbau vorlegen. Man mag über manche Details der Programme streiten. Ich glaube aber, es gibt einen großen Konsens – quer über die Bundesrepublik Deutschland, in den Bundesländern und in den Kommunen, die für die Ausführung verantwortlich sind –, dass es sich um eine sinnvolle Maßnahme handelt, um die Binnenkonjunktur, jedenfalls in den Branchen, die wir damit ansprechen können, in dieser Zeit zu unterstützen.

Allein das Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen für Schul- und Hochschulbau, das wir Ihnen vorschlagen, löst vorgezogene Investitionen in Höhe von 1,7 Milliarden € aus. Viele mittelständische Bau- und Handwerksbetriebe erhalten in der Krise umfangreiche Aufträge. Unser Ziel ist, dass die Bauindustrie mitten in dieser Krisenzeit keinen Beschäftigungsabbau verkraften muss. Damit die Auftragsvergabe so schnell wie möglich erfolgt, heben wir die Grenzen für die freihändige Vergabe deutlich an, die eine schnelle und unkomplizierte Auftragsvergabe vor Ort ermöglicht.

Zugleich nutzen wir – jenseits der Bauindustrie – die Chance, dass Schüler, Lehrer und Studierende in kürzester Zeit neue Klassen- und Unterrichtsräume, neue Laboratorien und Lehrmaterialien erhalten. Es geht nämlich nicht um die Menge verbauten Betons, so wichtig das für die Bauwirtschaft und die Bauindustrie mit ihren 100.000 Arbeitsplätzen in unserem Lande ist, die daran hängen, sondern es geht darum, dass wir damit zugleich Ziele erreichen, die in unseren gemeinsamen gesellschaftlichen Interessen sind, die wir in zwei oder drei Jahren sowieso hätten anstreben müssen, die wir jetzt, um Arbeitsplätze zu erhalten, schneller anstreben können und mit denen

wir zugleich einen Mehrwert schaffen, der gerade auch im Bereich von Bildung und Ausbildung deutlich werden wird.

In dem Sonderinvestitionsprogramm geht es nicht nur um die Bauwirtschaft, um Bildung und Ausbildung, sondern das Programm ermöglicht uns zugleich die Durchführung von Maßnahmen unter den Stichworten Umweltschutz und Nachhaltigkeit, die wir in absehbarer Zeit ansonsten nicht hätten verwirklichen können. Das Programm senkt nämlich die Betriebskosten und den CO₂-Ausstoß unserer öffentlichen Gebäude. Es leistet damit einen dauerhaften Beitrag für den Landeshaushalt und zugleich für den Klimaschutz. Es ist ein Programm, das vielen Interessen gleichzeitig gerecht wird, und es ist damit das richtige Programm zur rechten Zeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Natürlich sind die Mittel eines einzelnen Bundeslandes im Verhältnis zum Ausmaß der vor uns stehenden Krise der Wirtschaft begrenzt. Aber sie sind groß genug, um über einen begrenzten Zeitraum krisengeschüttelten Branchen zu helfen. Es handelt sich um „Feuerwehreinsätze“ des Staates und nicht um reguläres Geschäft, nicht um die tägliche Arbeit in der politischen Aufgabenverteilung in einer sozialen Marktwirtschaft. Solche Einsätze gehören aber eben auch zu den Regeln einer sozialen Marktwirtschaft, die nicht tatenlos zusehen will, wie Arbeits- und Existenzmöglichkeiten jenseits dessen zerstört werden, was normale marktwirtschaftliche Ausleseprozesse zu organisieren haben. Häufig sind die „Feuerwehreinsätze“ dieser Tage das letzte Mittel, um die massenhafte Entlassung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verhindern.

Es gehört aber dazu, in gleicher Deutlichkeit zu sagen: Sobald die „Feuerwehreinsätze“ vorüber und die Brände gelöscht sind, werden wir uns in dieser Landesregierung sehr intensiv damit zu befassen haben, wie neue Brände zu verhindern sind. Dass sich eine solche Krise auf den internationalen Finanzmärkten nicht wiederholt, daran haben alle ein Interesse; aber ein Bundesland, in dem die Finanzindustrie in Deutschland ihren Hauptsitz hat, muss ein besonderes Interesse daran haben. Wir brauchen international bessere Richtlinien zur Kreditvergabe, und an manche gerichtet dürfen wir durchaus formulieren, dass die Ansprüche an die Regulierung, die wir in Deutschland haben, jetzt auch international Standard werden müssen. Wir brauchen bessere Regeln zur Bewertung von Risiken, und wir brauchen mehr Transparenz. Diese Regeln müssen weltweite Gültigkeit haben. Wir als Land Hessen werden in unserem Zuständigkeitsbereich einen Beitrag dazu leisten, dass solche Regeln am Ende auch eingehalten werden.

Unsere Verantwortung, etwa in der Börsenaufsicht, geht viel weiter, als dies in den meisten anderen Bundesländern der Fall ist. Ich will hinzufügen: Dieser „Feuerwehreinsatz“ braucht, auf Dauer gesehen, einen guten „vorbeugenden Brandschutz“. Wir müssen rechtzeitig wissen, wann solche Krisen entstehen und wie sie beherrschbar sind. Deshalb wird die Hessische Landesregierung in der Diskussion mit der Bundespolitik weiterhin sagen: Finanzmarktinstitutionen und Finanzaufsicht gehören zusammen. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen nicht nur einige Büros in Frankfurt hat und ihre Mitarbeiter zu häufigem Zugsinsatz zwingt, sondern dass sie umgesiedelt wird und – auch als international sichtbares Zeichen – am

Sitz der Bundesbank und vieler Finanzinstitutionen, Frankfurt am Main, dauerhaft präsent ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen in der auf europäischer Ebene geführten Diskussion, in der es bisher eine gewisse Vorprägung zugunsten Frankfurts hinsichtlich der Aufsichts- und Regulierungsgremien für die Versicherungswirtschaft gibt, sehr dafür werben, dass auch eine enge Verbindung zwischen der Europäischen Zentralbank und der europäischen Finanzaufsicht hergestellt wird. Das heißt, wir bewerben uns auch darum, dass die deutsche, aber auch die europäische Finanzaufsicht räumlich immer mehr mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank, mit Frankfurt am Main, verbunden werden.

So richtig und – nach meiner Ansicht – alternativlos es ist, dass der Staat in schwierigen Zeiten als entschlossener Krisenmanager auftritt, so sehr müssen wir auch darauf achten, dass die über Jahrzehnte geschaffenen Grundzüge eines erfolgreichen wirtschaftlichen Ordnungsrahmens, nämlich der sozialen Marktwirtschaft, nicht aufgegeben werden und damit denen Wasser auf die Mühlen gekippt wird, die schon immer für einen Systemwechsel gekämpft haben. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft auch in Zukunft haben. Wir wollen keinen Sozialismus in Hessen, in Deutschland oder woanders als Konsequenz dieser Krise.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenigstens das bringt die zum Klatschen! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Staatswirtschaft lehnen wir ab. Sie schwächt die Kreativität und den Freiheitsdrang der Menschen, und sie verhindert Wachstums- und Wohlstandsperspektiven. Denn nicht der Staat schafft in unserer Wirtschaftsordnung Arbeitsplätze, sondern die Unternehmen schaffen sie.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Die derzeitige Krise dient uns durchaus als Ansporn, durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen jetzt erst recht zu erreichen, dass ausländische Investoren auch nach Hessen schauen und Unternehmen an diesen Standort gebunden werden. Wir sollten die Situation nicht unterschätzen, gerade wenn wir über den Finanzmarkt sprechen. Manche haben Deutschland kritisiert oder verlacht, weil wir für die Regelungen, z. B. betreffend Finanzdienstleistungen, längere Zeit gebraucht und detailliertere Gesetze gemacht haben. Das war in den Zeiten des Investmentbanking möglicherweise ein Nachteil; es kann aber jetzt zu einem Vorteil werden, da die Qualität deutscher Regulierung und die Qualität deutscher Finanzinstitutionen bei Vermögensanlagen nicht weniger interessant geworden sind. Die Tatsache, dass wir in Zukunft dafür kämpfen müssen, dass Produkte offen an den Börsen und nicht mehr verdeckt in Systemen, die keiner mehr durchschaut, gehandelt werden, ist eine riesige Chance für die größte und erfolgreichste Börse der Welt. Wir gehen mit gewaltigen Zukunftschancen in die kommende Zeit, und wir wollen diese Chancen gerade in Hessen nutzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dafür müssen wir eine ganze Menge tun, auch jenseits der großen internationalen Fragen. Das sind unsere Hausaufgaben. Das gilt für den Abbau von Bürokratie, das gilt z. B. für die Beschleunigung von Existenzgründungen, wo wir mit dem Modellprogramm „Existenzgründung in sie-

ben Tagen“ in Deutschland ganz weit vorne sind. Das gilt für den Ausbau von Einrichtungen für Lehre und Forschung und vor allem für die Vernetzung von Forschungseinrichtungen mit der Wirtschaft, das gilt für den Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, das gilt für die Bereitstellung einer modernen, klimaverantwortlichen, aber auch bezahlbaren Energieversorgung.

Das gilt nicht zuletzt für die Realisierung eines Europas der Bürger, an dem wir auch in Zukunft in föderaler Verantwortung – ohne das Abgeben jeder Verantwortung an eine anonyme Bürokratie in Brüssel – mit dem Selbstbewusstsein einer gesetzgebenden Region teilnehmen wollen.

Forschungsintensive Unternehmen aus der ganzen Welt kommen genau deshalb zu uns, weil sie hier ein dichtes Netz aus Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen vorfinden, mit gut ausgebildeten Absolventen und einem kurzen Draht zu den neuesten Entwicklungen. Darin liegen unsere Stärken für die Zukunft.

Wenn Sie sich das konkret anschauen, stellen Sie fest: Die Wissenschaftsinvestitionen fallen nun einmal unter unsere Verantwortung. Wir haben mit der Frage umzugehen, wie die Hochschulen aussehen.

An allen hessischen Hochschulen sieht man derzeit Baugruben und Kräne. Im Rahmen des Hochschulbauprogramms HEUREKA werden wir für insgesamt 3 Milliarden € neue Hörsäle, Bibliotheken und Forschungszentren entstehen lassen und auf diese Weise mit einem großen Kraftakt Anschluss an die süddeutschen Länder und ihre Wettbewerbsfähigkeit bei den Universitäten finden, die wir in den Neunzigerjahren leider verloren haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber es geht natürlich nicht nur um Bauwerke – so wichtig sie auch sind und so wichtig die Philosophie ist, in Zukunft an allen Hochschulstandorten mit Campusuniversitäten präsent zu sein. Es geht darum, dass in diesen Hochschulen ausreichend Mittel vorhanden sind, um Forschungsprojekte von internationalem Rang verwirklichen zu können.

Zusätzlich zu dem, was die Bundesregierung dort in den letzten Jahren gemacht hat, haben wir mit dem Exzellenzprogramm LOEWE die Voraussetzung dafür geschaffen, dass in dieser Legislaturperiode 410 Millionen € außerhalb der normalen Hochschulmittel in die Stärkung der hessischen Forschungslandschaft – in die Verbindung von Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Wirtschaft – investiert werden. Damit haben wir einen Meilenstein gesetzt, um den uns die meisten anderen Bundesländer, ihre Wirtschaft und ihre Universitäten beneiden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wissen dabei um die besondere Verantwortung, wenn es darum geht, mit dem Wissen, das in unseren Hochschulen entsteht, Produkte und Projekte zu gestalten. Deshalb wollen wir für die Wissenschafts- und Wirtschaftsunternehmen – für die forschungsintensiven sowie für diejenigen, die sich aufgrund ihrer Größe und des Aufwands der Forschung keine eigene Forschung leisten können – Räume schaffen, in denen mit staatlicher Hilfe Innovationen möglich werden.

Nach dem Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie, dem Gründerzentrum für Satellitennavigation in

Darmstadt, dem Anwendungszentrum Metallformgebung in Baunatal und dem House of Finance in Frankfurt werden wir nun das House of Logistics and Mobility – zunächst am Standort Gateway Gardens in Frankfurt – realisieren und dabei auch die nordhessische Mobilitätswirtschaft einbeziehen. Ebenso werden wir die Gründung eines automobilwissenschaftlichen Zentrums unterstützen – möglicherweise an diesem Ort –, das sich mit betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Aspekten dieser Branche befasst.

Wir wollen damit, was die Mobilitätswirtschaft betrifft, die mehr ist als die Sicherstellung der Verkehrsinfrastruktur, zu einem nationalen Knotenpunkt des Wissenstransfers werden, nachdem wir es bei der Verkehrsinfrastruktur längst geworden sind. Dafür gibt es jetzt alle Chancen, und die wollen wir nutzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Wort „Mobilität“ und der Begriff des Nutzens von Mobilität prägen unser Bundesland mehr als jedes andere in Deutschland. Das ist eine Chance für das Schaffen vieler Arbeitsplätze. Das ist einer der Gründe für das hohe durchschnittliche Einkommen der Menschen in unserem Land, und es ist zugleich eine Herausforderung.

Wir sagen klar: Hessen lebt von seiner Mobilität. Wir sind die Drehscheibe im europäischen Fernverkehr, und wir wollen, dass diese zentrale Lage auch das zentrale Argument bei der Ansiedlung neuer Unternehmen aus allen Branchen bleibt.

Deshalb hat für diese Landesregierung der inzwischen begonnene Ausbau des Frankfurter Flughafens oberste Priorität. Er schafft in wenigen Jahren 40.000 neue Arbeitsplätze. Allein aufgrund privater Investitionen wird es einen zusätzlichen wirtschaftlichen Schub in Höhe von 4 Milliarden € in diesem Land geben.

Die derzeit infolge der aktuellen Wirtschaftskrise stagnierende Nachfrage in der Luftverkehrswirtschaft ändert nichts daran, dass wir davon ausgehen, dass das Luftverkehrsaufkommen und die wirtschaftlichen Chancen für den Flugverkehr in den nächsten Jahren steigen werden. In anderen Regionen der Welt werden die Kapazitäten gerade massiv erweitert: Denken Sie allein an die gigantischen Flughafenerweiterungen auf der arabischen Halbinsel.

Wenn die neue Landebahn 2011 in Betrieb geht, soll Frankfurt am internationalen Wachstum im Luftverkehr teilhaben und seine führende Rolle als Umsteigedrehkreuz, auf die wir so angewiesen sind, behalten. Wir kennen die Ratschläge, wonach man im Interesse eines besseren Lärmschutzes doch auch Flugzeuge an anderen Orten auf der Welt landen lassen könnte. Aber wir sagen: Wir wollen das nicht, weil sich dann auch die Arbeitsplätze und die Zukunftschancen in anderen Teilen der Welt befinden. Das können wir nicht verantworten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Dabei stehen wir zu dem Ergebnis der Mediation.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bereits in dem Planfeststellungsbeschluss vom Dezember 2007 haben wir den berechtigten Interessen der Anwohner des Frankfurter Flughafens Rechnung getragen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind sehr erfreut darüber, dass der Hessische Verwaltungsgerichtshof Möglichkeiten sieht, eine weitere Lärm-minderung zu erreichen, obwohl wir gleichzeitig sagen: Solange daraus keine höchstrichterliche Entscheidung geworden ist, bleibt Skepsis angebracht, da nach unserer Auffassung diese Position früheren Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts in Bezug auf andere Flughäfen diametral entgegensteht. Sollte das Bundesverwaltungsgericht nun, entgegen diesen früheren Beschlüssen, Möglichkeiten für eine weitere Einschränkung von Nachtflügen sehen, werden wir diese Chancen im Interesse der Menschen in dieser Region nutzen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Auf einmal! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Kollegin Fuhrmann, das ist unsere Position seit vielen Jahren;

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn sie bedeutet, wir werden alles dafür tun, um beide Ziele zu erreichen: einen möglichst guten Schutz für die Nachtruhe und die Genehmigungsfähigkeit des Ausbaus des Flughafens. Die, die da rufen, hatten aber immer ein Interesse daran, dass eines der beiden Ziele auf der Strecke bleibt. Genau das werden wir in Zukunft nicht machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir, die Koalition aus CDU und FDP, wollen ebenfalls sicherstellen, dass der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zu einem Regionalflughafen wie geplant stattfindet. Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass sich die außerordentlich erfolgreiche – und in den anderen Regionen der Bundesrepublik durchaus sehr beachtete – Entwicklung fortsetzt, die in der nordhessischen Region im letzten Jahrzehnt begonnen hat.

Wir wollen dabei ausdrücklich das Zeichen setzen, dass der Neubau solcher Einrichtungen, etwa für den Flugverkehr, keineswegs bedeutet, dass es die alte Unterscheidung zwischen Umweltschutzpolitik auf der einen Seite und Infrastrukturpolitik auf der anderen Seite noch gibt. Wir erwarten deshalb, dass die Grundsätze einer nachhaltigen Umweltpolitik etwa beim Ausbau des Terminals 3 am Frankfurter Flughafen, der sich auf CO₂-neutrale Art und Weise mit Energie versorgen soll, genauso berücksichtigt werden wie beim Flughafen Kassel-Calden, den wir insgesamt mit modernsten Umweltstandards versehen werden.

Das gilt nicht nur für den Flugverkehr. Vielmehr gilt das, was zur Verkehrsinfrastruktur und zum Verkehrsdrehkreuz Hessen gesagt wird – z. B. die Tatsache, dass wir durchaus ein Interesse daran haben, dass möglichst viel Verkehr durch unser Land fließt, weil das ein Teil der Quelle unseres Wohlstands ist –, in besonderer Weise auch für die Straßenverbindungen und die Schienenverbindungen.

Wir werden den Aus- und Weiterbau von Autobahnen wie der A 44 und der A 49, dem Riederwaldtunnel und der B 87 neu – das ist die Strecke zwischen Fulda und Meiningen – vorantreiben. Zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wollen wir die Mittel für den Landesstraßenbau von einem bereits im letzten Jahr – jedenfalls im Vergleich zur rot-grünen Regierung – hohem Niveau auf insgesamt 1 Milliarde € in dieser Legislaturperiode erhöhen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen mit dem Programm „Staufreies Hessen 2015“ dafür sorgen, dass mithilfe intelligenter Methoden die vorhandenen Straßenkapazitäten besser ausgelastet werden. In nur vier Jahren ist es uns in Hessen durch Maßnahmen wie etwa der temporären Freigabe der Seitenstreifen auf den Autobahnen oder durch ein anderes Management auf unseren Baustellen gelungen, die Dauer der Staus um 70 % zu verringern.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Spürbar!)

Jeder Bürger dieses Landes weiß, welche Bedeutung das für sein Zeitbudget und seine Kosten hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf: Wovon reden Sie eigentlich?)

Ich empfehle Ihnen, mit denen darüber zu sprechen, die morgens aus dem Süden nach Frankfurt fahren und jetzt signifikant weniger warten müssen, als das in der Vergangenheit der Fall war, als es diese zusätzliche Spur noch nicht gab.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich lade Sie ein, einmal mit mir zu fahren!)

Wir wollen aber nicht nur über Straßen sprechen. Vielmehr werden wir dem wachsenden Mobilitätsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger auch beim öffentlichen Personennahverkehr und beim Regional- und Fernverkehr auf der Schiene entsprechen. Neben neuen Regionalverbindungen werden wir uns weiterhin insbesondere für einen Halt des ICE in Darmstadt im Verlauf der Strecke Frankfurt – Mannheim einsetzen.

Deutschlands wichtigster Schienenknoten befindet sich auch bei uns. Das ist der Frankfurter Hauptbahnhof. Ihn werden wir durch die beschleunigte Umsetzung des Konzepts „Frankfurt/Rhein-Main plus“ noch leistungsfähiger machen.

Das bedeutet unter anderem: Im Interesse Hunderttausender Pendler ist es dringend notwendig, das S-Bahn-Netz im Rhein-Main-Gebiet in den kommenden Jahren an Engstellen auszubauen und um neue Strecken zu erweitern. Das gilt, sehr konkret, für den Ausbau der Strecke Frankfurt – Friedberg sowie für den Neubau einer Verbindung nördlich des Mains zwischen Frankfurt und Hanau.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach!)

Mit einer Regionaltangente West sollen weitere Teile der Region direkt an den Frankfurter Flughafen angeschlossen werden. Am Terminal 3 und am Standort Gateway Gardens sollen S-Bahnhöfe entstehen. Sämtliche hierzu erforderliche Planungen werden wir in Angriff nehmen und entschlossen vorantreiben.

Meine Damen und Herren der GRÜNEN, wir werden Ihnen beweisen: Wir sind nicht auf einem Auge blind.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden die Nutzung der konventionellen und der regenerativen Energien fördern. Genauso werden wir für den Straßen- und Flugzeugverkehr wie für den öffentlichen Personennahverkehr und die Nutzung der Schiene eintreten. Der richtige Mix macht es aus.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Da wir diese Verkehrsinfrastruktur und die entsprechenden Möglichkeiten haben – und Maßnahmen ergreifen werden –, müssen wir auch innerhalb unseres Rahmens und unserer konkreten Möglichkeiten dafür sorgen, dass Fragen, die es etwa hinsichtlich des Ausbaus des Finanzplatzes Frankfurt gibt, beantwortet werden. Deshalb will ich für die Hessische Landesregierung sagen: Wir sehen durchaus mit einem gewissen Stolz, dass die Landesbank Hessen-Thüringen im Vergleich zu anderen Landesbanken in dieser schwierigen Krisensituation ein beachtliches Ergebnis erzielt hat. Die besondere Stärke der Landesbank Hessen-Thüringen ist auf ein solides und, im Gegensatz zu dem, was in anderen Regionen gemacht wurde, schlussiges Geschäftsmodell zurückzuführen.

Die Landesregierung ist daran interessiert, die Helaba gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband dabei zu unterstützen, eine aktive Rolle bei der Neuordnung der Landesbankenstruktur in Deutschland zu spielen. CDU und FDP wollen im Interesse ihrer Kunden und zur dauerhaften Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland leistungsfähige Sparkassen. Dieser Finanzplatz hat sich gerade auch in der jetzigen Zeit mit seinen drei Säulen bewährt, bei der jede ihre Berechtigung und ihre Funktion hat. Hinsichtlich der Sparkassen setzen wir insbesondere im Rhein-Main-Gebiet auch auf eine Optimierung der Sparkassenlandschaft und erwarten dabei die Mitwirkung der Sparkassenorganisation.

Die Wirtschaftsförderung in Hessen werden wir insbesondere dadurch stärken, dass wir die Investitionsbank Hessen mit der Landestreuhandstelle Hessen, der LTH-Bank, zusammenführen. Dadurch werden wir effiziente und leistungsfähige Strukturen für das Geschäft der Förderbank in Hessen für die Zukunft schaffen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Verkehrsinfrastruktur und der Finanzplatz sind zwei Stichworte. Es gibt noch etwas anderes, was manche mit unserem Bundesland nicht so leicht in Verbindung bringen, obwohl es inzwischen in seiner wirtschaftlichen Kraft, was die Zahl der Arbeitsplätze angeht, die des Finanzplatzes erreicht hat. Das ist der Tourismus. Deshalb wird die Förderung des Tourismus ein wichtiges Ziel hinsichtlich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden, die die Landesregierung erreichen will.

Wir haben da gute Chancen. Denn wir haben eine ganze Reihe markanter Punkte auf der Landkarte, Bilder, die sich einprägen, und Namen, die im Gedächtnis bleiben. Die Kasseler Museumslandschaft stellt einen solchen Punkt auf der Landkarte dar. Ihren Umbau werden wir in dieser Legislaturperiode mit einem Gesamtvolumen von 200 Millionen € weiter vorantreiben und abschließen.

Die Brüder Grimm spielen von Hanau bis Kassel eine Rolle. Ihr Name ist weithin ein Begriff. Er wird auf den Straßenschildern auch erhalten bleiben. Die sich daraus ergebenden Möglichkeiten sind bei Weitem nicht ausgeschöpft. Das reicht weit über unsere kontinentale Werbung hinaus. Der Nationalpark Kellerwald, das Biosphärenreservat Rhön und der Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald zeigen die Optionen auf, die wir haben. Wir wollen diese Trümpfe ausspielen. Wir wollen, dass Hessen mehr und mehr das Image eines Tourismuslandes erhält.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dabei wird unsere Mittelgebirgslandschaft genauso eine Rolle spielen wie unser reichhaltiges Kulturangebot. Das

wollen wir erhalten und ausbauen. Wir wissen, dass das insbesondere in der Region Rhein-Main eine besondere und auch eine wirtschaftliche Herausforderung darstellt. Wir wollen, dass Frankfurt und die Region Rhein-Main zu einem finanziellen Lastenausgleich gelangen. Damit soll das Kulturangebot in der Region insgesamt gestärkt werden. Wir werden deshalb die Arbeit des Kulturfonds Frankfurt RheinMain fortsetzen und wollen weitere Akteure für einen Beitritt gewinnen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

– Jedenfalls auf der Seite der hiesigen Opposition gab es viele, die das Projekt zwei Jahre lang in der Hoffnung verzögert haben, dass es zu einer anderen Regierung kommt. Ich sage Ihnen jetzt: Wir machen das Projekt weiter. Ich lade alle ein, das gemeinsam zu betreiben. Denn es dient dem kulturellen Angebot für alle Menschen in der Region.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es wird dabei nicht nur um die Rhein-Main-Region gehen. Ich will aber noch auf ein außergewöhnliches Beispiel hinweisen. Wir wollen die Errichtung einer Konzerthalle für das weit über unsere Landesgrenze hinaus bekannte Rheingau Musik Festival weiter befördern und hoffen, dass wir gemeinsam mit der Stadt Eltville und dem Rheingau-Taunus-Kreis bald zu einer Einigung und zu einer Entscheidung in dieser Frage kommen.

Die Rahmenbedingungen stimmen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Land sind so, dass wir aufgrund unserer Lage, mit den Mitteln der Landespolitik, der Kreativität der Unternehmen und dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger gute Randbedingungen schaffen können. Dann müssen wir aber auch dafür sorgen, dass es zu einer nachhaltigen Entwicklung unseres Landes kommt, die über die rein wirtschaftspolitische Dimension hinausgeht.

Die Bewahrung der Schöpfung stellt ein Kernthema dar. Dabei geht es um die Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen. Nur ein auf nachhaltiges Handeln ausgerichtetes Hessen wird in der Lage sein, die Herausforderungen zu bewerkstelligen, die sich aufgrund der demografischen Entwicklung, des Klimawandels und der Verknappung der Rohstoffe ergeben.

Wir haben deshalb parallel und in enger Verknüpfung zu all den wirtschaftspolitischen Aktivitäten, über die ich bisher gesprochen habe, einen breiten gesellschaftlichen Dialog gestaltet, um eine Nachhaltigkeitsstrategie für unser Land auszuarbeiten. Die von der Nachhaltigkeitskonferenz beschlossenen Maßnahmen und Projekte werden zu bemerkenswerten Veränderungen etwa beim Energiemanagement, dem Landschaftsverbrauch und dem entsprechenden bürgerschaftlichen Engagement führen. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger Hessens ein, sich in diesen Prozess einzubringen und mit Anregungen und eigenen Initiativen daran zu beteiligen.

Hinsichtlich der konkreten Energiepolitik wird die Hessische Landesregierung mit dieser Legislaturperiode eine strategische Neuausrichtung vornehmen. Sämtliche energiepolitisch relevanten Bereiche sind nunmehr in einem einzigen Ministerium gebündelt, das nicht nur diese Zuständigkeit hat, sondern auch diesen Begriff im Namen hat. Die Nutzung moderner Technologien, ein schonender Umgang mit Ressourcen und ein ausgewogener Energiemix stehen im Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Das Programm „Energie 2020“, das sich damit beschäftigt, die Nutzung erneuerbarer Energien in Hessen deutlich auszubauen, wird ein wichtiger Baustein der Politik dieser Landesregierung der kommenden Jahre sein. Es hat zum Ziel, dass bis zum Jahr 2020 insgesamt 20 % des Endenergieverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt wird. Wir werden dabei konkrete Beiträge zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energien realisieren. Dabei werden wir in dem Programm auch sehr konkrete Auskünfte über die Kosten der einzelnen Maßnahmen geben.

Eines bleibt dabei klar: In einem Mittelgebirgsland mit nur bedingt guten Voraussetzungen für viele regenerative Energien von der Wasserkraft bis zum Wind wird die Kombination der Schaffung wirtschaftlicher Voraussetzung für die Nutzung alternativer Energieformen und die Nutzung jedes Einsparpotenzials und Minimalisierungspotenzials beim Energieverbrauch eine entscheidende Rolle spielen.

Wer die 20 % erreichen will, darf nicht nur von der einen Seite rechnen, sondern der muss gleichzeitig von Energiebedarf und von neuen Formen der Energieproduktion ausgehen. Deshalb sind Wärmedämmung und der Ausbau dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung wichtige Beiträge zu dieser Energieeffizienz,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sehr gut!)

die durch „Modellregionen für erneuerbare Energien und Klimaschutz“ ergänzt werden, in denen wir unterschiedliche Konzepte zur Energieerzeugung und -einsparung in der Praxis erproben werden, z. B. im Bereich der Nahwärmenetze, aber eben auch mit der Möglichkeit, in solchen Modellregionen gemeinsam Solarparks oder Blockheizkraftwerke in Verbundsystemen für eine dauerhafte und kontinuierliche Energieversorgung zu schaffen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wo steht es denn im Konjunkturprogramm?)

Meine Damen und Herren, im Rahmen unserer Forschungsförderung werden wir allerdings auch dazu beitragen wollen und müssen, dass sich das führende Know-how hessischer Wissenschaftseinrichtungen auf dem Gebiet der Solarenergie, der Brennstoffzellentechnologie oder der nachwachsenden Rohstoffe ständig erweitert.

Die konkreten Folgen des Klimawandels in Hessen müssen wir einschätzen und beschreiben können, um auch die Chance zu haben, abzuwägen, welche Kosten, über die wir offen miteinander sprechen, aufgewendet werden müssen, um welche konkreten Folgen abzuwenden. Deshalb wird das Fachzentrum für Klimawandel auf der Seite der Analyse ebenso ausgebaut wie das Kompetenzzentrum Hessen-Rohstoffe, das wir als eine zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für die energetische und stoffliche Nutzung von Biomasse deutlich verstärken wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir halten auch am Ziel einer CO₂-neutralen Landesverwaltung, wie es in der Nachhaltigkeitsstrategie vereinbart ist, fest. Wir wissen, dass der Einsatz von Ökostrom oder die Steigerung der Energieeffizienz in den Liegenschaften des Landes, wie es z. B. in das HEUREKA-Programm heute schon integriert ist, ein wesentlicher Baustein dafür ist. Wir werden damit das Unsrige für eine umweltschonende Politik beitragen.

Damit keine falschen Erwartungen geweckt werden und damit die Auseinandersetzung in den Punkten auch in der Klarheit weitergeführt wird, will ich allerdings auch sagen: Dies sind Beiträge in eine Entwicklung für eine längere Zeit der Veränderung unserer Wirtschaftsgesellschaft. 20 % des Energieverbrauchs im Jahre 2020 bereitzustellen ist ein erreichbares, aber kein unambitioniertes Ziel. Diese Möglichkeiten zu schaffen bedeutet zugleich, die übrigen Methoden der Energiegewinnung nicht zu verfeuern. Wir brauchen weiterhin ein Grundangebot an Energieversorgung aus Kohle, Gas und in einer Übergangszeit, die eine längere Zeit dauern wird, auch von Kernenergie.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir fordern auch die Opposition auf, aufzuhören, in einer Schwarz-Weiß-Diskussion immer wieder das eine gegen das andere zu rechnen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wer macht denn das?)

Ja, wir reden darüber, wie wir alternative Energien besser einsetzen können.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das werden wir im Wettbewerb und im Dialog mit Ihnen tun. Das ist nicht der Streit. Ihr Streit ist an dieser Stelle derjenige, ob Sie erst einmal alles ausschalten. Wir haben in den letzten Jahren von Ihnen Diskussionsangebote bekommen, in den nächsten fünf oder zehn Jahren vollständig auf erneuerbare Energie umzusteigen. Sie wussten, als Sie das geschrieben haben, dass das nicht realistisch ist. Für eine Regierung ist es dann auch nicht verantwortlich, auf einer solchen Planung aufzubauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gehen Sie davon aus, wir haben einen vergleichsweise großen Ehrgeiz, in der Öffentlichkeit zu beweisen, dass beides zu vereinbaren ist, nämlich die verantwortliche Fürsorge und den verantwortlichen Umgang mit unseren Umweltressourcen und gleichzeitig den Wohlstand durch zusätzliche Arbeitsplätze in einer Region, die als Verkehrsknotenpunkt auch besondere Herausforderungen an ihre Wirtschaftstätigkeiten erfüllen wird, zu kombinieren. Nur wenn wir beides schaffen, werden wir das Vertrauen der Menschen auf Dauer erreichen. Wir werden uns sehr um dieses Vertrauen bemühen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

„Vertrauen, Freiheit, Fortschritt“ – dieser Dreiklang nennt die Impulse, mit denen Hessen auch in Zukunft nach unserer Überzeugung ein modernes und wohlhabendes Land sein wird, ein Land, in dem die Bürgerinnen und Bürger große Freiheiten genießen, in dem die Menschen aber auch füreinander einstehen und gemeinsam Projekte anpacken.

„Vertrauen, Freiheit, Fortschritt“ – das kann für Hessen auch die Zukunft als ein Land bedeuten, das eine hohe Lebensqualität und eine saubere Umwelt hat. In diesem Land werden kommende Generationen nach unserer Überzeugung gerne wohnen und arbeiten. Es wird an der Spitze der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung stehen. Und es erhält eine Chance, diese Entwicklung auch in dem Tempo mitzubestimmen.

Dabei sind wir nicht angetreten, um eine Gesellschaft nach einem einmal vorgefassten und vorgemeißelten Ideal einfach zu gestalten. Wir sehen die Aufgabe der Politik nicht darin, jedes Detail von Gesellschaft zu planen und zu entwickeln und über den Menschen auszuschütten, sondern Aufgabe des Staates ist es, den Rahmen zu setzen, innerhalb dessen sich jeder frei entscheiden und entfalten kann.

Die kreative Vielfalt, dass wir gerade nicht jedem sagen, was er machen soll, dass wir nicht versuchen, alles im Detail zu regulieren, wie er gesellschaftlich wünschenswerte Ziele erreichen kann, trägt dazu bei, dass es schneller geht, dass es den Menschen mehr Spaß macht und dass es am Ende sogar volkswirtschaftlich sehr viel weniger Kosten auslöst. Wir wollen nicht durch Zwangsbeglückung und staatliche Vorgaben glänzen, sondern durch die Fähigkeit, den Menschen einen stabilen Rahmen zu geben, in dem sie selbst entscheiden, was sie für richtig halten und was sie gestalten wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das hat z. B. konkrete Auswirkung auf die Schulpolitik. CDU und FDP wollen mit dieser Landesregierung die selbstständige Schule schaffen. Bereits die Entscheidung darüber, ob eine Schule eine weitgehende Selbstständigkeit wünscht und dahin entlassen werden will, ist in dieser Wahlperiode ein Akt der freien Entscheidung von Schule und Schulträger.

Selbstständige Schulen werden ihr Gesicht verändern. Sie erhalten Personalverantwortung und Budgethoheit. Sie können von ihrem Budget nach eigenem Ermessen Lehrer, Vertretungspersonal, Schulpsychologen oder Sozialpädagogen in ihrer konkreten Bedarfssituation einstellen. Der Schulleiter erhält die Autorität, im Namen seiner Schule einen Scheck auszustellen, Rechnungen zu bezahlen, ohne zuvor den Genehmigungsstempel der Schulverwaltung einholen zu müssen. Mit der selbstständigen Schule gibt es eine neue Kultur der Eigenverantwortung und auch eine Chance, dass sich Schulen ihr eigenes Profil in Verantwortung gegenüber dem Land und den Kindern geben können.

Meine Damen und Herren, das hat sicherlich viel an Veränderungen zur Folge. Wir wissen aus den Diskussionen der letzten Jahre, dass die Möglichkeit, selbst entscheiden zu können, bei manchen auch das Risiko aufkommen lässt, diese Entscheidungen sehr viel direkter selbst verantworten zu müssen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Und das wollen wir. Wir wollen, dass die dezentrale Verantwortung auch mit den Chancen und Risiken gelebt wird, die dabei entstehen.

Vieles wird sich in Zukunft direkter zwischen Schulleitern, Lehrern, Eltern und Schülern regeln lassen. Vieles wird schneller und besser gehen, als wenn es in Staatlichen Schulämtern oder gar der Landeshauptstadt geregelt wird. Ich füge an: Es wird eine gewaltige Aufgabe sein, angesichts einer oft in Jahrhunderdimensionen tradierten Verwaltungsstruktur und aller Regeln, die wir vom Parlament im Land über Parlamente in den Kommunen dahin bringen müssen, alle bereit zu sein, ein Stück der Verantwortung, die sie bisher bei sich sehen, an diese Schulgemeinde abzugeben, die ihre eigene Verantwortung haben wird.

Es wird manche Debatte über Gesetzgebung und Rechtsverordnungen bis hin zum Rechnungshof geben, die hinter diesem Projekt der selbstständigen Schule stehen. Aber wir haben uns entschieden. Wir glauben, die Zeit ist

reif, eine solche Veränderung durchzusetzen. Wir haben auch die Kraft und die Entschlossenheit, das zu verwirklichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zu diesem Gedanken der Freiheit gehört auch, die Wahlfreiheit der kooperativen Gesamtschulen – ob sie die verkürzte Gymnasialausbildungszeit nach G 8 einführen oder nicht – bestehen zu lassen. Wir versuchen, die im vergangenen Jahr eingeleiteten Überarbeitungen, die von einer breiten Mehrheit im Hessischen Landtag unterstützt worden sind, im Konsens mit allen Beteiligten fortzusetzen. Für G 8 wird es klare Bildungsstandards geben.

Für viele Eltern, Lehrer und Schüler sind die Personalausstattung und die daraus entstehenden Kennzahlen oft die entscheidende Frage der Bildungspolitik. Das sind sie allein nicht, aber sie sind wichtig.

Deshalb sagen wir auch: Wir werden 2.500 zusätzliche Stellen in den Schulen schaffen. Die Schulen erhalten eine Zuweisung von Lehrerstellen im Umfang von durchschnittlich 105 %. 20 % davon werden als Geldmittel zur freien Verfügung stehen. Das ist die logische Konsequenz der selbstständigen Schule. Selbstverantwortung ist nur sinnvoll, wenn wir den Rahmen dafür schaffen. Schon bei dieser Regelung weiß in Zukunft jede Schulgemeinde, sie hat Entscheidungsfreiheit zur Gestaltung vor Ort, die sie bisher nicht hatte. Wir hoffen, dass diese Chancen genutzt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist eine Tatsache: Heute reden wir nicht mehr über geplanten regulären Unterrichtsausfall, wie das einmal zu früheren Zeiten der Fall war. Als ich hier zum ersten Mal eine Regierungserklärung abgegeben habe und im Jahr 1999 die Regierungsverantwortung von CDU und FDP begonnen hat, lautete die Regel: 90 % ist gleich 100 %. Unsere Regel lautet: 105 % ist gleich 100 %. Meine Damen und Herren, das bedeutet einen erheblichen Wechsel in den Strukturen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bereits ab dem kommenden Schuljahresbeginn werden die Klassengrößen für alle Eingangsklassen an Grundschulen und weiterführenden Schulen reduziert. In ihrer Koalitionsvereinbarung haben CDU und FDP nachprüfbar genaue Zahlen für die künftigen Klassengrößen festgelegt.

Das heißt: Alle Eltern, deren Kinder mit diesem Schuljahresbeginn in die 1. Klasse oder in die 5. Klasse kommen, wissen, ihre Kinder werden durch das ganze Schulleben hindurch mit niedrigeren Klassengrößen beschult, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Das beginnt am 1. August. Das ist nicht irgendeine Theorie, sondern das wird in hessischen Schulen schnell Realität werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Obwohl uns das im Zusammenhang mit allen finanzpolitischen Diskussionen nicht leicht fallen wird, so werden wir auch bei sinkenden Schülerzahlen infolge des demografischen Wandels sämtliche Lehrerstellen in vollem Umfang beibehalten. Das ist eine wesentliche Grundlage dafür, dass wir unser ambitioniertes Programm verwirklichen können.

Über die Personalausstattung hinaus ist ein häufiges Ärgernis in den Diskussionen mit Eltern und Lehrern die

Ausstattung mit den Materialien im Unterricht. Deshalb haben wir uns trotz aller finanziellen Probleme entschlossen, in jedem Jahr dieser Legislaturperiode die Ausgaben für Lernmittel um 40 % auf insgesamt 200 Millionen € zu erhöhen. Damit wollen wir erreichen, dass ein Schulbuch in diesem Land in aller Regel nicht mehr älter als fünf Jahre ist. Meine Damen und Herren, der Atlas aus dem Jahr 1985 gehört zur Geschichte, und dort soll er auch bleiben, aber nicht mehr im Schulunterricht. Das werden wir ändern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass alle gleiche Chancen auf Bildung haben. Jeder, der hinreichend talentiert ist, soll die Möglichkeit zu einem Hochschulabschluss haben. Aber wir zwingen auch niemanden in ein einseitiges Klischee, wonach nur dies eine gute Ausbildung sei. Wer nicht nach einer Laufbahn als Akademiker strebt, sondern über andere Interessen und Befähigungen verfügt, der soll darin bestärkt werden. Wir haben ein vielgliedriges, durchlässiges Schulsystem. Daran werden wir festhalten.

Jeder in Hessen gemachte Schulabschluss soll junge Menschen dazu befähigen, eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz zu finden. Die Vielfalt der Talente ist die Stärke unseres Landes. Deshalb wird es mit CDU und FDP gerade im Bildungswesen auch in Zukunft weder Einheitsschulen noch Gleichmacherei geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Den Haupt- und Realschulen stellen wir frei, ob sie in der 5. Klasse gemeinsame oder getrennte Eingänge haben. Für uns ist entscheidend, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende in den einzelnen Schulformen einen Abschluss nach landesweit einheitlichen und vergleichbaren Kriterien erwerben können.

Die Hessische Landesregierung wird die Ganztagsbetreuung an Schulen flächendeckend ausbauen. Dabei erhalten alle Schulen von uns ein Angebot. Sie können dann selbst entscheiden, ob sie sich in gebundener, teilgebundener oder offener Form der Ganztagsbetreuung widmen möchten.

Aber wir wissen aus den Untersuchungen und Erfahrungen der letzten Jahre auch: Alle Diskussionen über den schulischen Verlauf können nur dann Wirkung entfalten, wenn wir sehr früh mit der Schaffung gleichmäßiger Ausgangsvoraussetzungen für die Nutzung der Chancen in der Schule beginnen.

Deshalb wollen wir uns bereits im Kindergarten ein Bild von den sprachlichen, sozialen und kognitiven Fähigkeiten der Kinder verschaffen. Wenn Defizite festgestellt werden, wollen wir sie in Chancen wandeln, indem wir frühzeitig Angebote zur individuellen Förderung unterbreiten.

Den Bildungs- und Erziehungsplan, den das Bundesland Hessen und neben ihm Bayern als bisher einzige Länder in der Bundesrepublik entwickelt haben, werden wir flächendeckend umsetzen. Wir werden das letzte Kindergartenjahr zu einem speziellen Schulvorbereitungsjahr entwickeln, um so die Startchancen aller Kinder zu Beginn der Grundschulzeit deutlich zu verbessern. Dieses auch „Kinderschule“ genannte Modell hat zum Ziel, dass spätestens nach dem ersten Grundschuljahr alle Kinder über ein bestimmtes Maß an Fähigkeiten verfügen, um dem Unterricht sowohl vom Wissen als auch von ihren sozialen Bedingungen her wirklich folgen zu können.

Schon vor Eintritt in das letzte Kindergartenjahr werden wir eine erweiterte Schuleingangsprüfung schaffen, auf deren Basis individuelle Förderprogramme entwickelt und den Kindergärten angeboten werden. Standards und Ziele des Schulvorbereitungsjahrs wird die Hessische Landesregierung im Sinne des gemeinsamen Arbeitens nach dem Subsidiaritätsprinzip und auch dem Konnexitätsprinzip, was die Finanzen angeht, mit den Trägern der hessischen Kindergärten entwickeln. Vorlaufkurse und andere bestehende vorschulische Projekte werden wir hierbei in das zu entwickelnde Konzept integrieren.

Vor Eintritt in die Grundschule werden wir dann im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung überprüfen, ob die wesentlichen Förderziele erreicht werden. Diejenigen Kinder, die diese Ziele nicht erreichen, erhalten während des ersten Grundschuljahres weiteren Förderunterricht.

Damit werden Kinder, die am Schulvorbereitungsjahr nicht teilnehmen, weil sie keinen Kindergarten besuchen – das sind in Hessen über alles gerechnet etwa 6 % der Kinder –, ebenfalls in die Förderung einbezogen. Damit schaffen wir optimale Voraussetzungen, um beim Schulstart für alle Kinder gleiche Ausgangsbedingungen zu gewährleisten.

Das ist die zentrale Herausforderung der Veränderung der Politik, die wir im Bildungswesen in diesen fünf Jahren jetzt erreichen wollen. Danach muss der Beginn der Grundschule mit so vielen Maßnahmen der Förderung verbunden gewesen sein, dass beim Start alle die gleiche Ausgangsposition haben und sich dann nach ihren Fähigkeiten, Möglichkeiten, Begabungen – und vielleicht auch ihrem Fleiß – entwickeln, nicht zu einem gleichen Ergebnis, aber zu dem besten Ergebnis, das jeder Einzelne unter fairen Startbedingungen erreichen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

„Vertrauen, Freiheit, Fortschritt“ heißt allerdings auch, dass wir nicht nur über organisatorische Rahmenbedingungen dieser Art reden. Vielmehr wollen wir die Weichen stellen, damit Eltern und Kinder in unserer Gesellschaft Wertschätzung erfahren.

Unter dem Titel „Kinderlachen ist Zukunftsmusik“ wird es eine Bundesratsinitiative geben, die die rechtlichen Rahmenbedingungen absichern wird, damit Kinder in der Öffentlichkeit nicht als Belästigung empfunden werden und dagegen auch nicht geklagt werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich weiß, das kann im Einzelfall für Bürger auch eine Belastung sein. Aber wir wollen rechtliche Regeln haben, die ausschließen, dass Spielplätze an Lärmschutzauflagen scheitern. Das wollen wir nicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Koch, gilt das auch für Tennisplätze?)

Meine Damen und Herren, mit der Einführung einer hessischen Familienkarte nach dem Vorbild der Ehrenamtskarte wollen wir in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Kommunen eine Vielzahl von Vergünstigungen speziell für Familien ermöglichen.

Wir werden darüber hinaus ein hessisches Kinderförderungsgesetz vorlegen, um sämtliche Maßnahmen und Fördermöglichkeiten für Kinder in Tagesstätten und in der Tagespflege zu bündeln.

Die Erfüllung des Kinderwunsches und die Ausübung des Berufs dürfen einander nicht im Wege stehen. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf baut die Hessische Landesregierung das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren weiter entschlossen aus. Wir haben dabei eine gute Ausgangsposition, denn in den letzten Jahren ist die Steigerungsrate der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in keinem westlichen Bundesland so hoch wie in Hessen.

(Reinhard Kahl (SPD): Wir liegen noch weit zurück!)

Durch die Einführung eines Bonussystems werden wir deutlich vor Ablauf der Frist im Jahre 2013 – und damit früher als andere Ländern – den vom Bund vorgeschriebenen Betreuungsgrad von 35 % erreicht haben. Wir liegen im Augenblick vorne; und wir werden als Erste die 35 % erreichen. Das ist unser Ziel und Angebot für die Eltern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bei der Erreichung dieses Ziels gilt auch hier: Die Freiheit der Bürger, sich selbst zu entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen, steht an erster Stelle. Wir geben den Eltern die Wahlfreiheit. Dafür werden wir die Einführung von Betreuungsgutscheinen erproben, mit denen die Eltern selbst entscheiden können, in welcher Einrichtung und in welcher Form sie ihr Kind betreuen lassen. Wir glauben, dass wir damit für Kinder und junge Menschen in Schule, Ausbildung und Betreuung die guten Voraussetzungen schaffen, die unser Bundesland braucht, um am Ende auch den wirtschaftlichen Erfolg mit einer Generation von gut ausgebildeten jungen Menschen untermauern und entwickeln zu können. Hessen soll auch in Zukunft ein Land sein, auf das man achtet. Wir wollen niemanden in einen Wettbewerb drängen. Wir haben den großen Ehrgeiz, in diesem Land eine gute Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, CDU und FDP treten entschlossen für den Schutz individueller Freiheiten sowie der Privatsphäre ein. Der Eingriff in solche Rechte darf nur in besonderen Fällen und unter strengsten gesetzlichen Auflagen erfolgen. Dabei geht es permanent darum, die richtige Balance zwischen individuellen Freiheitsrechten auf der einen Seite und dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung auf der anderen Seite zu finden.

CDU und FDP treten für einen starken Rechtsstaat ein, der zum Schutz vor Kriminalität und Terrorismus über eine modern ausgestattete Polizei und eine leistungsfähige Justiz verfügt. Wir werden noch in diesem Jahr 550 neue Polizeianwärter einstellen und während der gesamten Legislaturperiode durch unsere Einstellungspolitik dafür sorgen, dass das hohe Stellenniveau bei der Polizei aufrechterhalten wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Das ist ja lächerlich!)

Noch im Jahre 2009 werden wir zusätzlich 150 Stellen für Wachpolizisten und 200 Angestelltenstellen schaffen. Die technische Ausstattung unserer Polizei wird weiterhin auf dem modernsten Stand in der Bundesrepublik Deutschland bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zu diesem modernen Standard gehört dann eben auch, dass wir die hessische Polizei mit modernen Mitteln zur Verbrechensbekämpfung ausstatten. Dazu gehören das Register für Sexualstraftäter, die Nutzung von Mautdaten in Fällen besonders schwerer Straftaten, die Schleierfahndung sowie eine entschlossene Bekämpfung der Internetkriminalität. Wir werden sicherstellen, dass die bislang bereits unter ganz engen Voraussetzungen zulässigen Kommunikationsüberwachungen auch im Zeitalter des Internets gewährleistet bleiben. Soweit Kommunikationsmedien auch Informationen enthalten, die nicht der Kommunikation dienen, werden wir deren Überwachung oder Ausforschung auch in Zukunft ausschließen.

Wir haben in Hessen schon bisher enorme Anstrengungen unternommen, um Kriminalität und insbesondere Gewaltkriminalität zu verhindern. Wir setzen dabei auf den Dreiklang von Prävention, konsequenter Strafverfolgung und Opferschutz. Vorrang hat hierbei die Prävention. Es muss das Ziel aller Bemühungen sein, dass es erst gar nicht zu einer Straftat kommt. Im Bereich der Prävention sind wir im bundesweiten Vergleich hervorragend aufgestellt. Zahlreiche Präventionsprojekte in den Regionen und unter dem Dach des Netzwerks gegen Gewalt belegen dies.

Die hessische Polizei setzt derzeit eine Präventionsoffensive um, bei der unter anderem das Netzwerk gegen Gewalt regionale Geschäftsstellen erhält und ein Präventionsatlas online zur Verfügung gestellt wird. Diese Netzwerke werden bei Kommunen und Landkreisen dafür werben, das Zivilcourage-Programm „Gewalt – Sehen – Helfen“ einzuführen. Wir wollen näher an den Menschen sein und ein Netz der Aktiven knüpfen, bei dem gerade in der Gewaltprävention das ehrenamtliche Engagement noch stärker in den Mittelpunkt geraten muss, als das in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, sicherlich wird in diesem Hause die Diskussion über die Jugendkriminalität einen besonderen Stellenwert behalten.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da sind Sie Experten!)

Deshalb sage ich auch hier – es gibt doch ein paar Erwartungen, die ich erfüllen kann –: Die bereits begonnene Einrichtung von Häusern des Jugendrechts in Frankfurt-Höchst und Wiesbaden werden wir mit den kommunal Verantwortlichen konsequent umsetzen. Beide Einrichtungen werden spätestens im Jahr 2010 ihre Arbeit aufnehmen können. Aufgrund der daraus gewonnenen Erkenntnisse werden wir im Jahr 2012 über die Einrichtung weiterer Häuser des Jugendrechts entscheiden.

Wir werden außerdem eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen in Frankfurt einrichten, um Unregelmäßigkeiten bei Börsenhandel, Korruption und Geldwäsche zur Strafe zu bringen und Investoren besser zu schützen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das wird auch Zeit!)

Der Verfassungsschutz stellt für die Hessische Landesregierung einen wesentlichen Baustein unserer Sicherheitsarchitektur dar. Er ist – auch das haben die Ereignisse gerade in den letzten Tagen immer wieder bewiesen – ein unverzichtbares Frühwarnsystem unserer Demokratie, der mit wachen Augen nach rechts und links schauen muss, um Feinde der Demokratie aufzuspüren, sie offen-

zulegen und dafür zu sorgen, dass die demokratische Struktur unseres Landes unangefochten erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dazu gehört auch, dass wir die operative Leistungsfähigkeit des Verfassungsschutzes weiter ausbauen und auch das organisatorische und personelle Konzept verstärken werden.

Grundsätzlich gilt: Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif. Die Freiheit ist immer verbunden mit der Übernahme von Verantwortung für sich und andere – einer moralischen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, künftigen Generationen, der Umwelt und – für gläubige Menschen – auch vor Gott.

Wir, die Koalitionspartner aus CDU und FDP, sind der Auffassung, dass eine solche Freiheit ihren vollen Wert erst dann entfaltet, wenn sie mit Verantwortung und in Solidarität gegenüber dem Gemeinwesen ausgeübt wird. Gerade in solchen Krisenzeiten ist diese Solidarität eine wichtige Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit unserer Gesellschaft.

Wir sind sehr stolz darauf, dass es in unserem Land eine sehr lebendige Kultur des Miteinanders gibt und dass es Millionen Menschen unter uns gibt, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren: in sozialen Einrichtungen und Verbänden, in den freiwilligen Feuerwehren, im Katastrophenschutz, in den Kirchengemeinden, im Musikverein oder in den zahlreichen Sportorganisationen unseres Landes. Hessen ist neben Baden-Württemberg das Land, in dem sich prozentual die meisten Menschen ehrenamtlich engagieren.

Die Hessische Landesregierung wird dieses bürgerschaftliche Engagement auch in Zukunft fördern. Gerade im Hinblick auf die Veränderung unserer Demografie ist es unausweichlich, dass Menschen einander aus Freundschaft, Solidarität und Nächstenliebe helfen – und nicht ausschließlich, weil sie dafür bezahlt werden. Diese Kultur des Miteinanders gilt in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Wir wollen sie weiter stärken: in der Jugend- und Seniorenpolitik, der Integration und im freundschaftlichen Umgang mit Menschen anderer Kulturen und Religionen.

Die Geschichte unseres Bundeslandes Hessen seit seiner Neugründung 1945 ist reich an Beispielen, in denen Menschen unterschiedlichster Herkunft dieses Land mitgestaltet und auf ihre Weise bereichert haben. Allein die großartige Aufbauleistung nach dem Krieg wäre ohne das Engagement und das Anpacken von Hunderttausenden Vertriebenen undenkbar gewesen, die in Hessen ihre neue Heimat gefunden haben, die wir nach wie vor sehr gern in unserem Lande haben und die wir auch mit ihrer kulturellen Identität in ihren Besonderheiten bewahren wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Vertriebenenverbänden und der Hessischen Landesregierung wird auch in Zukunft dadurch organisiert werden, dass wir einen Landesbeauftragten oder eine Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler benennen werden.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zuwanderung ist eine der kontinuierlichen Herausforderungen und zugleich eine der wichtigen Bereicherungen

in unserem Land. Die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Hessen wird auch in Zukunft eine Aufgabe sein, für die wir auf der Basis des Erfolges der Vergangenheit arbeiten. Dass wir bei der Integration von ausländischen Mitbürgern besonders erfolgreich sind, haben uns kürzlich wieder unabhängige Sachverständige bestätigt. In der Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung wird gesagt, dass wir dabei als bestes deutsches Flächenland abgeschnitten haben. Die umfangreiche Aufgabe der Koordinierung der Integrationsmaßnahmen in Hessen wird nun erstmals innerhalb der Landesregierung auf ein einziges Fachressort konzentriert. Sie taucht auch namentlich in der Ressortbezeichnung auf.

Mit dieser Bündelung von Kompetenzen wird die Hessische Landesregierung ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Integration weiter verstärken. Darum werden wir im Spätsommer 2009 erstmals zu einer Integrationskonferenz einladen.

Ein wesentlicher Schlüssel für die erfolgreiche Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache. In der Vermittlung von Deutschkenntnissen, insbesondere vor Eintritt in die Grundschule, liegt deshalb auch weiterhin ein großer Schwerpunkt unserer Integrationspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden uns außerdem erneut darum bemühen, mit legitimierten Ansprechpartnern eine Vereinbarung über die Erteilung islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Günter Rudolph (SPD): Was sagt Herr Irmer dazu? Herr Irmer, aufpassen!)

Sodann müssen wir entscheiden, ob die Rahmenbedingungen für einen verfassungsgemäßen bekenntnisorientierten Religionsunterricht vorliegen oder ob wir eine verbindliche religionskundliche Unterweisung anbieten werden. Diese Entscheidung wird in dieser Legislaturperiode getroffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Hessische Landesregierung wird an dem im vergangenen Jahr von ihr eingeführten Prinzip festhalten, zentrale Herausforderungen, die eine herausgehobene Bedeutung haben, überparteilich und mit Experten zu diskutieren und einer konkreten Lösung zuzuführen. Zu diesen Projekten gehören die Arbeiten der Expertenkommission zur Strukturreform des Kommunalen Finanzausgleichs. Zu diesen Projekten gehört auch die Diskussion über eine Schaffung eines Hauses der Geschichte, wie es dem Hessischen Landtag schon in den ersten Ansätzen vorgelegt wurde. Zu diesen gemeinsamen Projekten gehört auch, dass wir Wege der Modernisierung des Dienstrechtes konsequent weiterverfolgen werden. Das gilt sowohl für das Recht der Beamtinnen und Beamten als auch für das Tarifrecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Föderalismusreform hat unsere Gesetzgebungskompetenzen als Bundesland beim Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht der Beamtinnen und Beamten ausgeweitet und ermöglicht es uns, durch die Stärkung des Leistungsprinzips und die Förderung von Flexibilität und Mobilität, aber auch durch eine Verbesserung der Familienfreundlichkeit der Arbeitsbedingungen, den öffentlichen Dienst auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Voraussichtlich Mitte des Jahres wird die Mediatorengruppe einen Bericht vorlegen. Die daraus zu ziehenden gesetzgeberischen Konsequenzen werden wir im Dialog mit den Fraktionen sowie den beteiligten Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften auf eine möglichst breite Grundlage des Konsenses stellen.

Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich: Selbstverständlich wird es viele Gesetze geben, die hart nach den Landtagsmehrheiten abgestimmt werden, danach, wer Regierung und wer Opposition ist. Es ist aber das nachdrückliche Interesse der Landesregierung, das neue grundlegende Beamtenrecht für unser Land mit einer Mehrheit zu verabschieden, die nicht davon geprägt ist, wer die Regierung und wer die Opposition stellt, wie das bei dem Beamtengesetz in der Vergangenheit auch der Fall war. Meine Damen und Herren, deswegen setzen wir große Erwartungen in die Arbeit der Mediatorengruppe, die aus allen politischen Kräften zusammengesetzt ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Entsprechendes zum Thema Fortentwicklung des Arbeitsrechts gilt auch und gerade für das Tarifrecht. Nach dem Austritt aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder können und werden wir selbständig und eigenverantwortlich mit den Gewerkschaften verhandeln. Dass wir mit den Gewerkschaften entgegen mancher öffentlichen Darstellung konstruktiv und zielorientiert verhandeln, haben wir mehrfach unter Beweis gestellt, so etwa im Tarifvertrag mit der Ärztegewerkschaft Marburger Bund aus dem Jahre 2006 – ohne dass es, wie in den übrigen Bundesländern, bei uns zu Streikmaßnahmen gekommen ist.

Ziel der Landesregierung in den laufenden Tarifverhandlungen ist es, zu sachgerechten tarifvertraglichen Lösungen zu gelangen, die mit den finanziellen Ressourcen des Landes vereinbar sind und zugleich den Interessen der Beschäftigten Rechnung tragen. Neben der reinen Einkommenserhöhung – die natürlich auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrifft, wie alle anderen in Deutschland – spielen zusätzliche Aspekte, wie etwa die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und leistungsgerechte Bezahlung, eine große Rolle.

Das wird für die innere Verwaltung und das Zusammenwirken der inneren Verwaltung genauso wichtig sein wie die Strukturen, die wir organisatorisch schaffen, etwa mit der neuen Verwaltungssteuerung, die wir gemeinsam mit dem Parlament zielgerichtet zu einem effizienten Steuerungs- und Kontrollmechanismus ausbauen wollen. Es wird dabei notwendig sein, Anpassungen und Vereinfachungen im System vorzunehmen und insbesondere das Controlling zu einem modernen Führungsinstrument weiterzuentwickeln. Das wird manche Diskussion zur Folge haben, weil jede Vereinfachung zunächst auch eine Verallgemeinerung und eine geringere Kontrolldichte des Parlaments bedeutet. Die Rechte der Verwaltung und die Rechte des Parlaments auf effiziente Kontrolle zu verbinden, ist eine der Herausforderungen der nächsten Jahre.

Wir halten es für entscheidend, dass die ein Jahrzehnt langen Vorbereitungen für die Erstellung einer Landesbilanz zur Herstellung eines nach kaufmännischen Gesichtspunkten transparenten Ausweises der Vermögenslage des Landes Hessen führen. Dazu werden wir in dieser Legislaturperiode in der Lage sein. Wir werden sie durch unabhängige Wirtschaftsprüfer kontrollieren lassen. Ich bin sicher: Sie werden in Zukunft einen wichtigen Beitrag zu der Diskussion über die Finanzpolitik und die finanziellen

Ressourcen und Möglichkeiten unseres Bundeslandes leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Dynamik des wirtschaftlichen Abschwungs, über den ich eingangs sprach, wird uns anhand der Meldungen des letzten Tages deutlich: eine um 10 % eingebrochene Industrieproduktion in den letzten zwölf Monaten; Auftragsrückgänge in der Industrie um mehr als 25 % im Jahresvergleich, bei manchen 50 %; der Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 2,1 % allein im vierten Quartal 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorquartal; ein zu erwartender Einbruch der gesamten Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2009, also jetzt, um mindestens 4 % im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres; und – trotz einer hoffentlich in der zweiten Jahreshälfte einsetzenden Erholung – ein Minus beim Bruttoinlandsprodukt, das wir im Augenblick in unseren Planungen mit 2,5 % veranschlagen.

Jedem in diesem Haus ist klar, dass in Anbetracht dieser Zahlen die mittelfristige Finanzplanung aller Haushalte in Bund und Ländern schlagartig über den Haufen geworfen ist. Einerseits sind wegbrechende Steuereinnahmen in beträchtlichem Ausmaß absehbar. Sie haben Hessen als einziges Bundesland bereits im letzten Jahr getroffen, weil sich die besondere Vernetzung des internationalen Standorts und die besondere Reaktionsgeschwindigkeit des Finanzplatzes in einer Finanzkrise insbesondere bei unseren Eingängen in der Körperschaftsteuer und bei unseren Rückforderungsansprüchen von Unternehmen an die Körperschaftsteuerkasse widerspiegeln.

Zusätzlich zu diesen konjunkturbedingten Steuerminderungen, die sich für die Jahre 2009 und 2010 – immer noch unter dem Risiko einer schlechter werdenden Steuerschätzung im Mai – auf mehr als 1 Milliarde € gegenüber der Steuerschätzung vom Mai letzten Jahres belaufen werden, unterliegt der Haushalt weiteren Belastungen: durch geringere Einnahmen infolge der Konjunkturpakete I und II des Bundes, durch die Folgen des Urteils zur Pendlerpauschale sowie durch das Urteil zur steuerlichen Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge ab dem Jahr 2010. Dadurch werden erneut beachtliche Löcher nicht nur in die Bundeskasse, sondern auch in die Landeskassen gerissen.

Zudem sprechen wir gerade heute auch darüber, dass wir, nicht zuletzt um die Folgen dieser Krise zu mildern und sie kürzer werden zu lassen, aufgrund unserer eigenen fiskalischen Interessen zusätzliche Konjunkturpakete und Sonderinvestitionsmaßnahmen beschließen, die sicherlich parteiübergreifend Zustimmung finden, die aber trotzdem Geld kosten.

Das zusammengenommen führt dazu, dass ein ausgeglichener Haushalt einschließlich des Jahres 2011 nicht mehr möglich ist.

Ungeachtet dieser, durch die weltweite Wirtschaftskrise ausgelöst und unvorhersehbaren Belastungen haben die Fraktionen von CDU und FDP in ihrer Koalitionsvereinbarung grundsätzliche Weichenstellungen in der Haushalts- und Finanzpolitik des kommenden Jahres verabredet. Es geht, nicht zuletzt auch im Rahmen der Beratungen der Föderalismuskommission der letzten Tage, um einen Paradigmenwechsel in den nächsten fünf Jahren in allen öffentlichen Haushalten in Deutschland, aber eben nicht nur bei anderen, sondern auch und möglicherweise in besonderer Weise bei uns.

Die außergewöhnlichen Defizite der kommenden Jahre dürfen nichts daran ändern, das Ziel aufrechtzuerhalten, die Neuverschuldung so schnell wie möglich zu beenden.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Hohn! – Gegenruf von der CDU: Dass Sie das sagen!)

– Auf die Bemerkungen aus den Reihen der Opposition habe ich in einer gewissen Weise gewartet; das gebe ich zu.

(Günter Rudolph (SPD): Weil sonst nichts los ist! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie die Opposition für lebendige Reden brauchen, ist klar!)

– Sehr verehrter, sehr lauter Herr parlamentarischer Geschäftsführer Rudolph, ich habe das eingangs erwähnt:

(Günter Rudolph (SPD): Ich bin heute ganz ruhig!)

Sie haben die besondere Chance gehabt, schon vor einer Landtagswahl den Bürgerinnen und Bürgern den Entwurf einer Koalitionsvereinbarung vorzulegen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das war ein großer Vorteil für uns! – Günter Rudolph (SPD): Wenn man versteht, was darin steht!)

Das gibt manchmal wirklich eine gute Vergleichsmöglichkeit. Zu den geschichtlichen Besonderheiten dieser Koalitionsvereinbarung wird gehören, dass Sie sich zwar bei den Ausgaben vergleichsweise kreativ bewegt haben, dass Sie aber den Teil der Finanzpolitik und der Konsolidierung des Haushaltes, auch nur die Frage, wie Sie die Jahre 2009 und 2010 bestehen wollen, vollständig ausgeblendet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Nichts gesagt! – Norbert Schmitt (SPD): Schlicht unwahr, typisch Koch!)

Der Unterschied zwischen Ihrer programmatischen Vorbereitung der gescheiterten Regierungsübernahme und dieser Regierungserklärung, die ich im Namen der gewählten Regierung abgebe, ist nicht der, dass wir beide vor gewaltigen finanzpolitischen Herausforderungen stehen. Der Unterschied ist, dass Sie sich weggeduckt haben und wir uns diesen Herausforderungen stellen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich in der gebotenen Klarheit: Es steht völlig außer Frage, dass ein zu erwartendes Defizit von mehr als 2 Milliarden € in dem Haushalt dieses und des nächsten Jahres besondere und einschneidende Maßnahmen erfordert, die insbesondere die Ausgabenseite betreffen. Neue Steuern und Abgaben werden wir nicht einführen. Mit CDU und FDP soll es keine zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger geben.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen ausdrücklich die grundsätzliche Einigung in der Föderalismuskommission II über die Schuldenbremse und werden diese mittragen. Wir gehen davon aus, dass es zu dieser Einigung und damit auch zu einer entsprechenden Änderung der Normen im Grundgesetz kommt. Das enthebt uns nicht davon, sondern es motiviert uns geradezu dazu, dass wir das auch in unserer Verfassung anpassen müssen. Eine Änderung unserer Hessischen Verfassung bedeutet nicht nur eine Beratung im Parlament, sondern auch das Abstimmen

über diese Frage der zukünftigen Finanzstruktur in einer Volksabstimmung.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Uns würde schon die Einhaltung in der Realität helfen!)

Wir werden dabei als Landesregierung sehr offen alle Aspekte der Folgen eines solchen Verschuldensverbotes kommunizieren. Es bedeutet eben auch die Bereitschaft, vermeintlich oder tatsächlich für notwendig gehaltene Konsumausgaben in einer Generation dann nicht vorzunehmen, wenn man nicht gleichzeitig bereit ist, mehr dafür zu bezahlen, aber jedenfalls nicht, indem man die nächste Generation damit belastet. Jede Bürgerin und jeder Bürger in Hessen werden mit ihrer Entscheidung mitbestimmen, wie wir den künftigen Generationen diesen Handlungsspielraum gewährleisten.

Ich will ausdrücklich sagen, und ich komme sofort darauf: Wir müssen dabei eine Menge eigener Hausaufgaben lösen. Aber im Zusammenhang mit der Verschuldensfrage wird das Bundesland Hessen auch die besonderen Bedingungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs erörtern müssen.

(Florian Rentsch (FDP): So ist es!)

Wir haben größere Aufwendungen, um das Bruttosozialprodukt pro Kopf zu erarbeiten, etwa an den Randbedingungen der Wissenschaft. Wir bekommen keine zusätzlichen Möglichkeiten, das zu finanzieren, aber geben den Mehrwert, aus dem wir das finanzieren sollen, in erheblichem Umfang an andere ab. Wir werden das überprüfen – bis hin zu der Frage, ob am Ende der Überprüfung die Verfassungsgemäßheit der Regelung infrage steht.

Aber das ist nicht der erste Schritt, sondern der erste Schritt ist, sich mit einem Maßnahmenbündel in der Haushalts- und Finanzpolitik, mit einer strikten Ausgabenbegrenzung um unseren eigenen Haushalt vor Ort zu kümmern.

Dazu zählt z. B., und das ist nicht nur mit Vergnügen verbunden, dass wir im Rahmen unserer politischen Schwerpunktsetzungen zusätzliche Personalstellen in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit schaffen, zugleich aber verbindlich verabredet haben, die Zahl der Stellen im Landeshaushalt im Verlauf der Legislaturperiode insgesamt nicht zu erhöhen. Ohne die Begrenzung der Personalkostenquote werden wir jeder künftigen Generation den Spielraum nehmen, Investitionen in die Zukunft des Landes unter ihren Bedingungen zu treffen. Deshalb werden wir langfristig diese Personalkostenquote reduzieren müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Genauso klar muss man sagen: Die hessischen Sonderinvestitionsprogramme, die wir jetzt auflegen, die Konjunkturpakete I und II sind der Einstieg in eine antizyklische Investitionspolitik des Landes. Das bedeutet aber auch: Wenn es denn besser wird, muss die Investitionsquote sinken. Wir können jetzt nicht einen Maßstab setzen, an dem wir uns jedes Jahr messen lassen. Das Jahr der Krise ist ein besonderes Jahr, und wir müssen danach wieder ein Stück zurücksparen; sonst sind alle Sätze, die wir als Begründung dieser Programme sagen, hohle Phrasen gewesen. Das wollen wir nicht, und das werden wir in der Politik dieser Landesregierung nicht verantworten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das bedeutet eben auch die harte mathematische Wahrheit: Ohne eine strikte Begrenzung des Anstiegs der kon-

sumtiven Ausgaben – wenn man die Personalkosten weglässt –, die weit unterhalb des durchschnittlichen Einnahmewachstums liegt, werden wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts nicht erreichen können. Deshalb haben wir verabredet, den Anstieg aller sonstigen konsumtiven Ausgaben auf 0,5 % pro Jahr zu begrenzen.

Wir haben den hessischen Kommunen in den vergangenen Jahren gute finanzielle Grundlagen verschafft: mit der Stabilität des Finanzausgleichssatzes, aber auch mit den Abrechnungsmodalitäten, die wir gefunden haben. Die Kommunen selbst haben in den vergangenen Jahren, auch aufgrund der hohen Gewerbesteuererinnahmen, ein deutliches Plus bei den Gesamteinnahmen erzielt. Immer mehr hessische Kommunen können – Gott sei Dank – ausgeglichene Haushalte vorweisen oder sogar Altschulden tilgen. Das Volumen des Kommunalen Finanzausgleichs liegt mit knapp 3,3 Milliarden € auf Rekordniveau.

Meine Damen und Herren, wenn man sich anschaut, wie die in Hessen verbleibenden Steuereinnahmen, nach Länderfinanzausgleich und nach allen Verrechnungen, auf Land und Kommunen verteilt sind, dann kommt man zu einem Ergebnis – das ist unsere Debatte als Landesparlament –, welches in keinem anderen Land so ungünstig für den Landeshaushalt oder, umgekehrt, so günstig für die kommunalen Haushalte ausfällt wie in Hessen.

(Günter Rudolph (SPD): Das kann man sehen, wie man will!)

Etwas über 50 % der in Hessen verbleibenden Steuereinnahmen fallen dem Land zu. Fast ebenso groß ist die Quote, die die Kommunen als Steuereinnahmen verbuchen, nämlich knapp 50 %. In einem Land wie Niedersachsen liegt sie bei etwa 36 % – nur, um die Extreme im Ausschlag dieser Diskussion zu verstehen. Wenn man sich fragt, wo das herkommt: Die massive Belastung liegt unter anderem auch daran, dass wiederum die Struktur des Länderfinanzausgleichs bewirkt, dass die überdurchschnittliche Finanzkraft des Landes Hessen zu einer überdurchschnittlichen strukturellen Belastung des Landeshaushalts führt.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für eine Frage der Solidarität, jetzt nicht über den Finanzausgleichssatz insgesamt mit seinen 23 % und damit auch über die Auswirkungen auf die gewerbesteuerschwachen oder gewerbesteuerlosen Gemeinden in den ländlichen Regionen zu diskutieren, sondern über die Frage zu reden, wie wir die Teile, die wir als Nettozahler aus Steuereinnahmen in den Länderfinanzausgleich mit einbringen können, uns so teilen, dass die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, die daraus resultieren, dass wir zusätzliche Einnahmen haben, selbstverständlich aus dem Landeshaushalt geleistet werden, dass aber nicht zusätzlich die Teile des Länderfinanzausgleichs, die durch kommunale Einnahmen begründet werden, ausschließlich zulasten des Landeshaushalts gehen, sondern dass wir dort mit den Kommunen eine vernünftige und faire Verteilung anstreben müssen. Das werden wir in den nächsten Monaten diskutieren und tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden eine Haushaltsstrukturkommission unter Einbeziehung externer Experten einsetzen, die Vorschläge zur nachhaltigen Konsolidierung des Haushalts erarbeiten soll und wiederum klarmachen soll, dass das keine Frage interner politischer Arbeit ist; sondern sie wird mit politischen Weichenstellungen verbunden sein.

Dazu zählen auch die Überprüfung aller wahrgenommenen Aufgaben, die Überprüfung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von Förderprogrammen und die Weiterentwicklung des Controllings.

Am Ende müssen wir uns, wenn wir gerade über den Länderfinanzausgleich so sprechen, wie ich es tue, der Herausforderung stellen, durch unabhängige Beteiligte prüfen zu lassen: Was geben wir in Kommunen und Land für bestimmte Leistungen zugunsten der Bürger aus, und was wenden andere Länder für qualitativ gleiche Leistungen auf? Wenn wir wollen, dass wir auch über die Ungerechtigkeiten eines Ausgleichssystems reden, dann müssen wir zunächst darüber reden, dass wir auf dem modernsten und effizientesten Standard der Leistungserbringung sind und unsere eigenen Hausaufgaben gemacht haben. Deshalb wird diese Transparenz auch für Dienstleistungen und Maßnahmen in unserem Bundesland eine wichtige Aufgabenstellung der Diskussion der nächsten Monate und Jahre sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist die Beschreibung dessen, was ich Paradigmenwechsel genannt habe. Wir werden nicht die Haushalte fortschreiben können, die wir in der Vergangenheit entwickelt haben. Wir werden das nicht können, weil wir es der nächsten Generation gegenüber nicht verantworten können. Aber wir werden vorher darüber reden, dass wir es nicht mehr können, weil wir es selbst in der Verfassung ausschließen.

Das ist eine möglicherweise nach moralischen Gesichtspunkten weniger bedeutende Frage als die Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen. In den konkreten Verhaltensweisen des Nicht-mehr-Könnens, selbst wenn man will, ist es die entscheidende Veränderung, rechtliche Rahmen zu setzen, die man nicht jeden Tag wieder mit Mehrheiten ändern kann. Jeder von uns weiß – das ist die besondere Verantwortung, die wir dafür haben –: Wenn wir die Bürger einmal überzeugt haben, was nicht ganz einfach sein wird, dieses Verschuldensverbot in die Verfassung hineinzuschreiben, werden wir keine Mehrheit mehr dafür bekommen, dass die Bürger irgendwann einmal beschließen, dass sie es wieder aufheben. Dann ist es unser Rahmen, unter dem wir die Aufgaben am Ende des Jahrzehnts, spätestens mit dem Landeshaushalt des Jahres 2019, verwirklichen müssen.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Das ist eine anspruchsvolle Herausforderung an Finanzpolitik, aber es ist eine, die notwendig ist, wenn wir aus einem Weg, der Ende der Sechzigerjahre begonnen worden ist, einen Pfad heraus finden wollen. Wir wollen nicht länger darüber reden, sondern mit der notwendigen Bereitschaft zur Auseinandersetzung jetzt beginnen, diesen Pfad zu beschreiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wählerinnen und Wähler haben am 18. Januar CDU und FDP ihr Vertrauen ausgesprochen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Eher der FDP!)

Wir wissen um den Wert dieses Vertrauens. Gerade in einer Zeit großer Unsicherheiten ist Vertrauen die stabilste aller Währungen. Was passiert, wenn nicht einmal mehr Banken einander vertrauen, haben wir in den vergangenen Monaten gesehen, und wir bezahlen es teuer.

In Zeiten wie diesen braucht es vertrauensvolle Regierungsarbeit. Das heißt: Eine Regierung muss wissen, was sie will. Sie muss tun, was sie vorher gesagt hat, und halten, was sie ihren Bürgern verspricht. Unser Wort gilt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zuerufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso gilt: Eine Regierung darf nur versprechen, was sie auch wirklich halten kann. Wer mit großvisionären Plänen zur Veränderung von Wirtschaft, Gesellschaft und Energieversorgung daherkommt, muss zuallererst erklären, wie er diese Pläne in jetziger Zeit zu finanzieren gedenkt.

Meine Damen und Herren, wir führen eine Debatte über den richtigen Weg von Politik, aber wir werden niemandem erlauben, sie losgelöst von der Frage, wer wann was warum bezahlen muss, zu führen. Beide Dinge gehören zusammen in Krisenzeiten wie diesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich bin sehr dafür!)

Die Hessische Landesregierung steht für Entschlossenheit und für das Machbare in der Politik. Wir haben eine klare Vorstellung von dem, was wir in den kommenden fünf Jahren in diesem Land verwirklichen wollen. Und wir haben durch das Krisenmanagement der vergangenen Monate bewiesen, dass wir auch auf unvorhersehbare Ereignisse in kurzer Zeit angemessene Antworten finden können.

Vertrauen, Freiheit, Fortschritt sind als zentrale Punkte unseres Programms schon anspruchsvoll – voller Anspruch an uns selbst und voller Anspruch an jeden Einzelnen in der Gesellschaft.

Wir wollen unseren Weg mit dem Optimismus beginnen, dass gut ausgebildete Menschen in sozialer Partnerschaft mitten im Europa der Bürger glücklich und erfolgreich leben können. Deshalb starten wir heute mit dieser Regierung in das nächste Jahrzehnt.

Ja, es ist ein Aufbruch in der Krise. Aber wir sind überzeugt: Wir werden diese Krise bewältigen, und wir werden weiter an einem starken Hessen bauen. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, damit ist die Regierungserklärung gegeben. Bevor wir in die Aussprache eintreten, will ich kurz, da sie sehr lange dauern wird, ein paar Formalitäten erledigen. Zunächst darf ich auf der Tribüne den ehemaligen Kollegen Dr. Lübcke und Herrn Staatssekretär a. D. Jacobi begrüßen. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Dann haben Sie auf Ihren Plätzen Dringliche Entschließungsanträge liegen. Wir beginnen mit dem der SPD betreffend Verurteilung rechtsextremistischer Gewalt, Drucks. 18/47. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Jawohl, das ist der Fall. Das heißt, wir nehmen diesen Antrag als Tagesordnungspunkt 9 und rufen ihn zusammen mit Punkt 8 auf. Einverstanden?

(Ein Mitarbeiter spricht mit Minister Volker Bouffier und blockiert die Sicht auf das Plenum.)

– Darf ich einmal freies Blickfeld zu meinem Plenum haben, Herr Kollege? – Herzlichen Dank.

Wir rufen damit den neuen Punkt 9 zusammen mit Punkt 8 auf. Sie sind einverstanden.

Dann habe ich Ihnen noch vorzuschlagen, dass der Dringliche Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Konjunkturpaket II des Bundes, Drucks. 18/48, zunächst mit der Dringlichkeit versehen wird. – Das ist der Fall. Wir nehmen ihn als Punkt 10 auf die Tagesordnung und rufen ihn mit den Punkten 4 und 7 auf. Sind Sie auch einverstanden? – Dann verfahren wir so.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache zur Regierungserklärung und erteile zunächst dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Schäfer-Gümbel, das Wort. Bitte schön. – Die zusätzliche Redezeit beträgt 40 Minuten für die Oppositionsfraktionen, nur damit Sie wissen, dass Sie ewig lange Zeit haben.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist bekannt, das haben wir auch befürchtet!)

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Koch, wenn diese Regierungserklärung ein Maßstab für Ihre Entschlossenheit für die nächsten fünf Jahre gewesen sein soll, dann wird einem angst und bange für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Gute Nacht, Hessen!)

Die Länge Ihrer Regierungserklärung steht antiproportional zu den Inhalten und zu den Perspektiven. Sie haben Ihren Zenit überschritten. Das sehen zumindest vier Kollegen aus Ihrer eigenen Fraktion so.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie werden nie einen haben! – Weitere Zuerufe von der CDU)

Ihre Basis bröckelt. Wenn eine Überschrift über diese Regierungserklärung passt, dann sicherlich diese: Diese Erklärung war blutleer und orientierungslos.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist auch nicht so fantasievoll!)

Sie haben eine entscheidende Hypothek in dieser Regierungserklärung. Diese Hypothek lautet, dass Sie seit zehn Jahren Regierungschef in Hessen sind und deswegen nicht bei null anfangen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist gut so! Gute zehn Jahre für Hessen!)

Wir können zehn Jahre Bilanz in das, was Sie uns hier vorsehen, vorgeben und entwickeln, einbeziehen. Ich sage Ihnen: Die Zeit des Durchwurstelns ist vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Es war sehr auffällig, dass Sie, völlig zu Recht, die Krise in den Mittelpunkt Ihrer Rede gestellt haben. Die Krise wird in den nächsten Jahren die zentrale Herausforderung sein. Das wird keine kurzfristige Angelegenheit. Das wird kein Kurzstreckenlauf, sondern ein Marathon. Sie haben, aus meiner Sicht völlig zu Recht, darauf hingewiesen, dass es in einer solchen Regierungserklärung im Prinzip um

zwei Dinge geht, einerseits um Prinzipien, um Gestaltungsleitlinien, und andererseits um konkrete Projekte. Deswegen war ich sehr verwundert, dass zentrale Kategorien, nämlich die Frage der Gerechtigkeit, aber auch die Frage der Arbeitslosigkeit, in Ihrer Rede kein einziges Mal Erwähnung gefunden haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Sie haben nicht richtig zugehört! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich teile ausdrücklich Ihre Ansicht, dass eine Krise auch eine Chance sein kann. Wenn man das Thema Gerechtigkeit einbezieht, heißt das aber gerade, dass wir im Wandel Sicherheit und in einer Krise vor allem Gerechtigkeit und Innovation brauchen. Davon war in Ihrer Erklärung nichts, aber auch überhaupt nichts zu lesen und zu hören.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich will zunächst eine zurückblickende Bemerkung machen, weil auch das am heutigen Tag dazugehört. Am 18. Januar 2009 haben die Wählerinnen und Wähler entschieden. Ich sage sehr klar: Der 18. Januar brachte für die Sozialdemokratie in Hessen eine herbe Niederlage. Das ist für uns ein Denktzettel. Wir werden uns mit den Konsequenzen dieses Ergebnisses beschäftigen. Das werden Sie das eine oder andere Mal in den Zeitungen lesen können. Wir werden das aber in dem notwendigen Selbstbewusstsein tun und in diesem Landtag eine konstruktive Oppositionsrolle übernehmen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Da wird mir angst und bange! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Sie mit Ihrer Arroganz!)

Herr Wagner, ich nehme das Thema Zusammenarbeit ernst. Deswegen will ich die Äußerungen von Herrn Koch, mit denen er in seinen Regierungserklärungen vor diesem Landtag eine Zusammenarbeit in dem Spannungsverhältnis zwischen Opposition und Regierung immer wieder angeboten, die er aber in der Realität eben nicht umgesetzt hat, ausdrücklich nicht aufnehmen, sondern ich will hier seitens meiner Fraktion erklären, dass wir eine konstruktive Oppositionsrolle einnehmen wollen. Ich sage aber auch – Sie wissen, dass ich gelegentlich Anleihen bei Filmen mache –, dass ich nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre und nach dem, was ich in der Regierungserklärung gelesen, aber auch heute hier gehört habe, nicht an den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ erinnert sein will.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir nehmen die sich wiederholenden Ankündigungen einer guten Zusammenarbeit zwar gerne zur Kenntnis, in der Realität ist aber an der Stelle wenig passiert. Deswegen sage ich Ihnen: Der absolute Anfangspunkt und die notwendige Basis dafür, dass das funktionieren kann, sind eine Beendigung der Oberflächlichkeit und der Selbstinszenierung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Ein deutlicher Beleg dafür, was ich damit meine, finde ich in Ihrer Regierungserklärung, wo Sie versuchen, aus dem Wahlergebnis – ich habe gesagt, das Wahlergebnis war ein dezidiertes Denktzettel für die Sozialdemokratie,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Daran waren Sie beteiligt!)

Herr Wagner – einen inhaltlichen Anspruch auf Fortsetzung Ihrer Politik abzuleiten. Sie betonen dabei – ich will mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren – in Ihrer Regierungserklärung:

Bürgerliche Politik für Hessen bedeutet:

eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, seine individuellen Freiheiten respektiert und ihn als eigenverantwortlichen Bürger stärkt;

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP)

eine Politik, die auf eine Kultur des Miteinanders baut, die allen eine Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe gibt;

eine Politik, die zur Förderung des Wohlstands und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beiträgt.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

– Herr Wagner, ich danke Ihnen für Ihren Applaus, denn der entscheidende Punkt ist: Das, was der Herr Ministerpräsident getan hat, hat mit dem, was hier niedergeschrieben ist, eigentlich nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Zuhören!)

Sie können aus dem Wahlergebnis keine inhaltliche Legitimation für das „Weiter so!“ Ihrer Politik ableiten. Schwarz-Gelb hat keine gesellschaftliche Mehrheit, keine inhaltliche Meinungsführerschaft.

(Lachen bei der CDU und der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das war ein schöner Kracher!)

– Ich bin ein Freund der Empirie, Herr Wagner. Deswegen will ich Sie mit vier Punkten konfrontieren, die Sie einmal zur Kenntnis nehmen sollten.

(Zurufe von der CDU)

CDU und FDP lehnen die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns ab.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP)

Für die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen sprechen sich nach aktuellen Umfragen 81 % der CDU/CSU-Sympathisanten und sogar eine Mehrheit der FDP-Anhänger – 62 % – aus.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Zweitens. Angela Merkel versprach vor dem EU-Gipfel im Dezember 2008, EU-Klimaschutzbeschlüsse zu verhindern, die in Deutschland Arbeitsplätze oder Investitionen gefährden. Frau Merkel in der „Bild“-Zeitung vom 8. Dezember 2008: Auch die FDP fordert in ihren Beschlüssen zur Rezessionsbekämpfung eine Aufweichung der europäischen Klimapolitik zugunsten deutscher Kraftwerksbetreiber. – Wörtliches Zitat: „In der aktuellen Situation wäre jede Verschärfung von Klimaschutzauflagen kontraproduktiv. Nur eine wachsende Wirtschaft kann auch eine ökologisch effiziente Wirtschaft sein“, so Michael Glos. – Auf den komme ich später noch zurück.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war denn das? – Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Der war einmal Wirtschaftsminister. Er ist jetzt durch einen Familienunternehmer ersetzt worden. Der Begriff Familienunternehmer hat ja seit einer Woche eine neue Bedeutung.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweites Zitat: „Klimaschutz muss als Wachstumsmotor für effiziente Klimaschutztechnik angelegt werden und darf nicht die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährden – schon gar nicht inmitten einer Wirtschaftskrise – und so zu einem zusätzlichen Jobkiller werden“. So die energiepolitische Sprecherin der FDP-Bundtagsfraktion, Gudrun Kopp, im Dezember 2008.

(Zurufe von der FDP)

Sie haben für diese Position nicht einmal in Ihren eigenen Reihen eine Mehrheit. Nach einer aktuellen Umfrage sagen 72 % aller Bürgerinnen und Bürger, 67 % der CDU-Anhänger, 66 % der FDP-Anhänger, dass an den Klimaschutzziele festgehalten werden soll. Ihre Wählerschaft ist also deutlich klüger als der Inhalt Ihrer Regierungserklärung, die Sie uns heute hier auf den Tisch gelegt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Drittens. Union und FDP sind sich einig, dass sich der Staat aus der Wirtschaft heraushalten sollte. Roland Koch am 22. Oktober 2008 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“:

In einigen Monaten wird es schon wieder darum gehen, dass sich der Staat zurücknimmt – aus Respekt vor den grundlegenden Stärken des Marktes.

Hermann Otto Solms legte nach. Am 14. Januar 2009 sagte er im Bundestag zu den Maßnahmen der Bundesregierung:

Der Staat muss sich auf seine Aufgaben beschränken. Das entspricht dem Ordoliberalismus, der Ordnungspolitik der sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie gelernt und lange Zeit praktiziert haben.

Zum Abschluss sage ich Ihnen: Die FDP wird ganz konsequent und prinzipientreu die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft verteidigen und auch in Zukunft als Partei der sozialen Marktwirtschaft auftreten.

Die Bürgerinnen und Bürger – und damit auch Ihre Wählerinnen und Wähler – sehen das nach einer aktuellen Umfrage des „Deutschland Trend“ ein bisschen anders. Die Aussage: „Ich fände es generell gut, wenn der Staat wieder stärker in die Wirtschaft eingreifen würde“, wird nämlich von 59 % der Befragten bejaht.

Viertens. FDP und CDU wollen den Atomausstieg rückgängig machen – so auch der Herr Ministerpräsident in der heutigen Regierungserklärung. Die Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger, immerhin 51 %, hat sich in einer aktuellen Umfrage dafür ausgesprochen, dass es beim Atomausstieg bleibt.

Fünftens. CDU/CSU und FDP wollen unter dem Vorwand, das Arbeitsrecht zu flexibilisieren und Beschäftigungs- und mittelstandsfreundlicher auszugestalten – so der FDP-Präsidiumsbeschluss mit dem Titel „Wege aus der Rezession“ vom 6. Januar 2009 –, den Kündigungsschutz aushöhlen. Mehr als 80 % der Wählerinnen und Wähler wollen, dass der Kündigungsschutz gestärkt wird oder unverändert bleibt.

Deswegen sage ich Ihnen: Sie haben hier zwar eine parlamentarische Mehrheit – das ist nicht zu leugnen, das wird auch ausdrücklich akzeptiert und anerkannt –, aber Sie haben keine inhaltliche Legitimation für die Fortsetzung Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP – Peter Beuth (CDU): Wie ist die Forsa-Umfrage von heute?)

– Sie wissen ja, über das Forsa-Institut freuen wir uns besonders: Schließlich machen sie jede Woche eine neue Umfrage. Sie sind eher in der Meinungsbildung als in der Meinungsforschung unterwegs.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP – Florian Rentsch (FDP): Jetzt wird es wunderbar!)

Herr Rentsch, ich sage Ihnen noch einmal: Sie haben für ein „Weiter so!“ keine gesellschaftliche Mehrheit. Ich habe in Ihre Erkenntnis wenig Vertrauen; das sage ich ganz klar.

(Florian Rentsch (FDP): Wer sagt das? Forsa oder Sie?)

– Das waren unter anderem die Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap. Aber ich gebe Ihnen gern die Daten. Vielleicht hilft es Ihnen, sich neu zu orientieren.

Der entscheidende Punkt ist, Sie haben keine gesellschaftliche Basis für das, was Sie heute hier inhaltlich vorgelegt haben. Ich sage Ihnen: Besonders charmant finde ich Ihr Bild mit dem Feuerwehrmann. Im Landtagswahlkampf habe ich mir abgewöhnt, bei Ihnen die Anlage zu einem Feuerwehrmann zu suchen; denn ich finde das Bild von denjenigen, die sozusagen etwas zündeln, ein wenig zu scharf. Aber es gibt eine schöne Kinderserie,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

in der das anders aufgenommen wird: „Grisu, der kleine Drache“. Grisu, der kleine Feuerwehrmann, ist zwar immer bemüht, das Feuer zu löschen; aber in der Regel ist er aufgrund seiner Tollpatschigkeit derjenige, der das Feuer entfacht.

Nun unterstelle ich Ihnen keine Tollpatschigkeit. Aber Sie müssen schon zur Kenntnis nehmen, dass Sie sich hier zwar gern zum Feuermann erklären können, wir aber nicht vergessen haben, dass Sie in den letzten zehn Jahren – auch schon davor als Oppositionsführer – an vielen Stellen immer derjenige waren, der kräftig gezündelt hat, nicht nur im Hessischen Landtag, sondern auch auf der Bundesebene.

(Beifall bei der SPD – Peter Beuth (CDU): Grisu ist mir deutlich lieber als die SPD!)

– Ich sage ja, das ist eine grundsymphatische Figur. – Ich habe gesagt, Roland Koch zeigt eine große Schwäche, wenn er in seiner Regierungserklärung die Politik für die nächsten fünf Jahre auf der Grundlage des Koalitionsvertrags beschreibt.

Diese große Schwäche ist, dass er mit einer Bilanz kommt. Er ist nämlich kein Anfänger, er sitzt hier nicht zum ersten Mal, sondern er hat jetzt zehn Jahre lang in diesem Land gewirkt.

(Günter Rudolph (SPD): Er will ja auch gar nicht mehr!)

– Zu der Frage, wie weit er noch will, komme ich später noch einmal.

(Ministerpräsident Roland Koch: Herr Al-Wazir will! – Peter Beuth (CDU): Von einem, der gerade die parlamentarische Schultüte abgegeben hat, sind das große Sprüche!)

– Herr Koch, wir wollen einmal nicht ignorieren, dass das, was Sie heute abgeliefert haben, eher Ausdruck von Amtsmüdigkeit als von Aufbruchstimmung war.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich will ein paar Anmerkungen zu der Frage machen, wo wir stehen; denn Herr Koch hat eben noch einmal darauf hingewiesen, dass wir jetzt über das Konjunkturprogramm die Investitionsquote erhöhen und dass man sie am Ende des Tages wieder zurückführen wird.

Aber auch da hilft ein Blick auf den Punkt, an dem Sie in Hessen eigentlich anfangen. Darauf will ich verweisen. In Hessen beläuft sich die Quote der öffentlichen Investitionen auf 9,5 %. Bundesweit liegt sie bei 11,8 %. Damit erreicht Hessen Platz 14.

Zur Entwicklung der Arbeitslosenquote: Im Zeitraum von 2004 bis 2007 sank sie um nur 0,6 Prozentpunkte. Im Bundesdurchschnitt fiel dieser Wert um 1,5 Prozentpunkte: Platz 14.

Die Zahl der Patentanmeldungen ist in Hessen im Zeitraum von 2004 bis 2006 um neun Patente pro 100.000 Einwohner gesunken, während sie im Bundesdurchschnitt im gleichen Zeitraum nur um eine Patentanmeldung je 100.000 Einwohner zurückgegangen ist: Platz 15.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Beim ersten Bundesländerranking auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien ist Hessen das Schlusslicht unter den Bundesländern – darauf kommen wir später noch einmal zurück –: Platz 14.

Im ersten Halbjahr 2008 lag Hessen beim Wirtschaftswachstum auf dem 11. Platz und somit unter dem Bundesdurchschnitt.

(Günter Rudolph (SPD): Hört, hört! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP): Das ist alles unangenehm!)

Was die Schüler-Lehrer-Relation an den Grundschulen betrifft, so sind die Werte für Hessen unterdurchschnittlich: Rechnerisch kamen 2006 in den Grundschulen auf einen Lehrer rund 22,4 Schüler. Im Bundesdurchschnitt waren es dagegen im Jahr 2006 19,4 Schüler. Damit ist die Schüler-Lehrer-Relation an den Grundschulen die schlechteste aller Bundesländer: Platz 16.

Bei der IGLU-Grundschulstudie vom Dezember 2008 ist Hessen im Vergleich zu 2003 um zehn Plätze abgerutscht: Platz 13. Bei PISA-E, einer Studie vom November 2008, liegt Hessen in den naturwissenschaftlichen Fächern auf Platz 12. Herr Koch, dabei sind Sie einst mit dem Anspruch angetreten, dass Hessen zum Bildungsland Nummer eins wird. Davon haben Sie sich meilenweit entfernt. Hessen liegt auf Platz 12.

Die Mittel, die für die Wissenschaftsaufgaben zur Verfügung gestellt wurden, beliefen sich in Hessen im Jahr 2005 auf nur 20 € je Einwohner, während im Durchschnitt aller Flächenländer 33 € je Einwohner aufgebracht wurden: Platz 11.

Was die Wirtschaftsförderung betrifft, so gibt das Land Bayern für die Landesförderinstitute zehnmal mehr aus als das Land Hessen. Hessen gibt 138 € pro Kopf aus,

Rheinland-Pfalz 561 €, Baden-Württemberg 428 €, Bayern 249 € und Nordrhein-Westfalen 204 €. Im Bundesdurchschnitt werden 241 € pro Kopf ausgegeben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Zur Inanspruchnahme von Mitteln der Europäischen Investitionsbank von 1997 bis 2007: Darlehenssumme pro Kopf der Bevölkerung in Hessen 434 €, im Bundesdurchschnitt 701 €. Spitzenreiter ist Bremen mit 1.819 €.

Herr Koch, damit will ich sagen:

(Wolfgang Greilich (FDP): Jetzt wird es interessant! Alle zuhören!)

Wenn Sie hier anfangen wollen, uns zu erklären, dass Sie mit dem, was Sie im Koalitionsvertrag zu verantworten haben, einen Aufbruch generieren und die Krise nutzen wollen, muss ich Ihnen sagen, dass Ihre Ausgangslage mehr als bescheiden ist. Da Sie nicht einmal im Wahlkampf und auch heute wieder nicht bereit waren, eine Eingangsbilanz zu ziehen, ist all das, was Sie hier eben im Zusammenhang mit einem Neuanfang beschrieben haben, wenig glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Dazu, dass Sie um jeden Arbeitsplatz gekämpft haben, sage ich Ihnen – Sie haben ein schönes Plakat dazu gemacht; darauf komme ich später im Detail zu sprechen –: Das ist eine ziemlich verwegene These. Wir hatten auch im Hessischen Rundfunk eine kleine Auseinandersetzung darüber. Wir sagen Ihnen nach wie vor, dass in den letzten fünf Jahren Ihrer Regierungszeit im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ ca. 10.000 Stellen abgebaut wurden. Sie sind der größte Arbeitsplatzvernichter in diesem Land.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) – Weitere Zurufe von der CDU)

– Wir haben den Streit ausgefochten. Aber selbst der Hessische Rundfunk musste am Ende kapitulieren, weil Ihre Zahlen offensichtlich auch nicht nachvollziehbar waren. Im Haushalt können wir das aber immer gut nacharbeiten.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Herr Koch, Sie haben vorhin gesagt: Jede Krise ist auch eine Chance, nutzen wir sie. – Ich teile diese Auffassung ausdrücklich. Wir haben in diesem Land häufig zu viele Problemsucher und zu wenige Problemlöser. Aber der entscheidende Punkt ist, dass Sie zu den Problemlösungen heute hier wenig beigetragen haben. Sie haben, wie ich glaube, keine Kraft mehr.

(Günter Rudolph (SPD): Und keine Lust mehr!)

– „Und keine Lust mehr.“ Na ja, was die Lust betrifft: Der entscheidende Punkt ist, dass Sie keine Kraft mehr haben, die in der Tat schwierigen Aufgaben anzugehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Sie sind auch nicht bereit, ernsthaft über die Ursachen der Krise zu reden. Besonders verräterisch ist Ihr Koalitionsvertrag, in dem Sie versuchen, ein Bild zu zeichnen, wonach die Krise das Ergebnis des Fehlverhaltens Einzelner sei. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag, Seite 3:

Nicht die Freiheit hat versagt, sondern die mangelnde Verantwortung Einzelner beim Gebrauch der Freiheit hat die Krise herbeigeführt.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist richtig biblisch!)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie wirklich auf diesem Niveau mit den Ursachen und den Auswirkungen der Krise umgehen wollen, haben wir noch extrem viel vor uns. Das hat mit Einzelnen nichts zu tun, auch wenn ganz sicher das Verhalten Einzelner die Probleme verstärkt hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie sagen damit im Kern aus, dass weder die Regeln noch die Perspektive bzw. die Richtung von Wirtschafts-, Industrie- und Technologiepolitik, noch der Gemeinsinn und die Verpflichtung des Eigentums überhaupt eine Rolle spielen. Ich glaube, damit machen Sie es sich entschieden zu einfach. Die Legende von den Selbstheilungskräften ist nach dieser Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise endgültig am Ende. Das sollten Sie auch endlich akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn Sie nämlich nicht einmal die Realität zur Kenntnis nehmen und nicht wissen wollen, wie die Frage wirklich heißt, werden Sie am Ende mit den falschen Rezepten operieren.

Dabei muss man, wenn man für ein Bundesland verantwortlich ist, auch wissen, in welchem Zuständigkeitskorridor, in welcher Aufgabenzuschreibung man sich bewegt. Die Kernkompetenz des Landes ist sicherlich die Bildungspolitik.

Was haben wir heute gehört? Im Kern haben wir ein „Weiter so!“ gehört.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie wiederholen sich! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Wagner wiederholt sich immer!)

Wenn ich zusammenfassen würde, was für Kernbotschaften Sie vermittelt haben, wäre das: Sie wollen weiterhin die Defizite abarbeiten. Sie wollen eine ausschließlich defizitorientierte Bildungspolitik machen. Sie sind nicht bereit, die Potenziale zu heben. Sie haben hier viel von 90, 100 oder 105 % Lehrerversorgung gesprochen. Ich sage Ihnen: Die Wirklichkeit da draußen ist eine andere. – Die Besetzung unserer Klassen sieht nämlich so aus: Wir haben 110 % Schülerinnen und Schüler in den Klassen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist eine Art von Mengenlehre! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das war holzapfelsche Mengenlehre!)

Dazu haben Sie heute faktisch nichts gesagt.

(Beifall bei der SPD)

– Herr Irmer, zu Ihren Aussagen komme ich später. Machen Sie sich da keine Sorgen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Darauf freue ich mich, das ist schön!)

Auch zu etwas anderem haben Sie heute nichts gesagt. Das betrifft Ihr einziges Versprechen, das Sie hinsichtlich des Personals vor der Landtagswahl abgegeben haben. Sie sagten, Herr Banzer sei gesetzt.

Eines will ich nun ausdrücklich anerkennen. Ich habe das auch während des Landtagswahlkampfes gemacht. Denn ich habe Herrn Banzer als eine der intellektuellen Kapa-

zitäten der geschäftsführenden Landesregierung geschätzt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Oh, da hast du etwas falsch gemacht!)

Herr Banzer hat sehr viel hinsichtlich neuer Kommunikation und neuen Umgangs gemacht. Ich habe dazu immer gesagt: Man darf nicht darin verharren, das Thema Bildung nur als neu zu behandelndes Thema der Kommunikation zu beschreiben, bei dem es sozusagen um das neue Layout geht. Vielmehr muss sich in der Substanz etwas verändern.

Herr Koch, ich habe aber nicht den Eindruck, dass der Grund der Ablösung des Herrn Banzer die Erkenntnis ist, dass es um mehr als eine neue Kommunikationsstrategie geht. Vielmehr ist das schlicht und ergreifend das Eingeständnis, dass Ihr Koalitionspartner deutlich besser verhandelt hat. Deswegen muss Herr Banzer im Sozialministerium Platz nehmen, wobei ich sagen muss: Das Sozialministerium gibt es nicht mehr. – Darauf komme ich später zu sprechen.

Bildung und Schule sind die Kernkompetenzen der Bundesländer. Am Ende des Tages werde ich etwas feststellen müssen. Das, was Sie heute hier vorgetragen haben, und das, was im Koalitionsvertrag steht, wurde von meiner Kollegin Heike Habermann zutreffend mit der Formulierung beschrieben: Das sind ausgelatschte schwarze Schuhe mit neuen gelben Schnürsenkeln. – Das ist das passende Bild.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihnen gibt es keine wirkliche Perspektive für mehr Ganztagschulen. Bei Ihnen gibt es keine wirkliche Perspektive hin zu mehr individueller Förderung. Bei Ihnen gibt es keine Perspektive hin zu mehr Talentförderung. Sie haben keinerlei Antwort auf die Frage gegeben, welche Entwicklungsmöglichkeiten Sie eigentlich bei den Übergängen auf die verschiedenen Schulformen haben wollen.

Beim Thema G 8 sind Sie völlig eingeknickt. Nach wie vor nehmen Sie nicht die Probleme zur Kenntnis, die es bei G 8 gibt. Die Irritationen bei den Eltern, den Schülerinnen und Schülern sowie bei den Lehrerinnen und Lehrern sind nach wie vor extrem groß. Sie sind da zu nichts bereit, weil Sie in dieser Frage ideologisch völlig verblendet sind.

Beim Thema frühkindliche Bildung bleiben Sie hinter all dem in Sonntagsreden Gesagten zurück. Auf das Thema Islamunterricht werde ich gleich noch einmal separat zu sprechen kommen.

Unter dem Strich zusammengefasst kann man sagen: Den Themen Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit können Sie eigentlich nur eines entgegensetzen, nämlich die Förderung der selbstständigen Schule. – Genau da aber gibt es den entscheidenden Unterschied zwischen Ihnen und uns. Wenn wir über Bildung und Schule reden, nehmen wir die Perspektive des Kindes ein. Wir sehen das aus der Perspektive der bestmöglichen Förderung des Kindes, und zwar zu allen Zeiten. Sie reden nur über die Organisationsstrukturen. Genau das ist grundfalsch.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, dass Sie im Rahmen des Konjunkturprogramms Schwerpunkte bei der Bildung setzen wollen. Aber ich sage Ihnen: Den Investitionen in den Beton müssen die Investitionen in die Köpfe folgen. Da bleiben Sie in Ihrer Regierungserklärung im Kern jedwede konzeptionelle Antwort schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt letztlich auch für den formelhaften Kompromiss, den Sie in Ihrer Regierungserklärung anzulegen versucht haben. Das betrifft die Frage des Islamunterrichts. Da sind die Koalitionäre, ideologisch gesehen, das erste Mal sozusagen richtig aufeinandergetroffen. Frau Henzler, eines will ich Ihnen in aller Offenheit sagen. – Wo ist sie eigentlich?

(Zuruf)

Übermitteln Sie Frau Henzler bitte Folgendes:

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Schönen Gruß!)

Hinsichtlich der Frage der Einführung des Islamunterrichts kann ich ausdrücklich sagen, dass wir ihr die Hand reichen und sie da unterstützen werden, damit die Ewiggestrigen in der Union endlich dahin kommen, wo sie hingehören.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auf jeden Fall sehr gespannt, wie Sie Ihren formelhaften Kompromiss letztlich umsetzen wollen. Wir sind sehr gespannt, zu erfahren, was Herr Irmer in seinem „Wetzlar Kurier“ dazu alles fabulieren wird. Schon während der Wahlkampfzeit hat er wieder einmal ein bisschen gezündelt. Das wurde nicht hinreichend gewürdigt. Herr Irmer, ich bin da aber zuversichtlich: Sie werden als das integrationspolitische Gewissen des Stahlhelmlügels in der hessischen Union auch weiterhin Ihrer Rolle gerecht werden.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Herr Kollege, Adel verpflichtet!)

Beim Thema Bildung will ich einen kleinen Exkurs zu dem Koalitionsvertrag machen, aus dem gerne von Ihnen zitiert wird. Denn das Thema sinnerfassendes Lesen scheint offensichtlich nicht nur ein Problem unserer Schülerinnen und Schüler zu sein. Die IGLU-Studie zeigt dies für sie. Gelegentlich haben aber auch Erwachsene damit Probleme. Ich empfehle Ihnen dringend, den Koalitionsvertrag einmal zu lesen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Er ist sehr gut!)

Vielleicht hilft das, das eine oder andere zu verstehen. Zum Thema Haushalt werde ich später noch etwas sagen.

Ich will Ihnen am Ende meiner Bemerkungen zu dem Thema Bildung zwei Dinge mit auf den Weg geben. Wir werden sehr genau beobachten, was Sie hinsichtlich der Hochschulen machen. Wir werden vor allem sehr genau beobachten, was Sie hinsichtlich der Studiengebühren unternehmen. Denn Ihrer Ankündigung, das nicht zu machen, traue ich nicht. Ich sage das in aller Offenheit.

Frau Kühne-Hörmann hat sich schon dazu verstiegen, zu sagen, es dürfe da keine Denkverbote geben, das Thema Studiengebühren sei eines, das aufzurufen sei. Wir sind gespannt, wann das der Fall sein wird. Auf jeden Fall ist eines völlig klar: Das Thema Studiengebühren spielt in Ihrer Denke weiterhin eine Rolle. – Deshalb kann man sagen: Bei Ihnen gibt es in der Bildungspolitik keinerlei Erkenntnisgewinn.

(Beifall bei der SPD)

Eines möchte ich Ihnen aber auch sagen – das wird meine letzte Bemerkung zum bildungspolitischen Teil sein –:

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Schade, dass Sie damit gleich fertig sind!)

Es wäre im Interesse der Kinder, der Eltern und der Schulen, wenn es in Hessen bildungspolitische Grundlinien geben würde. Ich glaube, angesichts Ihrer Verbohrtheit wird der Weg dahin noch sehr lang sein. Ich sage Ihnen aber auch: Wir sind dennoch Gesprächsbereit. Denn das ständige Hin und Her bietet sicherlich keine Perspektive für die nächsten 30 Jahre.

Ich will damit auf Ihr Plakat zurückkommen. Dort stand: In Zeiten wie diesen kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz. – Herr Koch, ich habe mich im Wahlkampf gefragt – ich habe Ihnen diese Frage mehrfach zugerufen –: Warum wollen Sie dies eigentlich nur in Zeiten wie diesen tun?

(Zuruf von der CDU: Ach, du lieber Gott!)

Das ist schon sehr erstaunlich. Sie haben das Thema Arbeit vor sich hergetragen. Sie haben in diesem Wahlkampf versucht, eine Inszenierung zu machen. Damit komme ich zu meiner am Beginn meiner Rede gemachten Bemerkung zum Thema Offenheit und Selbstinszenierung zurück. Sie haben versucht, sich zum Retter von Opel aufzuschwingen.

Ich sage Ihnen, was mich daran besonders geärgert hat. Ich vermute, dass Sie in diesen Tagen ähnliche Gesprächspartner wie ich hatten. Wir alle wissen, dass die Thematik Opel keine einfache Baustelle ist. Das gilt für Hessen und die anderen Bundesländer. Das gilt insbesondere für das Unternehmen selbst. Ich fand das nicht in Ordnung.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Oh!)

Wir haben in interfraktionellen Gesprächen verabredet, wie wir mit dem Thema umgehen wollen. Sie haben anschließend immer wieder einmal versucht, vorzupreschen. Dies geschah nicht, weil es um die Frage ging, ob Sie derjenige sind, der sozusagen der Krisenmanager ist. Das wäre einer eigenen Würdigung wert. Ich glaube, dass Sie dem Unternehmen mit Ihrer Art Öffentlichkeitsarbeit einen großen Bärendienst erwiesen haben.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Können Sie das einmal begründen?)

– Herr Wagner, Sie könnten sich beispielsweise einmal die interne Kommunikation bei Opel zu der Frage vorlegen lassen – das wird dort bewertet –, ob all das, was der Ministerpräsident von sich gegeben hat, so hilfreich war.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Was meinen Sie denn zum Beispiel? – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Konkretisieren Sie das doch einmal!)

– Sie wissen doch selbst, dass ich hier keine Namen nennen werde. – Aber Sie können davon ausgehen, dass die Irritationen bei Opel doch deutlich größer waren, als Sie das gerade versucht haben hier darzustellen.

Hinsichtlich der gestern abgegebenen Erklärung kann Herr Koch nichts machen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Werden Sie konkret! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Dunkel ist der Rede Sinn!)

Der entscheidende Punkt ist folgender. Er sagte, in Zeiten wie diesen werde er um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Dann hat er Herrn Rüttgers in die USA geschickt. Er soll in der Konzernzentrale darüber verhandeln. Die Konzernzentrale von Opel in Deutschland hat ihren Sitz aber in Rüsselsheim. Ich finde, das ist eine unangemessene

Aufgabenverteilung. Ich habe das jetzt sehr freundlich und diplomatisch formuliert.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über Arbeit reden, ist entscheidend, über welche Arbeit wir reden. Das ist der entscheidende Punkt, wo wir im Wahlkampf, davor und auch heute immer wieder sagen: Es geht um gute Arbeit. – Was meinen wir mit „guter Arbeit“? Und vor allem: Welchen Stellenwert hat dabei das Land selber?

Das Land hat eine Vorbildfunktion. Wir nehmen zur Kenntnis, dass jenseits Ihrer Erklärung, dass Sie in konstruktiven Gesprächen mit Gewerkschaften sind – wir freuen uns, dass Sie mit dem Marburger Bund einen Tarifvertrag abgeschlossen haben –, das mit anderen noch deutlich aussteht. Wir wissen, dass Sie mit dem Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder bei der Arbeitszeit Fakten schaffen wollten und dass das zu zusätzlichen Belastungen geführt hat. Sie sagen hier, Ihr Wort gilt. Sie sprechen davon: „Es gibt keine Sonderopfer für Beamte“, und vieles andere mehr. Die Realität ist eine völlig andere. Fragen Sie einmal die Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei, was sie von Ihren Ankündigungen, es gäbe keine Sonderopfer, und was sie zu Ihren Ankündigungen zur Arbeitszeit sagen. Die sind alle darüber völlig frustriert, dass Sie einen unmöglichen Umgang mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben und Ihrer Vorbildfunktion nicht gerecht werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dem Kontext ist völlig inakzeptabel, dass Sie am vergangenen Freitag im Bundesrat in der Frage der Mindestlöhne Ihre Zustimmung verweigert haben. Es ist nicht hinnehmbar,

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

dass in diesem Land zunehmend mehr Menschen zu Löhnen arbeiten, die sie nicht in die Lage versetzen, anschließend von diesen Löhnen auch zu leben, und der Steuerzahler ausgleichen muss.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): So ist es nämlich!)

Ihre Antwort darauf ist: „Weiter so!“ – Unsere Antwort ist: Mindestlöhne, gesetzlich und flächendeckend.

(Zurufe von der CDU und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich sage Ihnen, uns gefallen nicht alle Kompromisse, die wir in der Großen Koalition machen müssen. Das ist so. Aber der entscheidende Punkt ist: Es gibt dazu Antworten, und Sie haben Ihre Zustimmung verweigert – ganz sicherlich wegen Ihres Koalitionspartners. Aber man muss jetzt fairerweise schon sagen, dass Sie beim Thema Mindestlohn auf der Bundesebene eher zum Jagen getrieben werden müssen, weil Sie nicht bereit sind, der sozialen Verantwortung in der Bundespolitik gerecht zu werden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ein rhetorisches Feuerwerk! – Weitere Zurufe von der CDU)

Beim Thema „gute Arbeit“ geht es auch um die Frage, wie wir zukünftig mit der Leiharbeit umgehen. Nachdem wir festgestellt haben, dass die Regelung, die wir für die Leiharbeit geschaffen haben, systematisch missbraucht und falsch eingesetzt wird, haben wir in der letzten Legislaturperiode Anträge eingebracht, wie wir mit neuen Regelun-

gen dem Schutz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern auch im Verhältnis zur Stammbesetzung gerechter werden.

Ausdrücklich will ich sagen: Ich bin sehr damit zufrieden und finde es richtig, dass wir im Rahmen der Kurzarbeiterregelung auf der Bundesebene klären konnten, dass künftig Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zunächst nicht die Betriebe verlassen müssen, bevor Kurzarbeit beantragt werden kann. Das war richtig. Ich sage Ihnen aber auch: Das war nur ein Anfang. Die Zeit- und Leiharbeit müssen in die Mindestlöhne einbezogen werden, und Sie müssen Ihre Blockade aufgeben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über die Frage „gute Arbeit und Perspektiven“ reden, ist Opel aus einem anderen Grund ein gutes Beispiel, weil die Frage, mit welchen Strukturen wir zukunftsfähig werden wollen – ich gehe zurück auf die Bilanz, was Sie in der Technologiepolitik, bei Patentanmeldung, Ähnlichem mehr und bei erneuerbarer Energie vorzuweisen hatten –, deutlich wird. Die Frage ist, ob der Verbrennungsmotor in 20, 25 oder 30 Jahren noch das Modell der Massenfertigung ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ottomotoren!)

Der entscheidende Punkt ist: Wenn Sie regelmäßig zu Opel gehen, werden Sie auch in der Entwicklungsabteilung gewesen sein. Sie haben ein Beispiel genannt, nämlich die Brennstoffzelle. Es gibt aber noch viele andere Beispiele. Die sagen, dass sich das Thema des technologischen Fortschritts und die Formen von Mobilität verändern werden. Das ist doch der entscheidende Punkt, wo Sie faktisch zwei Jahre mit Ihrem ideologieverengten Blick versucht haben, insbesondere der Sozialdemokratie vorzuwerfen, wir würden die falsche Weichenstellung vornehmen.

Was haben wir vorgeschlagen? Wir haben gesagt: Wir nehmen das Thema Klimawandel, das Thema der Energiewende, das Thema der Schaffung von Arbeit, das Thema der Schaffung von zukunftsfähigen Industrie- und Wirtschaftsstrukturen zusammen. Wir schauen, was das miteinander zu tun hat. Es ist der wesentliche Unterschied, in einer anderen Form des Denkens zu versuchen, diese Fragen endlich zusammenzuführen. Die Zukunft der Automobilindustrie liegt eben nicht im Verbrennungsmotor, sondern in anderen Antriebssystemen. Sie liegt in der Frage, wie wir anders Energie erzeugen, wie wir Mobilität anders organisieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

– Entschuldigung, Herr Arnold. Da haben Sie sich in den letzten Jahren völlig verweigert. Der entscheidende Punkt wird sein, ob Frau Lautenschläger, die jetzt sozusagen allzuständig für die Energie ist, nachdem sie das Sozialministerium abgewickelt hat, die Richtige ist, um diese Aufgabe anzugehen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das wird sie schon machen, keine Sorge!)

– Herr Arnold, Sie müssen das sagen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ich muss gar nichts!)

Das verstehe ich gut.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Er ist ein freier Abgeordneter!)

– Natürlich ist er ein freier Abgeordneter. – Aber der entscheidende Punkt ist, ob ich ihr das zutraue.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das dürfen Sie!)

Zur Frage des Sozialministeriums komme ich gleich noch einmal. Aber die Erfahrungen, die ich mit ihr im Zusammenhang mit dem Sozialministerium machen durfte oder machen musste, machen mich nicht sehr optimistisch für das, was ich für innovativ und gerecht halte, was am Ende wirklich dabei herauskommt.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe eher die Vermutung, dass, Frau Lautenschläger, nachdem sie das Sozialministerium abgewickelt hat, jetzt das Umwelt- und Energieministerium abwickelt. Das werden wir spätestens in fünf Jahren zu bewerten haben.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ich bin da optimistisch!)

– Herr Arnold, aber sehen Sie, Folgendes ist der entscheidende Punkt. Der Ministerpräsident hat versucht, auf die Frage des Perspektivwechsels eine Antwort zu geben, indem er gesagt hat: Wir machen ein Zentrum für Automobiltechnologie. – Oder Sie haben es so ähnlich genannt. Ich glaube, dass das eine unzureichende Antwort auf die Frage ist, die wir gestellt haben. Genauso unzureichend ist Ihre Antwort auf die Energiepolitik,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Wissen Sie denn, wer die macht?)

weil Sie nicht bereit sind, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Mich ärgert wirklich, wenn sich Herr Koch hierhin stellt, vom Schutz der Schöpfung und von Generationengerechtigkeit spricht

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Keine Gefühlsausbrüche!)

und dann über Atomkraftwerke fabuliert. Das ist wirklich ein Treppenwitz

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

– Herr Arnold –, weil das eine mit dem anderen wenig zu tun hat.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Als Übergangszeit!)

– Er sprach heute von Übergangstechnologie und hat dann angefügt: für eine lange Zeit. Wir haben zur Kenntnis genommen, was in Biblis mit dem Versuch passiert ist.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Zur Übersetzung: Der Zwischenruf war, dass Schweden jetzt auch wieder neue Atomkraftwerke baut.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Sehen Sie, das ist einer der Punkte mit der Selbstinszenierung. Herr Koch hat immer ein Talent, sich aus bestimmten Ländern bestimmte Elemente herauszunehmen.

Es gab einmal mit Herrn Koch eine Delegationsreise zum Thema Arbeitsmarktpolitik nach Dänemark und in die Niederlande. Herr Metz durfte von der ersten Minute an im Prinzip nur noch einen einzigen Satz in die Presseticker nach Deutschland formulieren, nämlich: Der Kündigungsschutz muss weg, weil es den in Dänemark auch nicht gibt. – Was Herr Metz entweder nicht mitbekommen oder Herr Koch ihm gesagt hat, er dürfe es nicht schreiben, ist, wie die Arbeitsmarktpolitik in Dänemark und in

den Niederlanden insgesamt aussieht und dass das ein völlig anderes System ist. Zum Beispiel spielt die Frage der Lohndifferenzierung eine völlig andere Rolle.

(Judith Lannert (CDU): Was hat das mit Energie zu tun?)

– Es geht darum, dass sich Herr Koch immer internationale Teile herauspickt, ohne den gesamten Punkt zu sehen. Wir können einmal über die Bildungspolitik und die skandinavischen Erfahrungen reden, die Sie seit zehn Jahren ignorieren. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen: Nicht alles, was aus Schweden kommt, ist Fortschritt. Vieles wäre Fortschritt. Aber Sie picken sich immer den fossilen Teil heraus. Wenn Sie über die Bewahrung der Schöpfung reden, dann halte ich das in diesem Hause für einen Treppenwitz.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch der Abg. Judith Lannert (CDU))

Völlig zu Recht haben Sie darauf hingewiesen, dass wir beim Konjunkturpaket, der Frage des Investitionsprogramms, im Kern in dieselbe Richtung laufen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Na prima!)

– Herr Arnold, sehen Sie, dann stelle ich Sie heute wenigstens einmal zufrieden.

(Günter Rudolph (SPD): Er hat in den letzten Tagen nicht so viel Freude gehabt!)

Wir laufen im Kern in dieselbe Richtung. Ich bin froh, dass Sie endlich sozialdemokratische Konzepte übernehmen, die am Ende des Tages richtig gemacht werden müssen. Wir werden sicherlich im Detail über die Mechanik noch einmal zu reden haben. Das gilt für einzelne Schwerpunkte. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Das Thema ländlicher Raum fehlt. Aber auch die Frage der konsequenten Umsetzung der Energiewende ist etwas, was uns in diesem Programm zu kurz kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

– Ja, Herr Arnold, wir haben ein bisschen energetische Sanierung. Wir reden über die Energiewende und damit über ein bisschen mehr.

Sie wissen, Energiewende bedeutet dreierlei: erstens die Energieeffizienz heben, zweitens Ausbau erneuerbarer Energien und drittens moderne Kraftwerkstechnologie – also das, was wir beim Thema Blockheizkraftwerke und Ähnliches besprochen haben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie aber auch nicht immer gewusst!)

– Entschuldigung, Kollege Wagner, vorhin habe ich beschrieben, dass wir versucht haben, Themen konsequent durchzudeklinieren. Ich weiß, das ist im vergangenen Jahr nicht bei allen GRÜNEN nur auf Freude gestoßen. Aber das ist der entscheidende Punkt: Die Sozialdemokratie spielt Arbeit und Umwelt nicht gegeneinander aus, und das unterscheidet uns von vielen anderen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Tarek Al-Wazir und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Beim Thema Konjunkturpaket gehen wir im Kern in eine ähnliche Richtung. Dazu komme ich gleich. Sie werden

gleich noch mehr Anlass haben, sich ein bisschen über mich zu ärgern.

Beim Thema Konjunkturprogramm gehen wir im Kern in die gleiche Richtung. Im Detail werden wir allerdings eine ganze Reihe von Anregungen einbringen. Ich bin sehr gespannt, ob Sie bereit sind, darauf einzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eben habe ich darauf verwiesen, dass wir Arbeit und Umwelt nicht gegeneinander ausspielen. Für Hessen könnte ich es auch anders formulieren: Die einen denken nicht bis zum Flughafen, und die anderen denken nicht über den Flughafen hinaus.

(Beifall bei der SPD)

Oder anders formuliert: Infrastruktur in Hessen ist sicherlich nicht nur Beton.

Im Hessischen Landtag hat die SPD-Fraktion mehrfach einen ganz zentralen Satz gesagt, wenn es um den Umgang mit dem Frankfurter Flughafen ging. Er lautet: Das Fundament der neuen Landebahn ist nicht nur der Beton, sondern das Vertrauen darin, dass das Mediationsergebnis umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen habe ich mir natürlich die Passagen zum Flughafen ganz besonders genau angeschaut. Ich will und kann Ihnen auch nicht ersparen, noch einmal ein bisschen nachzuvollziehen, was eigentlich beim Thema Flughafen passiert ist.

Es gab im Hessischen Landtag eine ausbaubefürwortende Mehrheit, über Jahre: von Union, SPD und FDP. Wir haben immer formuliert: Wir wollen den Ausbau unter den Bedingungen der Mediation.

(Günter Rudolph (SPD): Genau so ist es!)

In den Anhörungen haben wir immer die Frage diskutiert: Geht das? Ich kann mich gut daran erinnern, dass es da drüben eine sehr lebhaft debattierte Debatte mit verschiedenen Juristen darüber gab, ob das möglich ist. Anlass war die Anhörung zum Landesentwicklungsplan. Am Ende waren wir der Auffassung, man könne keine feste Bindung für die Landesregierung, für die Planfeststellungsbehörde machen.

Dann gab es den Planfeststellungsbeschluss mit einer Entscheidung, die 17 Nachtflüge zugelassen hat. Im Anschluss daran wurde erklärt: Das geht juristisch nicht anders. – Das war eine eigenständige Rechtssetzung.

Im Rahmen unserer politischen Möglichkeiten haben wir dieses Thema dann mehrfach aufgerufen. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es auch noch den Eindruck, es sei mit der Umsetzung des Mediationsergebnisses ernst gemeint.

Im Rahmen eines rot-grünen Koalitionsvertrages – im Wahlkampf hat Herr Koch mehrfach darauf verwiesen – haben wir versucht, einen Weg zu finden, wie wir dieses Versprechen an die Region noch umsetzen können, jenes Versprechen, das damals Herr Koch, Herr Hahn und ich mit unseren Stimmen an die Region gegeben haben.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Das waren jetzt drei Stimmen!)

– Herr Hahn, am Ende waren es ein paar Stimmen mehr.

Daraufhin wurde uns als Sozialdemokratie vorgeworfen – ich formuliere es jetzt etwas salopp –, wir wären nicht ganz

aufmerksam gewesen, man hätte uns über den Tisch gezogen usw., nach dem Motto: Das geht alles gar nicht.

Es gab dann eine heftige Diskussion darüber, ob das geht. Die Regierung hat sich mit Unterstützung der FDP auf den Standpunkt gestellt: Das geht alles gar nicht.

Zwei Tage vor der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs gab es bei FFH ein Spitzenkandidatenduell. Dabei habe ich Herrn Koch gefragt: Sagen Sie einmal jenseits aller juristischen Verflechtungen: Sind Sie eigentlich bereit, sich im Rahmen der anstehenden Gerichtsverhandlung dafür einzusetzen, dass das, was wir als Parlament, als politische Verantwortungsträger in diesem Land gemacht haben, noch umgesetzt wird? – Die Antwort von Herrn Koch war: Nein.

Das ist eine ziemlich präzise Zusammenfassung. – Zwei Tage später gab es eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs, die vor allem eines dokumentiert hat: Die Position der hessischen Sozialdemokratie, dass es geht, wurde bestätigt, alle anderen Positionen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme heute sehr wohl zur Kenntnis, dass sowohl nach dem Manuskript als nach dem Koalitionsvertrag und auch nach dem, was Herr Koch heute hier gesagt hat, keine Initiative von Ihnen dazu ausgehen wird,

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

das Mediationsergebnis noch umzusetzen. Vielmehr verweisen Sie auf Leipzig.

Ich weiß sehr wohl, diese Rechtsmaterie ist sehr kompliziert, und kein Mensch weiß, ob das in Leipzig halten wird; denn es gibt hier in der Tat ein paar sehr interessante unterschiedliche Rechtsauffassungen.

Aber Sie sind nicht einmal bereit, zu sagen: Wir werden uns im Sinne des der Region gegebenen Versprechens einbringen.

(Zuruf von der SPD: Die Menschen sind ihnen egal!)

Das ist der Punkt, bei dem ich Ihnen sage: Hier lasse ich mir in Zukunft von Ihnen zum Thema Flughafen wenig sagen, denn Sie haben Ihr Wort gebrochen.

(Beifall bei der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die Sozialdemokraten haben Erfahrungen mit Wortbruch!)

Noch einmal: Vertrauen ist das Fundament der neuen Landebahn, und dieses Vertrauen hat nicht die hessische Sozialdemokratie gebrochen, sondern der Ministerpräsident durch mehrfache Erklärung.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe eben gesagt, das Thema Infrastruktur erschöpft sich nicht mit dem Thema Flughafen. Ich sage Ihnen: Auch Ihre Antworten zum Thema Nordhessen bleiben deutlich hinter unseren Erwartungshaltungen zurück. Es gibt interessante Verweise aus den Auswertungen des Vergleichs des Koalitionsvertrages von Rot-Grün mit dem, was Sie vorgelegt haben. Interessant sind dabei insbesondere die Formulierungen zur A 44 und zur A 49. Noch im Jahr 1998 haben Sie erklärt, ab dem Tag Ihres Amtsantritts werden die Bagger rollen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Die rollen dort bis heute nicht. Und ich bin nicht ganz zuversichtlich, dass sie bis zum Ende Ihrer jetzigen Amtszeit rollen werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie haben nicht nur für Nordhessen – außer diesen beiden Autobahnprojekten und dem Projekt Kassel-Calden – keine Antwort, Sie haben vor allem für das Rhein-Main-Gebiet keine Antwort.

(Florian Rentsch (FDP): Sie haben schon Antworten für Kassel-Calden!)

Es überrascht mich nicht, dass Sie zum Thema Rhein-Main und zu der Frage, wie sich diese Region neu aufstellt, sich neu positioniert, welche Rolle beispielsweise das Thema Internationale Bauausstellung dabei spielen kann, kein Wort gesagt haben.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das steht in der Koalitionsvereinbarung!)

– Herr Milde, ich weiß, es steht in der Koalitionsvereinbarung, Sie sind ein engagierter Verfechter der Internationalen Bauausstellung, und wie Sie wissen, haben Sie darin meine absolute Unterstützung.

Aber es fällt auf. Viele in der Region sagen, das ist das große Projekt, oder das kann das große Projekt sein, das die Region ein Stück weit zusammenführt und eine neue Perspektive für die Region formuliert – und der Ministerpräsident erwähnt das mit keinem Wort. Auch die Internationale Bauausstellung hat für das Rhein-Main-Gebiet eine Geschichte.

Als ich das gestern im Koalitionsvertrag gelesen habe, musste ich ein bisschen grinsen. Dort steht, das Terminal 3 soll CO₂-neutral und umweltbewusst gebaut werden. Ich musste deshalb grinsen, weil in der berühmt-berüchtigten Machbarkeitsstudie zur Internationalen Bauausstellung „der grüne Flughafen“ stand. Der ist dann ganz schnell verschwunden, denn das war ein Bild für etwas, was in dieser Form nicht umzusetzen ist.

Der entscheidende Punkt wird sein, ob Sie das wirklich ernst meinen, was Sie dort beschrieben haben. Mir fehlt der Glaube daran, dass Sie wirklich bereit sind, dieses Projekt der Rhein-Main-Region auch gegen die inneren Widerstände dort umzusetzen.

Sie haben Herrn Banzer als einen Ihrer Hauptkritiker ins Kabinett geholt, um ihn einzubinden. Jetzt haben Sie ihn in die nächste Rolle abserviert. – Herr Banzer wechselt schon den Platz. Herr Banzer, Sie dürfen ruhig hier vorne sitzen bleiben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Unsere Sympathie für zumindest diese Amtszeit haben Sie.

(Jürgen Banzer (CDU): Von hier aus kann ich wenigstens Zwischenrufe machen!)

– Herr Banzer, von dort aus dürfen Sie das.

Auf das Thema Rhein-Main geben Sie keine Antwort. Die Formulierung im Koalitionsvertrag, dass Sie das Ballungsraumgesetz evaluieren wollen, halten wir nach den Erfahrungen der Evaluierungen der letzten fünf Jahre eher für eine Bedrohungslage.

(Beifall bei der SPD)

Das wird wahrscheinlich getreu dem Motto: „Was mir nicht passt, das kommt nicht rein“, gleich wieder versenkt,

weil es nicht ernst gemeint ist. Das Ballungsraumgesetz ist gescheitert. Sie werden mit dem Durchwursteln auch in der Rhein-Main-Region nicht durchkommen.

Mit dem Begriff „Durchwursteln“ bin ich beim Punkt der Gerechtigkeit. Wir haben – schon auch mit Verbitterung, das will ich ohne Weiteres zugestehen – zur Kenntnis genommen, dass Sie nun sogar, nachdem Frau Lautenschläger mit der „Operation düstere Zukunft“ die Sozialpolitik des Landes nahezu vollständig abgewickelt hat, zumindest was Frauenhäuser, soziale Brennpunkte, Migrantenberatung und vieles andere mehr angeht, die Bezeichnung „Soziales“ aus dem Namen dieses Ministeriums gestrichen haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind wenigstens an diesem Punkt konsequent und ehrlich, weil die Themen Soziales und Armutsbekämpfung für Sie nicht einmal gedanklich eine Rolle spielen. Insofern sind Sie sehr konsequent. Ich sage Ihnen dennoch: Das, was Sie hier treiben, ist nicht in Ordnung. Ich habe mir gestern Abend noch einmal die Entwicklung der Tafel-Projekte in Hessen angeschaut. Sie wissen, dass dieses Thema zwei-, dreimal eine Rolle gespielt hat; und die Tafeln sind sozusagen der brutalstmögliche Hinweis darauf, wie wir in diesem Land mit Armut umgehen

(Zuruf von der SPD: Ein Land versagt!)

– und dass ein Land versagt.

In den letzten 13 Monaten sind in Hessen sieben weitere Tafel-Projekte entstanden. Es gibt in Hessen nun insgesamt 54 Tafel-Projekte. Das sind 54 Stellen in Hessen, die uns dokumentieren – damit meine ich uns alle –, dass es in diesem Land eine Entwicklung gibt, vor der wir die Augen nicht verschließen dürfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt eine Gerechtigkeitslücke; und Armutsbekämpfung ist auch eine Landesaufgabe. Dazu müssen Sie sich endlich bekennen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Banzer, da hilft es nichts – wie wir das in den letzten fünf Jahren erlebt haben, und das formuliere ich jetzt auch als Erwartungshaltung an Sie –, lediglich über die PR-Abteilung mit paar schönen neuen Wettbewerben, ein paar schönen neuen Flyern und der einen oder anderen Stiftungsinitiative zu versuchen, Aktivität zumindest darzustellen. Sie werden das Thema Armutsbekämpfung in Hessen offensiv angehen müssen, weil Armut auch in Hessen stattfindet.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Koch hat vor sechs Jahren in seiner Regierungserklärung gesagt, dass die Familienpolitik einen neuen Stellenwert bekomme und dass Hessen das Land der Tagesmütter werde. Heute haben Sie wieder angekündigt, dass das Thema Familie erneut eine große Rolle spielen wird. Das Problem Ihrer Bilanz ist wiederum, dass wir von Ihnen nicht immer nur schöne Worte in Regierungserklärungen hören wollen. Wir wollen, dass Ihren Worten endlich Taten folgen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben familienpolitisch nichts vorzuweisen.

(Florian Rentsch (FDP): Das ist doch Blödsinn!)

– Entschuldigung, Herr Rentsch, familienpolitisch hat Hessen nichts vorzuweisen. – Sie hinken im Vergleich zu allen anderen hinterher; und ich bin sehr gespannt, ob Sie das in der Zukunft abstellen werden.

(Beifall bei der SPD)

Zur Gerechtigkeitsfrage sage ich Ihnen – das ist eine wichtige Überleitung zum Thema Haushalt und Finanzen –: Wir werden am Ende des Tages irgendwann auch über die Frage reden müssen, wer diese Dinge eigentlich bezahlt, über die wir hier reden.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Das ist in der Tat die schwierigste Variante, denn an dieser Stelle kann man sich nicht immer nur durchmogeln. Die Kommentare über die Finanzpolitik von Herrn Weimar in der „FAZ“ sind schon legendär. Aber man wird sich am Ende des Tages als Land nicht darum herummogeln können, zu erklären, woher das Geld kommen kann.

Ich sage Ihnen: Mir reichen die vier Grundrechenarten aus, um festzustellen, dass das, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag stehen haben und was in den letzten Tagen auch die Intention für die Frage des Umgangs mit dem Konjunkturprogramm war, nicht funktioniert. Sie können nicht einerseits sagen, dass die Steuern runter müssten, und die Ausgaben andererseits verbleiben auf hohem Niveau. Das funktioniert nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das gleichzeitig bedeutet, dass Sie die Steuertarife für bestimmte Berufsgruppen absenken wollen und dass es da die eine oder andere Übereinstimmung geben könnte, dann werden Sie am Ende des Tages eben auch die Fragen beantworten müssen: Was heißt das denn für die Besteuerung höherer Einkommen? Was heißt das denn für die Solidarbeiträge derjenigen, die in den letzten Jahren gut, noch viel besser oder am meisten verdient haben? Müssen sich auch diejenigen, die die Profiteure dieser Situation waren, an den Auswirkungen finanziell beteiligen?

Hierzu sind Sie bisher – auch im Wahlkampf – jede Antwort schuldig geblieben. Sie haben immer nur gesagt: Nein, das wollen wir nicht; wir machen das über die Verschuldung. – Auch das ist Gegenstand des Konjunkturprogramms. Auch im Hinblick auf das Stichwort „Generationengerechtigkeit“ bleiben Sie in der Tat die Antwort schuldig, wie es weitergehen soll. Auch zur Börsenumsatzsteuer und vielem anderen mehr höre ich aus Ihren Reihen immer nur: Nein, das geht nicht. Das wollen wir nicht. – Hierzu gibt es interessante Zitate. Fakt ist, dass die vier Grundrechenarten ausreichen, um festzustellen, dass das, was wir hier alle miteinander veranstalten, am Ende des Tages nicht aufgeht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist Ihr Vorschlag der Schuldenbremse so verlogen. Ich sage das derart hart und klar.

Herr Koch, Sie haben während Ihrer Amtszeit in Hessen mindestens fünf Haushalte vorgelegt – fünf Haushalte, die alle verfassungswidrig waren.

(Minister Karlheinz Weimar: Dummes Zeug!)

Wir wären froh, wenn Sie sich an die Verschuldungsgrenze der eigenen Verfassung halten würden, bevor wir über neue Schuldenregelungen diskutieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Karlheinz Weimar: So ein dummes Zeug!)

– Herr Weimar, Sie brauchen hier nicht von der Ecke aus reinzurufen; denn ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie im vergangenen Jahr zu einem Zeitpunkt X, als Sie befürchten mussten, dass sich die Regierung ändert, die Arbeit am Haushaltsentwurf eingestellt haben. Ich halte das für Arbeitsverweigerung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Karlheinz Weimar: Wenn das doch dummes Zeug ist!)

Sie waren auch nicht bereit, die Bilanz vor der Landtagswahl vorzulegen. Auch das gehört zur Frage, wie mutig, wie kräftig und wie stark Sie eigentlich noch sind. Sie sind amtsmüde, und Sie haben nicht mehr die Kraft –

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das entscheiden zum Glück wir!)

– Herr Wagner, wie entschlossen Sie das entscheiden, das haben wir gesehen, als vier Ihrer Kollegen Herr Koch die Zustimmung verweigert haben und Sie danach verzweifelt versucht haben, daraus die Debatte zu machen, dass zwei Kolleginnen oder Kollegen nicht die Kraft gehabt hätten, die Karten zu durchstechen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Durchstoßende!)

Deswegen werden wir hier mit Ihnen die Finanz- und Haushaltspolitik weiterhin sehr engagiert diskutieren. Wir werden eigene Vorschläge einbringen. Wir werden Sie auch in bundespolitischen Fragen stellen, denn diese Selbstverpflichtung, die Sie in Ihrem Koalitionsvertrag haben, ist – wie gesagt – nicht glaubwürdig. Sie können sich hier nicht allen Ernstes hinstellen und große Programme machen, dann aber von Schuldenbremsen fabulieren und am Ende des Tages nicht erklären, wie Sie es wollen. Sie vertagen dies auf die nächsten Generationen, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit dies auch klar ist: Wir werden Sie auch in Bezug auf alle anderen Initiativen stellen, indem wir z. B. fragen, was Sie im Bundesrat machen. Wenn Sie allen Ernstes glauben, dass Sie sich heute mit dieser formalen Betrachtung aus dem Plenum davonstehlen können, weil den Hessischen Landtag die Frage der Bundesratsabstimmung nichts angehe, dann haben Sie sich geirrt. Sie werden sich inhaltlich dazu verhalten müssen, ob Sie hier heute Geld verteilen wollen, dem Sie morgen unter Umständen die Zustimmung verweigern.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt dann eben auch für die Frage: Wie glaubwürdig ist Herr Koch mit dem, was er hier heute an Investitionsprogrammen vorschlägt, bzw. wie geht er wirklich damit um, wie die Strukturen in Zukunft gestaltet sein müssen?

Wir erinnern uns sehr genau daran, dass Herr Koch vor noch nicht allzu langer Zeit Investmentbanker steuerlich begünstigen wollte mit der Erklärung, sie würden 80 bis

100 Arbeitsplätze schaffen. Ich sage Ihnen: Das ist das falsche Anreizprogramm. Wir sollten einmal eine Bilanz erstellen, wie viele ihre Arbeitsplätze wegen dieser Form des Wirtschaftens verloren haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Petra Fuhrmann (SPD): Tausende!)

Damit komme ich zum letzten Punkt, zum Thema Gerechtigkeitsempfinden. Denn das Thema spielt im Moment auch auf der bundespolitischen Ebene eine Rolle. Wir haben als Bedingung des Bankenschuttschirms aus meiner Sicht völlig zu Recht entschieden, dass bei den Einkommen von Bankmanagern, deren Banken unter den Schuttschirm gehen, Obergrenzen eingeführt werden. Ich glaube, dass das auch nach dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen richtig und notwendig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich weiß, dass Sie das politisch nicht können. Aber ich glaube, er wäre sinnvoll, dass es gemeinsame politische Erklärungen gibt. Denn es ist ein Anschlag auf das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen, wenn jetzt über Bonizahlungen diskutiert wird. Ich nehme zur Kenntnis, dass es formal vielleicht keine Handhabe gibt, diese Bonizahlungen zu verhindern, weil sie Bestandteil von Verträgen sind. Aber es ist ein Anschlag auf das Gerechtigkeitsempfinden, und es wäre dem Anstand angemessen, wenn diejenigen, die jetzt davon profitieren, ihren Beitrag dazu leisten und auf solche Bonizahlungen verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vorhin bei der Einführung gesagt, dass in der Erklärung von Roland Koch zwei Begriffe keine Rolle gespielt haben: erstens das Thema Gerechtigkeit – dazu habe ich eben ein paar Bemerkungen gemacht – und zweitens das Thema Arbeitslosigkeit. Wir sind in einer Situation, in der wir als Politiker nicht all das werden ausgleichen können, was jetzt durch die Krise verursacht wird. Wir sollten uns da auch nicht stärker machen, als wir wirklich sind, weil wir nicht alles werden ausgleichen können. Wir können Rahmenbedingungen setzen. Wir können Hilfestellungen geben, um neue Strukturen zu schaffen. Wir können Investitionen in die richtige Richtung forcieren. Aber wir werden am Ende des Tages eben auch mit dem Thema Arbeitslosigkeit umgehen müssen.

Ich will noch einmal zu Herrn Banzer kommen. Wo sitzt er jetzt? – Jetzt steht er da hinten.

(Zuruf des Ministers Jürgen Banzer)

Herr Banzer, nach Ihrem neuen Arbeitstitel sind Sie der Arbeitsminister

(Günter Rudolph (SPD): Ohne Soziales!)

– ohne Soziales.

(Minister Jürgen Banzer: Aber vor allem Gesundheit, nicht zu vergessen!)

Ich will Ihnen an dieser Stelle einen Arbeitsauftrag mit auf den Weg geben.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Eine Bitte!)

– Herr Hahn, eine Bitte. Ich bin freundlich gesonnen, auch an Tagen wie heute.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Wusste ich doch! – Florian Rentsch (FDP): In Zeiten wie diesen, heißt

das! – Günter Rudolph (SPD): Selbst Ihnen gegenüber!)

Beenden Sie die Politik Ihrer Vorgängerin, das Thema Arbeitsmarktpolitik nur zu einer Frage von Organisationsstrukturen zu machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kenne Optionskommunen, die gute Arbeit machen. Ich kenne Arbeitsgemeinschaften, die gute Arbeit machen.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Ich kenne Optionskommunen, die Nachhilfebedarf haben, und ich kenne Arbeitsgemeinschaften, die Nachhilfebedarf haben.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist die Wahrheit!)

Herr Banzer, der entscheidende Punkt ist: Bei dem Thema Arbeitslosigkeit werden wir über die Instrumente, was da real passiert, reden müssen. Lassen Sie uns „Fördern und Fordern“ zu einem wirklichen Konzept machen, und beenden wir endlich die oberflächlichen Organisationsdebatten im Hessischen Landtag, die uns nur davor geschützt haben, über Arbeitsmarktpolitik im Kern zu reden. Wenn Sie da mitmachen, sind Sie bei uns an der richtigen Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident und die Koalition haben in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung die Synonyme „Vertrauen, Freiheit, Fortschritt“ in den Vordergrund gestellt. Ich bin davon überzeugt, dass man Vertrauen nur dann erreichen wird, wenn für konkrete Probleme konkrete Lösungen angeboten werden. Aber genau da ist in diesem Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung Fehlanzeige.

Die Freiheit wird nur zur Freiheit, wenn die Freiheit des Ellenbogens beendet wird.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Freiheit und Solidarität gehören zusammen. Auch dazu haben wir von Ihnen keinerlei Antwort erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Von Fortschritt war nun wirklich nichts zu erkennen, weder in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik noch in der Finanz- und Gerechtigkeitspolitik und schon gar nicht in der Bildungspolitik. Insofern haben Sie sehr viel Arbeit vor sich, wenn Sie Ihre Synonyme „Vertrauen, Freiheit, Fortschritt“ wirklich ernst meinen sollten. Ich glaube, dass diese Zeiten eher Innovation und Gerechtigkeit brauchen. Aber auch diesen Ansprüchen sind Sie nicht gerecht geworden.

Deswegen sage ich Ihnen: Wenn ich einen Strich unter Ihre Regierungserklärung mache, lässt sich nur feststellen: Das war eine Regierungserklärung, die von Amtsmüdigkeit, von Lustlosigkeit und von Orientierungslosigkeit geprägt war. Sie hätten besser am Anfang oder am Ende Ihrer Rede hier ausrufen sollen: Ich bin kein Star, holt mich hier raus. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schäfer-Gümbel, herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren, ich freue mich, auf der Besuchertribüne unseren früheren Kollegen Herrn Michael Denzin begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen, Michael.

(Allgemeiner Beifall)

Ihnen müsste ebenso wie mir ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Verurteilung von Extremismus in Hessen, Drucks. 18/49, vorliegen. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Das ist der Fall. Dann darf ich vorschlagen, dass dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 11 wird und zusammen mit den Tagesordnungspunkten 8 und 9 aufgerufen werden kann. – Dem wird nicht widersprochen. Dann werden wir so verfahren.

Ich darf dann dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Florian Rentsch, das Wort erteilen. Herr Rentsch, bitte.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich will mit Ihnen anfangen; denn Sie haben heute sehr viel über Umfragen gesprochen. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass Sie eindeutig zu viele Umfragen lesen und zu wenig auf die Bürger hören. Dann lesen Sie auch noch die falschen Umfragen. Denn die von heute haben Sie weggelassen, nämlich dass die SPD auf Bundesebene nur noch vier Punkte vor der FDP liegt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist eine Umfrage, die man, wenn man schon so ausführlich zitieren will, hier mit Sicherheit auch zitieren sollte.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie, eines ist aber klar: Die besten demoskopischen Ergebnisse, die besten Umfragen sind Wahlen an sich. Da haben die hessischen Bürgerinnen und Bürger ein klares Zeichen gesetzt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich teile Ihre Ausführungen dahin gehend, dass Umfragen Momentaufnahmen sind. Das ist unbestritten. Deswegen: Die Wahlen haben in Hessen ein klares Verhältnis festgelegt. Das ist für uns die Grundlage für die nächsten Jahre.

Herr Kollege Schäfer-Gümbel,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Er sitzt alleine da!)

Sie haben hier eine eigenartige Mengenlehre vorgetragen, die schäfer-gümbelsche Mengenlehre. Die funktioniert ungefähr so: Es sind fünf Leute in einem Raum, sieben gehen raus; dann müssen zwei wieder reinkommen, damit der Raum leer ist. – Das ist die schäfer-gümbelsche Mengenlehre.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Darüber muss man erst einmal nachdenken. Aber eines hat man eindeutig feststellen können: All das, was Sie vorgetragen haben, hat unter dem Strich überhaupt keinen Sinn gegeben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Mir hat eindeutig die Vision gefehlt, die Sie noch vor ein paar Monaten für dieses Land verbreitet haben. Wo war

denn heute die Vision der Sozialdemokratie? Da ist nichts gekommen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Soziale Moderne!)

Das halte ich wirklich für bedauerlich.

Meine Damen und Herren, „Vertrauen, Freiheit, Fortschritt“, das sind die Kernbegriffe unseres Koalitionsvertrages. Ich will mit dem ersten Begriff beginnen. Ich glaube, dass Vertrauen in Zeiten wie diesen wichtiger ist als je zuvor. Denn der Wortbruch, den wir hier im letzten Jahr erlebt haben – Frau Ypsilanti hat den Raum verlassen –, war eine der negativsten Erlebnisse in der Geschichte des Landes Hessen. Diese politischen Ereignisse haben dafür Sorge getragen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger, egal wo sie parteipolitisch angesiedelt sind, von der parlamentarischen Demokratie zurückgezogen haben. Es muss im Interesse aller Parlamentarier, aller demokratischen Fraktionen sein, dieses Vertrauen wieder zurückzugewinnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Landtagswahl war ein Befreiungsschlag für viele Bürgerinnen und Bürger. Das Wahlergebnis war ein Vertrauensvorschuss für die neue Regierung in diesem Land und für die sie tragenden Fraktionen, aber es war auch eine klare Absage an ein Linksbündnis in Hessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, das, was Sie heute hier an Demoskopie zitiert haben, hätten Sie damals beherzigen sollen, als die Bürgerinnen und Bürger Ihnen gesagt haben: „Wir wollen kein Linksbündnis“, so wie Sie es den Menschen versprochen hatten. Das wäre die richtige Entscheidung gewesen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Herr Schäfer-Gümbel hört überhaupt nicht zu! – Axel Wintermeyer (CDU): Die SPD-Fraktion ist gar nicht da!)

Die Menschen haben sich für eine Politik der Mitte ausgesprochen. Man merkt, die Bürger wollen keine Polarisierung mehr. Sie wollen von der Politik ernst genommen werden. Sie wollen eine Politik der Mitte, der Vernunft, wo der Gradmesser für politische Entscheidungen der gesunde Menschenverstand ist.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Wie kommen Sie darauf, dass Sie an der Regierung beteiligt sein sollen?)

Ich glaube, dass wir alle, Opposition und Regierungsfraktionen, diesen Maßstäben verpflichtet sind.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Wir sollten alles dafür tun, dieses Vertrauen der Bürger zu rechtfertigen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Wann fangen Sie damit an?)

Ich halte es für sehr wichtig, dass wir in den nächsten Jahren gemeinsam mit den Oppositionsfraktionen auch darüber sprechen, wie wir diesen Landtag organisieren und wie wir uns nach außen präsentieren. Wir sind ein Spiegelbild der Gesellschaft. Egal, was wir hier tun – wir werden außen wahrgenommen, manchmal positiv, manchmal negativ. Wir haben uns in den letzten Jahren erheblich auseinandergesetzt, häufig in der Sache, aber nicht zum Schlechten, weil wir wirklich um Konzepte gestritten haben. Es wird darauf ankommen, dass dieser

Landtag in seinem Auftreten nach außen einen anderen, einen neuen Stil findet, sich zu präsentieren. Denn wenn wir Bürgerinnen und Bürger wieder für Parlamentarismus gewinnen wollen, müssen wir es schaffen, dass wir hier eine Debattenkultur an den Tag legen, die diesen Ansprüchen genügt. Ich glaube, da haben wir noch einiges zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor allem die Zwischenrufe der sogenannten Bürgerlichen!)

Wir müssen aus dem Klein-Klein der Diskussion heraus. Aber wenn man als Parlament einen Neustart wagt – denn jede neue Legislaturperiode ist auch ein Neustart –, dann muss man auch Vergangenheitsbewältigung betreiben, sie dann aber auch abschließen. Das ist mein Angebot an Sie. Ich werde heute noch einige Worte gerade zur Sozialdemokratie, aber auch zu den GRÜNEN sagen; dann ist das Thema für mich aber auch gelaufen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wir sind aber fünf Jahre da!)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich habe es sehr bedauert, dass Sie in Ihrer Rede keineswegs ausgedrückt haben, dass auf Sie als neue Galionsfigur der Sozialdemokratie eine besondere Verantwortung zukommt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, aber das teile ich nicht mit Ihnen!)

Sie sind im Wahlkampf gelegentlich mit Johannes Rau verglichen worden. Wir wissen, der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau war ein Mensch, der das Motto hatte, Menschen zusammenzuführen: „Versöhnen statt Spalten“. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich hätte mich heute sehr gefreut, wenn Sie als neuer Fraktionsvorsitzender der SPD auch einmal etwas dazu gesagt hätten, dass Sie die Hexenjagd auf unsere vier ehemaligen Kolleginnen und Kollegen innerhalb der SPD endlich beenden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das wäre im Sinne von Johannes Rau gewesen. Sie können hier Vorbild sein. Ich glaube, dass es richtig wäre, wenn Sie als neue Galionsfigur der Sozialdemokratie diesen vier Personen die Hand reichen würden.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Das ist kein Beispiel!)

Ich will – das wird wahrscheinlich nicht für alle gelten – für diese Richtung des Hauses sagen: Wir zollen den vier ehemaligen Kolleginnen und Kollegen großen Respekt für ihre Entscheidung, dass sie nämlich etwas getan haben, offen und nicht geheim, wie man es auch hätte tun können, wie es vielleicht noch mehr als vier getan hätten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben andere gemacht!)

Ich darf auch sagen, dass wir diese vier Persönlichkeiten in diesem Landtag sehr vermissen werden. Für Sie, verehrter Kollege Schäfer-Gümbel, ist das eine programmatische Schwächung, die Sie erlebt haben, und die ist nicht einfach aufzufangen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Manfred Görig (SPD): Das glaube ich nicht!)

Jetzt komme ich zu dem Kollegen Al-Wazir, der sich wie immer lebhaft an der Debatte beteiligt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bisher noch nicht!)

Herr Kollege Al-Wazir, die GRÜNEN sind eine ganz besondere Partei, die immer dann, wenn es irgendwo um Moralfragen oder um irgendeine Minderheit auf dieser Welt geht, sich sofort solidarisiert und mit dem moralischen Zeigefinger, auch in diesem Parlamentssaal, auftritt. Wo waren Sie eigentlich, als es um das freie Mandat und die vier Kolleginnen und Kollegen ging?

(Beifall bei der FDP und der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gute Frage!)

Wir haben kein Wort von Ihnen gehört, kein Wort haben Sie dazu gesagt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt überhaupt nicht!)

Das hat Sie vollständig entlarvt. Wenn Sie demnächst die Moralkeule schwingen, denken Sie einfach an die letzten Monate. Das hat wirklich Ausreichendes über Sie gesagt, Herr Kollege Al-Wazir.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Flori, wo warst du denn?)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns gegenseitig angreifen, müssen wir als Landtag auch das versuchen

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mensch, Flori, ist das der neue Stil?)

– ich habe gesagt, Vergangenheitsbewältigung, und damit will ich es auch bewenden lassen; ich habe aber noch ein paar Punkte; keine Angst, es kommt noch etwas, es ist noch nicht zu Ende –, was Ministerpräsident Koch 2003 gesagt hat, nämlich die großen Trommeln zu Hause zu lassen. Das hat definitiv nicht geklappt. Wir haben gelernt, dass der Landtag auch ohne Musikinstrumente Krach machen kann. Das wissen wir mittlerweile von allen Seiten, da nehme ich niemanden aus.

Wir hatten andere Mediationsversuche. GRÜNE und Liberale mussten sich eine Bank in der ersten Reihe teilen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war schön!)

Ich darf sagen, es hat immer viel Freude gemacht, mit dem Kollegen Wagner in der ersten Reihe zu sitzen. Man hat viel über die GRÜNEN lernen können – nicht von den GRÜNEN, das wäre falsch, sondern über die GRÜNEN. Die GRÜNEN verwenden im Jahr 2008 auch Computer. Herr Kollege Wagner, das ist sicherlich etwas, wo Sie deutlich dazugelernt haben.

(Heiterkeit bei der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können ihn auch bedienen!)

Aber diese Debattenkultur muss Anspruch für uns sein, zu sagen:

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei uns gibt es auch schon das passive Frauenwahlrecht!)

Wir lassen die Holzapfel-Ära Holzapfel-Ära sein, wir fangen nicht jedes Mal wieder mit der Situation an, die wir 1999 hatten; und Kollegen wie Norbert Schmitt lassen einfach einmal den Beißreflex in bestimmten Debatten in diesem Haus. Dann hätten wir schon viel erreicht. Denn eines kann ich Ihnen versprechen: Die Damen und Herren von der Presse, die da oben sitzen, kennen das, was wir zu diesen Themen gesagt haben, wirklich zur Genüge. Ihnen ist vielleicht aufgefallen, dass kein Mensch mehr darüber schreibt. Wir sollten uns als Parlament alle etwas

Neues einfallen lassen und diese Themen für die nächsten fünf Jahre ausklammern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Vertrauen ist deshalb so wichtig, weil wir in einer besonderen Situation sind. Ich finde den Wahlkampflogan der Union in Zeiten wie diesen nicht falsch, Herr Kollege Schäfer-Gümbel, weil wir schon vor besonderen Voraussetzungen stehen. Wir haben eine Situation, für die wir keine Patentrezepte in der Schublade haben. Was wir zurzeit in großen Wirtschaftsunternehmen erleben, können wir nicht mit Patentrezepten beantworten, weil diese Situation so noch nicht da gewesen ist. Deshalb ist es richtig, dass wir uns besonders aufstellen müssen, in jedem Punkt neu überlegen müssen, wie dieses Land reagiert, und dass die Menschen einen sehr großen Vertrauensvorsprung auf diese Regierung abgegeben haben und wir das Vertrauen auf jeden Fall rechtfertigen müssen.

Da kommt auch Ihnen als Opposition eine besondere Rolle zu. Ich glaube, dass konstruktive Opposition deutlich schwieriger ist als Fundamentalopposition.

(Manfred Görig (SPD): Hat er aber angeboten!)

Ich fand, heute haben Sie es sich relativ einfach gemacht, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Ich fände es toll, wenn Sie es sich in der nächsten Zeit etwas schwieriger machen würden; denn wir streiten wirklich um den besten Weg. Davon habe ich heute leider noch nichts bemerkt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Viele Menschen haben Angst um ihre Zukunft. Da passiert vieles, worauf wir nicht sofort eine valide Antwort haben. Aber eines hat der Ministerpräsident an dieser Stelle zu Recht gesagt. – Die Kollegen der LINKEN scheinen sich einen Gleittag genommen zu haben, aber wir werden nachher noch dazu kommen.

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU)

Wenn man sieht, wie wir heute über die Zukunft dieses Landes debattieren – wir müssen als Parlamentarier gemeinsam Lösungskonzepte erarbeiten und erstreiten –, dann muss an dieser Stelle eine Grundlage für uns völlig klar sein: Die soziale Marktwirtschaft ist in diesem Land ohne Alternative. Es gibt dazu keine Alternative.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es gab erhebliche Fehlentwicklungen auf staatlicher wie auf privater Seite. Aber alle Demokraten in diesem Haus müssen verhindern, dass politische Rattenfänger sich dieses Systems bemächtigen und sagen, wir brauchen ein grundsätzlich anderes System. Das dürfen wir nicht zulassen. Die Menschen in Deutschland wissen – ich habe gerade in den letzten Tagen wieder das Gefühl bekommen, und das sieht man auch, wenn man Umfragen liest –, dass die soziale Marktwirtschaft, Gott sei Dank, trotz aller Diskreditierungsversuche von Kollegin Wissler und ihrer Partei noch hoch im Kurs steht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das machen Ackermann und andere schon selbst!)

Die Menschen müssen wissen, dass Liberale und Christdemokraten sich ohne Bedingungen für diese soziale Marktwirtschaft einsetzen werden; denn sie ist ohne Alternative.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Manfred Görig (SPD): Wir werden sehen, was herauskommt!)

Dabei haben wir als Hessen Ausgangsvoraussetzungen wie kaum ein anderes Bundesland. Das will ich auch den Bürgerinnen und Bürgern sagen, die uns draußen zuschauen: Dieses Bundesland hat Möglichkeiten, wie sie andere Bundesländer gerne hätten. Wir sind ein Land der Mitte, politisch, aber auch geografisch. Wir sind die Drehscheibe dieses Landes, und wir haben gerade im Bereich der Infrastruktur unglaubliche Möglichkeiten, die wir nutzen müssen.

Deshalb müssen wir trotz der Wirtschaftskrise unsere Hausaufgaben in Hessen machen. Wir werden die Weltwirtschaftskrise nicht alleine besiegen, aber wir müssen hier unsere Hausaufgaben machen. Deshalb ist es als Beispiel so wichtig und so richtig, dass wir im Koalitionsvertrag Ausgaben von 1 Milliarde € für die Straßeninfrastruktur eingestellt haben. Ja, wir wollen die Infrastruktur in Hessen verbessern. Wir wollen damit Investoren anziehen. Wir wollen es Investoren so einfach wie möglich machen, zu sagen: Ich möchte mein Unternehmen gerne in Hessen gründen. – Diese Investoren kommen meistens über die Straße. Mit dem Zeppelin sind noch relativ wenige gekommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, darum geht es doch auch: dass wir an dieser Stelle keine Ideologien aufbauen, die man nicht einhalten kann. Ich bin geborener Nordhesse, bin dort aufgewachsen. Wenn ich sehe, was die Sozialdemokraten in diesem Bereich, gerade beim Flughafen Kassel-Calden, in diesen Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben, wie sie sich von den GRÜNEN über den Tisch haben ziehen lassen,

(Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haha!)

dann habe ich nicht die Empfindung, dass die Sozialdemokraten es mit Nordhessen gut gemeint haben. Das ist das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Unsere Botschaft an die Menschen ist: Ja, wir werden die Infrastruktur in diesem Land ausbauen. Wir wollen unsere Hausaufgaben machen. Wir wollen, dass die Wirtschaft es so einfach wie möglich hat, in diesem Land zu investieren. Wir wollen ein wirtschaftsfreundliches Land sein, auch wenn ich weiß, dass das für Frau Wissler vielleicht eher ein Schimpfwort ist. Aber für eine bürgerliche Koalition aus CDU und FDP ist das die Grundlage für alles. Wir sind ein wirtschaftsfreundliches Land, und wir freuen uns, wenn Menschen in diesem Bundesland investieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch den Menschen in diesem Bundesland ein hohes Maß an Mobilität geben. Es geht nicht nur darum, Menschen einzuladen, nach Hessen zu kommen. Nein, wir wollen auch die Mobilität, die wir haben, weiter ausbauen. Wir wissen, dass Hessen ein Flächenland ist, wo es im Vogelsberg und in anderen Bereichen – Herr Kollege, Sie wissen das – dringend erforderlich ist, dass wir in Infrastruktur investieren.

(Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Denn wenn Leute zur Arbeit fahren, müssen sie auch die Möglichkeit haben, diesen Arbeitsplatz zeitnah zu erreichen. Es ist unsere Pflicht als Landespolitiker, diese Aufgabe zu erledigen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben dafür auch viele Maßnahmen im Konjunkturpaket –

(Wortwechsel der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel, Manfred Görig (SPD) und Norbert Kartmann (CDU) sowie weiterer Abgeordneter der CDU)

– Vielleicht können Sie sich draußen unterhalten. Das wäre einfacher. Dann mache ich es mit dem Rest.

Wir haben in dem Konjunkturpaket viele Maßnahmen vorgesehen. Zum Konjunkturpaket ist in den letzten Tagen, auch über die Rolle der Freien Demokraten, viel geschrieben worden. Die Sozialdemokraten haben schon gestern gemerkt, dass wir als FDP dort eine Flanke haben. – Respekt. Ich muss wirklich sagen, das ging „schnell“. Ob der Antrag dringlich ist, darüber kann man sich wirklich streiten, werte Kolleginnen und Kollegen. Es ist auch nicht dringlich, wenn die SPD erst gestern merkt, dass wir dort ein Problem haben. Man hätte es früher merken können, mit normaler Zeitungslektüre. Aber ja, es stimmt: Wir als Liberale haben mit dem Bundeskonjunkturprogramm ein Problem.

Meine Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung, dass Steuerentlastungen für die Bürgerinnen und Bürger der einzig richtige, aber auch faire Weg ist, um eine Konjunkturbelebung zu erreichen. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der FDP)

Ich will Ihnen das erklären. Wir haben das Problem, dass der Staat, wenn er bestimmte Maßnahmen unternimmt, sich immer die Frage stellen lassen muss, ob es fair ist, was er dort macht. Dieser Staat hat z. B. gesagt, die Autoindustrie liegt ihm besonders am Herzen. Er hat eine Abwrackprämie für die Autoindustrie eingeführt, um besonders dort den Absatz zu fördern. Ich darf Ihnen sagen, dass viele Unternehmerinnen und Unternehmer, mit denen ich gesprochen habe, gefragt haben: Warum gibt es keine Abwrackprämie für andere Güter? Zum Beispiel die Firma Schiesser hätte sich gefreut, wenn es eine Abwrackprämie für Unterhosen gegeben hätte.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich merke, es gucken viele an sich herunter. Das war jetzt kein Beispiel, das sich auf diesen Landtag bezieht.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Das wollte ich damit nicht sagen. – Aber an dem Beispiel sehen Sie: Wenn der Staat entscheidet, sucht er sich immer besondere Gruppen heraus und bevorzugt diese Gruppen. Wir wollen, dass der Bürger entscheidet, welche Waren er bevorzugt. Der Bürger entscheidet immer am fairesten darüber, was er einkauft und was er nicht einkauft. Das ist nicht die Aufgabe des Staates. Deshalb glaube ich felsenfest daran, dass eine wirkliche Steuerentlastung in diesem Land das beste Konjunkturprogramm ist, das man auflegen kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Da geht es nicht nur um niedrigere Sätze von 10 %, 25 % oder 35 %. Da geht es nicht nur darum, dass wir höhere Steuerfreibeträge für Familienmitglieder wollen – es ist Familienförderung pur, für jedes Kind 8.000 € einzuräumen –, sondern es geht vor allem darum, dass wir ein gerechtes und einfaches Steuersystem brauchen.

Ich habe zwischen den Jahren meine Steuererklärung gemacht; es geht Kollegen vielleicht ähnlich. Ich muss Ihnen ehrlich sagen – meine Frau ist auch Juristin –, wir sind an die Grenzen unserer juristischen Möglichkeiten gekommen, weil es einfach nicht mehr zu beherrschen ist. – Es ist aber alles in Ordnung. Ich darf das sagen. Ich habe es gegenlesen lassen, nicht, dass Sie den Eindruck gewinnen, wir hätten da etwas gemacht.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt aber Spezialisten, die einem helfen!)

– Herr Kollege Frömmrich, genau das möchte ich nicht. Ich möchte nicht, dass der Bürger Spezialisten braucht, die ihm dort helfen. Ich möchte, dass der Bürger es selbst machen kann. Der Bürger muss doch wissen, was er dort ausfüllt. – Vielen Dank für den Zwischenruf.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es gibt in dieser Debatte Menschen, die sagen: Wenn wir eine Steuererleichterung machen, dann legen die Leute das Geld auf die hohe Kante, dann erhöht sich nur die Sparquote im Land. – Kollegen, ich glaube, dass es, wenn wir die Sparquote erhöhen, zur Folge hat, dass die Mittel, die dem Kapitalmarkt zur Verfügung gestellt werden, größer werden. Damit verbilligt sich bei den Banken die Refinanzierung. Auch das ist ein Effekt, wenn er kommt, der nicht schlecht ist. Gerade in Zeiten wie diesen, wo die Banken sich untereinander nicht mehr vertrauen, ist es wichtig, wenn auch Bürger etwas auf die hohe Kante legen. Das dürfen wir den Bürgern auch nicht vorschreiben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Eine Steuerentlastung – ich weiß, dass es in der Union viele Kolleginnen und Kollegen gibt, die das genauso sehen – ist in diesem Umfang in dem Konjunkturpaket nicht enthalten. Das haben wir kritisiert. Aber Sie erinnern sich vielleicht daran, Herr Kollege Schäfer-Gümbel

(Manfred Görig (SPD): Sie haben mobilisiert, dass es viele Schulden gibt!)

– vielleicht telefoniert er gerade mit Herrn Steinmeier, ich weiß es nicht –, dass wir im Wahlkampf immer gesagt haben, wir werden den Bundesrat nicht zu Blockadezwecken instrumentalisieren. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, wir haben nämlich erlebt, was passiert, wenn der Bundesrat zu Blockadezwecken instrumentalisiert wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir bei Roland Koch erlebt!)

Es war vor allem 1997, Herr Kollege Al-Wazir, als eine Bundesratsmehrheit unter der Führung von Oskar Lafontaine, damals noch SPD, gemeinsam mit Hans Eichel eine Steuerreform in Deutschland verhindert hat. Diese Steuerreform wäre damals dringend nötig gewesen. Wir leiden heute noch darunter, dass das nicht gekommen ist. Das haben Sie mit Ihren Truppen, gemeinsam mit der Sozialdemokratie und heute auch der LINKEN, zu verantworten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb lassen Sie einmal das parteipolitische Kleinklein mit Ihrem Antrag. Das ist alles in Ordnung, das kann ich auch verstehen. Es ist auch in Ordnung, dass Sie das schon so „früh“ genutzt haben. Klar ist aber, dass wir als Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen gemeinsam entscheiden werden und diesen Spagat gehen werden. Ich bin mir sicher, dass wir eine Lösung finden werden. Sie brauchen sich keine Sorgen um uns zu machen. Ich finde das sehr nett von Ihnen, aber das machen wir schon selbst. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Manfred Görig (SPD): Mal gucken, was herauskommt!)

Meine Damen und Herren, hinsichtlich des Konjunkturprogramms haben wir für unser Bundesland vor allem ein Ziel. Das will ich auch im Zusammenhang mit der Entschuldung und dem Abbau des Schuldenberges sagen: Wir werden jetzt Investitionen vorziehen, die wir dann aber in drei oder vier Jahren nicht machen können. Ich will es noch einmal klar sagen. Ich merke bei unseren Fachpolitikern parteiübergreifend, dass zurzeit der Wunsch besteht, dass wir das Investitionsvolumen weiter fahren können. Aber klar ist, dass das, was wir jetzt machen, eine einmalige Aktion ist.

Wir wollen die Konjunktur beleben. Wir wollen, dass in diesem Jahr der Konjunkturfaden nicht abreißt. Wir wissen, dass viele Wirtschaftszweige vor erheblichen Problemen stehen. Diese Konjunkturbelebung muss jetzt stattfinden.

Herr Kollege Al-Wazir, da bin ich wieder bei Ihnen. Sie haben gerade groß verkündet, man müsse lange über dieses Programm reden. Dieses Programm ist mittlerweile ein Selbstläufer geworden, auch in Kommunen, in denen die GRÜNEN mit in der Verantwortung sind, z. B. in Wiesbaden. Erklären Sie einmal Ihren Wiesbadener Kollegen, warum Sie noch monatelang debattieren wollen, während sie schon die Planungen machen. Das ist unehrlich und unredlich. Lassen Sie das sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn dieses Programm einen Sinn haben soll, dann muss es jetzt passieren.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der Finanzminister hat in den vergangenen Tagen Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden geführt. Es ist nicht einfach, dort einen Mechanismus, einen Schlüssel zu finden, wie das Geld verwendet wird. Natürlich hat jeder eigene Interessen. Aber wir sagen zum größten Teil, dass wir in die Bildung, in die öffentliche Infrastruktur, auch in die Krankenhäuser – hier sind wir doch einer Meinung – investieren wollen. Das kann uns niemand vorwerfen. Wir haben in den Kommunen einen erheblichen Investitionsstau. Den versuchen wir mit diesem Programm zu beheben. Aber der zweite Schritt ist genauso klar wie der erste: Danach müssen wir das Geld wieder einsparen. Wir können es nicht zweimal ausgeben, und das ist das Motto dieser Landesregierung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Aber neben der Tatsache, dass viele Marktwirtschaftler, auch soziale Marktwirtschaftler, bei diesem Konjunkturpaket Bauchschmerzen haben, weil man natürlich nur die Hoffnung haben kann, dass es die notwendigen Effekte

erzielt, müssen wir alles dafür tun – Stichwort: Hausaufgaben –, dass wir unsere eigenen Projekte vorantreiben. Das ist ein ganz zentraler Punkt, Herr Kollege Schäfer-Gümbel; er betrifft den Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Ich weiß und stelle das hier auch ausdrücklich fest, dass es drei Fraktionen in diesem Hause gibt – dazu zähle ich grundsätzlich auch die Sozialdemokraten –, die den Ausbau dieses Flughafens wollen. Wir wollen diesen Ausbau, weil wir wissen, dass der Staat eine Investition in Höhe von 7 Milliarden € – ich wiederhole es: 7 Milliarden € – überhaupt nicht stemmen könnte. Dieser Flughafen ist der Jobmotor in unserem Land. Auch wenn es die GRÜNEN nicht begreifen: Wir wären mit dem Klammersack gepudert, dieses Projekt zum Scheitern zu bringen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Die Menschen können sich darauf verlassen – das ist einer der positiven Nebeneffekte des Wahlausgangs –, dass wir mit dem Flughafen ausbau Arbeitsplätze sichern und dass weitere Arbeitsplätze dazukommen werden. Das ist der Effekt, den diese Landesregierung erzielen will. Wir wissen, dass hier nach Recht und Gesetz gehandelt wird – wir werden nachher noch über die Frage reden, was „nach Recht und Gesetz“ bedeutet, Frau Kollegin Wissler –,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Unverschämtheit, Herr Rentsch!)

und wir wissen auch, dass diese Investition nach Recht und Gesetz umgesetzt wird. Deshalb sage ich: Die Entscheidung des VGH, dass mit dem Bau begonnen werden kann, ist, auch wenn es eine vorläufige Entscheidung ist, ein Ausfluss des Rechtsstaats. Das ist eben der Unterschied zur Anarchie: In Deutschland und in Hessen entscheiden Gott sei Dank immer noch Gerichte und nicht außerparlamentarische Gruppen, die meinen, sie wüssten alles besser.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Recht und Gesetz sind für diese Landesregierung Maßstab ihres Handelns. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich denke, dass Sie sich dieser Feststellung uneingeschränkt anschließen können, denn ich weiß, dass Sie das genauso sehen. Ich hoffe, dass wir auch dann eine Mehrheit in diesem Hause finden, wenn es darum geht, das klarzustellen.

(Zuruf von der SPD: Sie haben die Mehrheit!)

– Eine Mehrheit, die Sie gerne ergänzen können. Das zu tun wäre in dieser Frage sinnvoll, auch um zu zeigen, dass die Sozialdemokraten weiterhin hinter dem Flughafen ausbau stehen und solche Spielchen, wie sie die LINKEN hier heute machen, nicht unterstützen. Das wäre eindeutig das richtige Zeichen, Herr Kollege Schäfer-Gümbel.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Der Bereich Bildung ist ein zentraler Punkt der Landespolitik. Die Bildungspolitik hat in Hessen Wahlen entschieden – so oder so. Wir sind sehr sicher, dass es mit Dorothea Henzler in der Bildungspolitik aufwärtsgeht. Ich glaube, dass die Landesregierung weiß, wie wichtig der Bereich Bildung ist. Das sieht man an den Investitionen im Rahmen von HEUREKA, das sieht man an den Schulprogrammen, die wir umsetzen wollen. Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Schulpolitik vornehmen. Man sieht es aber auch daran, dass wir Leistungen und Modelle, die unüblich sind, unterstützen. Ein Beispiel: Die

Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben Ja dazu gesagt, die European Business School nach Hamburger Vorbild mit einer Law School zu unterstützen. Das halte ich für richtig.

Ich glaube, dass wir auch andere Wege gehen müssen. Ich glaube außerdem, dass es richtig ist, dass wir nicht nur auf öffentliche Hochschulen, sondern auch auf private Hochschulen setzen. Diesen Mix brauchen wir. Das zeichnet Hessen aus.

Beim Thema Schule habe ich Ihnen angeboten, nicht mehr über Hartmut Holzapfel zu sprechen. Das liegt auch daran, dass ich unter seiner Ägide Abitur gemacht habe.

(Günter Rudolph (SPD): Das macht ja nichts! – Heiterkeit)

– Die einen sagen so, die anderen so. Daher bin ich vorsichtig und möchte das nicht selber beurteilen.

(Heiterkeit – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was heißt das jetzt?)

Die Diskussion um Hartmut Holzapfel zeigt eines: Wir führen seit Hartmut Holzapfel – seine Vorstellungen finden sich auch in dem Koalitionsvertrag, den Rot-Rot-Grün abgeschlossen hat –, einen Schulkampf. Ich fordere Sie offen auf: Beenden Sie endlich den Schulkampf in Hessen. Die Eltern, die Schüler und die Lehrer sind es leid,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

dass wir immer wieder in diese ideologische Kiste einsteigen und den Menschen erklären wollen: Das ist das falsche Modell, wir brauchen ein ganz anderes. – Sie hatten vor, die Gemeinschaftsschule finanziell zu füttern und andere Schulsysteme dadurch ausbluten zu lassen. Das ist ein alter Trick. Das haben wir bei Ihnen schon einmal erlebt. Das ist nichts Neues. Ich bin froh, dass das nicht Realität geworden ist. Wir können gerne über das debattieren, was wir hier machen, wir können über die richtigen Wege inhaltlich streiten. Aber akzeptieren Sie, dass wir zwei unterschiedliche Schulformen in Hessen haben, die wir erhalten wollen. Wir wollen keinen neuen Schulkampf. Der ist mit uns beendet.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Die Eltern können sich darauf verlassen, dass beide Systeme Bestand haben, dass sie sich entscheiden können, welches System ihnen besser gefällt. Sie bekommen von uns auch die Garantie, dass diese Systeme in ihrer Grundstruktur nicht verändert werden.

Für uns Liberale ist entscheidend – das gilt für die gesamte Landesregierung –, dass alle Kinder am Anfang ihrer Schullaufbahn die Möglichkeit bekommen, ihre Startchancen zu nutzen. Wir wissen, dass diese Startchancen aufgrund des familiären Umfelds häufig sehr unterschiedlich sind. Die Kinder können nichts dafür, wenn ihre Eltern nicht bildungsaffin sind, wenn diese vielleicht nicht die Zeit haben, sich um die Förderung ihrer Kinder zu kümmern. Deshalb wollen wir gerade die frühkindliche Bildung verbessern und den Schritt in die Grundschule vereinfachen.

Wir haben uns deshalb die Einführung eines besonderen Schulvorbereitungsjahres vorgenommen. Am Beginn dieses Schulvorbereitungsjahres steht eine Schuleingangsprüfung. Diese Eingangsprüfung bildet die Grundlage für alle abzustimmenden Programme. Das Wichtige ist: Wir

wollen die Förderprogramme mit den Eltern und mit der Schule abstimmen. Wir wollen die individuellen Schwächen der Kinder feststellen und dort ansetzen. Vor dem Eintritt in die Grundschule müssen die Ziele dieses Förderprogramms erfüllt sein. Das ist entscheidend. Die Botschaft von Dorothea Henzler ist und war – die Kollegen der CDU haben das im Wahlkampf genauso gesagt –:

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wir wollen nicht, dass Kinder dadurch, dass sie aus unterschiedlichen familiären Verhältnissen kommen, in der Grundschule unterschiedliche Startchancen haben. – Wir wollen gleiche Startchancen für alle Kinder in der Grundschule. Auch darauf können sich die Eltern in Zukunft verlassen.

(Beifall bei der FDP)

Bei den Förderzielen beziehen wir kognitive Fähigkeiten genauso wie soziale Fähigkeiten ein. Es ist uns wichtig, dass die Kinder ein entsprechendes Sozialverhalten erlernen, wenn sie in eine große Gruppe kommen, damit die Lehrer uneingeschränkt mit der Wissensvermittlung beginnen können. Das muss unser Ziel sein. Dass dieses Modell in Hessen neu ist, wissen Sie. Es stellt nach meiner Auffassung einen Paradigmenwechsel dar. Es ist ein Fortschritt für die Schüler, die Eltern und die Lehrer, und es wird die Chancengerechtigkeit erhöhen.

Zweitens. Wir wollen Hessens Schulen Ruhe und Verlässlichkeit zurückgeben. Das, was ich gerade beschrieben habe, das, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben, Herr Kollege Al-Wazir, hat bei vielen Eltern, Schülern und Lehrern deshalb so viel Unbehagen ausgelöst,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Überhaupt nicht!)

weil sie eben nicht wollen, dass erneut eine Schuldiskussion geführt wird. Die Schulen brauchen jetzt a) eine gute Ausstattung, b) mehr Personal und Eigenverantwortung und c) Ruhe vor neuen Reformen. Das muss die Marschrichtung dieser bürgerlichen Koalition sein. Wir wollen den Schulen Ruhe und Verlässlichkeit zurückgeben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Auch in der Frage der Freiheit für die Schulen führen wir einen Paradigmenwechsel herbei. Ja, es handelt sich um ein völlig neues Modell. Der Herr Ministerpräsident hat das aufgeführt, was wir hier implementieren wollen. Wir wollen, dass die Entscheidungen vor Ort getroffen werden. Wir wollen, dass die Entscheidungen in der Schule mit den Lehrern, den Eltern und den Schülern vereinbart werden. Es muss nicht so sein, dass diese Entscheidungen über Behörden in Wiesbaden oder über Staatliche Schulämter laufen. Wir wollen, dass sofort entschieden werden kann.

Meine Damen und Herren, das ist ein Paradigmenwechsel, der die Verwaltungsstrukturen in diesem Lande auf den Kopf stellt. Deshalb wird das nicht ohne Probleme gehen. Aber das ist, wenn es umgesetzt wird, der einzig richtige Weg, weil die Verantwortung dort wahrgenommen werden muss, wo sie hingehört – vor Ort, direkt bei den Schülern und bei den Eltern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen mit der Einstellung von 2.500 zusätzlichen Lehrern vor allen Dingen erreichen, dass die Bildung in diesem Land eine ganz, ganz hohe Priorität genießt. Die Aussage, dass wir unseren einzigen Rohstoff im Kopf tragen, und die Aussage, dass wir als Land, das kaum andere Rohstoffe hat, die Bildung fördern müssen, sind Allgemeinplätze, die wir alle unterschreiben können. Die Menschen werden uns daran messen können, was wir davon umgesetzt haben.

(Zuruf von der SPD: Das werden wir tun!)

In diesem Bereich ist in den letzten Jahren vieles auf den Weg gebracht worden, auch von der CDU-Alleinregierung. Ich meine vor allen Dingen den Bildungs- und Erziehungsplan. Der Bildungs- und Erziehungsplan enthält den Grundkonsens, dass wir sagen, Bildung fängt nicht erst in der Grundschule an. Bildung fängt mit der Stunde der Geburt an, bei den Eltern. Das ist die erste Hürde, die zu nehmen ist.

Deshalb muss auch das klar sein: Der Staat kann und muss verschiedene Aufgaben übernehmen. Aber die erste Priorität – die erste Verantwortungshürde – liegt bei den Eltern, die diese Aufgabe zu erfüllen haben. Dann kommt der Staat ins Spiel. Darauf, dass in unseren Institutionen und dort, wo wir die Eltern bei der Kinderbetreuung entlasten wollen, Bildung stattfindet, müssen sich die Eltern verlassen können. Das ist das Ziel dieser Koalition. Ich bin mir sicher, dass wir dieses Ziel auch gemeinsam erreichen werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube ganz fest, dass es ein richtiger Schritt war, das Ministerium umzubenennen, wie es Herr Minister Banzer gemacht hat. Jetzt kann man natürlich – so würde ich es bei meiner Tochter nennen – in Indianerwutgeheul ausbrechen. Dann gibt es tränenreiche Auftritte nach dem Motto „Das alles kann gar nicht so sein“.

Ich glaube schon, dass das so sein kann; denn diese Neubenennung zeigt auch, wo die Prioritäten liegen. Für uns hat die Familie die Priorität Nummer eins. Für mich hat das Thema Familie in dieser Gesellschaft die Priorität Nummer eins. Wenn die Familie nicht funktioniert, kann nämlich die ganze Gesellschaft nicht funktionieren.

Deshalb werden wir uns ganz konkret auf diesen Bereich konzentrieren. Im Koalitionsvertrag haben wir eine ganze Menge von Maßnahmen und Vorschlägen. Ich lade Sie herzlich ein, mitzudiskutieren – auch wenn Sie kaum noch vorhanden sind. Diskutieren Sie mit uns. Ich spreche damit vor allem diejenigen an, die nicht anwesend sind, z. B. Frau Ypsilanti. Ich spreche alle an. Diskutieren Sie mit uns über die besten Wege.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube nämlich wirklich, dass es sich lohnt. Ich denke auch, dass die Menschen es honorieren werden, wenn sie merken, dass dieses Parlament nicht nur aufgrund von persönlichen Angriffen, sondern auch über inhaltliche Diskurse Schlagzeilen macht. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ betrifft mich mittlerweile selbst. Die Sichtweise ist eine andere, wenn man selbst betroffen ist; das ist so. Aber ich glaube, dass das, was wir den Menschen hier versprochen haben, einerseits sehr ambitioniert ist und andererseits auf jeden Fall von uns eingehalten werden muss.

Junge Menschen, die sich in diesem Land für Kinder entscheiden, erwarten von uns, dass wir diese Versprechen wahr machen. Sie erwarten von uns, dass Kinderbetreuung eben nicht nur ein Zufallsprodukt ist, ein Produkt von guten Beziehungen, also der Tatsache, dass man irgendjemanden kennt, der vielleicht auf das Kind aufpasst, oder dass man möglicherweise eine Tagesmutter oder einen Tagesvater in der Nähe hat, der das Ganze übernehmen kann.

Ich sage ganz offen: Sie können meine Leistung direkt daran messen, ob wir das nach fünf Jahren geschafft haben. Wir sind dort auf einem Weg. Wir haben einen Weg eingeschlagen, der auch eine Menge Geld kostet. Auch das muss man sagen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Hier übernimmt der Staat eine große Aufgabe, die richtig teuer ist. Aber es ist eine richtige Aufgabe; denn wir können es uns nicht leisten, dass vor allem Frauen – in der Mehrzahl sind es eben Frauen – darauf verzichten müssen, in den Beruf zurückzukehren. Das wird es mit dieser Landesregierung nicht geben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen ist ein Familienland. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden alles dafür tun, dass sich Familien in diesem Bundesland wohlfühlen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das fängt nicht nur bei der Betreuung an, sondern auch damit, dass wir demnächst mit ganz einfachen Maßnahmen Familien in diesem Bundesland willkommen heißen werden.

Wir wollen auf der einen Seite einen Betreuungsgutschein – dazu komme ich gleich –, und wir wollen auf der anderen Seite vor allem ein Begrüßungspaket: Herr Kollege Al-Wazir, jedes Kind, das in Hessen geboren wird, muss wissen, dass es hier wirklich positiv aufgenommen wird. Diese Modelle gibt es sogar in grün regierten Kommunen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jeder FDP-Abgeordnete bekommt ein Begrüßungspaket!)

– Ich glaube, das Paket werde ich nicht mehr bekommen. Aber vielleicht bekomme ich irgendwann doch noch eines. Ich werde mir Mühe geben.

Nichtsdestotrotz ist es das richtige Signal, dass wir in Hessen Familien willkommen heißen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir haben damit verbunden, zu sagen: Ja, wir wollen auch die Erziehungskompetenz der Eltern stärken. – Frau Kollegin Fuhrmann, das ist eine lange Diskussion, die wir auch schon geführt haben: ob und wie man das macht – verpflichtend oder nicht verpflichtend.

Als Liberaler sage ich, dass wir Eltern in dieser Frage zu nichts zwingen können. Die Eltern sind die Verantwortlichen, die diese Frage für sich klären müssen. Aber wir wollen einen Anreiz dahin gehend setzen, dass Eltern die Chance haben, Erziehungskompetenz zu lernen. Deshalb ist das, was bei uns als Prüfauftrag enthalten ist, nämlich Erziehungskompetenzgutscheine an Eltern zu verteilen, neben der Versicherung, dass jedes Kind in Hessen willkommen ist, der richtige Weg – wenn wir denn dazu kom-

men. Wir wollen nämlich die Erziehungskompetenz stärken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Einen ganz erheblichen Paradigmenwechsel haben wir bei der Frage, wie wir die Betreuung finanzieren, vorgenommen. Betreuungsgutscheine in Hessen einzuführen und hierzu einen Modellversuch aufzulegen, halte ich für einen der wichtigsten Schritte bei der Kinderbetreuung.

Wir müssen endlich davon wegkommen, dass der Staat bestimmten Einrichtungen Geld gibt. Vielmehr sollen die Eltern dieses Geld erhalten. Die Eltern bekommen von uns einen Gutschein, den sie bei einer Einrichtung ihrer Wahl oder auch bei einer Tagesmutter einlösen können. Sie sorgen dafür, dass der Gutschein einen Wert hat; denn die Einrichtungen müssen darum werben, dass die Gutscheine bei ihnen eingelöst werden.

Das ist ein Modell, das in Hamburg läuft. Es ist unter der FDP eingeführt worden und wird jetzt von Schwarz-Grün fortgesetzt. Das ist ein Modell, das, glaube ich, auch die GRÜNEN mittragen können.

Frau Kollegin Schulz-Asche, ich habe mich sehr gefreut, dass das Wiesbadener Stadtparlament vor einer Woche einem solchen Modell zugestimmt und erklärt hat: Die Stadt Wiesbaden will sich mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der GRÜNEN, der FDP und der CDU darum bewerben, dass dieser Modellversuch in Wiesbaden durchgeführt wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herzlichen Dank dafür. Ich finde es toll, dass Sie auch einmal parteipolitische Gräben übersprungen haben. Ich halte das für richtig.

Ich glaube, dass wir damit auch einen zweiten Effekt erreichen, nämlich die Eltern wirklich zu stärken.

Ein dritter Effekt: Wir brauchen auch endlich einen positiven Wettbewerb in diesem Bereich. Es gibt ganz viele tolle Institutionen – das sieht man in Hamburg –, die zwar auf dem Markt der Kinderbetreuung mitmachen wollen, es aber gar nicht können, weil das Geld schon vorher verteilt ist. Ich glaube, diesen kleinen Institutionen – das sind häufig ganz kleine Organisationen und Vereine – geben wir eine Chance, wenn wir das System endlich auf Gutscheine umstellen. Das ist ein riesengroßer Paradigmenwechsel in diesem Land.

Bei dem letzten Punkt, den ich ansprechen will, geht es um das Thema Integration. Herr Kollege Schäfer-Gümbel und auch der Herr Ministerpräsident haben etwas zum islamischen Religionsunterricht gesagt. Ich will bei dem Thema Integration zwei Punkte ansprechen.

Erstens. Wir haben in diesem Land einen sehr langen Kampf – einen Kulturkampf, kann man sagen – über die Frage geführt, wie man integriert. Wir sind uns mittlerweile einig – auch mit den GRÜNEN –, dass der Erwerb der deutschen Sprache Voraussetzung für jede Integrationsbemühung ist.

(Wolfgang Greilich (FDP): Das hat zwar lange gedauert, aber mittlerweile ist es durch!)

Nachdem früher Worte wie „Zwangsgermanisierung“ gefallen sind, haben wir diesen Konsens mittlerweile hergestellt. Herr Kollege Al-Wazir, ich finde es wichtig, dass mittlerweile alle Kräfte in diesem Haus sagen: Ja, der Erwerb der deutschen Sprache ist für uns unverzichtbar.

Wir haben in unserem Bundesland mittlerweile eine ganze Menge Kinder mit Migrationshintergrund. Ich sage es einmal – damit wir uns die Zahlen vorstellen können –: 40 % der Kinder, die in Wiesbaden geboren werden, haben einen Migrationshintergrund. Diese Kinder müssen mit ihren Familien integriert werden. Dafür gibt es verschiedene Maßnahmen.

Ich glaube, dass die Religionsausübung, sollte sie denn unter den Bedingungen, die wir formuliert haben, möglich sein, ein Punkt ist. Aber klar ist auch, dass sich die Muslime, die in diesem Land leben, auch irgendwann einmal untereinander organisieren müssen. Wir werden nicht so lange warten, wenn dieser Organisationsprozess noch 20 Jahre dauert. Wir werden – ich glaube auch, dass das der richtige Weg ist – diese Gespräche führen.

Aber wir können es nicht erzwingen, dass ein gutes Ergebnis dabei herauskommt. Diesen Zwang können wir nicht ausüben. Diese Religionsgemeinschaften, die unglaublich vielfältig und zersplittert sind und teilweise abstruse Positionen vertreten – auch rechtsstaatlich abstruse Positionen –, müssen sich zusammenreißen. Sie müssen versuchen, sich auf einen gemeinsamen Weg zu einigen.

Zweitens. Herr Kollege Al-Wazir, ich möchte das auch deshalb, weil ich glaube, dass die Gesellschaft es nicht zulassen darf, dass in Deutschland ein Islam gelehrt wird, der mit unserem Rechtsstaat überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es läuft mir teilweise kalt den Rücken herunter, wenn ich von dem höre, was in Gebetshäusern verkündet wird. Ich habe gelesen, was Sie zu einer bestimmten Organisation und zur Frage der Überwachung durch den Verfassungsschutz gesagt haben, und ich muss Ihnen ehrlich sagen: Es ist nicht meine Aufgabe als Parlamentarier, dem Verfassungsschutz vorzuschreiben, wer überwacht wird. Diese Rolle trifft auf islamische Religionsgemeinschaften genauso wie auf Parteien zu. Das ist die Aufgabe des Verfassungsschutzes.

Aber klar ist auch, dass wir, wenn wir Erkenntnisse haben, dass dort die Verfassungsbestimmungen gebrochen und gebogen werden, das in unseren Gesprächen zu berücksichtigen haben. Ich sage ganz offen: Ich glaube zunächst einmal dem Verfassungsschutz und nicht irgendwelchen Kollegen aus parteipolitischen Gremien. Herr Kollege Al-Wazir, ich glaube, dass der Verfassungsschutz dort eine ganz wichtige Aufgabe hat, die wir sehr ernst zu nehmen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja!)

Ein weiterer wichtiger Punkt bei dem Thema Integration ist die Frage, wie wir uns in unserem Bundesland insgesamt aufstellen. Ich will einen letzten Punkt nennen, der der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen sehr wichtig sein wird, nämlich die Frage, wie wir es schaffen, hoch qualifizierte Menschen nach Hessen zu bekommen.

Es gab eine Initiative der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder, die sogenannte Greencard. Sie war marketingtechnisch super aufgestellt. Aber sie war leider nicht sehr nachhaltig, wie man sagen muss, wenn man sich die Zahlen anschaut und feststellt, was dabei herausgekommen ist.

Aber Gerhard Schröder hatte damit recht. Ja, wir brauchen in einem Land, das aufgrund der Rahmenbedingun-

gen, übrigens auch aufgrund des Steuerrechtes, jeden Tag viele hoch Qualifizierte verliert – in unserem Bundesland sind es über 100.000 in einem Jahr –, hoch Qualifizierte, die wir hierher einladen können. Ich glaube, diese Botschaft muss auch von diesem Bundesland ausgehen. Hoch Qualifizierte, die sich in Deutschland niederlassen wollen, sind in Hessen, einem Land der Mitte, einem Land der politischen Mitte, aber auch einem Land, das aufgrund seiner Infrastruktur gut angebunden ist, gut aufgehoben. Auch dieses Signal müssen wir aussenden.

Es ist richtig: Die Betriebe unserer Wirtschaft brauchen hoch qualifizierte Menschen aus der ganzen Welt. Deshalb sagen wir: Ja, wir laden die Menschen hierher ein. – Es wäre richtig, wenn wir als die Mitglieder dieses Parlaments dieses Signal senden würden. Denn wir brauchen im Interesse unserer Gesellschaft diese Menschen. Sie stellen eine Bereicherung dar. Wir brauchen sie aber auch im Interesse unserer Wirtschaft. Denn wir müssen endlich dafür sorgen, dass diese hoch qualifizierten Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich zum Abschluss meiner Rede kommen. Ich glaube, das, was wir diskutiert haben, und das, was Herr Kollege Schäfer-Gümbel gesagt hat, zeigt ein wenig, wohin die Reise gehen wird. Ich glaube, die SPD muss ihren Selbstfindungsprozess erst einmal abschließen.

(Günter Rudolph (SPD): Lassen Sie das einmal unsere Sorge sein! Was ist das für eine Arroganz?)

– Nein, das ist mir wichtig. Das darf nicht nur Ihre Sorge sein. Das wäre nur Ihre Sorge, wenn Ihre Fraktion kein Teil dieses Parlaments wäre. Aber Sie sind ein wichtiger Bestandteil dieses Parlaments. Herr Kollege Rudolph, wir haben Anspruch auf eine gute Opposition.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Arbeit einer guten Opposition habe ich jedenfalls bis jetzt vermisst. Natürlich ist es Ihre Aufgabe, uns zu kritisieren, wenn wir Fehler machen. Sie haben hier aber nur Allgemeinplätze formuliert. Sie haben sich im Vortrag demoskopischer Zahlen verloren. Hier wurde sozusagen nur noch Mengenlehre nach Schäfer-Gümbel vorgetragen. Das ist für dieses Bundesland wirklich zu wenig. Ich bin mir relativ sicher, dass Sie das besser können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Wagner hat den letzten Landtag als „neuen Landtag“ bezeichnet. Der letzte Landtag hieß also neuer Landtag. Ich will nun sagen: Wir müssen einmal gucken, wie wir diesen Landtag nennen.

(Zuruf: Den Allerneuesten!)

Das wäre dann der Landtag 2.0.

(Zuruf)

– Nein, das will ich nicht übernehmen. Mit diesen Beifügungen habe ich keine guten Erfahrungen gemacht.

Vielleicht sollte man diesen Landtag 2.0 nennen. Auf jeden Fall hat dieser Landtag aber die Chance, vieles anders zu machen.

Es gibt auch Komplimente, die nicht ausgesprochen werden. Dass Herr Kollege Al-Wazir darüber nachdenkt, nach Berlin zu gehen, ist auch ein Kompliment. Es zeigt,

dass er glaubt, dass diese Landesregierung relativ stabil sein wird. Herr Kollege Al-Wazir, dafür sage ich vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden Sie vermissen. Aber wir können ab und zu telefonieren. Ich glaube, das reicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Ich bin relativ optimistisch, dass es uns gelingt, hier einen neuen Stil einzuführen.

(Günter Rudolph (SPD): Das haben wir gemerkt!)

Denn ich glaube, die Grabenkämpfe der letzten Jahre haben sich erledigt. Wir werden das sehen. Ich sagte es bereits: Wir setzen dabei natürlich auch auf die Opposition dieses Hauses.

Damit will ich es dazu bewenden lassen. Ich will noch eine persönliche Bemerkung machen. Dabei geht es um ein sehr ernstes Thema. Wir werden nachher dazu noch über Dringliche Entschließungsanträge diskutieren. Ich will das ganz frei von Initiativen sagen.

Vor einigen Tagen gab es einen Überfall rechtsextremistischer Art. Dabei wurde ein hessischer Bürger sehr schwer verletzt. Ich möchte von dieser Stelle aus – ich denke, da spreche ich für das gesamte Parlament – unsere besten Genesungswünsche aussprechen. Denn das kann von keinem Demokraten dieses Landes geduldet werden.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Lang anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Rentsch, vielen Dank für Ihre Rede. Vielen Dank insbesondere auch für Ihre letzten Sätze. Ich danke Ihnen sehr dafür.

Herr Al-Wazir, Sie erhalten jetzt das Wort. Es spricht der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Koalitionsvertrag, der die Grundlage des Regierungsprogramms ist, das heute hier vorgestellt wurde, ist schon eine ziemlich uninspirierte Aneinanderreihung vieler einzelner kleiner Punkte, mit denen unserer Ansicht nach auf die entscheidenden Fragen keine Antworten gegeben werden. Lieber Herr Ministerpräsident, mit der Regierungserklärung haben Sie heute noch einen draufgesetzt. Ich glaube, das, was wir heute hier erlebt haben, war der Beweis, dass dieser Koalition und damit auch dieser Landesregierung nichts Neues mehr einfällt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, während der fast 90 Minuten Ihrer Rede habe ich die ganze Zeit gedacht, jetzt müsste doch langsam irgendwann einmal irgendetwas kommen. Sie waren gerade fertig, da kam tatsächlich etwas herein, nämlich die Meldung von „dpa“, dass Frau Merkel plant,

Sie als Kommissar der Europäischen Union nach Brüssel zu schicken. Ich habe jetzt endlich verstanden, was die Rede sollte. Das war 90 Minuten lang der Ruf: Ich bin ein Ministerpräsident – holt mich hier raus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Koch, was in den 90 Minuten Ihrer Rede noch gefehlt hat, war das Bekenntnis, dass die hessische Mittelgebirgslandschaft ebenfalls erhalten bleibt.

Allerdings enthielt die Rede wirklich keine Antwort auf die vier entscheidenden Fragen. Herr Koch, nach all dem, was Sie hier angekündigt haben, müssen Sie dann auch folgende Fragen beantworten: Wer hat im Februar 1999 eigentlich die Wahl gewonnen? In welchem Monat und in welchem Jahr befinden wir uns heute? Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Konsequenz daraus müssten Sie sich dann fragen: Wer regiert hier eigentlich seit zehn Jahren?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen bewerten wir das, was Sie in dem Koalitionsvertrag aufgeschrieben haben, und das, was Sie uns hier vorgetragen haben, genauso wie das, was Sie in den nächsten Monaten und Jahren machen werden. Wir werden das anhand vier entscheidender Fragen bewerten.

Erstens. Werden die nächsten fünf Jahre endlich den dringend notwendigen Aufbruch in der Bildungspolitik bringen?

Werden die nächsten fünf Jahre endlich zu einer anderen Energiepolitik in diesem Bundesland führen?

Wird die sich abzeichnende Krise endlich dazu genutzt – ich darf das einmal so sagen –, dass die CDU-geführte Regierung erkennt, dass Gerechtigkeit und Teilhabechancen aller nicht nur auf dem Papier aufgeschrieben sein müssen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, vielmehr muss da real etwas geschehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Werden die Investitionen in der Krise dazu genutzt, eine wirklich zukunftsfähige Wirtschaftspolitik zu machen?

Aus unserer Sicht sind das die vier entscheidenden Fragen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP und liebe Mitglieder der Hessischen Landesregierung, bisher haben Sie auf diese vier Fragen keine Antwort gegeben. Auch der heutige Tag hat uns hinsichtlich dieser Fragen leider nicht weitergebracht.

Als erste Reaktion auf den Koalitionsvertrag haben wir gesagt: Diese Regierung ist inhaltlich schon ausgebrannt, bevor sie ins Amt kommt. – Das konnte man heute auch an der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten erkennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

In der Bildungspolitik fehlt Ihnen der Mut, neue Wege zu beschreiten. Der neue Weg geht genau nicht in Richtung Schulkampf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem der Union, der neue Weg besteht genau darin, vielleicht auch einmal zu erkennen, dass man jahrelang auf dem Holzweg war.

Herr Ministerpräsident, am 9. April 2008 haben wir von Ihnen von diesem Pult aus gehört, dass Sie Hessen zum Musterland hinsichtlich der Nutzung erneuerbarer Energien machen wollten. Übrig geblieben ist eine Beschleu-

nigung des Genehmigungsverfahrens für den Bau des großen Kohlekraftwerks Staudinger.

Wir haben die Situation, dass wir die reale Sozialpolitik weiterhin mit der Lupe suchen müssen. Wir sind jetzt das einzige Bundesland – ich wiederhole, das einzige Bundesland –, das kein Ministerium mehr hat, das die Bezeichnung „Sozial“ im Namen hat. Das ist kein Zufall.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist Ausdruck einer inneren Haltung. Wir werden, wenn es um die Frage der Geschäftsverteilung dieser Landesregierung geht, noch einmal in diesem Parlament eine Debatte haben. Ich kann die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP und die Landesregierung nur dringend bitten, diesen Fehler rückgängig zu machen, bevor er am Ende dazu führt, dass neue Schilder hergestellt und angeschraubt werden. Es ist ein Fehler. Es gibt keine Landesregierung, es gibt auch keine Bundesregierung, unter deren Ministerien der Titel „Soziales“ nicht vorkommt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, machen Sie diesen Fehler rückgängig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben bei den Investitionen – ich komme noch sehr ausführlich zum Konjunkturprogramm – weiterhin vor allem den Begriff „Beton ausgießen in der Landschaft“ als Krönung dessen, was unter Wirtschaftspolitik verstanden wird. Das ist aus unserer Sicht weit unter den Möglichkeiten Hessens. Wo wir ebenfalls weit unter den Möglichkeiten in Hessen bleiben, ist der Punkt, dass es weiterhin keinerlei Verzahnung von Umwelt- und Wirtschaftspolitik gibt. Sehr verehrte Damen und Herren, das ist im Jahre 2009 schlicht vorgestrig – leider, müssen wir sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war so, dass wir schon befürchtet haben, dass die neue rechnerische Stärke der FDP nicht dazu führt, dass sich irgendetwas ändert. Wenn Sie sich aber diesen Koalitionsvertrag durchlesen, dann stellen Sie fest, das einzig Neue ist, dass drei Minister jetzt ein gelbes statt ein schwarzes Parteibuch haben. Das ist zu wenig, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird so sein, dass übermorgen die FDP-regierten Länder das Konjunkturpaket der Großen Koalition durchwinken werden. Es gilt der alte Satz: Die FDP war im Preis nicht zu unterbieten – sie hatte keinen.

(Widerspruch des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Machen Sie etwas aus Ihrer Stärke, und zwar bitte nicht in der Form, dass Ihr Männerklub jetzt die Aufhebung des Rauchverbots im Plenum beantragt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Rentsch (FDP): Das wird bei Ihnen auf keinen Gefallen stoßen! – Minister Jörg-Uwe Hahn: Sehr niveauvoll!)

Wissen Sie, unser Problem ist doch, dass das einzig wirklich Neue, das wir in den letzten Wochen erlebt haben, die Tatsache ist, dass es innerhalb der Union die Erkenntnis gibt, dass es dieses „Weiter so!“, was an dieser Regierung und an diesem Koalitionsvertrag sehr deutlich wird, eigentlich nicht geben kann. Vier Stimmen weniger bei einer Ministerpräsidentenwahl – das hat es in Hessen noch

nicht gegeben. Dass dann zur Erklärung eine Durchstoß-
legende erfunden wurde, hat es auch noch nicht gegeben.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, dass die
ganze Familie eines ehemaligen Ministers aus der Partei
austritt, ist auch etwas Neues.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber immerhin!)

Es zeigt sich, dass es offensichtlich Menschen gibt, die ver-
standen haben, dass ein „Weiter so!“ nicht funktioniert
und dass ein „Weiter so!“ auf lange Sicht auch nicht mög-
lich ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Allerdings haben wir heute davon noch nichts gemerkt.
Herr Ministerpräsident, Sie haben vor der Wahl angekün-
digt, dass es eine personelle Erneuerung der Hessen-
CDU geben soll. Wir glauben nicht, dass Clemens Reif
Teil davon ist, aber das entscheiden Sie selber.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und der SPD)

Ich glaube allerdings, es ist jetzt wirklich an der Tagesord-
nung, dass sich auch die Union einmal überlegen sollte, wo
denn die neuerlichen Verluste bei einer Landtagswahl
herkommen, wenn man schon bei der Wahl davor verlo-
ren hat. Man soll nicht ständig erklären, dass man der Ge-
winner der Wahl ist, nur weil die anderen noch mehr ver-
loren haben; sonst ist man irgendwann auf dem Niveau
der Bayern-SPD.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir glauben –
um in die einzelnen Themenfelder zu kommen –, dass wir
in diesem Bundesland dringend einen Aufbruch in der
Umwelt- und Energiepolitik brauchen. Wir glauben das
auch in der Krise gerade deshalb, weil dieser Bereich einer
der wenigen Bereiche ist, die jetzt noch zusätzliche
Arbeitsplatzchancen haben und zusätzliche Arbeitsplätze
schaffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube,
dass es wirklich an der Zeit ist, dass Sie sich von Ihren Vor-
stellungen einer Energiepolitik von vorgestern verabschieden
und endlich die Chancen nutzen, die in einer
Energiewende liegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich finde es interessant, dass das Ministerium wieder
„Umwelt und Energie“ heißen soll. Das ist übrigens nichts
Neues, Herr Ministerpräsident. Das war 1991 unter einem
gewissen Joschka Fischer erstmals so. Die „Energie“ hat
eine CDU mit absoluter Mehrheit im Jahre 2003 heraus-
geholt. Das nur zur Vollständigkeit.

Ich glaube, dass Sie jetzt wirklich etwas aus dem machen
müssen, was Sie an Wählerauftrag haben. Wir GRÜNE
finden, dass es angesichts des sich verschärfenden Klima-
wandels, angesichts eines Auf und Ab auf den Energie-
märkten, angesichts einer stetig schwieriger werdenden
Ressourcenverknappung für alle, die immer noch in ihren
ideologischen Schützengräben hocken, an der Zeit ist, da
herauszukommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir heute lesen können, dass es eine CDU/FDP-
Mehrheit im Planungsverband jetzt geschafft hat, ur-

sprünglich 66 Windvorranggebiete im Bereich des Pla-
nungsverbandes am Ende auf sage und schreibe fünf her-
unterzuschrauben, dann zeigt das sehr deutlich, dass Sie
immer noch nicht von dem Baum herunterkommen, auf
den Sie sich selbst getrieben haben, als Sie das Ganze
„Windkraftmonster“ genannt haben. Hören Sie endlich
mit dieser ideologischen Politik auf, und kümmern Sie
sich um reale Problemlösungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Lachen des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Wir glauben, dass es in der Bildungspolitik eine Chance
gibt. Ich finde es interessant, dass der Kollege Rentsch of-
fensichtlich seiner eigenen Propaganda aufgesessen ist.
Wir haben in der Bildungspolitik im Koalitionsvertrag,
den wir ausgehandelt haben, den Schulkampf beendet,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Na!)

weil wir nämlich dafür gesorgt haben, dass es genau die
Zwangsbeglückung nicht mehr geben soll und gleichzei-
tig, wenn eine Fortentwicklung vor Ort gewünscht ist,
diese Fortentwicklung auch stattfinden kann.

Wir haben mit Interesse gelesen, dass Sie die 105 % Leh-
rerversorgung, die selbstständige Schule und die Verklei-
nerung der Klassen mehr oder weniger deckungsgleich
mit dem gemacht haben, was im Koalitionsvertrag stand,
den wir ausgehandelt haben. Liebe Kolleginnen und Kol-
legen von der FDP, was Sie allerdings nicht geschafft ha-
ben, ist, die andere große Volkspartei von ihren Zwangs-
beglückungsvorstellungen zu heilen. Insofern kann ich
nur sagen: Sie sind auf einem Weg, der Chancen bietet.
Was aber am Ende dabei herauskommt, hängt davon ab,
ob die FDP in der Lage ist, in einen Konflikt mit den
schulpolitischen Ideologen in der CDU zu gehen und
dann diesen Konflikt zu gewinnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage ausdrücklich: Da, wo Sie Richtiges vorhaben,
werden wir Sie unterstützen. Bei Selbstständigkeit von
Schule, bei der Frage 105 % Lehrerversorgung, bei der
Frage, dass man endlich im Bereich des Islamunterrichts
oder der islamischen Religionsstunde zu Fortschritten
kommt, haben Sie uns an Ihrer Seite – aber erst dann,
wenn real etwas passiert, und nicht dann, wenn man
irgendwas in die Welt setzt und vor den Irmern dieser
Welt einknickt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei Abgeordneten der SPD)

Sehen Sie, dass Sie mit Ihrer Kinderschule am Ende schei-
tern, war relativ klar. Wir glauben, dass es bei der Frage,
wie das letzte Kindergartenjahr besser werden kann und
besser zur Schule hinführt, auch Diskussionsbedarf gibt
und wir Vorstellungen haben, die in Richtungen gehen, wo
wir in gemeinsamen Diskussionen sicherlich weiterkom-
men können. Nur werden wir irgendwann einmal die
spannende Frage stellen, was Sie tun, um Kindergärten,
um Träger, um Kommunen dabei zu unterstützen, die Vor-
aussetzungen dafür zu schaffen. Aber immer irgendetwas
postulieren und dann die Menschen damit alleine lassen –
das ist nicht der Punkt, der am Ende die frühkindliche Bil-
dung in Hessen weiterbringt. Darauf sollte es uns eigent-
lich ankommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir vermissen bei G 8, dass Sie die Offenheit haben, auch
zu prüfen, ob die Verkürzung in der Mittelstufe nicht ein

Fehler war und wir nicht überlegen können, ob wir die Schulzeitverkürzung nicht auch in der Oberstufe hinbekommen können – zumindest prüfen hätte man es einmal können. Wir werden jedenfalls in diese Richtung weiterdenken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir glauben auch, wenn es um Ganztagschulen geht, müssen wir dazu kommen, dass es mehr als eine freiwillige Betreuungsmöglichkeit an Schulen ist, die bisher in der Koalitionsvereinbarung steht. Das heißt, wir glauben, dass es in der Bildungspolitik jetzt wirklich nötig ist, dass man nach zehn Jahren CDU-Politik zu realen Verbesserungen kommt. Wir werden Sie an Ihren Ergebnissen messen.

Jetzt setzt sich der Kollege Hahn dorthin, wo ich ihn gewohnt bin – herzlich willkommen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Kollege!)

– Von dort aus dürfen Sie auch dazwischenrufen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Danke!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Sozialpolitik haben wir beim Namen des Ministeriums schon den ersten Fehlstart. Wir meinen, wenn man sich die gesamten Vereinbarungen zur Sozialpolitik durchliest, dann ist der fehlende Name dieses Ministeriums ein Beispiel dafür, was in diesen Vereinbarungen nicht enthalten ist. Aktive Sozialpolitik kommt dort nicht vor.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich die Vereinbarungen zur Gesundheitspolitik durchlesen, wenn Sie suchen, ob in den Vereinbarungen irgendetwas zur Armutsprävention steht, dann werden Sie nicht fündig werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir glauben, gerade in der Krise kommt es darauf an, Gerechtigkeit wirklich breit zu buchstabieren. Wenn es um Gerechtigkeit, um Teilhabe geht, darf man nicht nur sonntags darüber reden, sondern man muss montags bis freitags dafür handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade wenn es um aktive Arbeitsmarktpolitik geht, hätten wir uns gewünscht – und wir werden Sie daran erinnern –, dass man auch als Land etwas dafür tun muss und nicht nur darüber reden darf.

Herr Ministerpräsident, es ist schon einige Jahre her, dass Sie mit großen Ideen von einer Reise nach Wisconsin zurückkamen. Wenn Sie sich heute die Arbeitsmarktstatistik anschauen und sehen, wo Hessen im Vergleich mit anderen Bundesländern steht, wenn Sie sich anschauen, dass wir 13 Gebietskörperschaften in Optionskommunen haben, 13 in Arbeitsgemeinschaften, dann ist es wirklich an der Zeit, einmal zu prüfen, was dabei eigentlich herausgekommen ist.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bravo!)

Wir meinen, man muss hier völlig unideologisch einmal die Frage stellen, ob das, was in den letzten Jahren dort passiert ist, wirklich überall funktioniert hat. Dort, wo es nicht funktioniert hat, müssen wir es anders machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn Hessen ist hier in den letzten Jahren zurückgefallen. Wir befinden uns gerade in einer Situation, in der von einem Monat auf den anderen – nämlich von Dezember auf Januar – die Erwerbslosenzahl um sage und schreibe 10 % gestiegen ist. Deshalb finden wir, spätestens jetzt ist es an der Zeit, sich Gedanken zu machen, wie eine funktionie-

rende aktive Arbeitsmarktpolitik des Landes Hessen aussehen muss, wenn wir unserer Verantwortung gerade in Zeiten wie diesen – liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union – gerecht werden wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben – Herr Hahn, schön, dass Sie da sitzen – zwar einen liberalen Justizminister, aber keinen liberalen Aufbruch in der Innen- und Rechtspolitik dieses Landes.

(Florian Rentsch (FDP): Dann müssen Sie aber den Koalitionsvertrag noch einmal lesen! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das sieht die Union anders!)

– Doch, ich habe ihn genau gelesen. Sie lassen sich jetzt dafür feiern, dass die verfassungswidrigen Zustände bei der Kennzeichenerfassung beseitigt werden. Aus meiner Sicht ist das eine Selbstverständlichkeit, aber kein Verdienst der FDP.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke an die Datenschutzskandale, an staatliche Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung. Ich denke, dort müssen wir dafür sorgen, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, aber eben nicht zu viel macht. Das gilt nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern das gilt gerade in der Innen- und Rechtspolitik. Wir werden ganz besonders darauf schauen, ob das, was die FDP immer vor sich herträgt, in der Realität irgendeine Rolle spielen wird.

(Florian Rentsch (FDP): Sehr gut!)

Lieber Kollege Hahn, die Integrationspolitik werden wir

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Unterstützen!)

unterstützen – wenn etwas Positives kommt, aber wir werden auch auf die Leerstellen hinweisen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ja!)

– Die meine ich jetzt nicht mit h, sondern mit Doppel-e.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das habe ich verstanden!)

Insofern weisen wir aus gutem Grund darauf hin, dass Integration mehr ist als Spracherwerb.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Richtig!)

Integration bedeutet eine Veränderung der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik. Integration ist nicht nur ein Problem, sondern in der Integration liegen auch Chancen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie des Abg. Horst Klee (CDU))

– Sehr gut. Herr Kollege Hahn, in der Koalitionsvereinbarung haben wir leider nichts dazu gefunden, dass Mehrsprachigkeit auch eine Chance sein kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Deutsch und Offenbachersch!)

– Genau. – Insofern hoffen wir, dass in der realen Politik am Ende mehr herauskommt, als jetzt in der Koalitionsvereinbarung steht.

Meine Damen und Herren, in der Wirtschafts- und in der Verkehrspolitik wird es allerdings ganz bitter. Dort feiert die Ideologie von möglichst viel Beton fröhliche Urständ.

Herr Ministerpräsident, an der Frage des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und an der Haltung zum Nacht-

flugverbot wird relativ deutlich, was hier geschieht. Den Wald roden oder das Camp räumen – das geht auf der Grundlage einer Eilentscheidung, vor einer Entscheidung in erster Instanz. Aber das Nachtflugverbot einführen und seine eigenen Versprechen einhalten – das geht angeblich nicht. Da merken Sie doch selbst, dass hier irgendetwas nicht zusammenpasst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, an der Frage des Nachtflugverbots wird relativ deutlich, dass Sie mit Ihren eigenen Versprechen von früher heute nichts mehr zu tun haben wollen.

Ich erinnere mich daran, wie Sie den Koalitionsvertrag geißelt haben, wie Sie im Oktober darüber geredet haben, dass wir in einem ergänzenden Verfahren zum Planfeststellungsbeschluss ein Nachtflugverbot einführen wollen, und wie Sie erklärt haben, dass das alles nicht geht und angeblich rechtswidrig sei. Wenn ich dann lese, was der Verwaltungsgerichtshof dazu gesagt hat, dann kann ich nur sagen: Alles, was CDU und FDP hier erklärt haben, ist schlicht falsch. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen weiterhin kein Nachtflugverbot einführen, obwohl der VGH ausdrücklich gesagt hat, dies geht im Wege der Plenergänzung. Denn Ihnen sind die Interessen der Luftverkehrswirtschaft schlicht wichtiger als die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner und Ihre eigenen Versprechungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, deswegen werden wir Sie an diesem Punkt nicht aus der Verantwortung lassen, sondern wir werden jeden Tag auf das hinweisen, was Sie wollen, was Sie einmal versprochen haben, was Sie jetzt nicht machen und wessen Lied Sie singen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen finde ich es schon ein geradezu dreistes Stück, dass die hessische Polizei am Tage dieser Regierungserklärung die letzten Reste des Kelsterbacher Waldes räumen lässt,

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

mit der Erklärung, jetzt wird alles abgeräumt, Sie aber gleichzeitig weiterhin nicht willens sind, Ihr eigenes Versprechen eines Nachtflugverbots umzusetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir leben in den Zeiten einer Wirtschaftskrise. Wir werden auch weiterhin darauf hinweisen, wessen Rezepte uns eigentlich in diese Wirtschaftskrise geführt haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Wir setzen uns weiterhin mit den Konjunkturprogrammen von Bund und Land auseinander.

Lieber Kollege Rentsch, ich sage ausdrücklich – das gehört zum neuen Stil –: Wenn irgendetwas richtig gemacht wird, so haben wir kein Problem damit, zu sagen, dass das richtig ist. Es ist ausdrücklich richtig, in Schulen und Hochschulen zu investieren; und übrigens ist es auch richtig, in die Krankenhausfinanzierung zu investieren.

Das heißt allerdings nicht, dass man alles kritiklos durchwinkt. Das ist schon ein Unterschied. Im Übrigen finde ich, zu einem neuen Stil müsste auch gehören, dass Regierungsfractionen wissen, dass sie nicht Teil der Regierung,

sondern Teil des Parlaments sind, und dass die Kontrollfunktion der Regierung nicht nur von der Opposition, sondern vom gesamten Parlament auszuüben ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen finde ich, dass sich die Frage, ob jetzt diese Regierung, diese Regierungsfractionen und der gesamte Landtag einen neuen Stil haben oder nicht, auch daran entscheidet, ob wir ein Gesetz, das heute in erster Lesung eingebracht wird, bereits heute Abend mit Mehrheit durch die Ausschüsse peitschen oder ob wir uns wenigstens drei Wochen Zeit zur Beratung nehmen.

Lieber Herr Kollege Rentsch, dass auch Gesetze, die noch nicht im Gesetzblatt stehen, durchaus ihre Auswirkungen haben, sieht man übrigens an der berühmten Abwrackprämie. Daher glaube ich, niemandem fällt ein Zacken aus der Krone; keine Kommune wird ihre Vorbereitungen für Investitionsprogramme wie Schulsanierungen und Krankenhausinvestitionen unterbrechen, auch die Verwaltung wird ihre Hochschulprogramme nicht unterbrechen, nur weil wir ein Gesetz am 30. März oder erst am 2. April verabschieden.

Wir wollen an bestimmten Punkten aber schon wissen, wie die Fachleute diese Gesetze bewerten, die jetzt eingebracht werden, denn man gibt nicht mal so eben über 2 Milliarden € aus. Manchmal ist es auch sinnvoll, eine Woche länger eine Runde zu drehen – eine Woche, nicht ein Jahr –, wenn man hier Ausgaben tätigt, die in der Geschichte des Landes Hessen einzigartig sind. Ich glaube, da müssten wir uns eigentlich alle einig sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Am Konjunkturprogramm wird sehr deutlich, was das Problem dieser Regierung ist. Es ist richtig, in die Schulen und Hochschulen zu investieren. Aber an dem Teil, der nicht zum Bereich der Schule oder der Hochschule gehört, wird relativ klar, was das Problem ist: Es fehlt die Richtung. Es ist zwar so, dass wir investieren müssen; aber mit der Gießkanne Geld in der Landschaft zu verteilen, ist noch keine zielgerichtete Politik.

Wir glauben, dass wir mit diesem Geld, das wir jetzt ausgeben, sehr sorgfältig umgehen müssen, weil es schon im nächsten Jahr durch Zins- und Tilgungsraten unseren Handlungsspielraum einengen wird. Deswegen müssen wir ganz besonders darauf achten, dass die Investitionen, die wir heute machen, auch wirklich nachhaltig sind und in den Folgejahren nicht zusätzliche Kosten, sondern zusätzlichen Nutzen hervorbringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen glauben wir, dass wir an diesen Punkten wirklich noch einmal nacharbeiten müssen; denn was diese Koalitionsvereinbarung und diese Regierungserklärung wert sind, sieht man an dem Konjunkturprogramm. Wenn sich der Ministerpräsident heute Morgen einerseits zugunsten der Straßen und andererseits zugunsten der Schiene und des öffentlichen Personennahverkehrs ausgesprochen hat, ist die Frage, wie viel diese Koalitionsvereinbarung und diese Worte wert sind, eigentlich schon mit dem Konjunkturpaket in erster Lesung beantwortet. Die Straßen findet man mit 200 Millionen €; von der Schiene und von zusätzlichen Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr findet man überhaupt nichts geschrieben. Das zeigt die Prioritäten dieser Regierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

– Herr Arnold, das zeigt die Prioritäten dieser Regierung.
– Das zeigt auch, was genau das Problem ist: eine völlig ziellose Politik; und da, wo sie zielgerichtet ist, ist sie altbacken. Anders kann ich sie nicht nennen.

Wir machen Ihnen daher sehr konkrete Vorschläge. Wenn wir wirklich zu Fortschritten kommen wollen, dann müssen wir eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik betreiben. Ich fand es relativ dreist, dass der Finanzminister auf die Frage, wo denn eigentlich die Breitbandversorgung, der öffentliche Personennahverkehr und die Schieneninfrastruktur blieben, lapidar sagte: Man kann halt nicht alles machen. – Herr Finanzminister, das stimmt. Man kann nicht alles machen. Aber die spannende Frage ist: Warum haben Sie eigentlich über 200 Millionen € für zusätzliche Straßen übrig, doch für Datenautobahnen keinen müden Cent? Diese Frage müssen Sie schon einmal beantworten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden Ihnen ganz konkret sagen, was baureif und was planungsreif ist. Sie müssen dann ganz konkret beantworten, warum Sie es nicht tun. Das wird die spannende Frage sein, und daran wird sich auch der neue Stil des Parlaments bemessen, ob nämlich eine Mehrheit in der Lage ist

(Axel Wintermeyer (CDU): Das hatten wir heute schon! Neuer Stil!)

– Herr Wintermeyer –, auf konstruktive Vorschläge von anderen einzugehen und im Zweifel zu merken, dass ein Gesetz, das in erster Lesung vielleicht nicht so doll ist, in zweiter Lesung noch besser werden kann. Daran wird der neue Stil dieses Parlaments zu messen sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hören sehr wohl, wenn der Ministerpräsident in seinem Sammelsurium von heute früh zwar die Begriffe „Nahwärmenetze“ und „energetische Sanierung“ fallen lässt, doch von diesen Begriffen im Konjunkturprogramm – und wann gibt man schon einmal 1,7 Milliarden € aus? – faktisch nichts zu finden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Herr Arnold, wir hören sehr wohl, wenn der Herr Ministerpräsident davon redet, dass es einen Nachhaltigkeitsrat gibt, der auch weiterhin nachhaltig raten soll. Aber wir werden schon die spannende Frage stellen, ob eigentlich bei einem Investitionsprogramm in noch nie da gewesener Größe irgendwann jemand einzelne Mitglieder des Nachhaltigkeitsrats gefragt hat, was denn ihr Vorschlag ist. Insofern glauben wir schon –

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Wir geben Ihnen wirklich eine Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber Sie müssen aus dieser Chance auch etwas machen und dürfen nicht einfach nur die alten Rezepte aus dem letzten Jahrhundert bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir glauben, dass es auch in der Frage, was der neue Stil ist, wichtig ist, dass es um Beteiligung geht. Es geht um die Beteiligung dieses Parlaments, um die Beteiligung kommunaler Parlamente beim Konjunkturprogramm sowie um Öffentlichkeit. Öffentlichkeit ist übrigens auch der

größte Schutz gegen die Korruption; denn wir wissen alle, wenn es um Milliarden in der Bauwirtschaft geht, was das immer als Gefahr im Hintergrund ist. Wir glauben schon, dass die spannende Frage lauten wird: Wird diese Mehrheit die Größe und die Fähigkeit haben, auch wirklich dieser Politik eine neue Richtung zu geben?

Welches Problem wir mit dieser Koalitionsvereinbarung haben, wird vor allem klar, was nicht drinsteht und was der Herr Minister heute nicht gesagt hat. Deswegen stellen wir fest: In dieser Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung war kein einziges Mal die Rede von den Chancen, die die Umwelttechnik bietet. Ich finde es, ehrlich gesagt, im Jahr 2009 ein Armutszeugnis für eine Landesregierung, wenn man einen 90-seitigen Koalitionsvertrag schließt und eine 90-minütige Regierungserklärung hält und kein einziges Wort dazu fällt, obwohl man weiß, dass es Studien gibt, die belegen, dass die Umweltbranche in weniger als zehn Jahren die Leitbranche in Deutschland sein wird, die die Automobilbranche in dieser Funktion ablösen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von der Kreativwirtschaft ist keine Rede gewesen. Ich meine, der ehemalige Frankfurter Wirtschaftsdezernent, der jetzt eine neue Funktion in der Regierung hat, hat dies erkannt. Ich hoffe, dass er nicht in alte Zeiten zurückfällt, als er noch hier im Landtag war, sondern dass er bei einem neuen Kurs bleibt. Es ist an der Zeit, dass Sie endlich erkennen, dass Wirtschaftspolitik eben nicht nur Beton ist, nicht nur Verkehrsinfrastruktur ist, sondern dass die Wirtschaftspolitik der Zukunft auch etwas mit Kreativität zu tun hat; dass es um Medienstandorte geht und dass es im Zweifel auch um die Frage geht, wie man mit dem, was bildungspolitisch nötig ist, auch wirtschaftspolitisch etwas hinbekommt.

Mobilität ist auch mehr als ein Zentrum zur Erforschung der Automobilwirtschaft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hätten das im Jahre 2009 nicht für möglich gehalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Im Koalitionsvertrag steht nichts zur Neuordnung der öffentlichen Bankenlandschaft, vor allem im Rhein-Main-Gebiet und der Helaba, jedenfalls nichts, was irgendeine Substanz hätte. Im Koalitionsvertrag steht nichts zum Thema Mindestlohn. Im Koalitionsvertrag steht nichts zum Thema aktive Arbeitsmarktpolitik. Im Koalitionsvertrag steht übrigens auch nichts zu den unglaublichen Chancen, die die erneuerbaren Energien gerade für Nordhessen bieten.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ISET steht drin! Haben Sie ihn gelesen?)

– Herr Arnold, das ISET heißt jetzt IWES. Das haben Sie noch nicht gemerkt. – Ich habe ihn gelesen. Das ist mein Problem. Deswegen bin ich so verzweifelt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Problem, wenn man politisch überhaupt nichts will und sich einen Koalitionsvertrag von Referaten im Ministerium schreiben lässt. Das ist ein echtes Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Lieber Kollege Arnold, es steht nichts zur Neuordnung der Rhein-Main-Region drin. Dass dazu nichts drinsteht, ist wirklich sträflich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Wir waren gerade bei Umwelt!)

Im Koalitionsvertrag steht nichts zum Problem, dass die Gewerbesteuerkannibalisierung fröhliche Urständ feiert. Ich sage nur: Über die Deutsche Börse Eschborn steht auch nichts drin. Beim Thema Integration steht nichts zur Rolle der Kommunen bei der Integration. Es steht nichts drin zur politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Es steht übrigens auch nichts drin zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen. Das meine ich mit: Integration ist mehr als Sprachförderung. – Wir haben in der Sozialpolitik kein Wort zur Weiterentwicklung, z. B. des Behindertengleichstellungsgesetzes. Das Wort „soziale Gerechtigkeit“ kommt im Kapitel „Soziales“

(Petra Fuhrmann (SPD): Kommt nicht vor!)

nicht vor.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Armutsprävention kommt als Begriff in Ihrem Koalitionsvertrag nicht vor.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch keine Maßnahmen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist angesichts der Situation, in die wir in den nächsten Monaten hineingehen, im Jahre 2009, wirklich kaum zu glauben, was dort nicht drinsteht.

Beim Thema unabhängiges Zentrum Datenschutz – das kommt mir leider sehr bekannt vor – haben wir weiterhin den schönen Satz: Es wird geprüft.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Da kann ich nur sagen: Lieber Florian Rentsch, da musst du mit deiner starken Fraktion aber einmal kraftvoll und ohne lila Latzhose dafür sorgen,

(Günter Rudolph (SPD): Nichts dahinter!)

dass wir wirklich einen Aufbruch bekommen, auch in diesem Bereich. Es ist dringend nötig, dass es Veränderungen gibt.

(Günter Rudolph (SPD): Bouffier will es aber gar nicht!)

Die Datenskandale der letzten Tage, gerade in der Privatwirtschaft, machen sehr deutlich, dass wir da Veränderungen brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Beim Thema Energie kommt keine Landesenergieagentur vor. Es kommt keine Änderung in der Landesplanung vor. Es kommt kein Energieeffizienzfonds vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Koalitionsvereinbarung – ich sage es noch einmal – ist eine uninspirierte Aneinanderreihung von Punkten, die auf die entscheidenden Fragen keine Antworten gibt. Deswegen werden wir in diesem Landtag eine kraftvolle, eine kreative Opposition sein. Ich glaube, am heutigen Tag und bei dieser heutigen Regierungserklärung sowie angesichts dessen, was in diesem Koalitionsvertrag und in der heuti-

gen Regierungserklärung gefehlt hat, ist sehr deutlich geworden, dass wir diese kraftvolle und kreative Opposition gerade jetzt sein wollen, weil Hessen diese Kreativität dringender denn je braucht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Diese Regierung und diese Regierungserklärung haben sehr deutlich gezeigt, warum das so ist. Wir kämpfen für eine andere Politik in diesem Bundesland Hessen, gerade jetzt, weil sie nötiger ist denn je. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Das Wort hat die Kollegin Wissler.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alles deutet darauf hin, dass wir auf die tiefste Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg zusteuern. Die optimistischsten Prognosen gehen derzeit davon aus, dass wir es mit einem Schrumpfen des deutschen Inlandsproduktes um 2,5 % im laufenden Jahr zu tun haben. Die pessimistischsten Prognosen gehen von einem Minus von 4 % aus. Das ist der schärfste und tiefste Absturz in der Geschichte der Bundesrepublik.

EU-weit werden wir voraussichtlich bis Jahresende 25 Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit haben. In Deutschland verzeichnen die Suppenküchen und Armenspeisungen Rekordzulauf. Viele Menschen sind verunsichert und haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Mittlerweile haben wir die Situation, dass Hunderttausende von Angestellten, insbesondere in der Metall- und Chemiebranche, auf Kurzarbeit gesetzt sind. Alle Versuche der Regierungen, dieser Krise beizukommen, sind bisher verpufft. Sogar der Versuch, Bürgschaften in Höhe von 480 Milliarden € für die deutschen Banken bereitzustellen, hat nicht einmal dazu geführt, dass der deutsche Kredithandel wiederbelebt wurde. Wie beim Domino erfasst diese Krise eine Branche nach der nächsten. Gerade die deutsche Industrie, die in den letzten Jahren so stark auf Export getrimmt wurde, wird von dieser Krise besonders stark betroffen sein.

Die jetzige Krise hat globale Ausmaße, d. h. wir erleben eine Wirtschaftskrise, wie sie sich niemals hätte ereignen sollen, wenn es nach den Lehren der liberalen Wirtschaftswissenschaftler gegangen wäre.

Den Menschen wird wie in jedem Konjunkturabschwung erzählt, der Aufschwung komme wieder im nächsten Quartal oder vielleicht schlimmstenfalls Ende des Jahres. Das ist alles Schönrederei. Es verkennt die tatsächliche Dramatik der Situation.

Diese Krise ist nicht allein dem Versagen einzelner Manager geschuldet. Es ist das Versagen des kapitalistischen Systems. Der Kapitalismus ist ein zutiefst instabiles Krisensystem. Die Anarchie des Marktes führt immer wieder zu Chaos, zu Zerstörung, zu Kriegen. Es ist nicht einfach ein Fehler im System, der behoben werden kann. Nein, das System ist der Fehler. Das wollen wir überwinden.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Das System überwinden?!)

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen von Verantwortung und Solidarität gegenüber dem Gemeinwesen. Das sollten wir in der Tat heute einfordern. In Zeiten wie diesen ist es doch der Gipfel der Unverschämtheit, wenn Unternehmen, die Steuergelder in Milliardenhöhe annehmen, sich Bonizahlungen und Dividendenausschüttungen gönnen.

Aber Ihre Regierung ist nicht Teil der Lösung. Sie ist ein Teil des Problems. Ihre Politik der Privatisierung, der Deregulierung, der Liberalisierung hat mit in diese Krise geführt. Ihr Koalitionsvertrag könnte überschrieben sein mit den Worten: Mit Rezepten von gestern in die Krise von morgen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben im Wahlkampf versprochen, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Dazu habe ich in der Regierungserklärung nichts gehört. Was sagen Sie denn den Menschen, die in den kommenden Monaten zu Zehntausenden von Firmenpleiten, von Entlassungen und von Kurzarbeit betroffen sein werden?

(Dr. Walter Arnold (CDU): Alles nicht passiert!)

Was tun Sie denn im Falle von EDS und im Falle von MAN, wo jetzt Arbeitsplätze abgebaut werden? Wo ist denn der kämpfende Roland Koch, seit der Wahlkampf vorbei ist?

In den kommenden betrieblichen Auseinandersetzungen wird DIE LINKE an der Seite der Beschäftigten stehen und mit ihnen um den Erhalt jedes Arbeitsplatzes kämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, ich bin gespannt, ob wir Sie dann auch vor den Werkstoren antreffen werden.

Wie wollen Sie diesen Kampf um jeden Arbeitsplatz eigentlich mit Ihren anhaltenden Bemühungen verbinden, öffentliches Eigentum zu verschleudern und die öffentliche Daseinsvorsorge zu privatisieren? An diesem Kurs wollen Sie festhalten, obwohl er in den vergangenen Jahren 10.000 Stellen beim Land Hessen direkt und eine unbekannte Zahl in privatisierten Unternehmen gekostet hat. Diese Regierung hat in den letzten Jahren Arbeitsplätze vernichtet und nicht gerettet.

Wenn ich auf der Homepage der Hessischen Staatskanzlei lese, was dort noch immer verkündet wird – „Die Privatisierung staatlicher Aufgaben ist eines der wichtigsten Ziele der Verwaltungsreform“ –, dann sage ich, Sie haben von dieser Krise nichts begriffen. Der Aufbruch in Zeiten der Krise, den Sie hier angekündigt haben, ist nicht erkennbar. Was Sie hier ausgeführt haben, ist vielmehr der Aufbruch in die nächste Krise.

Wer der drohenden Lawine von Firmenpleiten und Massenentlassungen etwas entgegensetzen will, der muss jetzt den öffentlichen Dienst ausbauen. Denn hätte Deutschland eine Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst wie etwa Dänemark oder Schweden, dann hätten wir über vier Millionen Arbeitsplätze mehr. Jetzt wollen Sie zwar 2.500 Lehrer einstellen, aber auf Kosten anderer Bereiche, wo Sie Arbeitsplätze abbauen wollen, weil die Gesamtzahl der Beschäftigten nicht steigen soll. Mit rund 600 Millionen € jährlich ließen sich über 10.000 zusätzliche Stellen beim Land Hessen finanzieren – Stellen, die dringend benötigt werden, in den öffentlichen Verwaltungen, im Sozial-, im Gesundheitsbereich und in der Bildung.

Wir brauchen endlich eine ordentliche Tarifierhöhung bei den Landesbeschäftigten und die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit Erstaunen habe ich Ihrer Regierungserklärung entnommen, dass Sie gerade „konstruktiv und zielorientiert“ mit den Gewerkschaften über diese Frage verhandeln. Das sehen die Betroffenen offensichtlich anders; denn sonst wären sie wohl nicht in der letzten Woche zu Tausenden in den Warnstreik getreten. DIE LINKE solidarisiert sich mit dem Kampf der Landesbeschäftigten und ihrer Gewerkschaften für 8 % mehr Lohn und für bessere Arbeitsbedingungen. Der Ausbau des öffentlichen Dienstes und eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich – das wären richtige Antworten auf Kurzarbeit und auf Massenentlassungen.

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen von notwendigen Feuerwehreinsätzen des Staates. Es hilft aber nichts, die Feuerwehr zu spielen, wenn man selbst dauernd neue Brände legt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie fordern funktionierende Feuermelder. Die Feuermelder funktionieren doch, die schrillen doch schon lange, aber Sie halten sich die Ohren zu.

(Ministerpräsident Roland Koch: Sie sind kein Feuermelder, Frau Kollegin!)

Statt kurzfristiger Konjunkturpakete brauchen wir langfristige Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und in Beschäftigung. Nach einer aktuellen Umfrage lehnen die Menschen das Konjunkturpaket der Bundesregierung mehrheitlich ab. Was sie sich wünschen, sind mehr soziale Gerechtigkeit, Mindestlöhne und höhere Löhne. Was haben denn auch die 500.000 Niedriglöhner, die wir in Hessen haben, davon, dass es jetzt Abwrackprämien gibt? Sie werden sich auch dann kein neues Auto kaufen können, wenn man 2.500 € drauflegt. Sie setzen weiter auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. Was Sie jetzt „antizyklisch“ nennen, das ist ein schwaches Husten gegen den Sturm, der über die Wirtschaft und die Arbeitsplätze des Landes fegt.

Das hessische Konjunkturpaket sieht größtenteils nur Investitionen vor, die ohnehin geplant waren; das sagen Sie selbst. Nötig wären sie vor Jahren schon gewesen, und sie reichen nicht an den tatsächlichen Investitionsbedarf des Landes heran. Was wir aber brauchen, ist eine langfristige Stärkung der Investitionskraft der Kommunen und der Massenkaufrkraft. Die Binnennachfrage muss erhöht werden durch Lohnsteigerungen, durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, durch armutsfeste Renten und durch die Abschaffung der unsäglichen Hartz-Gesetze.

(Beifall bei der LINKEN)

Steuererleichterungen hingegen nutzen einem Drittel der Einkommensbezieher gar nichts, weil sie zu wenig verdienen, um in erheblichem Umfang Steuern zu bezahlen.

(Florian Rentsch (FDP): Sie müssen einmal unser Modell lesen!)

Die andauernde Forderung der FDP nach Steuersenkungen ist gerade in Zeiten milliardenschwerer Konjunkturprogramme völlig verfehlt und mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts nicht in Einklang zu bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

In Zeiten wie diesen muss sich auch Ihre Klientel ausnahmsweise einmal an den gesellschaftlichen Aufgaben beteiligen, verehrte Kollegen von der Fraktion der frauenfreien Demokraten.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Rentsch (FDP): Vielen Dank, aber wir sind alle relativ gegendert!)

Es ist illusorisch, anzunehmen, bis 2012 ließe sich der Landeshaushalt konsolidieren. Die Schuldenbremse, die sich alle Parteien außer der LINKEN auf die Fahne geschrieben haben, entzieht den demokratisch gewählten Parlamenten ein zentrales Recht, nämlich das Budgetrecht.

(Florian Rentsch (FDP): Schulden machen wollen Sie, Frau Kollegin Wissler! – Gegenruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE): Für Investitionen!)

Sie wird sich nur umsetzen lassen, wenn Sie auf der Bundes- wie auf der Landesebene endlich einmal das tun würden, Herr Kollege Rentsch, was Sie in den vergangenen Jahren gemieden haben wie der Teufel das Weihwasser, nämlich diejenigen zur Kasse zu bitten, die in guten wie in schlechten Zeiten gut verdienen, die hohe Profite machen.

(Beifall bei der LINKEN – Florian Rentsch (FDP): Die Serie auf RTL!)

Ohne Vermögen- und Erbschaftsteuer, die diesen Namen verdienen, ohne eine Besteuerung der Unternehmen und des Finanzsektors wenigstens auf dem europäischen Durchschnittsniveau – wir fordern gar nicht mehr – werden sich die öffentlichen Haushalte nicht ausgleichen lassen. Leere Kassen sind auch keine Naturwunder, die irgendwie über Nacht da waren. Auf wie viele Steuereinnahmen muss Hessen denn jedes Jahr aufgrund der Unternehmensteuerreform verzichten, an der diese Regierung tatkräftig mitgearbeitet hat? Da hat niemand gefragt, wie das gegenfinanziert wird oder ob man vielleicht infolgedessen höhere Schulden machen muss.

Die entscheidende Frage ist doch: Wer zahlt für diese Krise? Die Krise darf eben nicht wieder auf den Rücken derer abgewälzt werden, die von diesem Aufschwung nichts hatten, nämlich die Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner. Jetzt müssen die Profiteure der letzten Jahre zur Kasse gebeten werden. Herr Ministerpräsident, Sie sprachen von der Gier einiger weniger, die horrende Spekulationsgewinne erzielt haben. Dann ziehen Sie doch diese horrenden Gewinne endlich zur Finanzierung von staatlichen Konjunkturpaketen heran. Allein die Einführung der Vermögensteuer und einer Millionärsabgabe würde bundesweit über 100 Milliarden € zusätzliche Steuereinnahmen einbringen. Es ist auch niemandem zu vermitteln, warum man Mehrwertsteuer auf Brot zahlen muss, aber eine Börsenumsatzsteuer angeblich unzumutbar sei.

DIE LINKE unterstützt die Demonstrationen, die am 28.03. unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ in Berlin und Frankfurt stattfinden. Denn nur wenn die Menschen massenhaft auf die Straße gehen, können wir verhindern, dass für diese Krise wieder diejenigen geradestehen müssen, die vom Aufschwung schon nichts bekommen haben.

Wir erleben derzeit umfangreiche staatliche Eingriffe in die Wirtschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit)

Dabei steht aber nicht die Sorge um die Lebensbedingungen der Menschen im Vordergrund, sondern die Sorge um die Aktionäre. Milliardenverluste werden auf die Allgemeinheit abgewälzt. An dieser Stelle ein Zitat:

Das Vermögen der gesamten Gesellschaft, welche die Regierung vertritt, hätte die Verluste der privaten Kapitalisten zu vergüten. Diese Art Kommunismus, wo die Gegenseitigkeit völlig einseitig ist, erscheint den europäischen Kapitalisten ziemlich anziehend.

Das schrieb Karl Marx 1857. Es könnte auch von heute sein.

(Beifall bei der LINKEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wacht ihr auf!)

Der Bund steigt bei der Commerzbank ein und zahlt 18 Milliarden € für eine 25-prozentige Beteiligung an einem Unternehmen, das nur noch 3 bis 4 Milliarden € wert ist. Was macht die Commerzbank? Sie baut 7.000 Arbeitsplätze ab, und die Bundesregierung erklärt, sie wolle keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik nehmen.

Das ist meiner Meinung nach eine staatliche Förderung von Arbeitsplatzabbau, und das ist ein Missbrauch von Steuergeldern.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie werfen der LINKEN vor, wir könnten nicht wirtschaften. Wer, bitte, ist denn so verrückt, Geld in ein Unternehmen zu stecken und dann freiwillig auf jedes Mitspracherecht zu verzichten? Das würden Sie in Ihren eigenen Privatunternehmen nie tun. Das würden die Mitglieder der Großen Koalition in ihren eigenen Privatunternehmen nie tun. Das tun sie nur mit Steuergeldern.

Deshalb fordert DIE LINKE: keine öffentlichen Mittel ohne öffentliche Kontrolle.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die betroffenen Bundesländer mit Steuergeldern bei Opel einsteigen, dann kann das nur unter der Bedingung passieren, dass es eine Arbeitsplatz- und eine Lohngarantie für die Beschäftigten gibt. Es muss auch heißen, dass das Land die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten stärkt und natürlich auch Einfluss auf die Geschäftspolitik von Opel nimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Zwei Drittel der Bundesbürger und im Übrigen auch eine deutliche Mehrheit der Anhänger von CDU und FDP finden eine Verstaatlichung des Bankensektors gut. Wir sind der Meinung, der Bankensektor muss unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Er muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein und nicht den Profiten der Aktionäre.

DIE LINKE tritt ein für eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft. Eigentumsverhältnisse sind auch immer Machtverhältnisse, und deshalb wollen wir eine Wirtschaft, die dem Wohle der Menschen dient, und nicht umgekehrt.

Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung erwähnen Sie mit keinem Wort die zunehmende Armut, unter der bereits jetzt viele Menschen in Hessen, besonders Kinder, leiden, und die im Zuge der Krise mit Sicherheit noch stärker ansteigen wird. Daher ist es natürlich nur

konsequent, dass Ihre Regierung das Sozialministerium als solches aufgelöst hat und im neuen Kabinett Koch das Soziale jetzt auch ganz offiziell keine Rolle mehr spielt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie wollen weiter die Starken stärken. Die große Mehrheit der Lohnabhängigen, der öffentlich Beschäftigten und der prekär Angestellten hat das Nachsehen. Ihr Koalitionsvertrag ist auch in dieser Hinsicht ein Armutszeugnis.

Jetzt habe ich in Ihrer Regierungserklärung gehört, Sie wollen einen Antrag im Bundesrat einbringen mit dem Titel „Kinderlachen ist Zukunftsmusik“. Wer Kindern zumutet, von Hartz-IV-Regelsätzen zu leben, in denen 2,30 € am Tag für Essen und Trinken vorgesehen sind, dem liegt wohl herzlich wenig am Lachen von Kindern. Hartz IV haben Sie alle im Haus bzw. Ihre Parteien im Bundestag gemeinsam beschlossen. Jetzt haben Sie es schwarz auf weiß: Die Regelsätze für Kinder sind laut Bundessozialgericht verfassungswidrig. Dass Kinder mit weniger als 3 € am Tag nicht anständig ernährt werden können, das hätte man vorher wissen können. Dazu hätte man dieses Urteil sicherlich nicht gebraucht. Es ist ein Skandal, wenn in einem der reichsten Länder der Welt jedes sechste Kind in Armut lebt, und dazu hat die Hartz-IV-Gesetzgebung erheblich beigetragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Auseinanderklaffen von Arm und Reich erleben wir verschärft seit 1998, als die rot-grüne Bundesregierung ihre Geschäfte aufnahm. Wenn SPD und GRÜNE heute die Auswüchse der Spekulation beklagen und neue Transparenzregeln für die Finanzmärkte einfordern, dann sollten sie sich auch daran erinnern, dass es ihre Parteifreunde waren, die den Grundstein dafür gelegt haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Welch ein Unfug!)

Erst mit dem Vierten Finanzmarktförderungsgesetz wurden der Börsenhandel nach angelsächsischem Vorbild liberalisiert, den Investmentfonds ihr Geschäft erleichtert und Leerverkäufe legalisiert. In Deutschland gäbe es keine Hedgefonds, wenn Rot-Grün ihnen 2005 nicht die Tür geöffnet hätte.

(Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir können uns noch an die Forderungen der Regierung an die deutsche Bevölkerung erinnern, man solle doch risikofreudiger werden. Was sagen Sie heute den Menschen, die ihre Altersvorsorge an den internationalen Finanzmärkten verloren haben, weil Sie die gesetzliche Rente ausgehöhlt haben? Für diese Menschen gibt es keine Rettungsschirme, die rettet niemand.

Jetzt fordert – Herr Schäfer-Gümbel, ich habe Ihnen genau zugehört – die SPD den gesetzlichen Mindestlohn. Herr Schäfer-Gümbel, wer ist eigentlich der Adressat für Ihre Forderung? Die SPD ist doch seit zehn Jahren in der Bundesregierung. Warum setzen Sie ihn nicht einfach durch? In den letzten Jahren haben Sie im Bundestag dreimal gegen einen Antrag der LINKEN auf Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns gestimmt. In Sonntagsreden von Mindestlohn zu reden bringt uns nicht weiter. Man muss in der entsprechenden Debatte dann auch dafür stimmen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer heute über das Wachsen des Niedriglohnsektors und über die Ausweitung der Leiharbeit klagt, der sollte sich auch daran erinnern, wer den Arbeitsmarkt liberalisiert hat, wer Hartz IV einführte und wer den Ausbau des Niedriglohnsektors zu einem zentralen Ziel seiner Regierung machte.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist verstärkte Polemik!)

Im Wahlkampf haben Sie den Slogan „Krise braucht Gerechtigkeit“ plakatiert. Das haben Sie heute wieder gesagt. Die SPD hat es noch nicht einmal geschafft, in Zeiten des Aufschwungs soziale Gerechtigkeit durchzusetzen. Wie schaffen Sie das jetzt in Zeiten der Krise?

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist ziemlich unverschämt! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist fast das Niveau von Herrn Irmer! Das ist Unfug!)

Herr Schäfer-Gümbel, überzeugen Sie doch als Erstes einmal Ihre Genossen Steinbrück und Müntefering von dem, was Sie hier vorgetragen haben. An vielen Stellen haben Sie uns auf Ihrer Seite.

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen in Ihrer Rede von der Bewahrung der Schöpfung als einer Kernaufgabe Ihrer Verantwortung. Ich habe den Eindruck, als ich Ihnen weiter zugehört habe, Sie meinten eher die Wertschöpfung; denn der ordnen Sie alles unter. Sie missbrauchen die Wirtschaftskrise, um ein Comeback für Kohle und Atom zu organisieren. Die Lobbyisten dürfen sich freuen. Sie bedienen die Interessen von E.ON und RWE auf Kosten von Umwelt und Verbrauchern.

Wenn man an Ihr Projekt Bildungsland Nummer eins denkt, dann klingen Ihre Ankündigungen zur Energiepolitik mit dem Musterland der erneuerbaren Energien, ehrlich gesagt, wie eine Drohung. Der Ausbau von Staudinger zeigt auch, in welche Richtung das geht.

DIE LINKE will die Energiewende und bezahlbare Preise, und das darf nicht abhängig sein von den Profitinteressen der großen Energiekonzerne. Das müssen wir im Notfall auch gegen die Energiekonzerne durchsetzen, damit die es nicht weiter blockieren können.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir lösen auch die Wirtschaftskrise nicht dadurch, dass wir die Klimakrise weiter verschärfen. Aber das tun Sie durch die Fortführung einer verfehlten Verkehrspolitik. Statt die Schiene zu fördern, setzen Sie auf neue Autobahnen und den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Trotz sinkender Passagierzahlen und Einbrüchen bei der Fracht treiben Sie den Ausbau des Frankfurter Flughafens voran. Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Rede davon gesprochen, er möchte das Erbe der Brüder Grimm bewahren. Mit Ihrem Märchen von den 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, die durch den Flughafenausbau entstehen sollen, stellen Sie sich praktisch in die Tradition der Brüder Grimm.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Wir stehen auf der Seite der Bürgerinitiativen. Wir stehen auf der Seite der Flughafenausbaugegner, und das auch heute, wo das Hüttendorf geräumt wird.

Auch in der Bildungspolitik sind Ihre Rezepte trotz PISA-, trotz IGLU-Studie die alten. Sie verfahren nach dem Motto: Die Medizin verschlechtert den Zustand des Patienten, dann verabreichen wir die doppelte Dosis.

Statt Bildungsland Nummer eins ist Hessen Bildungsnotstandsland. Das Grundproblem im deutschen Bildungssystem ist, dass Bildungschancen abhängig von der sozialen Herkunft von Kindern sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Akademikerkind ein Gymnasium besucht, ist hierzulande 6,9-mal höher als die eines Facharbeiterkindes. Genau das wird durch das dreigliedrige Schulsystem verstärkt. Es gibt eben keine ausreichende Durchlässigkeit zwischen den Schulformen.

Ihre Regierung will an dem vielgliedrigen Schulsystem und der frühen Auslese von Kindern festhalten. DIE LINKE fordert hingegen eine Schule für alle Kinder bis zur 10. Klasse. Wir wollen individuelle Förderungen statt normiertes Lernen.

Es ist schön, wenn Sie jetzt in Ihrer Regierungserklärung sagen, Sie wollten die Klassengrößen reduzieren. Den Antrag der LINKEN dazu haben Sie im letzten Jahr abgelehnt. Aber Sie nennen überhaupt keine konkreten Zahlen, an denen man Sie messen könnte, oder irgendwelche Ziele, die Sie sich selber stecken. Deswegen bleibt das sehr vage.

CDU und FDP planen, in Zukunft Schulen wie Wirtschaftsunternehmen zu führen. Schulen sind aber keine Wirtschaftsbetriebe, und Bildung ist keine Ware. Schulleiter sind außerdem Pädagogen und keine Manager. Ihrem Konzept der selbstständigen Schule stellen wir als LINKE die demokratische Schule entgegen, in der nicht der Schulleiter alleine, sondern Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam darüber entscheiden, wie ihre Schule aussehen soll.

Die Bildung ist in Deutschland schon lange chronisch unterfinanziert. Um auch nur den OECD-Mittelwert zu erreichen, müssten jährlich rund 21 Milliarden € mehr bereitgestellt werden. Gerade in Hessen sparen Sie die Bildung kaputt – in Zeiten, in denen in Windeseile Milliarden für marode Banken organisiert und Konjunkturprogramme aufgelegt werden. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Sie wollten junge Menschen befähigen, eine Lehrstelle zu finden. Meiner Meinung nach geht das am tatsächlichen Problem vorbei. Wir müssen nicht junge Menschen dazu befähigen, eine Lehrstelle zu finden, sondern wir müssen die Unternehmen dazu verpflichten, Lehrstellen zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Politik hat lange genug auf Freiwilligkeit gesetzt. Wir haben die Situation, dass in Deutschland 1,5 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren leben, die ohne eine berufliche Erstausbildung dastehen. Zwei Drittel der Unternehmen in Hessen bilden nicht aus. Wir erleben gerade eine tiefe Wirtschaftskrise, der sicher auch weitere Ausbildungsplätze zum Opfer fallen werden. Die Lebenschancen junger Menschen dürfen aber nicht von der Konjunktur abhängig sein. Deshalb fordert DIE LINKE ein Recht auf Ausbildung für alle Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE hat die Bildungsproteste und Schülerstreiks in den letzten Monaten unterstützt. Ich hoffe, dass auch in diesem Jahr viele Schülerinnen und Schüler, viele Lehrerinnen und Lehrer und viele Studierende auf die Straße gehen, um der Regierung Druck zu machen und um eine sozial gerechte Bildungspolitik durchzusetzen.

(Zuruf von der CDU: APO!)

Die Studierenden haben vorgemacht, wie es geht. Die Abschaffung der Studiengebühren ist ihr Erfolg, ein Erfolg der Studierendenbewegung in Hessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen einen Systemwechsel. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen vor Profiten stehen. Deshalb treten wir für eine demokratische, für eine sozialistische Gesellschaft ein. Deshalb werden wir in den nächsten fünf Jahren eine antikapitalistische Oppositionsarbeit in diesem Parlament machen – gegen eine Koalition aus Marktradikalen mit einem Ministerpräsidenten, der nicht davor zurückschreckt, immer wieder ausländerfeindliche Ressentiments zu bedienen, wenn es darum geht, seinen Posten zu verteidigen. Sie reden von einer Kultur des Miteinanders. Wenn es Ihnen damit ernst ist, dann entschuldigen Sie sich endlich bei den Migrantinnen und Migranten in diesem Land dafür, dass Sie Wahlkämpfe immer wieder auf deren Rücken ausgetragen haben.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU):
Warum wird die Integrationspolitik Hessens dann so gelobt? Ist Ihnen das entgangen?)

DIE LINKE versteht sich in diesem Parlament auch als ein Sprachrohr der sozialen Bewegung. Gesellschaftlicher Druck wird nötig sein, damit die nächsten fünf Jahre keine verlorenen Jahre für Hessen sein werden. Das ist dringend nötig, denn die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass für den gesellschaftlichen Fortschritt nicht nur entscheidend ist, wer regiert, sondern auch sehr entscheidend ist, wer opponiert – und vor allem, wie opponiert wird.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Das Wort hat Herr Dr. Wagner für die CDU-Fraktion.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Herr Präsident, meiner sehr verehrten Damen und Herren! „Hessen bekommt wieder eine Regierung, die fest in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Das ist gut so, nachdem das Land um ein Haar einer unseligen linken Allianz politischer Hasardeure in die Hände gefallen wäre.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das ist nicht etwa, wie Sie dachten, böse Polemik des Fraktionsvorsitzenden der CDU, sondern das hat vor zweieinhalb Wochen ein Journalist des angesehenen „Wiesbadener Kurier“ geschrieben.

(Heiterkeit bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich schließe mich allerdings dieser Botschaft an; das wird Sie nicht überraschen. Das ist die Botschaft des Wahlergebnisses vom 18. Januar, und das ist auch die Botschaft des heutigen Tages. Die hessische Öffentlichkeit hat mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass die sogenannten hessischen Verhältnisse beendet sind und dass der negative Ruf, den sich unser Land im vergangenen Jahr erworben hat, nun tatsächlich Vergangenheit ist. Es gibt eine klare bürgerliche Mehrheit, bestehend aus FDP und CDU, und diese Mehrheit bedeutet für unser Land Stabilität und Zukunftshoffnung. Sie bedeutet gleichzeitig

Gestaltungskraft und Gestaltungsmöglichkeiten für die Landesregierung unter Herrn Koch und Herrn Hahn.

Meine Damen und Herren, es ist für alle Anwesenden und auch für die Öffentlichkeit keine Überraschung, dass sich FDP und CDU nach diesem Wahlergebnis zwecks Bildung einer Koalition zusammengetan haben. Bei allen parteipolitischen Unterschiedlichkeiten gibt es nämlich eine große Schnittmenge an Gemeinsamkeiten – Gemeinsamkeiten, die wir schon in früheren Regierungen miteinander praktiziert haben. Ich erinnere an die gemeinsame Regierungszeit von 1987 bis 1991 und an die gemeinsame Regierungszeit von 1999 bis 2003. Die Koalitionsvereinbarung ist Ausdruck des gemeinsamen Gestaltungswillens, „auf der Basis gemeinsamer Werte und Ziele vertrauensvoll zusammenzuarbeiten“, wie es in der Vereinbarung heißt.

Mit dieser klaren bürgerlichen Mehrheit ist Hessen viel erspart geblieben – unter anderem eine Minderheitsregierung unter Ministerpräsidentin Ypsilanti und Wirtschaftsminister Scheer.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hessen ist die Abhängigkeit von Kommunisten erspart geblieben, die, jedenfalls teilweise, verfassungsfeindliche Ziele verfolgen und ein gestörtes Verhältnis zu unserem demokratischen Rechtsstaat haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Das sind dieselben Kommunisten, mit denen Herr Schäfer-Gümbel vor dem 27. Januar 2008 unter keinen Umständen zusammenarbeiten wollte. Ich füge aus aktuellem Anlass am Rande hinzu: Es ist schon ein außergewöhnlicher Vorgang, wenn während einer so bedeutsamen Sitzung des Landtags, während der Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, der Großteil der Fraktion der LINKEN nicht anwesend ist, sondern es für richtiger hält, sich mit Waldbesetzern, den Bewohnern des rechtswidrig errichteten Hüttendorfs zu solidarisieren. Das verrät Ihr Verhältnis zu diesem Rechtsstaat. Das verrät Ihr Verhältnis zu diesem Parlament. Frau Wissler, Sie haben es eben sehr deutlich und klar gesagt: Sie empfinden sich mehr als Anhängerin und als Teil der außerparlamentarischen Opposition denn als gewählte Vertreterin des Volkes.

(Widerspruch der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir werden nicht aufhören, dies der Öffentlichkeit immer wieder zu sagen und an Sie zu appellieren, endlich zum Stil und zur Kultur normaler demokratischer Gepflogenheiten zurückzukehren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Janine Wissler und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, diesem Lande ist außerdem eine Regierung erspart geblieben, die mit dem Makel eines fundamentalen Wortbruchs hätte leben müssen. Eine der Lehren der letzten zwölf Monate ist, dass ein solcher Wortbruch in unserer politischen und demokratischen Kultur keinen Erfolg haben darf. Ich bin froh, dass er keinen Erfolg hatte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich kurz einen weiteren Gedanken hinzufügen. Das Wahlergebnis vom 18. Januar zeigt auch, dass es

eine Regierungskoalition aus zwei Fraktionen geben kann, selbst dann, wenn ein Parlament fünf Fraktionen hat. Bereits in der letzten Wahlperiode wurde ja die Behauptung aufgestellt, dass in einer solchen Konstellation für alle Zukunft drei Fraktionen gezwungen seien, zusammenzugehen, um eine Regierung bilden zu können. Das Wahlergebnis macht deutlich: Auch bei einem Einzug der LINKEN in das Parlament ist es möglich, eine bürgerliche Mehrheit aus zwei Fraktionen zu bilden.

Ich möchte hinzufügen – auch im Hinblick auf die im September dieses Jahres anstehende Bundestagswahl –: Das, was in Hessen Grundlage solider bürgerlicher Politik ist, ist auch ein Modell für Berlin. Ich sage klar und deutlich: Das wünschen wir uns für den 27. September – für unser Land, für Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will gern einräumen – damit haben wir Christliche Demokraten überhaupt keine Probleme –, dass wir selbst uns am 18. Januar ein besseres Wahlergebnis gewünscht hätten. Wir sind sehr froh darüber, dass wir aufgrund des deutlichen Erstarkens der FDP gemeinsam eine sehr deutliche bürgerliche Mehrheit haben.

Aber wir werden als Partei mit aller Kraft daran arbeiten, dass bei den nächsten Wahlen auch die Union wieder zusätzliche Stimmen gewinnt. Auch das ist ein Auftrag, den wir diesem Wahlergebnis entnehmen. Ich würde mir wünschen, dass auch von den Mitgliedern anderer Fraktionen so viele selbstkritische Töne zu hören wären.

Lassen Sie mich kurz einen Satz zu der ständigen Kritik an der Umbenennung des Sozialministeriums einfügen. Das ist das Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit. Selbstverständlich sind das die wesentlichen Bestandteile einer erfolgreichen Sozialpolitik. Es sind nicht die alleinigen, aber die wesentlichen Ziele und Aufgaben der Sozialpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehören alle sozialen Probleme unseres Landes. So empfinden wir das auch weiterhin als unseren Auftrag, und wir sehen uns weiterhin in der Verantwortung für die Sozialpolitik für heute und für morgen.

Meine Damen und Herren, wir haben seit einiger Zeit das große Vergnügen, dass wir in der politischen Debatte in diesem Haus, aber auch in der Öffentlichkeit außerhalb dieses Hauses bei dem Vergleich dessen, was die bürgerliche Mehrheit möchte, mit dem, was Rot-Rot-Grün gemacht hätte, auf einen entsprechenden Koalitionsvertrag von Rot-Grün zurückgreifen können. Das erleichtert uns die Argumentation; das will ich gern sagen.

Deshalb sage ich klar und deutlich: Wir unterscheiden uns tatsächlich in allen wesentlichen Punkten von Rot-Rot-Grün, und wir wollen uns auch unterscheiden. Ich werde Ihnen das an einzelnen Punkten nachweisen.

Die zentralen Begriffe unserer Koalitionsvereinbarung – das ist bereits angesprochen worden – sind Vertrauen, Freiheit und Fortschritt. Vertrauen bedeutet: Wir machen das, was wir sagen. „Verlässlichkeit statt Wortbruch“, das ist das Motto unserer Arbeit für die nächsten fünf Jahre.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vertrauen bedeutet auch, mit einem zuverlässigen Passagierdampfer in See zu stechen statt mit einem knallroten Gummiboot.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das war die Angstvorstellung von Herrn Al-Wazir. Wir sind froh, dass es nicht zu dem knallroten Gummiboot gekommen ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stattdessen die Titanic!)

Freiheit heißt für uns – das will ich ebenfalls mit wenigen Worten sagen –, dass wir für den Bürger so viel Freiheit wie irgend möglich und nur so viele Regeln wie unbedingt nötig wollen. Im Zweifel wollen wir mehr Eigenverantwortung für den Bürger und weniger Staat in unserem Land. Das unterscheidet uns fundamental von der Linkspartei und von Teilen der SPD.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, es ist bereits angesprochen worden: Ich habe kein Verständnis dafür, dass im Zusammenhang mit unserem Schulsystem immer noch diese alten Schlachten geschlagen werden. Eine liberale, tolerante Schulpolitik bedeutet für uns, dass neben dem gegliederten Schulwesen auch integrierte Gesamtschulen existieren können.

Für Sie ist es genau umgekehrt: DIE LINKE und auch Teile der SPD sagen, sie wollten flächendeckend eine Einheitsschule mit einer gemeinsamen Beschulung bis zur Klasse 10 einrichten, so, wie es damals in der DDR der Fall war. Dies lehnen wir ab, und an dem Punkt werden wir uns auch nicht bewegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Überhaupt möchte ich eines an die Adresse der GRÜNEN gerichtet sagen: Wir werden immer angemahnt, uns zu bewegen. Herr Al-Wazir, ich habe manchmal das Gefühl, Sie meinen, wir müssten uns auf Ihr Programm zubewegen. Das werden wir im Wesentlichen nicht machen. Das können Sie von uns auch nicht erwarten.

Aber wenn Sie schon von Bewegung sprechen, bitte ich Sie, einmal selbstkritisch darüber nachzudenken – ich komme noch darauf zurück –, ob Sie sich in den letzten zehn Jahren politisch bewegt haben. Ich habe die Befürchtung, dass Sie, was Ihre Rhetorik und auch Ihre Programmatik betrifft, in den Achtzigerjahren stehen geblieben sind. Ich werde das noch begründen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einige wenige Sätze zu dem dritten zentralen Motto sagen, unter dem unsere Regierungszeit steht: Fortschritt. Fortschritt ist für eine erfolgreiche Gesellschaft und für einen zukunftsfähigen Staat notwendig.

Das Gegenteil von Fortschritt ist das notorische Njet der hessischen GRÜNEN zu allen modernen Infrastrukturprojekten. So können wir im globalen Wettbewerb keine Arbeitsplätze in Hessen halten. Das sind die Unterschiede in den Politikansätzen zwischen den GRÜNEN und weiteren Teilen dieses Hauses auf der einen Seite und FDP und CDU auf der anderen Seite.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist die Schiene?)

Das Motto „Vertrauen, Freiheit, Fortschritt“ ist ein ganz bewusster Gegensatz zu der sogenannten sozialen Moderne der SPD. Die „Rheinische Post“ hat vor wenigen

Wochen zu der „Sozialen Moderne“ der SPD geschrieben:

Ypsilanti wilde persönliche Entschlossenheit, verkleidet in die wolkige Moses-Formel, sie wolle Hessen in die „Soziale Moderne“ führen, pervertiert bereits den Amtseid, den sie wahrscheinlich demnächst leisten wird:

– das wurde noch im November geschrieben –

Schaden vom Land Hessen zu nehmen.

Frau Ypsilanti selbst hat es sich nach dem 3. November nicht nehmen lassen, sogar noch ein Buch unter diesem Titel zu schreiben. Im Dezember 2008 erschien ihr Werk mit dem Titel „Im Aufbruch in die Soziale Moderne“.

Helmut Schümann hat am 30. Januar, also vor wenigen Tagen, im „Tagesspiegel“ angemerkt, als Buchtitel wäre „Zusammenbruch in die Soziale Moderne“ treffender gewesen. Aber Schümann findet auch anerkennende Worte für Frau Ypsilanti. Er sagt:

Zu loben ist indes, dass Frau Ypsilanti offensichtlich nicht aufs Geld aus ist und den verkaufsfördernden Titel „Wie ich der SPD den Garaus machte“ wählte.

Meine Damen und Herren, hier wird deutlich, wo wir – –

(Gernot Grumbach (SPD): Träumen Sie weiter!)

Herr Grumbach, der Begriff „Soziale Moderne“ ist so wolkig. Das war ein inhaltsloser Werbeslogan. Das war wie ein Luftballon: Wenn man hineinsticht, kommt nur Luft heraus. Wir haben Ihnen in unserem Regierungs- und Koalitionsprogramm klare Projekte vorgestellt, die uns in die Zukunft führen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich sagte bereits eingangs, dass wir das große Vergnügen haben und in der vorteilhaften Situation sind, immer wieder auf den rot-grünen Koalitionsvertrag zurückgreifen zu können.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ich denke, es geht um Ihre Koalitionsvereinbarung!)

– Verehrte Frau Wissler, ich beschäftige mich, womit ich will. Sie beschäftigen sich zuweilen mit uns; das freut mich. Jetzt werden wir uns einfach einmal mit Rot-Rot-Grün beschäftigen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Der ist ja auch besser! – Weitere Zurufe)

Ich nehme aus diesem Koalitionsvertrag zunächst einmal den Bereich Wirtschaft und Verkehr. Hier gibt es besonders große Unterschiede zwischen diesem und dem anderen Teil des Hauses. Wie sähe Hessen aus, wenn vor einer Woche, am 12. Februar, die Regierung Ypsilanti bereits 100 Tage im Amt gewesen wäre?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Besser!)

Ich nehme den Ausbau des Frankfurter Flughafens als Beispiel. Ich kann Ihnen den Text Ihrer Koalitionsvereinbarung vorlesen. Dort steht im Ergebnis – was Sie natürlich verschweigen –, dass das eine Verzögerung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens um mindestens ein Jahr bedeutet hätte.

Wir wollen das hier klar beim Namen nennen: Dahinter hat sich verborgen, dass die GRÜNEN den Ausbau des

Frankfurter Flughafen immer verhindern wollten. Sie haben dann einen faulen Kompromiss gefunden, der eben dazu geführt hätte, dass wir den Flughafen nicht rechtzeitig hätten ausbauen lassen können. In der CDU/FDP-Koalitionsvereinbarung steht wortwörtlich:

Wir werden für einen zügigen Ausbau des Frankfurter Flughafens ohne Verzögerung eintreten. ... Der Ausbau des Frankfurter Flughafens ist das wichtigste Infrastrukturvorhaben der Legislaturperiode.

Ich füge hinzu: und 40.000 Arbeitsplätze in dieser Zeit. Das ist ein Ausdruck sozialer Verantwortung. Das ist ein Ausdruck der Verantwortung gegenüber der Zukunft unseres Landes und unserer Bürger.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nächstes Beispiel. Im rot-grünen Koalitionsvertrag steht zum Ausbau des Flughafens Kassel-Calden wortwörtlich:

Die Koalitionspartner sehen aufgrund des gegenwärtig unzureichenden baulichen und technischen Zustands des Luftlandeplatzes Kassel-Calden die Aufgabe, diesen zu modernisieren und ihn ... so zu ertüchtigen, dass er seine Verkehrsfunktionen in bisherigem Umfang Öwahrnehmen kann.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Zeppelintauglich sollte er werden!)

– Ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Herr Kollege, nehmen Sie bitte nicht ein schönes weiteres Zitat vorweg.

Dann ist da vorgesehen, dass der Neubau, den Sie verhindern wollten, an zahlreiche Bedingungen geknüpft werden soll. Unter anderem gab es die absurde Bedingung, der Neubau des Flugplatzes Kassel-Calden müsse billiger sein als die Renovierung des bestehenden Luftlandeplatzes. Meine Damen und Herren, damit haben Sie den Neubau des Flugplatzes Kassel-Calden totgemacht. Das war auch Ihre Absicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Es gab in den Reihen der SPD allerdings auch einen Alternativplan. Das muss man konzedieren. Nach dem Willen des damaligen designierten Wirtschaftsministers Hermann Scheer sollte aus dem Flugplatz Kassel-Calden ein Testflughafen für Zeppeline werden. Luftschiffe, so Hermann Scheer, sollten als Transporter auf dem Flugplatz Kassel-Calden entwickelt und getestet werden. Scheer fügt wörtlich, sich selbst lobend, hinzu:

Das macht in Deutschland bisher niemand. Calden wäre einzigartig.

Meine Damen und Herren der SPD und der GRÜNEN, ich glaube, deutlicher kann man nicht demonstrieren, in welchem Luftschiff Sie sich befunden haben. Auch deshalb bin ich froh, dass dies diesem Land erspart geblieben ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Zu diesen absurden Ideen gibt es den Kommentar eines nordhessischen Abgeordneten der SPD, der aber im „Focus“ seinen Namen nicht genannt haben wollte. Er sagte wörtlich:

„Dass eine rot-grüne Landesregierung den Ausbau von Kassel-Calden stoppt, dürfen wir nicht hinnehmen“, meint er. Scheer habe seinen Ruf gefestigt, ein „intellektueller Spinner“ zu sein.

(Zuruf von der CDU: Ja, das ist er!)

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor, dieser „intellektuelle Spinner“ hätte hier als Wirtschaftsminister auf der Regierungsbank gesessen. Das hätte unvorstellbare Folgen für unser Land gehabt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich setze die Formulierung des Koalitionsvertrages von CDU und FDP dagegen. Wörtlich heißt es da:

Wir werden den Verkehrslandeplatz Kassel-Calden auf der Grundlage des bereits vorliegenden Planfeststellungsbeschlusses zu einem leistungsfähigen Regionalflughafen für den Geschäftsreise-, Touristik- und Frachtverkehr ausbauen.

Ich kann das fortsetzen und weitere Beispiele nennen. Das betrifft etwa die Autobahn 4. SPD, GRÜNE und DIE LINKE hatten dazu vereinbart – ich gebe das wörtlich wieder –:

Der Bau der Autobahn A 4 Olpe – Hattenbach wird von der Landesregierung abgelehnt. Auch die bisherigen Planungsaktivitäten, die eine Realisierung als Bundesstraße vorsehen,

– das wird im Übrigen von Herr Tiefensee nach wie vor gefördert –

werden beendet.

Dagegen kann man im Koalitionsvertrag der FDP und der CDU lesen:

Wir werden uns weiter für Planung und Bau einer Bundesfernstraße Olpe – Hattenbach als leistungsfähige und kreuzungsfreie Fernstraßenverbindung einsetzen und treten mit Nachdruck für die Aufnahme dieses Vorhabens in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans ein.

Auf der einen Seite gibt es also das rote Stoppschild und den Stillstand. Auf der anderen Seite wird es mit FDP und CDU, mit der Regierung Koch und Hahn, Fortschritt und einen Weg in die Zukunft für unser Land geben.

Was konnte man von Rot, Rot und Grün zur Autobahn 49 lesen? Da heißt es, vor einem Weiterbau der A 49 sei „die gesamte Strecke planfestzustellen und die Finanzierung durch den Bund zu sichern“. Was hätte das bedeutet? Das hätte bedeutet, dass es in den nächsten Jahren zu riesigen Verzögerungen gekommen wäre.

CDU und FDP sagen hierzu klar und deutlich:

Wir werden ... auf zügige Planung hinwirken und bei bereits planfestgestellten Abschnitten deren schnellstmöglichen Bau umsetzen.

Das will ich allerdings Rot, Rot und Grün einräumen: Es gibt hinsichtlich der Frage nach der Infrastruktur des Landes Hessen in der Zukunft eine riesige Alternative. Bei Rot, Rot und Grün kann man lesen:

Dem Fahrrad als Verkehrsmittel geben wir im Zuge des Ausbaus Hessens zur „Modellregion für nachhaltige Mobilität“

– ich stelle mir vor, es geht dabei um Geschwindigkeiten von etwa 15 km/h –

seine wichtige Rolle zurück. Die Stärkung des preisgünstigen, umweltfreundlichen und gesundheitsfördernden Radverkehrs soll durch den Aus-

bau einer geeigneten Infrastruktur unterstützt werden.

Das bedeutet, das Fahrrad war als zentrales Verkehrsmittel der Zukunft vorgesehen. Bei aller Freude am Radfahren, bei aller Freude daran, dass Radfahren eine schöne Sportart sein kann, das entspricht nicht unserem Modell.

Damit nicht genug. Auf Seite 69 des Koalitionsvertrags von Rot und Grün steht:

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über was reden Sie eigentlich?)

Die Reisekostenentschädigung für Fahrradbenutzung wird verbessert.

Das ist ein Sprung in die soziale Moderne. So haben sich das die hessischen Bürger sicherlich nicht vorgestellt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wagner, es geht um die Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten!)

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass eine Infrastrukturpolitik à la Rot, Rot und Grün bedeutet hätte: keinen Straßenbau und keinen Flughafenausbau. Dafür wären Radwege gebaut worden, und es hätte eine Pendlerpauschale für Fahrradfahrer gegeben. Das hätte nicht in eine gute Zukunft des Landes geführt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Günter Rudolph (SPD): Glauben Sie eigentlich, was Sie da sagen?)

Wir setzen mit großer Entschlossenheit das entgegen, was der Hessische Ministerpräsident Roland Koch heute Morgen dargestellt und nochmals besonders betont hat. Da ist unser hessisches Sonderinvestitionsprogramm zur Stärkung der Wirtschaft. Wir wollen in dieser schwierigen Zeit – auch mit dem Bund – alle Kräfte gemeinsam darauf konzentrieren, dass Arbeitsplätze gesichert werden und dass verhindert wird, dass Arbeitsplätze abgebaut werden. Ich glaube, das ist ein mutiger und ein großer Schritt nach vorne und zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden.

Das hessische Sonderinvestitionsprogramm für Schul- und Hochschulbau und das Konjunkturpaket II des Bundes weisen für Hessen insgesamt ein Investitionsvolumen in Höhe von 2,6 Milliarden € aus. Ziel ist es, die hessische Bauwirtschaft durch vorgezogene Investitionen an den hessischen Schulen und Hochschulen sowie in wichtige kommunale Infrastrukturmaßnahmen anzukurbeln und damit Arbeitsplätze in unserem Lande zu sichern. Die Lehr- und Lernbedingungen an den Hochschulen sollen verbessert werden.

Unser Motto bleibt: In Zeiten wie diesen kämpfen wir, die Mitglieder der CDU, um jeden Arbeitsplatz. – Das meinen wir sehr ernst.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte in diesem Zusammenhang bereits jetzt etwas an die Adresse der GRÜNEN sagen – ich habe dazu noch keine Signale aus den Reihen der SPD –: Verehrte Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, wir werden es nicht zulassen: Sie versuchen, die parlamentarische Bearbeitung dieses Investitionsprogramms der Landesregierung zu verhindern und zu verzögern.

(Günter Rudolph (SPD): Was soll denn das? Das ist eine Unverschämtheit!)

– Ich habe Sie gar nicht angesprochen. Ich habe gerade die GRÜNEN angesprochen. Sind auch Sie betroffen? Das finde ich hochinteressant. Herr Rudolph, wollen auch Sie das verzögern?

(Günter Rudolph (SPD): Nein! Es geht um die Art, wie Sie hier argumentieren!)

Ich habe gerade eben die GRÜNEN angesprochen. Noch sind Sie kein Vertreter der GRÜNEN. Aber ich habe die Befürchtung, dass Sie sich offenbar bereits mit den GRÜNEN unter einer Decke befinden.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich wiederhole es: Wir werden eine Verzögerung bei der parlamentarischen Behandlung dieses Investitionsprogramms nicht zulassen, und zwar im Interesse der Menschen, im Interesse der Wirtschaft und im Interesse der Arbeitsplätze in unserem Lande.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie mich noch ein zweites Feld ansprechen. Das wird häufig genug erwähnt. Dabei geht es um die Unterschiedlichkeit der Wege, die Rot, Rot und Grün auf der einen Seite und FDP und CDU auf der anderen Seite beschreiten wollen. Das betrifft die Frage der Bildung und die Frage, wie man die Bildung organisiert.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass ein begabungsgerechtes Bildungssystem entsprechende organisatorische und inhaltliche Antworten auf die unterschiedlichen Begabungen der Kinder braucht, die wir nicht wegdiskutieren können. Im Sozialismus hat man den Versuch unternommen, die unterschiedlichen Begabungen wegzudiskutieren. Man wollte alles nivellieren. Das entspricht aber nicht der Lebensweisheit. Deshalb bleibt es nicht nur heute, sondern auch in der Zukunft unser Credo, dass wir den unterschiedlichen Ansprüchen und auch den unterschiedlichen Interessen unserer Kinder mit einem vielfältig gegliederten Schulsystem gerecht werden wollen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

In der rot-rot-grünen Koalitionsvereinbarung steht:

Mit der „Neuen Schule im Haus der Bildung“ werden wir längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe

– also bis zur Klasse 10 –

auf den Weg bringen.

Meine Damen und Herren, hinter diesem Euphemismus verbirgt sich die Zwangseinheitsschule.

(Widerspruch bei der SPD)

Da wehren wir den Anfängen, und wir werden das weiterhin mit aller Deutlichkeit tun.

Meine Damen und Herren, ich finde es am Rande auch köstlich – das ist eigentlich gar nicht der größeren Erwähnung wert –, wenn man im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag liest:

Die Schulgemeinde kann entscheiden, die Ziffernoten bis zum Ende der Klasse 7 durch schriftliche Bewertungen zu ergänzen oder zu ersetzen.

Das ist ein lahmer bildungspolitischer Gaul der Siebzigerjahre. Alle vernünftigen Pädagogen und Wissenschaftler haben längst gesagt, dass es Unsinn ist.

(Lachen der Abg. Heike Habermann (SPD))

Natürlich muss den Kindern klar und deutlich auch die Antwort auf die Frage gegeben werden: Wo ist mein Leistungsstand, wo stehe ich, wo muss ich mich verbessern, wo bin ich gut?

(Heike Habermann (SPD): Das kann ich auch ohne Ziffernote, Herr Wagner!)

Meine Damen und Herren, aber man fängt an, langsam auch in diesem Bereich daran zu verzweifeln, da Sie hier unverbesserlich auf Ihren alten sozialistischen Bildungsmodellen beharren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Widerspruch bei der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): An der Realität völlig vorbei!)

Ich will einige wenige Sätze zur Umwelt- und Energiepolitik verlieren.

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Wir wollen ein klares und deutliches Nein zu den Vorstellungen von Rot-Grün sagen. Das werden wir immer wieder gegen Utopisten auch begründen, die möglicherweise Menschen verwirren, aber nichts mit der Realität zu tun haben. Im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün steht auf Seite 6:

Politik ... darf sich nicht im Nachvollziehen realer oder vermeintlicher Sachzwänge erschöpfen.

Das bedeutet mit anderen Worten, dass offenbar eine als störend empfundene Wirklichkeit ausgeblendet und ignoriert wird. Reale Sachzwänge aus der Wirklichkeit haben wir Politiker zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben möglicherweise auch die Gelegenheit, Sachzwänge zu verändern. Aber sie zu ignorieren, sie auszublenden, kann kein Fundament guter und vernünftiger Politik für die Menschen sein.

Nur wenn man diesen Satz vorher gelesen hat, nämlich ja nicht reale Sachzwänge nachzuvollziehen, kann man auch verstehen, dass im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag das Ziel angepeilt war, 90 % der hessischen Stromerzeugung innerhalb von fünf Jahren auf erneuerbare Energien umzustellen.

Meine Damen und Herren, vertiefte Sachkenntnis verhindert das fröhliche Debattieren. Was mich dabei wirklich beruhigt: Seit dem 18. Januar ist klar, dass die unrealistischen und für unser Land und seine Bürger schädlichen Energiefantasien von Hermann Scheer nicht umgesetzt werden können. Da ist unserem Land viel erspart geblieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das, was CDU und FDP miteinander verabredet haben, ist sehr viel ideologiefreier, sehr viel realistischer, sehr viel mehr an der Lebenswirklichkeit orientiert.

(Lachen bei der SPD)

Wir sagen: Wir werden am Ziel einer zugleich sicheren, klimafreundlichen und bezahlbaren Energieversorgung festhalten und treten für einen breiten Mix aller verfügbaren Energieträger ein.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ei, ei, ei!)

Wir sagen darüber hinaus: Wir werden die erneuerbaren Energien in Hessen deutlich stärken. Jawohl, dazu bekennen wir uns – aber realistisch, wirklichkeitsnah und nicht mit Fantasien, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Deshalb wollen wir als Ziel erreichen, dass 20 % des Energieverbrauchs bis zum Jahre 2020 aus erneuerbaren Energien bestritten werden können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich folgenden grundsätzlichen Gedanken hinzufügen. Ich finde es interessant, dass sich jetzt diejenigen, die mit ihrem Wortbruchpakt im letzten Jahr Hessen regieren wollten, gemeinsam auf der Oppositionsbank wiederfinden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Gerechte Strafe!)

Ich bin gespannt, ob sie dort jetzt auch ihre Gemeinsamkeiten fortsetzen, die sie damals zusammengebracht haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sie schmeißen schon ganz schön was zusammen!)

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt, ob es wirklich nun einen zweiten Anlauf für das Jahr 2014 gibt. Herr Schäfer-Gümbel spricht jetzt schon von 2014, um die Gegenwart der SPD von 2009 vergessen zu machen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Operation düstere Gegenwart!)

Herr Schäfer-Gümbel spricht von einem Regierungsprojekt 2014. Lieber Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben es nicht leicht. Das will ich gerne einräumen. Aber wäre es nicht realistischer, wenn Sie zunächst einmal etwas weniger anspruchsvoll von einem Oppositionsprojekt 2009 sprechen würden? Wenn Sie davon sprechen würden, wie Sie sich als Opposition in den ersten Wochen und Monaten dieser neuen Legislaturperiode aufstellen, hätte ich mit Ihnen das Gefühl, dass noch viel Arbeit vor Ihnen liegt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Ihre Gefühle entscheiden das nicht! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist harte Arbeit, das weiß ich selbst!)

– Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben keine beneidenswerte Aufgabe von Frau Ypsilanti übernommen. Das ist völlig richtig. Der Scherbenhaufen, den Frau Ypsilanti hinterlassen hat, war in der Geschichte der Sozialdemokratie im Lande Hessen noch nie so groß wie jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will hinzufügen: Ich werbe dafür, dass man sich nicht nur in seinem individuellen Leben, sondern auch als Partei bemüht, selbstkritisch zu sein.

(Lachen bei der SPD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagt der Richtige!)

Ich werde Ihnen gleich ein wunderbares Beispiel des Ausbleibens der Selbstkritik in Ihrer Partei vorführen. Frau Ypsilanti sagte Folgendes wortwörtlich:

Die weitaus größte Gruppe ist einfach enttäuscht, –

– damit meint sie die Wähler –

dass der Politikwechsel nicht gelungen ist – weil er von vier Menschen innerhalb unserer Fraktion kurz vor dem Start der rot-grünen Regierung gestoppt wurde.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wie war das mit den vier von der CDU?)

Meine Damen und Herren, das ist schlichtweg ein Wegducken oder ein Verweigern von selbstkritischer Analyse der eigenen Lage. Die Umfragewerte der SPD – Herr Rudolph, das müssen Sie jetzt auch einmal hören, damit Sie Fakten an die Hand bekommen, um den Weg von etwas Selbstkritik für Ihre eigene Partei zu erwägen – waren lange vor dem 3. November, lange, bevor die vier aufrechten Sozialdemokraten Nein gesagt haben, bereits in den Keller gerutscht.

Sie waren deshalb in den Keller gerutscht, weil der Wortbruch von Frau Ypsilanti, den sich die beiden anderen Fraktionen von der linken Seite des Hauses zunutze gemacht haben, bereits im März/April letzten Jahres praktiziert und angekündigt worden war.

Allerdings will in der SPD für die eigene Lage keiner die Verantwortung übernehmen. Generalsekretär Norbert Schmitt hat vor vier Wochen erklärt, Herr Schäfer-Gümbel habe keine Verantwortung für das schwache Abschneiden der Sozialdemokraten. Schäfer-Gümbel erklärt vor dreieinhalb Wochen in der „Frankfurter Rundschau“, Frau Ypsilanti habe die Verantwortung übernommen, sie trage aber nicht die Schuld an der Situation.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Herr Schäfer-Gümbel hat wenige Wochen zuvor Folgendes wörtlich gesagt: Frau Ypsilanti „steht für Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft“ der SPD Hessen. – Lieber Herr Schäfer-Gümbel, Sie müssen jetzt einmal erklären,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist ganz einfach!)

heute, am 18. Februar 2009, was das für die Zukunft von Frau Ypsilanti in Ihrer Partei bedeutet. Das wollen die Wähler wissen. Das wollen wir wissen. Das will die Öffentlichkeit wissen. Ich bin sehr gespannt, was Sie uns sagen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich füge hinzu: Herr Schäfer-Gümbel hat in der Tradition von Frau Ypsilanti den Linkskurs der SPD aktiv mitgetragen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wozu reden Sie denn hier?)

Deshalb ist die Niederlage der SPD vom 18. Januar auch die Niederlage von Ihnen, Herr Schäfer-Gümbel.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Natürlich!)

Jürgen Walter, Ihr Parteifreund,

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Noch!)

sagte vor einer Woche, die SPD sei nun mit einem anderen Kopf gegen die gleiche Wand gelaufen. Meine Damen und Herren von der SPD, vielleicht lassen Sie sich einmal durch den Kopf gehen, ob Sie nicht eine erfolgreichere Zukunft haben, wenn Sie Ihren Kurs, mit dem Sie gegen die Wand gelaufen sind, ändern.

Meine Damen und Herren, ich will noch einige wenige Sätze zu dem sagen, was uns in besonderer Weise aufregt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Zur Regierungserklärung, das wäre angemessen!)

– Ich habe zur Regierungserklärung eine ganze Menge gesagt,

(Lachen bei der SPD)

und zwar habe ich sehr klar und deutlich unsere Koalitionsvereinbarung Ihrer Koalitionsvereinbarung gegenübergestellt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch wirklich – ohne Worte!)

Herr Schäfer-Gümbel, ich muss sagen: Es war heute nicht Ihr allergrößter rhetorischer Tag. Das kann jedem passieren. Das ist auch nicht zu kritisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Aber ich habe bisher schon zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten dreimal so viel vorgetragen wie Sie insgesamt.

Lassen Sie mich noch einige wenige Worte zum Zustand der SPD verlieren.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Al-Wazir, auf Sie komme ich auch noch zu sprechen. Bleiben Sie ganz ruhig und geduldig, Sie können sich nachher noch erregen.

Meine Damen und Herren, ich will noch festhalten, dass Frau Nissen trotz ungeheurer Äußerungen gegenüber sozialdemokratischen Parteifreunden unter großem Beifall von der SPD wieder für den Bundestag nominiert worden ist. Frau Everts hat Strafanzeige wegen Beleidigung gegen Frau Nissen gestellt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Everts sagt:

Es geht mir nicht um meine Person, sondern um einen Rest menschlichen Anstands ...

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Dr. Wagner, entschuldigen Sie bitte ganz kurz. – Es spricht nichts gegen eine muntere Debatte hier, im Gegenteil. Dennoch bitte ich Sie, sich jetzt wieder etwas leiser zu verhalten, damit wir dem Redner auch weiterhin zuhören können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich verstehe ja die Erregung auf der linken Seite des Hauses. Wenn mir solche Dinge vorgeworfen würden, müsste ich mich auch erregen. Das ist völlig in Ordnung.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ich finde es nur bemerkenswert, was der designierte Parteivorsitzende der Hessen-SPD hierzu sagt. Herr Schäfer-Gümbel sagt zu diesem unglaublichen Vorgang:

Das ist eine Privatangelegenheit zwischen den beiden.

Herr Schäfer-Gümbel, so kann man eine Partei nicht führen – das kann ich Ihnen jetzt schon prophezeien.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Der Vorgänger von Frau Ypsilanti im Landesvorsitz, Gerhard Bökel, sagte erst vor wenigen Wochen wörtlich Folgendes:

Ich wünsche mir sehr, dass die Abgeordneten, die eigentlich nur das umsetzen wollten, was wir vor der letzten Landtagswahl gemeinsam beschlossen hatten, jetzt auch eine Chance haben, in der Partei mitzuwirken; es wäre ein gutes Signal, wenn die Parteiordnungsverfahren nicht durchgezogen würden.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es nicht verwunderlich – und dann lasse ich die Zitate von Genossen gegen Genossen –, wenn Herr Jürgen Walter vor zehn Tagen unter dem Beifall von über 100 Sozialdemokraten sagt, die SPD sei von einer Volkspartei zur Sekte geworden.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Er war übrigens nicht der Erste, der das in den letzten Wochen und Monaten geäußert hat.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Lassen Sie mich einen allerletzten Punkt ansprechen. Herr Schäfer-Gümbel, hierzu erwarte ich von Ihrem Landesverband eine klare, deutliche Aussage.

Ich finde es einen unglaublichen Vorgang, dass ganz offenbar ein Mitglied Ihrer Partei, das heute Mitglied des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz ist und ganz offenbar bis vor kurzer Zeit Mitglied des SPD-Landesverbandes Hessen war, in strafwürdiger Weise ein Mitglied der Landesregierung unglaublich verleumdet hat. Hierzu erwarte ich von Ihnen klare, deutliche Aussagen. Auch das gehört zur Kultur und zum Stil unter Demokraten. Herr Schäfer-Gümbel, hier sind Sie jetzt gefordert.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Dr. Thomas Spies und Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, in diesen letzten zwölf Monaten haben die GRÜNEN – –

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Meine Damen und Herren, ich darf nochmals darum bitten, dem Redner hier zuzuhören. Wenn Sie Gespräche führen möchten, dann tun Sie das bitte draußen. – Herzlichen Dank.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist eine Frechheit!)

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN haben – sehr geschickt, das muss ich ausdrücklich einräumen – von ihrer Unterstützung des Wortbruchs von Frau Ypsilanti abgelenkt. Sie hatten vor zwölf Monaten ein schlechtes Wahlergebnis, diesmal haben Sie ein sehr gutes Wahlergebnis erzielt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben zweimal ein schlechtes Ergebnis erzielt!)

Verehrter Herr Al-Wazir, ich stelle aber klar und deutlich fest: Für diese sogenannten hessischen Verhältnisse im Jahr 2008 sind Sie mitverantwortlich. Außerdem stelle ich fest, dass Sie sich allen Bemühungen unsererseits, über eine Jamaikaverbindung zwischen FDP, GRÜNEN und

CDU nachzudenken, sehr klar und deutlich verweigert haben.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe Ihnen neulich gesagt und wiederhole das hier coram publico: Sie haben sich in die Opposition gesiegt. Johnny Klinke, Chef des Tigerpalastes und früherer Mitkämpfer und -streiter von Joschka Fischer und Cohn-Bendit, sagte vor wenigen Wochen zu diesem Vorgang:

Tarek Al-Wazir ist der Verlierer der Wahl – jetzt sitzt er mit 14 % auf dem Öko-Misthaufen des hessischen Sozialismus.

(Beifall bei der CDU)

Das hätte ich niemals zu sagen gewagt. Aber ich muss ehrlich sagen: Es ist ihm sehr gut gelungen, das treffend zu formulieren.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich will hinzufügen – ich habe das bereits angekündigt –, und ich werde nicht müde werden, das in dieser Wahlperiode immer wieder neu zu sagen:

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um Gottes willen!)

Ich denke, dass Sie endlich über Ihre Verhinderungspolitik und -rhetorik der Achtzigerjahre hinauskommen müssen.

(Beifall des Abg. Axel Wintermeyer (CDU) – Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Sie sagen grundsätzlich zu allen notwendigen Zukunftsprojekten dieses Landes Nein: Sie sagen Nein zum Flughafen Frankfurt. Sie sagen Nein zum Flughafen Kassel-Calden. Sie sagen Nein zu den Autobahnen A 44 und A 49. Sie sagen Nein zum Ferienressort Beberbeck. Sie sagen Nein zu Staudinger. Sie sagen Nein zu Biblis. Sie sagen Nein zur Kernenergie. Sie sagen Nein zu Kohlekraftwerken.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Meine Damen und Herren, das ist dauerhaft keine konstruktive Politik, mit der Sie den Menschen in unserem Lande nützen können.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb füge ich auch hinzu: Ihr damaliger Kampf gegen die Startbahn West war ein Fehler. Dass die Startbahn West sinnvoll und notwendig war, zweifelt heute keiner mehr an, nicht einmal mehr die GRÜNEN.

Ich sage Ihnen: Mit der jetzt geplanten neuen Start- und Landebahn unseres Frankfurter Flughafens werden Sie in zehn Jahren genauso umgehen, wie Sie das heute mit der Startbahn West tun. Sie hinken einfach immer 10, 20 Jahre hinterher und halten allen notwendigen Zukunftsprojekten unseres Landes ein rotes Stoppschild entgegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will noch einen letzten Satz sagen, weil mich das wirklich sehr bewegt hat. Herr Al-Wazir, Sie haben einen sehr hübschen Begriff geprägt. Dem konnte ich durchaus einigiges abgewinnen. Sie sprachen von der „Ausschließeritis“.

Da ist etwas dran. Ich finde es schon richtig – und auch das war damals, glaube ich, Ihr Vortrag –, dass ein Antrag in diesem Hause nicht alleine deshalb abgelehnt werden darf, weil er von einer anderen Fraktion kommt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das finde ich sehr, sehr beherzigenswert.

Herr Al-Wazir, Sie wissen, was jetzt kommt: Sie haben dann aber Ihren sehr bedenkenswerten Appell selbst als Erster gebrochen, indem Sie zunächst einmal ausgeschlossen haben, mit Ministerpräsident Roland Koch zusammenzuarbeiten.

Sie wären noch wenigstens einigermaßen glaubwürdig gewesen, wenn Sie im selben Atemzug gesagt hätten, dass Sie auch mit anderen in diesem Hause nicht zusammenarbeiten wollen und können. Das hat mir dann in Ihrer Rhetorik gefehlt.

Meine Damen und Herren, noch wenige Sätze zu den LINKEN.

Bereits am 5. April 2008, also vor knapp einem Jahr, hat Herr van Ooyen in der ersten Plenarsitzung für die LINKEN sehr klar und deutlich sein Verhältnis zum Hessischen Landtag formuliert. Das haben die LINKEN heute wiederum im Kelsterbacher Wald, im Hüttendorf, gelebt; Herr van Ooyen nickt stolz dazu. Herr van Ooyen sagte damals: „Wir sind Bestandteil der außerparlamentarischen Bewegung.“ Und er sagte weiter: „Auch das ist ein Unterschied zu den Parteien in diesem Landtag.“ „Ich glaube,“ – so van Ooyen – „wenn wir Druck entfalten, ... wird sich in diesem Lande tatsächlich etwas verändern lassen“.

Meine Damen und Herren, DIE LINKE will durch gezielten Druck der Straße den Landtag nötigen. DIE LINKE will die Entscheidungen des Landtags durch außerparlamentarische Aktivitäten, Aktionen und Kampagnen beeinflussen. Das ist nicht unsere Vorstellung von Demokratie. Das unterscheidet uns fundamental.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte die GRÜNEN und fordere die SPD auf, sich in diesen Sachverhalten klar und deutlich von der Linkspartei abzugrenzen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Man darf noch demonstrieren!)

Meine Damen und Herren, vor knapp einem Jahr, am 9. April 2008, habe ich an diesem Pult gesagt: Die Partei DIE LINKE gehört für die CDU „nicht zum Spektrum der Parteien, die sich auf dem Boden unserer Verfassung“ und der von ihr konstituierten parlamentarischen Regierungsform befinden.

Das habe ich noch vor dem Eklat um das Hüttendorf gesagt, noch vor dem Vorwurf von Frau Wissler, die SPD sei schuld am Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Das war noch vor dem Vorschlag der Partei DIE LINKE, die verfassungsfeindliche „Rote Hilfe“ im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens anzuhören. Meine Damen und Herren, das wollen wir nicht vergessen.

Herr van Ooyen, wir werden auch nicht nachlassen, immer wieder in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass Sie, wenn Sie diesen Kurs der letzten zwölf Monate in diesem Parlament fortsetzen, kein gemeinsames Fundament mit Demokraten haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, vorhin habe ich einen kurzen Ausblick auf die vor uns liegenden Entscheidungen auf Bundesebene gewagt. Dazu will ich noch eines an die Adresse der SPD sagen.

Sie sagen, mit den LINKEN könne man auf Landesebene zusammenarbeiten; das sollten die Landesverbände selbst entscheiden. Aber auf Bundesebene komme dies nicht infrage.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Dr. Wagner, bitte entschuldigen Sie noch einmal kurz. – Es herrscht nach wie vor eine enorme Unruhe im Saal. Ich bitte Sie noch einmal eindringlich, Ihre Gespräche einzustellen oder diesen Saal zu verlassen. – Herzlichen Dank.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Frau Kollegin Fuhrmann und alle anderen, wenn ich hier um Ruhe bitte, dann ist das ernst gemeint und kein erneuter Anlass für Zwischenrufe.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Ich möchte in Bezug auf eine Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE an die SPD appellieren: Vergessen Sie bitte nicht, dass DIE LINKE auch über Landesregierungen, an denen sie beteiligt ist, Bundespolitik macht, und zwar über den Umweg des Bundesrats. Im Bundesrat geht es ganz konkret um Bundespolitik. Deshalb ist Ihre Argumentation nicht ganz glaubhaft. Sie ist brüchig.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich ein Weiteres hinzufügen. Gesine Schwan, die Kandidatin der SPD für das Amt der Bundespräsidentin, wirbt deutlich

(Petra Fuhrmann (SPD): Na, na!)

– Frau Fuhrmann, das hören Sie nicht gern, aber diese Wahrheit muss Ihnen immer wieder gesagt werden, damit Sie anfangen, nachzudenken und sich zu korrigieren – um die Stimmen der Linkspartei für das höchste Amt in diesem Lande. Sie wird in den nächsten Tagen bei einem großen Bildungskongress der Partei DIE LINKE auftreten.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Wen würden Sie denn vorschlagen?)

Meine Damen und Herren, wie sollen die Bürger draußen im Lande der SPD dann noch glauben, dass sie auf Bundesebene nicht wiederum Wortbruch begehen wird, um gemeinsam mit den LINKEN eine Mehrheit zu suchen?

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Zum Thema!)

Bei allen temperamentvoll vorgetragenen Unterschieden in diesem Hause ist es richtig, dass wir uns in der Sache immer wieder argumentativ begegnen und die vernünftigen Teile von Anträgen anderer Fraktionen würdigen. Deshalb ist es sicherlich richtig, das ist heute bereits mehrfach angesprochen worden, dass wir uns in dieser neuen Legislaturperiode – ich wiederhole, was ich vorhin als Zitat aus dem Munde von Herrn Al-Wazir gebracht hatte – immer

wieder darum bemühen, in dem Antrag des politischen Wettbewerbers nicht von vornherein das zu sehen, was wir ablehnen. Das macht unsere Arbeit, die Arbeit aller fünf Fraktionen, zum Schluss besser. Deshalb verspreche ich Ihnen für meine Fraktion, dass wir immer wieder in der Lage sein werden, dort, wo wir miteinander vernünftig umgehen und in der Sache wenigstens Teilschnittmengen haben, gemeinsam Anträge zu beraten und zu beschließen.

Wir haben in unserer Koalitionsvereinbarung für dieses Land und die Bürgerschaft – und ich erweitere dies auf den Landtag – eine Kultur des Miteinanders angemahnt. Wir haben dort unter anderem gesagt:

Den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft wollen wir um eine Kultur des Miteinanders ausweiten. Wir setzen auf das Engagement von Menschen für Menschen in Vereinen, Sport und Kultur.

Wir sagen weiter:

Die neue Kultur des Miteinanders dient nicht allein der Durchsetzung individueller Ziele und Wünsche. Sie hat vor allem auch die Chance zur Teilhabe möglichst vieler Menschen am gesellschaftlichen Leben zum Ziel.

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass Hessen nach zehn Jahren einer bürgerlichen Landesregierung weiterhin gut aufgestellt ist und dass wir für die vor uns liegenden Jahre gut gerüstet sind, trotz der schwierigen Krise von internationalem Ausmaß. Ich glaube, dass wir auf der Grundlage der Regierungserklärung von Ministerpräsident Roland Koch und auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Die CDU-Fraktion wird gemeinsam mit der FDP ihren Beitrag dazu leisten, dass unser Land und seine Bürger mit Zuversicht in die Zukunft blicken und in eine gute Zukunft gehen können. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wagner.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Räumung des rechtswidrigen Hüttendorfs im Kelsterbacher Wald, Drucks. 18/50. Wird die Dringlichkeit hiermit bejaht? – Das ist der Fall, dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 12. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Zur Geschäftsordnung, Herr Wintermeyer.

Axel Wintermeyer (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich darf darum bitten, dass dieser Dringliche Entschließungsantrag direkt nach der Aussprache über die Regierungserklärung auf die Tagesordnung genommen wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor dem Konjunkturprogramm?)

– Herr Al-Wazir, ja, sofort, also vor dem Konjunkturprogramm. Solange Mitglieder des Hessischen Landtags – Herr Al-Wazir, also auch Mitglieder Ihrer Fraktion; da Sie so direkt fragen, spreche ich Sie als Fraktionsvorsitzenden

an – die Sitzung des Hessischen Landtags praktisch in absentia wahrnehmen, also weg sind, obwohl sie ihren Pflichten als Landtagsabgeordnete nachgehen müssten, um sich im Hüttendorf an den dortigen Aktionen zu beteiligen, ob beobachtend, aktiv oder passiv, ist mir völlig egal, so lange meine ich, dass der Hessische Landtag über einen solchen Zustand sofort zu debattieren hat. Daher stelle ich diesen Antrag.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Was hat das mit der Tagesordnung zu tun?)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Wintermeyer, vielen Dank. – Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Kollege Wagner zu Wort gemeldet.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind sehr dafür, dass wir dieses Thema gern noch in dieser Plenarsitzung behandeln. Dennoch widersprechen wir ausdrücklich dem Vorschlag des Kollegen Wintermeyer von der CDU, da wir glauben, dass hier die Prioritäten absolut durcheinanderkommen.

Herr Kollege Wintermeyer, wir sprechen heute über eine Regierungserklärung. Wir wollen gleich über ein für unser Land wichtiges Konjunkturprogramm reden. Das sind alles wichtigere Tagesordnungspunkte als der Klamauk, den Sie hier mit Ihrem Antrag veranstalten wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Wenn der hessischen Union das Polemisieren gegen eine Fraktion dieses Hauses wichtiger ist als ein Konjunkturprogramm in Höhe von 2,7 Milliarden €, dann spricht das Bände, wer im Hessischen Landtag an Sachpolitik orientiert ist und wer nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Nun zu meinem konkreten Vorschlag: Wir können das gern heute behandeln – am Ende der Sitzung. Wir führen zuerst die Debatten, die auch zuerst geführt werden sollen, Herr Kollege Wintermeyer. Ich glaube, das wäre ein der Sache angemessenes Verfahren; und ich hoffe, dass zumindest die FDP dies auch so sieht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Wagner, Sie reden von einem neuen Stil im Hessischen Landtag; Ihre Rede war eine aus der Steinzeit. Ihr Verhalten zeigt deutlich, dass Sie nichts, aber auch gar nichts aus der verfehlten CDU-Politik der letzten Jahre gelernt haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen ist es ein ziemlich merkwürdiger Vorgang, dass Sie, als wir gestern im Präsidium darüber geredet haben, dass wir zu dem schrecklichen Vorfall von letzter Woche in Thüringen, zu dem brutalen Angriff auf Demokraten, einen Dringlichen Entschließungsantrag einbringen wollen, gesagt haben: Das wollen wir heute nicht diskutieren. Das hat noch Zeit bis Anfang März. – Das ist eine sehr merkwürdige Art und Weise, miteinander zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Rudolph, ich darf Sie bitten, zur Geschäftsordnung zu sprechen.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, so viel zum Stellenwert und vielleicht auch zur Wertigkeit von Beiträgen hier im Plenum. Wir sind als sozialdemokratische Fraktion zu jeder Zeit – wenn es sein muss, auch zur Nachtzeit – bereit, zu allen Themen zu reden. Wir wissen aber eindeutig, wo die Prioritäten liegen.

Wenn Sie es mit einem neuen Stil ernst meinen, dann sage ich Ihnen: Die Menschen in diesem Land haben Ängste um ihre Arbeitsplätze. Diese sollten wir in erster Linie aufgreifen, und deswegen bleibt es nach unserer Auffassung auch bei der vorgesehenen Tagesordnung. Der Punkt, den Sie begehren, kommt an das Ende, dann stimmt auch wieder die Reihenfolge. Wenn Sie es mit Ihren Lippenbekenntnissen ernst meinen, dann müssen Sie ihnen Taten folgen lassen, ansonsten können Sie sich das für die Zukunft sparen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Rudolph. – Nun hat sich noch Herr Kollege Blum zur Geschäftsordnung gemeldet.

Leif Blum (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wagner, Herr Kollege Rudolph, wir werden diesen Antrag in der Tat heute beraten, und wir werden ihn jetzt beraten.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jeder blamiert sich, so gut er kann!)

Darunter wird die Abarbeitung der Tagesordnung in keinsten Weise leiden, weil wir uns selbstverständlich die Zeit nehmen, um, egal, wie spät es heute Abend wird, die Tagesordnung abzuarbeiten, die wir uns für den heutigen Tag gegeben haben.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Wagner, wir wollen in der Tat jetzt über diese Fragestellung diskutieren. Um Ihr Bild aufzugreifen

– –

(Dr. Thomas Spies (SPD): Sie haben den Bezug zur Wirklichkeit verloren! – Lebhaftige Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Meine Damen und Herren, wir sind hier in einer Geschäftsordnungsdebatte, in der selbstverständlich jeder der Geschäftsführer die Möglichkeit hat, seine Position darzulegen. Herr Blum hat das Wort. Alle anderen bitte ich, ihm zuzuhören. – Herzlichen Dank.

Leif Blum (FDP):

Frau Präsidentin, ich bedanke mich, dass Sie den linken Teil des Hauses ein bisschen zur Ruhe gebracht haben. – Um das Bild des Kollegen Wagner aufzugreifen: Wir wollen jetzt darüber reden, jetzt, wo offensichtlich einige oder eine Kollegin Ihrer Fraktion es für wichtiger hält, vor Ort in Kelsterbach zu polemisieren, anstatt sich mit den Dingen zu beschäftigen, die für dieses Land wichtig sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Worüber reden Sie eigentlich?)

Deswegen reden wir jetzt darüber, auch weil wir deutlich zum Ausdruck bringen wollen, dass wir es nicht zulassen werden, was wir in der letzten Legislaturperiode schon einmal erlebt haben, nämlich dass Mitglieder dieses Hauses die Beamtinnen und Beamten der hessischen Polizei in Schwierigkeiten bringen, in Konflikte bringen hinsichtlich der Frage, ihren Vollzugauftrag zu gewährleisten,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine unverschämte Unterstellung! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unverschämtheit – Zurufe von der SPD)

anstatt hier über die Dinge zu reden, die wirklich wichtig für das Land sind. Deswegen wird der Antrag jetzt beraten und nicht am Ende der Tagesordnung.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Blum. – Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Schaus.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss mich schon sehr über die Prioritätensetzung wundern, die sich hier so ad hoc verändert, je nach Aktualität. Als LINKE können wir für diese Diskussion dankbar sein, zu der wir selbstverständlich auch noch einiges inhaltlich beitragen werden, wenn sie denn dann geführt wird. Wir sind aber in der Tat der Meinung, dass es hier in erster Linie darum geht, nicht die Diskriminierung unserer Fraktion voranzutreiben, sondern sachgerechte und gezielte Politik für die Bürgerinnen und Bürger zu machen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wo waren Sie denn heute Morgen? Da hätten Sie sachbezogen diskutieren können!)

Deshalb sind wir für die vorgesehene Reihenfolge und selbstverständlich dafür, dass das heute behandelt und diskutiert wird. Zur Diskussion stehen wir bereit, aber am Ende der Tagesordnung unter Punkt 12.

(Beifall bei der LINKEN – Leif Blum (FDP): Sie waren doch gar nicht da, als heute Morgen Politik gemacht wurde!)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. – Da wir in dieser Geschäftsordnungsdebatte ganz offensichtlich keine Einigung über die Platzierung des Tagesordnungspunktes herbeiführen konnten, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Von Herrn Wintermeyer ist beantragt, den Dringlichen Entschließungsantrag Drucks. 18/50 nicht nach den anderen Tagesordnungspunkten einzuordnen, sondern jetzt gleich nach dieser Debatte, der Regierungserklärung, in der wir noch sind, einzusortieren.

Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit wird dieser Tagesordnungspunkt nach der Debatte zur Regierungserklärung aufgerufen.

Herr Kollege Beuth, noch ein bisschen Geduld. Wir sind noch in der Debatte zur Regierungserklärung. – Ich gebe zu dieser Debatte Herrn Kollegen van Ooyen von der Fraktion DIE LINKE das Wort. – Weil hier gerade so ein Auftrieb ist: Alle anderen bitte ich, ihre Plätze einzunehmen oder den Raum zu verlassen und Ruhe im Saal einkehren zu lassen. – Herzlichen Dank.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist erfreulich, dass Herr Wagner den Aufschlag gemacht hat, Herr Wintermeyer das noch verlängert hat. Angesichts der Tatsache wäre es für uns sicherlich sogar wünschenswert gewesen, wir hätten heute Morgen darüber diskutiert, wie zukünftig die Politik aussieht.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Da waren Sie doch gar nicht da! Da waren Sie im Kelsterbacher Wald! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Wagner, Sie hätten uns heute Morgen ja nicht darüber diskutieren lassen, sondern Sie machen es gezielt jetzt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie haben sich zu Wort gemeldet! – Unruhe)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Meine Damen und Herren, es ist nach wie vor sehr unruhig im Saal. Herr Kollege van Ooyen hat das Wort. Dazu gehört auch, die Möglichkeit zu geben, zuzuhören, was er sagt. Ich bitte Sie alle, die Gespräche einzustellen oder diesen Saal zu verlassen. – Herzlichen Dank.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Wir hätten es begrüßt, wenn die Mitglieder des Parlaments draußen gewesen wären und gemeinsam mit dem Widerstand vor Ort gesagt hätten, dass man die Demokratie und die Grundrechte schützt, indem man sie wahrnimmt.

(Judith Lannert (CDU): Frechheit! – Weitere lebhafte Zurufe von der CDU)

Grundrechte schützt man, indem man sie wahrnimmt. Das gilt auch für das Demonstrationsrecht. Ich will das hier deutlich sagen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Es gibt kein Widerstandsrecht!)

– Im Grundgesetz gibt es auch ein Widerstandsrecht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Es gibt in der Demokratie keines! – Unruhe)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal eindringlich darum bitten, dass Ruhe im Saal einkehrt. Wenn dies nicht der Fall ist, unterbreche ich die Sitzung so lange, bis hier Ruhe eingekehrt ist. – Herzlichen Dank. – Mit Ruhe im Saal meine ich alle, beispielsweise auch Regierungsmitglieder und ihre Mitarbeiterinnen. Herr Grüttner, ich darf Sie bitten, dieses Gespräch jetzt zu unterbrechen oder hinauszugehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Kollege van Ooyen, ich gebe Ihnen das Wort, sobald Ruhe im Saal ist. – Sie können fortfahren.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Diese Regierungserklärung eines Ministerpräsidenten, dessen Glaubensbekenntnis von der Überlegenheit privatwirtschaftlicher Rationalität auf freien Märkten gerade den geschichtlichen Bach hinuntergeht, bringt uns nicht voran.

(Leif Blum (FDP) und Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie haben sie doch gar nicht gehört!)

Ich darf Sie darauf hinweisen: Ich habe gestern um 17:17 Uhr die Rede erhalten und habe sie mir genau durchgelesen.

(Leif Blum (FDP): Es gilt das gesprochene Wort!)

Im Hessischen Landtag sinniert ein Ministerpräsident, der dramatische Beinahe-Zusammenbruch der kapitalistischen globalisierten Weltwirtschaft sei auf die Gier einiger weniger zurückzuführen, die Kartenhäuser haben zusammenfallen lassen. Schon das Bild ist so schief, wie es nur sein kann. Kartenhäuser stürzen zusammen, weil sie in sich instabil sind.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie etwas zum Zusammenbruch der Ostzone!)

– Das ist die Debatte zur Regierungserklärung. – Kartenhäuser zu bauen, lässt keine Bauordnung der Welt zu – höchstens dort, wo sie durch Korruption außer Kraft gesetzt wird.

(Helmut Peuser (CDU): Ostzone!)

Aber für das internationale Finanzsystem haben Politiker, Banker und die Wirtschaftsführer aller führenden westlichen Staaten seit Jahrzehnten an einer Bauordnung gearbeitet, die das Kartenhaus zum Vorzeigemodell für effizientes Bauen werden ließ. Fortschritt – das war die Vokabel, die Herr Wagner noch einmal deutlich formuliert hat: Der Fortschrittsbegriff dieser Regierung ist unsozial und unsolidarisch. Er ist nicht nachhaltig und schon gar kein Imperativ, aus dem sich die Prinzipien einer allgemeinen Gesetzgebung für unseren Planeten gewinnen ließen. Er setzt auf Konkurrenz im internationalen Standortwettbewerb, auf eine Globalisierung unter dem Vorzeichen der Bereicherung und der Ausgrenzung. Es ist ein Fortschritt des „Wir gegen die anderen“, denn wir in Hessen – so steht dort zu lesen – sind selbst in der Krise noch besser dran, besser aufgestellt, als so mancher der nationalen und internationalen Wettbewerber.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Was schert uns da, dass in anderen Regionen die Menschen hungern? Klimaschädigendes Wachstum des Flugverkehrs erscheint hier als Fortschritt, den man nicht anderen, beispielsweise den Flughafensbetreibern in Dubai, überlassen dürfe. Die Landesregierung wäscht ihre Hände in Unschuld – das gleiche Muster wie in der Vergangenheit.

Hier sprach ein Ministerpräsident, der munter die Konzepte, die in die wahrscheinlich größte Wirtschaftskrise seit der großen Depression der Zwanzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts geführt haben, weiter betreibt, der mit Albert Einsteins Diktum zur Wirtschaftskrise von 1929, dass Probleme nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen seien, die sie erzeugt haben, offensichtlich nichts anzufangen weiß. Die dramatischen Umbrüche, die wir erleben, erinnern uns eindrücklich an die lange verdrängte Tatsache, dass Wirtschaftskrisen die Regel sind in Gesellschaften, die privatwirtschaftlich organisierte Warenproduktion mit dem Ziel der Profiterzielung „vor sich her treiben“.

Die vorherrschende Form solcher Gesellschaften – das kennen wir seit einigen Jahrzehnten – nennen wir seit den Klassikern der politischen Ökonomie „Kapitalismus“. Als Pädagoge bin ich immer geneigt, Altes, was ich schon einmal gelesen habe, öffentlich zu machen, weil manches durch die Wiederholung lebt. Insofern will ich auf ein Zitat von Karl Marx und Friedrich Engels verweisen, das bereits im „Kommunistischen Manifest“ von 1848 zu lesen ist, aber sehr genau die Situation beschreibt, vor der wir stehen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das hat Frau Wissler heute Morgen schon gesagt!)

– Herr Wagner, ich habe ein anderes Zitat gefunden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Marx hat viel geschrieben, Herr Wagner!)

Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krise? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktionskräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.

Diese Theorie wird durch die Regierungserklärung bestätigt. „Aufbruch in die nächste Krise“ sollte diese Regierungserklärung überschrieben werden. Von Kreativität,

Nachdenklichkeit oder gar Umsteuern ist in der Regierungserklärung nichts zu spüren. Ohnmacht vor den gewaltigen Herausforderungen kennzeichnet die angekündigte Politik von Hahn und Koch.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir, DIE LINKE, werden die sozialistische Opposition gegen die neoliberale Politik in Hessen sein. DIE LINKE wird der Politik der Regierung Koch und Hahn im Landtag ein radikales Oppositionsprogramm entgegenstellen. Veränderung beginnt mit Opposition – das ist unsere Aufgabe in Hessen. Die Regierung Koch und Hahn hat im Landtag eine deutliche Mehrheit; das muss man konstatieren. Die letzte Abstimmung hat gezeigt, dass hier im Grunde durchregiert werden soll. Das zeigt sich übrigens auch darin, dass statt Argumentation und Dialog die Polizei in den Wald geschickt wird, um Problemlösungen zu betreiben.

Wir wollen eine Politik entwickeln, die wir mit der Bevölkerung, mit den Betroffenen gemeinsam organisieren wollen. Die Regierung hat zwar hier die Mehrheit, aber sie kann nur das durchsetzen, was in der Bevölkerung toleriert und hingenommen wird. DIE LINKE wird ihre Kraft einsetzen, damit der Widerstandswille in der Bevölkerung wächst. Wir werden eine Veränderung der Politik durch aktives Engagement in den sozialen Bewegungen, in der Mobilisierung der Betroffenen für eine gerechte Umverteilung, für Beendigung der Kriegspolitik, für mehr demokratische und soziale Rechte, für Mitbestimmung und Mitentscheidung, gegen die drohende Gefahr einer Rechtsentwicklung erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE wird nicht von der Industrie und von den Banken bezahlt und von den Medien gesponsert.

(Lachen des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Herr Hahn, die FDP hat doch die 60.000 € von der Allianz bekommen. Oder wie war das?

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Was für DDR-Geld haben Sie bekommen?)

– Wir haben kein DDR-Geld bekommen, weil wir da nichts zu holen hatten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Was sind das für Zwischenrufe?)

DIE LINKE schlägt gesellschaftliche Alternativen zur Politik der Regierung Koch und Hahn vor. Die Hessische Landesregierung wird nicht müde werden, zu behaupten, zu dem, was sie durchsetzen wolle, gebe es keine Alternative.

(Helmut Peuser (CDU): Das hat Honecker gesagt!
– Axel Wintermeyer (CDU): Sie haben doch gar nicht gehört, was die Regierung will! Da waren Sie gar nicht da!)

Ohne Alternativen gibt es keine Politik. Wo Hahn und Koch für Privatisierung werben, kämpft DIE LINKE für gesellschaftliches Eigentum. Wir wollen, dass die Verursacher der Krise die Folgen der Krise bezahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

70 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs – der faschistische Überfall auf Polen am 1. September 1939 ist 70 Jahre her; wir werden sicherlich daran erinnern – ernannt die Hessische Landesregierung eine Landesbeauftragte

für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. Welch ein Signal für einen „Aufbruch in der Krise“.

(Holger Bellino (CDU): Das ist wirklich peinlich!)

Wenn schon eine Landesbeauftragte für Heimatvertriebene eingesetzt werden soll, sollte sie einen afghanischen oder afrikanischen Migrationshintergrund haben. Das würden wir verstehen.

(Holger Bellino (CDU): Damit werden Sie der Sache überhaupt nicht gerecht! Eine Unverschämtheit, eine bodenlose Frechheit!)

– Damit werden wir ihr gerecht. – Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung, die Ideologie des Finanzkapitalismus, sind an ihre Grenzen geraten. Sie sind keine Botschaften mehr in einer Zeit, in der der Zusammenbruch der Finanzmärkte nur durch staatliche Interventionen verhindert werden kann.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Zurück zu Honecker! – Leif Blum (FDP): Was hat die Finanzkrise mit den Heimatvertriebenen zu tun?)

– Das war ein anderer Punkt.

(Leif Blum (FDP): Ach so, nur ein kleiner Schlenker!)

– Ein Schlenker.

(Axel Wintermeyer (CDU): Kein Wunder, Sie wissen auch nicht, was heute Morgen besprochen worden ist! Sie waren gar nicht da!)

DIE LINKE kämpft gegen Krise und Krieg. Das ist unsere Aufgabe in den nächsten Jahren. „Wir zahlen nicht für eure Krise“, ist die Losung, die sich nunmehr auch das Weltsozialforum im Januar im brasilianischen Belém für den weltweiten Aktionstag am 28. März zu eigen gemacht hat. Dieses Signal steht für eine andere Politik: Nicht Konkurrenz, wie in der Regierungserklärung durchgängig formuliert wird, sondern internationale Kooperation ist angesagt. Freiheit, Gleichheit und Solidarität müssen Basis internationalen gemeinsamen Handelns werden.

Die Voraussetzungen hierfür sind günstig. Denn mehr als 60 % unserer Bevölkerung wollen eine gerechtere Umverteilung, mehr als zwei Drittel der Deutschen wollen die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien. Deshalb muss eine neue Regulierung der Finanzierungsmärkte erfolgen. Das geht nur demokratisch unter Mitwirkung der Gewerkschaften, der Nichtregierungsorganisationen und anderer zivilgesellschaftlicher Bewegungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es bleibt bei unseren klaren Absagen an den Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden. Doch wir werden uns intensiv mit Fragen der regionalen Struktur befassen und umfassende Lösungsvorschläge entwickeln, die unter umfassender Einbeziehung der Menschen und Initiativen in dieser Region entwickelt werden müssen. Dabei wird die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen eine wichtige Rolle spielen.

Wir brauchen eine andere Energiepolitik in Hessen, den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie, eine umfassende und nachhaltige Industriepolitik, die auf erneuerbare Energien, Rekommunalisierung der Energieversorgung und regionale Wirtschaftskreisläufe setzt. Es geht uns um die Stabilisierung der Region, damit Wohnen, Arbeiten, Lernen und Leben in allen Teilen Hessens attraktiv werden.

(Horst Klee (CDU): Sind attraktiv!)

– Werden. Herr Klee, da kann man unterschiedlicher Meinung sein.

(Horst Klee (CDU): Da bin ich sehr unterschiedlicher Meinung!)

Die hessische LINKE ist die Verfassungspartei in Hessen.

(Beifall bei der LINKEN – Lebhaftes Lachen bei der CDU und der FDP)

Wir wollen, dass in Hessen tatsächlich mehr Demokratie gewagt wird.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Freiheit durch Sozialismus! – Leif Blum (FDP): Sie können sich die nächsten fünf Jahre gar nicht mehr steigern!)

– Natürlich. – Wir setzen uns aktiv ein für Bürger- und Volksbegehren, das Wahlrecht auch für nicht deutsche Bürgerinnen und Bürger.

(Helmut Peuser (CDU): Das ist ja wie bei Honecker!)

Dabei werden wir uns weiterhin im Kampf gegen den Rechtsextremismus engagieren.

(Zurufe von der CDU: Links auch!)

Wir werden weiterhin die Hessische Verfassung gegen die falschen Hüter schützen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Gegen die Verfassungsschützer?)

Der Verfassungsschutz ist ein Instrument der politischen Denunziation. Das haben wir in den letzten Wochen wieder erfahren.

(Horst Klee (CDU): Sie haben nichts gelernt!)

Deshalb gehört der Verfassungsschutz abgeschafft.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Können Sie das wiederholen: „Der Verfassungsschutz gehört abgeschafft“? – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Das sagt der Steuerzahlerbund doch auch! – Horst Klee (CDU): Das müsste übertragen werden, was Sie sagen! – Axel Wintermeyer (CDU): Es wird aufgezeichnet!)

– Das hoffe ich, Herr Klee. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Menschen das gern hören – ein Sparvorschlag.

Wir wehren uns auch gegen die angedrohte Änderung durch FDP und CDU, die Schuldenbremse, die in Wirklichkeit eine Sozialbremse ist, in die Hessische Verfassung aufzunehmen.

(Leif Blum (FDP): Das werden die Menschen in Hessen entscheiden!)

Der politischen Auseinandersetzung um diese Verfassungsänderung auf Straßen und Plätzen sehen wir mit Freude entgegen – dies auch gestärkt durch jüngste Umfragen einiger linker Professoren, die zu dem Ergebnis kommen, dass eine große Mehrheit der Menschen ein soziales Konjunkturprogramm und keine Ignoranz des Zusammenhangs von Konjunktur und sozialer Gerechtigkeit will.

Wir brauchen eine Bildung im humboldtschen Sinne,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Im marxischen Sinne!)

die die Vorstellung von umfassend gebildeten Persönlichkeiten wieder in den Mittelpunkt rückt, und keine Traineeprogramme zur schnellen industriellen Verwertung. Herr Koch, statt wie in Ihrer Regierungserklärung nur technische Institute und Kooperationen mit der Industrie oder das neoliberale House of Finance zu fördern, sollten die Denkverbote der Vergangenheit beseitigt werden.

Hätten wir noch eine lebendige, streitige Wissenschaftskultur in Hessen, für die Namen wie Abendroth, Adorno, Dirks, Horkheimer, Kogon oder Ridder stehen,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Stalin, Honecker!)

wären Alternativen für eine gerechtere und nachhaltigere Politik formuliert worden, die auch die hessische Politik bereichert hätten. Mit dem von Ihnen avisierten hessischen Wissenschaftsbetrieb lässt sich halt kein Staat mehr machen. Kritisches Denken scheint Ihnen zu gefährlich zu sein und passt nicht zu Ihrer Gesinnung.

Wir werden weiterhin innerhalb und außerhalb des Parlaments mit den Gewerkschaften, den Bürgerinitiativen, den Sozialverbänden für eine neue Politik der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit streiten.

(Leif Blum (FDP): Aber ihr kommt wenigstens, wenn ihr Sitzungen habt!)

Besonders aber sollten wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir gesellschaftliche Prozesse demokratisch gestalten, mit dem Ziel, die Welt und damit uns selbst zu verändern.

Wir werden uns gegen Krieg und Krise zur Wehr setzen. Beides sehen wir in einem engen Zusammenhang. Jean Jaurès, einer der Gründer der Sozialistischen Partei Frankreichs, hat es damals angesichts des aufziehenden Ersten Weltkriegs formuliert: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Diesen Zusammenhang wollen wir gerade angesichts der weltweiten Krise deutlich machen. Das Wort Bertha von Suttners „Die Waffen nieder!“ wollen wir wieder gesellschaftsfähig machen. Dabei erinnern wir uns natürlich an solch engagierte Menschen wie Martin Niemöller aus Wiesbaden, der unseren Kampf für Frieden und Abrüstung geprägt hat.

Herr Koch, Sie haben die US-Regierung eingeladen, mit ihrem Europa-Hauptquartier nach Wiesbaden zu kommen. Für uns ist bereits heute zu viel Militär in Hessen stationiert. Abrüstung ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb werden wir die Aktionswoche mit der großen Demonstration am 28. März in Frankfurt und am 4. April in Straßburg gegen die NATO-Kriegspolitik zum Anlass nehmen, Menschen zu motivieren, für ihre wirklichen Interessen auf die Straße zu gehen und den Druck auf eine falsche Politik zu verstärken. So werden wir aus der Opposition heraus die Politik auch hier in Hessen verändern.

Wir, die LINKE, sind kein kurzfristiges Phänomen. Wir sind gekommen, um zu bleiben und um zu verändern. Wir sind Ihnen ein unbequemes Ärgernis. Das werden wir bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege van Ooyen. – Das war die letzte Wortmeldung in der Aussprache zur Regierungserklärung. Damit ist dieser Punkt abgehakt.

Ich rufe jetzt vereinbarungsgemäß **Punkt 12** auf:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Räumung des rechtswidrigen Hüttendorfs im Kelsterbacher Wald – Drucks. 18/50 –

Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Beuth von der CDU-Fraktion.

Peter Beuth (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der heutigen Debatte einen sehr ungewöhnlichen Vorgang zu beklagen. Deswegen finde ich es richtig, dass wir das unmittelbar im Anschluss daran thematisieren und uns darüber aussprechen.

Lassen Sie mich zunächst für die CDU-Fraktion feststellen, da eben in einer Geschäftsordnungsdebatte über die Frage von Prioritäten, von Wichtigkeit diskutiert worden ist, dass diese Debatte für uns durchaus Priorität hat, weil das Untergraben unseres Rechtsstaates kein Klamauk ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte zunächst einmal – ich bitte den Innenminister, das weiterzugeben – den herzlichen Dank der CDU-Fraktion an die hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ausrichten, die einen rechtswidrigen Zustand im Hüttendorf im Kelsterbacher Wald heute durch ihren Einsatz beseitigt haben. Das war im Interesse des Rechtsstaates, und dafür sind wir sehr dankbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn ich es richtig mitverfolgt habe, dann ist das ruhig und geordnet über die Bühne gegangen. Auch dafür möchte ich sehr herzlich danken. Ich will zumindest darauf hinweisen, dass ich der Kollegin Hammann selbstverständlich das ehrliche Interesse abnehme, dass sie dort einen deeskalierenden Beitrag leisten wollte. Das ist ungewöhnlich. Ich glaube, es ist auch unnötig. Denn mein und unser Vertrauen in die hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, entschlossen, aber auch hinreichend behutsam dort vorzugehen, ist so groß, dass es, glaube ich, nicht notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das entscheiden frei gewählte Abgeordnete selbst!)

In sehr schmalen Sätzen will ich noch einmal die Wichtigkeit des Infrastrukturprojekts unterstreichen, das durch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aus Hessen durchgesetzt werden wird. Das ist der Ausbau des Frankfurter Flughafens. Da geht es – jetzt sind wir bei den Prioritäten, die Sie eben auch gebildet haben – um Arbeitsplätze. Da geht es darum, wie wir in Zukunft in unserer Region noch eine wirtschaftliche Entwicklung gut generieren können. 40.000 Arbeitsplätze bei einer Investition von 4 Milliarden € sind eine sehr wichtige Entscheidung, die das Land getroffen hat und die am Ende durchgesetzt werden muss. Insofern entspricht es den richtigen Prioritäten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich als dritten Punkt noch einmal auf das eingehen, was die Kolleginnen

und Kollegen der Fraktion der LINKEN hier gemacht haben. Da will ich nicht so nachsichtig sein wie bei der Kollegin Hammann; denn hier ist gezielt dieses Parlament provoziert worden.

(Zurufe von der LINKEN: Oh! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben hier überhaupt nichts zu bewerten!)

Bei der Regierungserklärung ist ein nennenswerter Anteil der Fraktion nicht anwesend gewesen. Das ist eine Provokation und eine Pflichtverletzung. Das dulden wir nicht, zumindest machen wir das hier deutlich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie haben im vergangenen Jahr, seitdem Sie hier sind, den Rechtsstaat und dieses Parlament permanent provoziert, ob das die Rote Hilfe war, ob das Ihre Angriffe gegen den Verfassungsschutz waren oder alle Fragen, die mit dem Hüttendorf zusammenhängen, auf die ich gleich noch zurückkommen werde. Sie haben dieses Parlament, Sie haben den Rechtsstaat provoziert, und das geißeln wir mit dieser Debatte.

Das Ganze hatte im Kelsterbacher Wald eine Vorgeschichte. Ich will daran erinnern, dass Sie dort mit Fraktionsmitteln eine illegale Hütte haben aufstellen lassen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das stimmt nicht! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist gelogen! – Weitere Zurufe von der LINKEN – Glockenzeichen des Präsidenten)

Sie haben die Eskalation, die Konfrontation in diesem Wald gesucht, und das ist nicht in Ordnung. Das werden wir hier mit aller Nachhaltigkeit angreifen. Ich erinnere an das inszenierte Schauspiel, das Sie dort vollführt haben, als Sie sich diese Hütte haben abnehmen lassen, als die Hütte vermeintlich gestohlen worden ist. Wir lassen es nicht zu, dass Sie den Rechtsstaat in dieser Art und Weise verhöhnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es gibt in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung keinen Raum für zivilen Ungehorsam. Es gibt kein Widerstandsrecht. Wer das unterstützt, der verlässt den Boden des Rechtsstaats, der untergräbt die Autorität staatlicher Ordnung, ja, der untergräbt die Rechtmäßigkeit staatlichen Handelns, der untergräbt – das ist in Ihren Redenbeiträgen heute und im vergangenen Jahr deutlich geworden – unseren Rechtsstaat insgesamt.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Beuth, Sie müssen zum Schluss kommen.

Peter Beuth (CDU):

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. – Sie haben erneut, nachdem Sie diesem Parlament ein Jahr angehören, auch heute weder der parlamentarischen Demokratie noch dem Rechtsstaat Ehre gemacht. Das bedauern wir sehr. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Beuth. – Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Beuth hat anfangs seiner Rede deutlich versucht, ein Stück zurückzurudern. Aber, Herr Kollege Beuth, das mit der Prioritätensetzung ist Ihnen überhaupt nicht gelungen. Sie wollen allen Ernstes uns und der Öffentlichkeit erzählen, dass die Wirtschaftskrise und ein Konjunkturprogramm über mehr als 2 Milliarden € so wenig wichtig sind, dass Sie sich stattdessen an sechs Kolleginnen und Kollegen hier abarbeiten müssen, und das zum wiederholten Male. Das kann nicht wahr sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war wohl auch der Anlass dafür, dass der verehrte Kollege Blum hier etwas ausgeflippt ist. Herr Kollege Blum, Ihnen von der FDP – einer Partei, die behauptet, sie sei besonders wirtschaftskompetent – muss es besonders peinlich sein, dass Sie, wohl zu spät, gemerkt haben, dass Sie zeitlich die falschen Prioritäten gesetzt haben. Das wollten Sie mit einem sehr unflätigen Angriff auf meine Kollegin Ursula Hammann kompensieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Herr Kollege Blum, diesen Angriff weise ich mit Nachdruck zurück, und ich fordere Sie auf, sich zu entschuldigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ihnen steht es als Kollegen nicht zu, das Verhalten anderer Abgeordneter zu würdigen. Das ist, wenn es dazu überhaupt Anlass gibt, allein Angelegenheit des amtierenden Präsidenten.

Vizepräsident Frank Lortz:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden der FDP?

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, Sie verstehen sicher, dass das bei einer Redezeit von fünf Minuten nicht geht.

(Zurufe von der FDP)

Meine Damen und Herren, die Kollegin Hammann hat der Öffentlichkeit mitgeteilt, warum sie heute in den Kelsterbacher Wald gefahren ist. Ich sage ganz deutlich, die gesamte grüne Fraktion ist ihr ausgesprochen dankbar dafür, dass sie es auf sich genommen hat, im Kelsterbacher Wald anwesend zu sein und sich anzuschauen, was dort vorgeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Ursula Hammann ist heute Morgen in den Kelsterbacher Wald gefahren. Sie wird als Vertreterin der grünen Landtagsfraktion genau beobachten, was im Wald geschieht, und sie wird ihren Beitrag dazu leisten, dass es möglichst zu keiner Eskalation kommt. Insofern geht mein Dank noch einmal an Ursula.

Wenn man sich heute die Reden des Kollegen Dr. Wagner und anderer angehört hat, dann muss man klar sagen – das

unterscheidet uns von Ihnen –: Die Deeskalation des Konflikts ist uns von Anfang an wichtig gewesen, und sie ist uns weiterhin wichtig. Das kann man bei Ihnen nicht unbedingt feststellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Es war und ist natürlich kein Beitrag zur Deeskalation, eine zeitliche Koinzidenz zwischen der Regierungserklärung und der Räumung des Hüttendorfes herzustellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich glaube wahrlich nicht, dass der Herr Ministerpräsident so machtlos ist, dass er das nicht hätte anders steuern können. Da muss ich insoweit Absicht unterstellen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Koch hat heute Morgen in seiner Regierungserklärung gesagt, dass er das, was er immer versprochen hat, nun doch überhaupt nicht halten wird, obwohl der Verwaltungsgerichtshof ausdrücklich gesagt hat: „Da kannst und musst du etwas tun.“ Das Versprechen „Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot“ hat sich einfach in Luft aufgelöst. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite hört man von Ihnen solche Aussagen. Daran sieht man doch: Sie haben im Augenblick ein überbordendes Gefühl der Macht. Dazu sage ich Ihnen: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wer ernsthaft etwas zur Deeskalation hätte beitragen wollen, der hätte es wenigstens geschafft – das haben wir immer durchzusetzen versucht –, dass nicht vorab, hopp, hopp, hopp, im Eilverfahren, ohne mündliche Verhandlung, ohne intensiven Austausch der Argumente vor Gericht eine Vorabentscheidung jetzt dazu geführt hat, dass vollendete Tatsachen geschaffen worden sind, wie es am heutigen Tag wohl der Fall war. Das war kein Beitrag zur Deeskalation; natürlich nicht, denn man hätte warten müssen, was am Ende herauskommt, vor allem deshalb, weil der Verwaltungsgerichtshof eine Reihe von Hinweisen gegeben hat, dass aller Voraussicht nach der Planfeststellungsbeschluss insgesamt so nicht stehen bleiben wird.

Dass wir zum Flughafenausbau eine ganz andere politische Meinung haben, steht insoweit auf einem anderen Blatt. Sie sind im Obligo; Sie haben nämlich dafür gesorgt, dass das, was wir uns alle gegenseitig versprochen haben, nämlich Deeskalation zu betreiben, gründlich schiefgegangen ist. Ich kann Ihnen nur eines raten: Ziehen Sie Ihren Antrag schleunigst zurück. Er ist mehr als peinlich.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich will einige sehr kurze Bemerkungen machen.

Die unbedingte Geltung des Rechts ist die Grundlage der Demokratie. Wenn das Recht nicht akzeptiert, wenn es gar missachtet wird, ist es Aufgabe des Staates, dem Recht zur Geltung zu verhelfen. Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber man muss das erwähnen, insbesondere dann, wenn gewählte Abgeordnete, also Angehörige der ersten Gewalt, zulassen, dass diese Selbstverständlichkeit hier in Zweifel gezogen wird.

(Widerspruch des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Abg. Schmitt, deshalb will ich zwei Bemerkungen machen. Der Abg. Kaufmann hat eben über das Thema Deeskalation gesprochen. Er hat gesagt – im Wesentlichen deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet –: Es wäre einem Ministerpräsidenten doch wohl möglich gewesen, zu verhindern, dass das Hüttendorf zeitgleich zur Abgabe der Regierungserklärung geräumt wurde. – Sie haben ja wohl gemeint: Er hat das so arrangiert.

Ich stelle hier in aller Form fest: Die von Herrn Kaufmann vorgetragene Vermutung ist objektiv falsch. Sie ist darüber hinaus geeignet, Zweifel an der korrekten Verhaltensweise der hessischen Polizei zu säen. Ich weise deshalb diese Vermutung in aller Form zurück.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein konstruierter Quatsch!)

– Lieber Herr Geschäftsführer der GRÜNEN, lieber Herr Wagner, ich nehme das gerne auf. Man glaubt gar nicht, wozu solche Zwischenrufe manchmal gut sind.

(Lebhafte Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, das Wort hat der Herr Innenminister. Ich bitte Sie um Ihre Aufmerksamkeit.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Ich habe viel Zeit.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir auch!)

Herr Wagner, jetzt machen wir das mal richtig. Wenn Sie das für Quatsch halten,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was Sie sagen!)

was ich sage, dann lade ich Sie als frei gewählten Abgeordneten herzlich ein, sich bei der Frankfurter Polizei, bei Fraport, beim Landespolizeipräsidium und beim Landesamt für Verfassungsschutz morgen früh ab 7 Uhr oder, wenn es für Sie angenehmer ist, ab 9 Uhr genau zu informieren, wie so etwas läuft. Sie haben von der Sache nicht den Hauch einer Ahnung,

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber Sie haben die Frechheit, sich hierhin zu stellen und Hunderte von Beamten, die ihren Dienst nach Recht und Gesetz getan haben, mit einer lockeren Bewegung ins Zwielflicht zu schicken.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat niemand getan!)

Solange ich die Verantwortung trage, wird es nicht so sein, dass lockere Sprüche des Geschäftsführers der GRÜNEN, die in der Sache unbegründet sind, die das Ansehen des Parlaments schädigen, die aber vor allen Dingen der Polizei unrecht tun, unwidersprochen bleiben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ganz alter Landtag! – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Ich weise Ihre Behauptung in aller Form zurück. Das, was Sie getan haben, fällt auf Sie zurück.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lebhaftes Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Ich bin noch nicht fertig.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ganz alter Landtag! – Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin Sorge, Frau Vizepräsidentin, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass eine Gerichtsentscheidung vorliegt. Das hat Herr Kaufmann nicht vorgetragen. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass Fraport dieses Gelände durch die Eigentümer zur Verfügung gestellt wurde und dass die Fraport jetzt wirtschaftlicher Eigentümer ist. Ich sollte dem Haus offensichtlich mitteilen, dass Fraport einen Gerichtsbeschluss zur Räumung des Hüttendorfs erwirkt hat und dass Fraport heute Morgen mit einem Gerichtsvollzieher dort erschienen ist. Fraport hat die hessische Polizei um Amtshilfe gebeten.

Wenn Sie all das nicht gewusst haben, dann werfen Ihre Bemerkungen – ich will nicht näher qualifizieren, welche Bemerkungen das sind – erst recht sehr deutlich ein Licht darauf, wie Sie mit diesem Thema umgehen. Ich sage es noch einmal: So, wie das bisher gelaufen ist, ist es ein Ausweis für herausragende polizeiliche Arbeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, dort ist bisher das geschehen, worum ich von Anfang an gebeten habe: Man kann zu diesem Ausbauprojekt unterschiedlicher Meinung sein, aber wir alle sollten uns darum bemühen, dass es ohne Exzess und ohne Gewalt abgeht. Das habe ich von Anfang an vorgetragen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Genau darum geht es!)

– Herr Al-Wazir, Sie brauchen nicht zu schreien. Wenn Sie Manns genug sind, dann kommen Sie hier vorne ans Pult und danken der hessischen Polizei dafür, dass die Räumung ohne Gewalt vor sich gegangen ist. Darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister Bouffier. – Das Wort hat Herr Abg. Schaus, Fraktion DIE LINKE.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in der Tat ein trauriger Tag für Hessen – ein trauri-

ger Tag deshalb, weil hier eine Regierungserklärung abgegeben wurde, in der die sozialen Bedürfnisse der Menschen in diesem Land und das, was für sie notwendig ist, nicht angesprochen wurden. Außerdem werde ich immer sicherer in meiner Annahme, dass die Räumung des Hüttendorfs im Kelsterbacher Wald – bzw., korrekt gesagt, des Waldcamps; „Hüttendorf“ ist Ihre Formulierung – bewusst an diesem Tag, zeitgleich mit dieser Debatte, organisiert wurde.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie waren doch gar nicht da! – Zurufe von der CDU: Sie haben die Rede doch gar nicht gehört!)

Heute Vormittag ist die sogenannte Alarmkette ausgelöst worden, und alle, die in der Lage waren, zu kommen und Solidarität zu bekunden und damit, wie es auch bei der Fraktion DIE LINKE der Fall war, zur Deeskalation beizutragen, sind diesem Aufruf gefolgt.

(Lachen bei der CDU)

Wenn Sie sich einmal die Mühe machen, zu recherchieren, was wie und wo abgelaufen ist, werden auch Sie uns nicht eine durch unsere Anwesenheit verursachte Eskalation unterstellen können.

Aber eines ist und bleibt für uns LINKE klar: Wir stehen weiterhin an der Seite derjenigen, die den Widerstand gegen dieses ökonomisch und ökologisch unsinnige Projekt der Landebahn Nord vertreten.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir sprechen von Rechtsbrechern!)

Wir sind und bleiben auch an der Seite derjenigen, die in der Stadt Kelsterbach über ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid weiterhin dafür eintreten, dass der Wald nicht an die Fraport verkauft wird.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn wir von Rechtsbruch reden, müssten wir in der Tat einmal darüber diskutieren, wie die konkreten Abläufe sind. Es wurden Eilanträge abgelehnt. Aber 260 Klagen, die noch im Laufe dieses Jahres vom Verwaltungsgericht behandelt werden, wurden nicht beschieden. Es wurden Eilanträge abgelehnt.

Wenn wir schon beim Thema Rechtsbruch sind, müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass beim Bundesverfassungsgericht nach wie vor drei Eilanträge gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs anhängig sind, über die nicht entschieden wurde. Das zu erwähnen gehört genauso zu diesem Thema wie die Unterstellung, dass wir Rechtsbruch begingen.

Wenn wir schon bei der Frage von Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit sind, müssen wir auch darüber nachdenken, wie das mit dem Nachtflugverbot ist und den Aussagen darüber, was rechtmäßig und was rechtswidrig ist, und wo es einen Widerspruch gibt zu dem, was der Herr Ministerpräsident und der zuständige Wirtschaftsminister noch vor einem Jahr im Hinblick auf die Aufhebung des Nachtflugverbots und die Zulassung von Flügen – was schließlich rechtmäßig ist – gesagt haben.

Wenn wir also angesichts der Entscheidung – auch der Eilentscheidung – des Verwaltungsgerichtshofs über Rechtsbruch und Rechtmäßigkeit reden, stellen wir fest: Dann sind im Hinblick auf die Entscheidungen und Aussagen des Verwaltungsgerichtshofs, was das Nachtflugverbot angeht, zumindest die Feststellungen der früheren und jetzt auch wieder mehrheitlich so zusammengesetz-

ten Landesregierung ebenfalls nicht rechtmäßig gewesen. Das wird sich wahrscheinlich noch herausstellen.

(Zurufe von der CDU)

Insofern will ich nur noch einmal auf eines hinweisen: Beim Waldcamp handelt es sich um eine Dauermahnwache, die von der Stadt Kelsterbach genehmigt wurde, nicht aber um ein illegales Hüttendorf. Die einzige Hütte, die dort jemals gestanden hat, war die Hütte, deren Bau wir als Mitglieder der Fraktion aus privatem Geld finanziert haben. Das sage ich, damit endlich damit aufgehört wird, diese Mär zu erzählen. Alle Mitglieder meiner Fraktion stehen dazu, dass sie dieses private Geld zur Verfügung gestellt und diese private Investition getätigt haben.

(Axel Wintermeyer (CDU): Hatten Sie eine Baugenehmigung? – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Wir hatten kein Fundament gebaut!)

Wer den Bau einer lächerlichen, zwei mal zwei Quadratmeter großen Holzhütte kriminalisiert und für rechtswidrig erklärt, muss sich in der Tat fragen lassen, welcher Auffassung vom Rechtsstaat er anhängt.

(Florian Rentsch (FDP): Halleluja! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schaus, Sie müssen zum Schluss kommen.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Letzter Satz, Herr Präsident. – Ich bleibe dabei: Wir werden den Widerstand gegen dieses unsinnige Projekt weiterhin mit Worten, mit Taten und mit persönlicher Anwesenheit unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um was geht es hier eigentlich gerade? Es geht aus meiner Sicht und aus Sicht der gesamten SPD-Fraktion um vier Punkte.

Der erste und entscheidende Punkt ist die Frage nach dem rechtswidrigen Zustand im Kelsterbacher Wald, sprich – das ist der Punkt, an dem der Antrag von CDU und FDP aus unserer Sicht voll zustimmungsfähig ist –: Das Hüttendorf ist rechtswidrig, und wenn etwas rechtswidrig ist, dann ist es der Auftrag der Exekutive, einen rechtswidrigen Zustand zu beenden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen werden wir den Ziffern 2 und 3 des Antrags ausdrücklich zustimmen. – Dies ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt – das will ich ausdrücklich hinzufügen – betrifft sowohl die Würdigung des besonnenen Verhaltens der Vertreter der Stadt Kelsterbach, die sich in der Vergangenheit als Dialogpartner bei den Protesten profiliert haben, als auch die Würdigung des Vorgehens der hessi-

schen Polizei, die ebenfalls gemäß dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ihre Maßnahmen dialogorientiert umgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Bei einem anderen Punkt, den man hier aufgreifen kann – jetzt werde ich den Applaus von anderer Stelle wieder nicht bekommen –,

(Günter Rudolph (SPD): Ja, das ist erstaunlich!)

geht es um die Frage der Prioritäten, die Sie hier gerade über die Geschäftsordnung durchgesetzt haben. Es geht auch um einen neuen Stil. Ich habe heute Morgen von Selbstinszenierung gesprochen. Sie alle sollten sich, bitte, einmal fragen, ob es angesichts der Tagesordnungspunkte, die wir heute noch behandeln werden, angemessen ist, die Prioritätensetzung über die Geschäftsordnung so festzulegen, wie Sie es getan haben. Das scheint mir mehr Show als Inhalt zu sein.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir werden, drittens, der Ziffer 1 nicht zustimmen, und das nicht, weil wir nicht für den Ausbau des Frankfurter Flughafens unter den Bedingungen des Mediationsergebnisses wären, sondern weil Sie hier versuchen – ich habe heute Morgen in der Antwort auf die Regierungserklärung längere Ausführungen dazu gemacht –, die VGH-Entscheidung in eine Richtung auszulegen, ohne zur Kenntnis nehmen zu wollen, dass das Thema Nachtflugverbot ein wesentliches ist. Deswegen werden wir der Ziffer 1 ausdrücklich nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Bei dem vierten Punkt geht es um die Frage, wie wir mit dem Verhalten einzelner Abgeordneter im Hessischen Landtag umgehen. Ich will das einmal für meine Fraktion anders beschreiben. Ich glaube, für meine Fraktion sagen zu können – auf diese Arbeitsregeln haben wir uns verständigt –, dass der Arbeitsplatz im Hessischen Landtag ist, wenn wir Plenarsitzungen haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das heißt, dass wir uns auch hier den Debatten stellen. Nun will ich einmal ausdrücklich sagen: Ich habe gesehen, wer heute Morgen nicht im Saal war, als ich geredet habe.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Ich habe auch gesehen, wer alles nicht im Saal war, als Herr Rentsch geredet hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir waren immer da! Ich war immer da!)

Ich habe auch gesehen, wer im Saal war, als Herr Al-Wazir geredet hat.

(Zurufe von der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe auch zur Kenntnis genommen, wer im Saal war, als Herr Wagner geredet hat. Ich war überwiegend anwesend, Herr Wintermeyer.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ich auch! – Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

– Das mag sein. Herr Kartmann, Vorsitzende sind aber auch dafür gewählt, dass sie manchmal alleine die Fahne hochhalten.

(Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

So ist das.

Ich sage Ihnen: Das ist unsere Arbeitshaltung. – Wir wären nicht auf die Idee gekommen, dorthin zu fahren.

Ich will aber auch ausdrücklich sagen: So, wie ich das Verhalten der hessischen Polizei würdige, so, wie ich das Verhalten auch der Stadt Kelsterbach würdige, so erkenne ich die Anmerkung des Kollegen Kaufmann an, was die Rolle von Ursula Hammann angeht. Ich will ihr von dieser Stelle aus auch ausdrücklich danken. Denn sie ist seit Langem eine derjenigen, die auch hinsichtlich des Ausbaus des Frankfurter Flughafens in der Tat für den Dialog steht.

Deswegen habe ich kein Problem damit, dass einzelne Abgeordnete den Plenarsaal verlassen. Das haben heute Morgen ziemlich viele getan. Ich will jetzt nicht über die Frage reden, ob es wichtiger ist, sich dort in den Dialog zu begeben, Aktionen zu gestalten, zu denen ich eine gewisse Distanz habe – ich sage das einmal so; ich glaube, das ist sehr deutlich geworden –, oder ob sie hier irgendwo Kaffee trinken oder Brötchen essen. Das zu würdigen steht uns nicht zu.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn wir über die Frage des Umgangs miteinander im Parlament streiten, sollten wir die Kirche im Dorf lassen.

Zu den politischen Fragen haben wir klar Position bezogen. Es handelt sich um einen rechtswidrigen Zustand. Der ist zu beenden. Wir unterstützen da die Exekutive. Das ist völlig klar.

Abschließend sage ich aber auch: Herr Bouffier, die Maßregelung einzelner Abgeordneter steht Ihnen als Regierungsmitglied auch nicht zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Minister Volker Bouffier: Aber natürlich steht mir das zu, selbstverständlich!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat nun Herr Kollege Greilich von der FDP-Fraktion.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), an Minister Volker Bouffier gewandt: Selbstverständlich steht Ihnen das nicht zu! – Gegenruf des Ministers Volker Bouffier: Aber selbstverständlich steht mir das zu! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Regierungsmitglied steht Ihnen keine Maßregelung der Parlamentarier zu!)

Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Kollege Greilich.

Wolfgang Greilich (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Rudolph, hier wurde jetzt mehrfach

gesagt – zuletzt von dem Kollegen Schäfer-Gümbel –, wir würden in diesem Haus die Prioritäten falsch setzen.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Ich habe den Eindruck, dass man in der Tat einmal über das Setzen der Prioritäten reden muss.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Es geht nicht nur um Geld. Damit werden wir uns heute auch noch beschäftigen. Wir werden heute noch alles abarbeiten, was abzuarbeiten ist und was wichtig ist.

Jetzt haben wir aber die Fragen abzuarbeiten, wie sich dieses Parlament versteht, wie sich ein Parlament in einem Rechtsstaat versteht und wie unser demokratisches und parlamentarisches System überhaupt funktioniert.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist richtig!)

Angesichts der gegebenen Situation ist die Priorität genau richtig gesetzt. Herr Al-Wazir, denn vier Abgeordnete dieses Landtags zwingen uns dazu, wieder einmal klarzustellen – in dieser Wahlperiode ist es das erste Mal –, wie dieses System funktioniert und wie die Spielregeln aussehen. Das hat nichts damit zu tun – das wurde uns vorgehalten –, es stünde uns nicht an, zu bewerten, wie sich frei gewählte Abgeordnete verhalten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Es gibt das freie Mandat!)

Auch ich bin frei gewählter Abgeordneter. Wir alle sind frei gewählte Abgeordnete. Wir alle werden von den Bürgern Hessens zu Recht gefragt, wie wir es denn mit unserem demokratischen und parlamentarischen Selbstverständnis halten. Insofern sind wir auch aufgefordert, klarzustellen, dass das Parlament in seiner Mehrheit – hoffentlich sogar in seiner sehr großen Mehrheit – bestimmte Regelverstöße nicht akzeptiert. Deswegen waren wir gezwungen, diesen Dringlichen Entschließungsantrag einzubringen. Wir müssen deutlich machen, dass dieses Parlament zum Rechtsstaat steht und sich von denen distanziert. Um nichts anderes geht es.

Natürlich werden wir keinem frei gewählten Abgeordneten das Recht nehmen, sich danebenzubenehmen. Aber wir nehmen uns das Recht, zu sagen, dass das so ist,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und klar zu formulieren, dass wir uns von solchem Verhalten distanzieren. Nichts anderes steht in diesem Dringlichen Entschließungsantrag. Insofern empfehle ich, den Wortlaut ernst zu nehmen. Dort steht:

Der Landtag distanziert sich von der Mehrheit der Abgeordneten der Linksfraktion, ...

Dort steht nicht, dass er sie rügt, meint, sie dürften das nicht, oder was auch immer.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Wir wollen nur feststellen, was gut ist und was nicht korrekt ist.

Tatsache ist – das haben schon verschiedene Vorredner erwähnt –: Wir haben hier die Situation, dass heute endlich ein rechtswidriger Zustand beseitigt wurde, und zwar unabhängig davon, was vorher war.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann ist er eingetreten?)

– Allerspätestens mit der gerichtlichen Räumungsverfügung trat er ein, die nicht unverzüglich befolgt wurde.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Heute Morgen!)

– Herr Kollege Al-Wazir, den Räumungstitel gab es schon lange. Er wurde nur nicht vollzogen. Das ist der Punkt. Sie meinen, erst wenn man gezwungen werde, das Recht zu befolgen, sei der entsprechende Tatbestand eingetreten. Das ist nicht so.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nein!)

Der Rechtsbruch war zu beenden. Auch wir danken allen Polizeibeamten, die ihre Aufgabe dort wahrgenommen haben und dies sehr verantwortungsvoll und korrekt getan haben.

Eines möchte ich auch noch aufgrund der Bemerkungen sagen, die wir vorhin schon gehört haben. Hessische Polizisten halten sich an Recht und Gesetz.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der
CDU)

Weil wir wissen, dass das so ist, brauchen wir auch keine Aufpasser aus dem Parlament zu entsenden, um zu kontrollieren, ob sich die Polizisten an Recht und Gesetz halten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Im Kelsterbacher Wald bestand folgende Situation: Es gibt einen Rechtsanspruch der Fraport AG. Demgegenüber gab es Personen, die sich dem weiter entgegenstellen wollten. Sie haben sich dem auch entgegengestellt. Parlamentarier hielten es für richtig, dies zu unterstützen, anstatt ihre Aufgaben im Parlament wahrzunehmen. Das ist der Punkt, um den es in dem Dringlichen Entschließungsantrag geht.

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, eines verstehe ich nicht. Ich habe mit Freude gehört, dass Ihre Fraktion den Ziffern 2 und 3 des Dringlichen Entschließungsantrags zustimmen will, dass die Mitglieder Ihrer Fraktion aber wegen des Nachtflugverbotes und den Diskussionen darüber Ziffer 1 nicht zustimmen könnten.

(Günter Rudolph (SPD): Da gibt es schon einen
Zusammenhang! – Gegenruf des Abg. Dr. Christean
Wagner (Lahntal) (CDU): Da gibt es keinen
Zusammenhang!)

Auch in diesem Fall möchte ich Lektüre empfehlen. Falls das mit dem Lesen nicht klappt, sollten wir es einmal mit Zuhören versuchen. Ziffer 1 des Dringlichen Entschließungsantrags lautet:

Der Landtag stellt fest, dass der Hessische Verwaltungsgerichtshof mit der Ablehnung der Eilanträge gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens den Weg für den sofortigen Ausbaubeginn und die Schaffung von 40.000 neuen direkten Arbeitsplätzen in Hessen frei gemacht hat.

Das ist die Feststellung einer Tatsache. Ich möchte wissen, was an der Feststellung dieser Tatsache falsch ist. Das ist schlichtweg so.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU –
Zuruf)

– Herr Kollege Rudolph, Sie versuchen abzulenken. Hier geht es nicht um das Nachtflugverbot, sondern um die Tatsache, dass sich das so verhält. Fraport hat das Recht, dagegen vorzugehen und dort zu bauen. Das ist so, unabhängig davon, ob Ihnen das passt oder nicht.

Ich komme sofort zum Ende meiner Rede, bevor der entsprechende Hinweis kommt.

Er stellt weiterhin fest, dass die Räumung des Hütendorfs der Wiederherstellung von rechtmäßigen Zuständen dient.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Mein Gott!)

Kann man dem etwas entgegenhalten? – Ich meine: Nein.

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie sollten auch der Ziffer 1 zustimmen – und am besten auch der Ziffer 4.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der
CDU – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jeder blamiert
sich, so gut er kann!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Greilich, vielen Dank. – Nun erhält Herr Staatsminister Bouffier noch einmal das Wort.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, ich möchte nur kurz eine Erklärung abgeben. – Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Herr Schäfer-Gümbel, hat zum Schluss seiner Rede zum Ausdruck gebracht, es stünde mir nicht an, das Verhalten eines Abgeordneten zu bewerten.

(Zuruf: So ist es!)

Ich will dies in aller Form zurückweisen. Das ist mein Recht, und es ist als verantwortlicher Minister meine Pflicht. Wenn ein Abgeordneter in einer Rede im Landtag, die sich mit meinem Verantwortungsbereich beschäftigt, Dinge vorträgt, die nachweislich unzutreffend sind, ist es mein Recht, dem entgegenzutreten und das Verhalten zu bewerten.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig! – Thorsten
Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist unbestritten!)

Ich werde das auch in Zukunft so halten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der
FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister Bouffier, vielen Dank. – Wir sind am Ende der Aussprache angelangt. Mir liegt noch die Wortmeldung zu einer persönlichen Bemerkung vor. Ich habe noch die Wortmeldung zu einer persönlichen Bemerkung nach § 81 unserer Geschäftsordnung von Frau Kollegin Hammann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich weise darauf hin, dass persönliche Bemerkungen „nach Schluss der Beratung eines Gegenstandes“ zulässig sind.

Das Mitglied des Landtags darf nur Angriffe auf die eigene Person zurückweisen oder eigene Ausführungen berichtigen.

Frau Kollegin Hammann, Sie haben das Wort.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nutze jetzt einfach einmal die Gelegenheit. Als ich in

den Plenarsaal hineingekommen bin, hat man mir schon zugehaut: Du bist angegriffen worden; man hat gesagt, du hättest dich aus dem Parlament entfernt und dich widerrechtlich im Kelsterbacher Wald aufgehalten.

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist hier nie gesagt worden!)

Ich sage Ihnen: Das stößt bei mir auf vollkommenes Unverständnis. Was können Sie denn dagegen haben, dass sich Abgeordnete wirklich einbringen und in einer Situation, die sehr schwierig ist, versuchen, deeskalierend zu wirken? Wir GRÜNEN sind gegen Gewalt. Wir wollen die Zeit des Baus der Startbahn West nicht wiederhaben. Das war auch der Grund, weshalb wir uns in der Fraktion darauf verständigt haben, dass wenigstens eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter in den Wald geht. Ich habe gesagt: Das gehört zu meinem Aufgabenbereich. Ich bin gerne dort. Ich will mit den Menschen vor Ort reden.

Meine Damen und Herren, Sie können versichert sein, dass ich meine Tätigkeit als Abgeordnete wahrlich sehr ernst nehme. Das heißt aber nicht nur Anwesenheit in einem Plenum. Das heißt auch, dass ich die Sorgen der Menschen in der Region ernst nehme und durch meine Anwesenheit versuche, diese Sorgen aufzunehmen, und mich bemühe, dass es eben nicht zu einer Deeskalation kommt.

(Zurufe: Eskalation!)

– Entschuldigung, zu einer Eskalation. Sie merken, dass mich das sehr berührt, weil ich mir überhaupt nicht erklären konnte, dass man hier eine Debatte an diesem Punkt aufmacht. Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist wahrlich keine Sternstunde des Parlaments.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Es müsste auch in Ihrem Interesse liegen, dass es zu keiner Eskalation kommt. Ich kann Ihnen versichern, dass die Gespräche, die ich vor Ort mit den Polizisten und auch mit den Waldbesetzern geführt habe, in einer ruhigen Atmosphäre vorangegangen sind. Es hat am Ende dazu geführt, dass ich wieder nach Wiesbaden gefahren bin, aber mit einem Gefühl der Beruhigung, weil ich sehen konnte, dass es eben nicht zu Ausschreitungen in diesem Bereich kommen wird.

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie dies hier kritisieren – Herr Bouffier hat dies auch getan – und wenn Sie die Mehrheit im Parlament haben, sage ich Ihnen: Eine Gewissensentscheidung, meine Gewissensentscheidung können Sie nicht wegstimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hammann, für diese persönliche Bemerkung. – Bevor wir zur Abstimmung kommen, nehme ich an, Sie wollen getrennte Abstimmung beantragen, Kollege Rudolph. Dann nehme ich das so an, als hätten Sie das gerade gesagt, und ich hätte es gerade gehört.

(Günter Rudolph (SPD): Sehr schön, Herr Präsident!)

Dann werden wir über den Dringlichen Entschließungsantrag nach den Ziffern getrennt abstimmen.

Wer der Ziffer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP, Dagegen? – SPD, GRÜNE, LINKE.

Ziffer 2. Wer ist dafür? – CDU, FDP, SPD, Dagegen? – GRÜNE, LINKE.

Ziffer 3. Dafür? – CDU, FDP, SPD, Dagegen? – DIE LINKE. Enthaltungen? – GRÜNE.

Ziffer 4. Wer ist dagegen? – CDU, FDP, Dagegen? – SPD, GRÜNE, LINKE.

Damit ist dieser Entschließungsantrag angenommen.

Ich rufe nun den nächsten Punkt der Tagesordnung, **Punkt 2**, auf:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Landespersonalkommission

Nach § 113 des Beamtengesetzes wählt der Landtag sieben Mitglieder und sieben stellvertretende Mitglieder für die Personalkommission nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Der **Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/44**, liegt Ihnen allen vor. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht gemacht.

Wie mit den Fraktionen abgesprochen, erfolgt die Wahl offen, wobei jede Abgeordnete oder jeder Abgeordnete für die Wahl insgesamt über eine Stimme verfügt. Wird der Wahl durch Handzeichen, also der offenen Wahl, widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem vorliegenden Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, SPD, GRÜNE. Dagegen? – Dagegen ist keiner. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die Kollegen der LINKEN. Damit ist dieser Wahlvorschlag einstimmig angenommen und sind somit die Kollegen Bellino, Dr. Herr, Karin Wolff, Nancy Faeser, Wolfgang Decker, Frank Blechschmidt, Jürgen Frömmrich als Mitglieder und Hans-Jürgen Irmer, Astrid Wallmann, Peter Beuth, Dieter Franz, Heike Habermann, Wolfgang Greilich und Ellen Enslin als stellvertretende Mitglieder gewählt, nehmen die Wahl an und freuen sich auch darüber.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dann ist dieser Punkt auch erledigt.

Ich rufe **Punkt 3 der Tagesordnung** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Anpassung des Beamtenrechts in Hessen an das Beamtenstatusgesetz (Hessisches Beamtenrechtsanpassungsgesetz – HBRAnpG) – Drucks. 18/26 –

Der Innenminister bringt das Gesetz ein. Staatsminister Bouffier hat das Wort.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich bringe für die Landesregierung den Gesetzentwurf eines Beamtenrechtsanpassungsgesetzes für Hessen ein. Die, die dem letzten Landtag angehört haben, werden sich vielleicht daran erinnern: Wir haben in der letzten Wahlperiode diesen Gesetzentwurf in erster Lesung am 25. September eingebracht. Er ist seinerzeit dem Innenausschuss zur Beratung zugewiesen worden. Dieser Gesetzentwurf konnte nicht mehr zu Ende beraten werden, weil sich der Landtag auf-

gelöst hat. Ich bringe das Gesetz erneut ein, weil Handlungsbedarf besteht. Aus gegebenem Anlass will ich das in sehr kurzen Zügen tun.

Meine Damen und Herren, das sogenannte Beamtenrechtsrahmengesetz, das früher den gesamten Rechtsstatus der Beamten geregelt hat und ein Bundesgesetz war,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

ist mittlerweile durch die Ereignisse der Föderalismusreform in Wegfall gekommen. Stattdessen gibt es ein – in Teilen – neues Gesetz, nämlich das Beamtenstatusgesetz, ebenfalls ein Bundesgesetz, das zum 1. April 2009 in Kraft tritt. Dieses Gesetz führt in einigen Bereichen zu bedeutenden Änderungen des Beamtenrechts.

Es geht dabei im Wesentlichen um sogenannte Statusfragen, nach dem Motto: Wie kann jemand Beamter werden? Wie kann er das Beamtenverhältnis wieder auflösen? – Es geht bei diesem hessischen Ergänzungsgesetz wie aber auch bei dem Statusgesetz nicht um die Regelung des Beamtenrechts insgesamt. Die Regelung des Beamtenrechts soll erfolgen, wenn die Mediationsgruppe ihre Ergebnisse vorgelegt hat. Das werden wir hier im Einzelnen miteinander zu beraten haben.

Es geht darum, dass wir Vorsorge dafür treffen, dass das Beamtenstatusrecht und das bisherige hessische Beamtenrecht nicht miteinander in Kollision geraten, was der Fall wäre, wenn wir nicht bis zum 1. April die beiden Gesetze dort, wo es notwendig ist, verzahnen. Ich will ausdrücklich nur auf einen Punkt hinweisen. Es ist sehr viel Juristerei, was wichtig genug ist. Aber vielleicht können wir das im Ausschuss vertiefen.

Wir haben bisher die Situation gehabt, dass jemand als erstes Amt eine Berufung „zur Anstellung“ verliehen bekommen hat. Wenn er diesen Zustand überwunden hatte, hatte er später eine andere beamtenrechtliche Stellung. Besonders wichtig war für Beamtinnen und Beamte bislang, dass sie ab dem 27. Lebensjahr auch Beamte auf Lebenszeit werden konnten. Das alles gibt es in Zukunft nicht mehr.

In Zukunft gibt es nur noch eine einheitliche Vorbereitungszeit. Diese einheitliche Vorbereitungszeit führt im Ergebnis dazu, dass dieses Alterserfordernis wegfällt. Umgekehrt wird an diese Vorbereitungszeit eine Reihe von durchaus tiefer gehenden Voraussetzungen und Beurteilungskriterien zu stellen sein.

Wir haben in diesem Änderungsgesetz noch Konsequenzen – das ist nicht neu, ich erwähne das nur kurz – aus einer Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aufgenommen. Das Bundesverfassungsgericht hat im letzten Spätsommer oder Frühherbst entschieden, dass das Institut des Beamten auf Zeit verfassungswidrig ist; unser hessisches Beamtengesetz sah das vor. Das haben wir in diesem Gesetzentwurf berücksichtigt, sodass es in Zukunft in Hessen nur noch entsprechende Erprobungen und nicht zeitlich limitierte Spitzenpositionen sowie einen einheitlichen Vorbereitungsdienst geben wird.

Wir hatten diesen Entwurf in der letzten Periode, also vor einem guten halben Jahr, sowohl den Spitzenverbänden der Gewerkschaften als auch den Kommunalen Spitzenverbänden zugesandt. Wir haben von dort allgemeine Zustimmung erhalten. Ich gehe deshalb davon aus, dass dieses Gesetz eine breite Mehrheit finden wird.

Im Interesse unserer Beamtinnen und Beamten bitte ich darum, dass das Haus ausnahmsweise damit einverstanden

den ist, dass wir das sehr rasch beraten. Wir haben nicht allzu viel Zeit. Nach dem, wie es zumindest in der ersten Lesung der letzten Legislaturperiode behandelt wurde, bin ich zuversichtlich, dass das gelingen kann. Soweit vertiefende Fragen zu stellen sind, biete ich an, das im Ausschuss vorzunehmen. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister Bouffier. Für den Beifall sind wir nicht zuständig, Herr Minister. – Das Wort hat der Kollege Rudolph, SPD-Fraktion.

Günter Rudolph (SPD):

Der Präsident ist so, wie er ist. Bei einem eher sperrigen Thema ist das mit dem Beifall etwas schwierig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat ergeben sich die Zuständigkeiten aufgrund der Veränderungen durch die Föderalismusreform. Die Länder sind nun unter anderem zuständig für Laufbahnrecht, Besoldung und Versorgung. Deswegen handelt es sich hier um eine eher unspektakuläre Anpassung bzw. Änderung des Beamtengesetzes.

Dass die Vorschrift der Verbeamtung erst ab dem 27. Lebensjahr wegfällt, ist nachvollziehbar. Dafür gibt es gute Gründe.

Dass innerhalb eines Jahres nach der Verbeamtung auf Lebenszeit keine Beförderung stattfindet, ist vom Grundsatz her auch richtig. Ich will aber darauf hinweisen, dass man das differenziert betrachten muss.

Nehmen wir beispielsweise die Beamten des mittleren Dienstes, Besoldungsgruppe A 5. Für die wäre es schon – wenn sie gute Beamtinnen oder Beamte sind – wichtig, dass sie die Beförderungsmöglichkeit haben, zumal das Entgelt in diesen Gruppen nicht hoch ist. Aber Sie haben ja die Möglichkeit einer Ausnahme bei herausragender Qualifikation geschaffen.

Wir müssen es in den Beratungen noch vertiefen, ob das auch so gemeint ist, dass man das in diesen Besoldungsgruppen etwas großzügiger handhaben kann. Ich finde, diejenigen, die etwa im Justizbereich eine verantwortungsvolle Tätigkeit leisten und nach A 5 bezahlt werden, sind froh, wenn sie vielleicht nach A 6 kommen können – und das sind keine Sprünge von einigen Hundert €, sondern da geht es um vielleicht 50 oder 60 €.

Wenn das so angelegt ist, dann ist das nach meiner Meinung ein praktikabler und der Praxis entsprechender Weg.

Dass jetzt Führungsfunktionen auf Probe vergeben werden sollen, entspricht der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Wir halten es auch für richtig, dass man wichtige Führungsfunktionen testet. Denn nicht jeder, der – vielleicht auch aus politischen Gründen – in ein Führungsamt berufen wird, hat auch die erforderliche Qualifikation.

Früher war es so: Wenn die einmal da waren, dann waren sie da. Das hat in aller Regel nicht dazu geführt, dass die Leistung besser wurde, sondern der Steuerzahler durfte für eine vielleicht nicht so tolle Leistung lebenslang bezahlen.

Wenn man das sinnvoll anwendet, findet das auch unsere Zustimmung.

Wir erleben das gerade bei der neuen Regierungskoalition: Da gibt es eine hohe Fluktuation, auch bei den Beamten. Da muss man sicherlich hinschauen, ob Mitarbeiter, die aus Parteien kommen, schon allein deswegen qualifiziert sind oder ob das eine oder andere Qualifizierungsmerkmal – –

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

– Ich kann mich gar nicht daran erinnern, dass das irgendwann bei uns einmal so gewesen sein soll. Das ist schon so lange her.

(Heiterkeit)

Mit Verlaub, Herr Kartmann, das war schon gut, aber das ist lange her. Ich weiß das gar nicht mehr.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber vielleicht würden wir das ähnlich machen wollen wie Sie.

Herr Bouffier, eines möchte ich durchaus kritisch anmerken. Man sollte Beteiligungsrechte ernst nehmen. Wenn ver.di schreibt, sie seien in der aktuellen Wahlperiode nicht angehört worden, so ist das ein Verstoß gegen die Beteiligungsrechte nach § 110 des Beamtengesetzes. Sie könnten argumentieren, ver.di sei in der vorigen Wahlperiode angehört worden; aber ich finde, das gehört zu einem vernünftigen Umgang miteinander.

Ich weiß, Sie tun sich beim Thema Gewerkschaften eher schwer. Deswegen findet man bei dieser Anpassung jetzt auch nichts zum HPVG – mehr Mitbestimmungsrechte. Auch das hätte man machen können.

Es sieht also so aus, als ob wir dem zustimmen könnten.

Sie haben angekündigt, es kommt eine große Dienstrechtsreform. Da bin ich eher skeptisch. Aus Erfahrung haben Sie ehemalige Politiker aus allen Parteien berufen.

(Minister Volker Bouffier: Ja!)

Schauen wir einmal, was dabei herauskommt – ob eine solche Dienstrechtsreform auch dazu führt, dass die Mitarbeiter in der Verwaltung anschließend motiviert sind. Das wollen wir einmal abwarten. Es geht auch darum, wie Sie es mit der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst handhaben – eher stiefväterlich oder -mütterlich, oder wollen Sie, dass Mitarbeiter auch mitdenken und bei der Ausgestaltung etwas sagen dürfen?

Daher glaube ich, wir können bei diesem Gesetzentwurf eine kurze Beratung durchführen. Auf den großen Wurf der Landesregierung Ende des Jahres warten wir noch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Rudolph. – Das Wort hat der Kollege Frömmrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ist er wieder!)

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will ebenfalls noch einige Anmerkungen zu diesem Themenkomplex machen. Es ist von den Vorrednern bereits angesprochen worden: Wir beschäftigen uns mit diesem Thema als einem Ausfluss der Föderalismusreform I. Die Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern wurden neu geregelt. Der Bund ist für die Statusrechte und -pflichten zuständig, wir als Länder sind für Laufbahn, Besoldung und Versorgung zuständig.

Das, was hier als Gesetzentwurf vorgelegt worden ist, ist im Prinzip die Anpassung der hessischen Gesetze an das Statusgesetz, das zum 1. April 2009 in Kraft treten soll.

Die Landesregierung schlägt hier vor, die hessischen Regelungen an die Regelungen des Beamtenstatusgesetzes anzupassen. Parallel dazu – der Kollege Rudolph hat es gerade gesagt – soll eine große Dienstrechtsreform stattfinden. Darauf warten wir mit Spannung.

Ich halte es auch für klug, dass der Innenminister in der Frage der Dienstrechtsreform alle Parteien eingebunden hat. Die Frage wird sein, ob es nachher wirklich der große Wurf wird. Aber wir haben in diesem Bereich Reformbedarf – und dies ist der eigentlich wichtige Bereich, der demnächst ansteht und worauf wir unser Augenmerk lenken sollten.

Jetzt wird die Art und Weise der Anstellung neu geregelt. Der Minister hat es gerade ausgeführt. Der Beamte zur Anstellung wird abgeschafft, ebenso der Eintritt in das Beamtenverhältnis erst ab dem 27. Lebensjahr. Die Beförderung auf Probe wird ermöglicht, die Führungsfunktion auf Probe wird eingeführt. Das ist dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Beamtengesetz in Nordrhein-Westfalen geschuldet. Hiermit wird die hessische Gesetzgebung an diese Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angepasst.

Beim Studium der Anhörungsunterlagen der 17. Wahlperiode, die uns die Landesregierung dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat, habe ich gesehen, dass auch einige Vorschläge der Landespersonalkommission noch in den Gesetzentwurf eingearbeitet worden sind. Insbesondere will ich hier den Wegfall der Deckelung zum Nachteilsausgleich für Beamtinnen und Beamte nennen, die wegen Kindererziehungszeiten, Wehrdienst und anderem einen Ausgleich erhalten sollen. Das halte ich für eine richtige und gute Regelung.

Ergänzt wurde § 19a um die Regelung der Führungsfunktionen auf Probe.

Trotzdem will ich noch einen Satz zu dem sagen, was auch ver.di angesprochen hat. Ich will kurz aus der Stellungnahme von ver.di zitieren und in Richtung der Landesregierung sagen: Vielleicht sollten Sie noch ein Genderprogramm über diesen Gesetzestext laufen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ver.di sagt dazu:

Generell ist anzumerken, dass trotz der jetzt geplanten durchgehenden Änderung des Hessischen Beamtengesetzes die Landesregierung bei dem rein männlichen Sprachgebrauch des Gesetzes bleiben will. Demgegenüber verwendet das Beamtenstatusgesetz des Bundes durchgehend die Begriffe der Beamtin bzw. des Beamten.

Da wir in Hessen auch Beamtinnen haben, würde ich Ihnen empfehlen, einmal das Genderprogramm über diesen Text laufen zu lassen.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da muss erst Frömmrich kommen, um uns das zu erläutern!)

– Ja, ich muss sagen, in dieser Frage habe ich sehr viel von der Kollegin Hölldobler-Heumüller gelernt.

Aber Spaß beiseite. Was den Schnelldurchlauf dieses Gesetzentwurfs angeht, gibt es durchaus auch Kritik derer, die das Recht auf Anhörung haben. Die Unterlagen, die uns zur Verfügung gestellt worden sind, stammen aus der 17. Wahlperiode. Es gab also kein gesondertes Verfahren zum jetzigen Gesetzentwurf.

Gleichwohl erkenne ich an, dass das auch den besonderen Umständen der 17. Wahlperiode geschuldet ist. Deswegen sagen wir, ausnahmsweise werden wir diesem Schnellverfahren zustimmen und es ermöglichen, die Fristen zu wahren, damit das Gesetz zum 1. April 2009 in Kraft treten kann.

Herr Innenminister, daran können Sie erkennen, dass wir objektive Zwänge durchaus anerkennen und dort, wo es notwendig ist, pragmatischen Lösungen gegenüber aufgeschlossen sind.

Das gilt aber nicht – und das geht in Richtung von Herrn Wintermeyer – für alle Gesetzentwürfe und Vorhaben. Denn manchmal muss man sich Zeit dafür nehmen, einen Gesetzentwurf ordentlich zu beraten und Vorschläge aufzunehmen, die von denjenigen kommen, die das Recht auf Anhörung haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Wir sind in einer ordentlichen Beratung!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Das Wort hat der Abg. Bellino, CDU-Fraktion.

Holger Bellino (CDU):

Zunächst begrüße ich sehr herzlich den Kollegen Frömmrich: Schön, dass du wieder da bist.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute – das wurde bereits mehrfach gesagt – die erste Lesung des Beamtenrechtsanpassungsgesetzes zu besprechen. Ich gehe davon aus, dass das in erster Linie nachher im Innenausschuss geschehen wird, oder auch bei der zweiten Lesung hier im Plenum.

Wir haben heute nachlesen können, dass dieses Gesetz bereits zum 1. April 2009 in Kraft treten muss, um Nachteile für die Betroffenen, auf die eben hingewiesen wurde, zu vermeiden. Wir wissen, diese Anpassung ist aus zwei Gründen notwendig: zum einen aufgrund der Änderungen, die uns durch die Föderalismusreform I ins Haus stehen. Da gibt es Anpassungsbedarf. Konkret haben wir die Aufgabe, das Hessische Beamtengesetz an das Beamtenstatusgesetz des Bundes anzupassen.

Andererseits haben wir auch zur Kenntnis zu nehmen, dass wir aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 2008 einige Lehren ziehen müssen. Damals

ging es zwar um Gesetze in Nordrhein-Westfalen, aber bei entsprechender Auslegung können und müssen wir davon ausgehen, dass zumindest unser § 19b im bestehenden Gesetzwerk ebenfalls nicht verfassungskonform ist.

Ich möchte an dieser Stelle, und dies auch für die CDU-Fraktion, sagen, dass wir sehr wohl erfreut feststellen, dass es aufgrund einer interfraktionellen Absprache in der vergangenen Legislaturperiode möglich war, für die Betroffenen Nachteile zu vermeiden, indem man damals das Kabinett mit entsprechenden Kompetenzen ausstattete, die normalerweise nur das Parlament hätte vollziehen können, aufgrund der damals noch bestehenden Gesetzeslage.

Hier geht es jetzt in erster Linie darum, dass die bisherigen Führungsämter auf Zeit in dem § 19b gestrichen und in den § 19a überführt werden. Ich gehe davon aus, dass wir darüber nachher im Ausschuss diskutieren werden. Es ist in diesem Zusammenhang erfreulich, dass es gelingen wird, befürchtete Nachteile aufgrund dieser Gesetzesänderung durch eine abermalige Änderung auszuschließen. Wir werden dies im Ausschuss diskutieren. Wir haben dazu – das darf ich schon ankündigen – einen kleinen Änderungsantrag, der allerdings lediglich redaktionelle Änderungen beinhaltet; und wir gehen ebenfalls wie der eine oder andere Vorredner davon aus, dass wir uns im Ausschuss und später im Plenum einvernehmlich einigen werden. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Bellino. – Das Wort hat Herr Abg. Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie meine Vorredner schon dargestellt haben, haben wir hier ein durchaus umfangreiches Änderungswerk verschiedener Beamtengesetze vorliegen, die darauf basieren, dass aufgrund der Föderalismusreform Kompetenzen von Bundesseite auf die Länder übertragen wurden.

Die DGB-Gewerkschaften haben sich, und das ist uns als LINKE wichtig, dagegen ausgesprochen, hier sozusagen in Kleinstaaterei zu verfallen. Was die Besoldung, die Versorgung sowie das materielle Beamtenrecht angeht, wird vorgeschlagen, bei bundeseinheitlichen Regelungen zu bleiben und nicht in Konkurrenz zwischen den einzelnen Bundesländern zu verfallen. Ich denke, es ist nach wie vor wichtig, dies an dieser Stelle noch einmal anzusprechen und zu betonen, auch wenn es sich bei der Gesetzesvorlage nur – das sage ich in Anführungszeichen; das hätte man auch anders machen können – um eine technische Anpassung handelt. Es ist klar, dass die Anpassung unter anderem deshalb notwendig wurde, weil nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, auf die schon meine Vorredner hingewiesen haben, die Regelung der Führungspositionen auf Zeit so nicht mehr haltbar war.

Nun habe ich heute Morgen – mit Datum von heute – um 10:09 Uhr per Fax die Stellungnahmen des Anhörungsverfahrens vom August und September letzten Jahres erhalten. Jetzt weiß ich nicht, ob dies nur bei unserer Fraktion der Fall war. Jedenfalls konnte ich sie, wie Sie vorhin treffend festgestellt haben, bis zu diesem Zeitpunkt nicht lesen, da ich mich im Kelsterbacher Wald befunden habe.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie haben sie nicht lesen können, weil Sie Ihren Abgeordnetenpflichten nicht nachkamen und im Kelsterbacher Wald waren!)

Es ist schon sehr interessant, dass uns die Hessische Landesregierung am Tag der Parlamentsberatung – und nicht einen oder zwei Tage vorher – in dieser Art und Weise informiert.

(Rafael Reißer (CDU): Zweimal nicht gelesen!)

Da wir vorhin bei der Diskussion um Rechtmäßigkeit und Rechtswidrigkeit – –

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun kommen Sie dazu!)

– Herr Frömmrich, ich komme gleich noch zu diesem Thema. Ich komme nämlich zu einem anderen Ergebnis als Sie. – Wir haben vorhin über Rechtmäßigkeit und Rechtswidrigkeit gesprochen. Es ist zweifelsohne so, dass ein Gesetzentwurf, der durch die Landesregierung in beamtenrechtlichen Fragen eingebracht wird, gemäß § 110 Hessisches Beamtengesetz der vorherigen Anhörung der Verbände und Gewerkschaften bedarf.

(Horst Klee (CDU): Das ist doch erfolgt!)

– Herr Klee, nein, die ist eben nicht erfolgt. Die Anhörung, die sich auf den Gesetzentwurf bezieht, ist eine Anhörung der 17. Legislaturperiode. Wie Sie sicherlich besser wissen als ich, ist die 17. Legislaturperiode zu Ende, und all dies, was dort getätigt wurde, ist in diesem Fall nicht mehr zu verwenden. Ich wäre aber noch bereit, zu akzeptieren, dass diese Stellungnahmen, die uns nun verspätet erreicht haben, dann Gültigkeit haben, wenn es sich um die gleiche Vorlage handeln würde, wie seinerzeit hier im Parlament beraten wurde. Das ist aber nicht der Fall.

Wir haben zumindest eine Änderung, nämlich die Änderung im Zusammenhang mit dem § 19b des Hessischen Beamtengesetzes, und damit haben wir keine identische Gesetzesvorlage. Weil wir über Gesetzmäßigkeit diskutiert haben und wir der Meinung sind, dass das nicht so nebenbei behandelt werden kann, sind wir nicht bereit, zu akzeptieren, dass das Anhörungsverfahren aus der 17. Legislaturperiode hiermit sozusagen angewandt wird. Wir werden auch im Ausschuss darauf bestehen, dass die Gewerkschaften und Verbände in geordneter Art und Weise – zumindest schriftlich, und das ist bis zum 01.04. auch möglich – angehört werden und dass in einem Anhörungsverfahren des Parlaments geheilt wird, was vonseiten des Ministeriums nicht möglich war oder versäumt wurde.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein paar Worte zur Gesetzesvorlage selbst sagen. Wir haben – das haben die Vorrednerinnen und Vorredner noch nicht erwähnt – in der Gesetzesvorlage eine Regelung, die unsere Zustimmung natürlich auf keinen Fall finden wird, nämlich § 85 des Hessischen Beamtengesetzes, wo eine Verlängerung des Ausgleichs für geleistete Mehrarbeit von derzeit drei Monaten auf zwölf Monate vorgenommen wird. Das führt zu einer weiteren Arbeitszeitflexibilisierung, die wir ablehnen.

Nun ist schon darauf hingewiesen worden, dass eine große Dienstrechtsreform ansteht. Deshalb will ich an dieser Stelle auch nur noch einmal darauf hinweisen, dass es uns als LINKE im Rahmen dieser parlamentarischen Diskussion darum geht, dass Beamtinnen und Beamte in Hessen eine Perspektive und echte Beteiligungsrechte erhalten.

Wenn wir schon im Land in der Lage sind, eine eigene Beamtengesetzgebung vorzunehmen, soll sie auch für andere Landesparlamente ein Schrittmacher sein, was die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Beamtinnen und Beamten angeht, sozusagen nach dem alten Slogan – den ich nach wie vor gut finde –: „Hessen vorn“ oder „Hessen wieder vorn“.

Das ist der Ansatz, mit dem wir in diese Debatte gehen. Darunter verstehen wir z. B. die Reduzierung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf maximal 39 Stunden. Wie Sie wissen, haben wir in Hessen mit 42 Stunden in der Woche die längsten Arbeitszeiten. Das ist weder akzeptabel, noch ist es den Beamtinnen und Beamten auf Dauer weiterhin zuzumuten.

Wir treten für kooperative Führungsstrukturen und für eine Mitbestimmung ein, die ihren Namen verdient. In diesem Zusammenhang will ich nur darauf hinweisen, dass wir für die nächste Plenarsitzung den Gesetzentwurf zur Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes eingebracht haben, der von den DGB-Gewerkschaften entwickelt wurde und der zumindest das an Mitbestimmungsrechten wiederherstellen soll, was es in Hessen vor 1999 gegeben hat, damit man auch tatsächlich von Mitbestimmung reden kann.

Gleichzeitig fordern wir eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern.

Zusammengefasst heißt unsere Position bei der Dienstrechtsreform: Wir wollen mündige und selbstbewusste Beschäftigte in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Abg. Schaus. – Das Wort hat Herr Dr. Blechschmidt für die FDP-Fraktion.

Dr. Frank Blechschmidt (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Bei dem Studium der Tagesordnung habe ich festgestellt, dass ich zu dem zweitwichtigsten und zweitinteressantesten Punkt nach der heutigen Regierungserklärung reden kann. Die Tagesordnung ist erweitert worden, und dies ist einer von vielen interessanten Tagesordnungspunkten. Ich freue mich außerordentlich, mich zu Wort melden zu können. Herr Schaus, es freut mich außerordentlich, ganz gemäß einer alten Tradition im Hochtaunuskreis, nach Ihnen reden zu können: Herr Bellino vorneweg, Blechschmidt hernach, sobald Herr Schaus gesprochen hat.

(Günter Rudolph (SPD): Wir sind hier nicht im Kreistag!)

– Es kam ein bisschen Heimatgefühl auf, und das ist für die erste Rede immer gut. Herr Schaus, danke schön, ich fühle mich schon heimisch. Ich habe die Worte gehört; und ich merke schon, dass auch die Stimmung entsprechend ist. Daher freue ich mich immer, wenn ich nach Ihnen reden kann.

Weil so viele Nichtjuristen geredet haben: Herr Bellino hat sehr kompetent geredet. Herr Schaus hat auch geredet. Das sind beides keine Juristen. Ich bin Jurist,

(Beifall bei der FDP und der Abg. Judith Lannert (CDU))

deswegen will ich auch die dritte Regel befolgen und nicht den Anfängerfehler machen, jetzt lange zu reden, zumal die Tagesordnung schon fortgeschritten ist.

(Günter Rudolph (SPD): Ich schätze immer die Bescheidenheit von Juristen!)

Ich will mich auf das Wesentliche beschränken. Ich glaube, dass schon viel gesagt worden ist.

Ich möchte meine Rede überschreiben mit: „Das Gesetz ist nicht nur eine technische Gesetzesänderung, sondern dringend notwendig.“ Verweisen will ich auf die vielen Beiträge, beginnend mit der Einführung von Herrn Innenminister bis hin zu den einzelnen Redebeiträgen. Bei diesem Gesetzentwurf – Herr Schaus hat es deutlich gemacht – haben wir noch wenig Konfliktpotenzial. In Zukunft wird es Konfliktpotenzial geben. Wir wissen, dass die Ansichten dann sehr unterschiedlicher Natur sein werden. Verschiedene Beispiele, was eingeführt und was modifiziert wurde, wurden dargelegt. Ich will das nicht wiederholen, sondern, Herr Innenminister, wenn Sie erlauben, mit der Alternative unter Punkt D Ihrer Vorlage enden. Da steht – das ist auch eine Zusammenfassung –:

Bei nicht rechtzeitiger Anpassung des Hessischen Beamtengesetzes an das Beamtenstatusgesetz ist für den Rechtsanwender ab dem 1. April 2009 nur sehr schwer feststellbar, welche Regelung er im konkreten Fall anzuwenden hat. Darüber hinaus sind verschiedene Fragen ohne rechtzeitige Neuregelung oder Ausgestaltung durch den Landesgesetzgeber gar nicht mehr geregelt.

Noch kürzer: Alternativen gibt es keine. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich auf eine gute Beratung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Hermann Schaus und Janine Wissler (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Blechschmidt. – Meine Damen und Herren, das war die erste Rede des Abg. Dr. Blechschmidt in diesem Hause. Herzliche Gratulation dazu.

(Allgemeiner Beifall)

Wir sind am Ende der Aussprache. Es ist vereinbart, dass wir diesen Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Innenausschuss überweisen. – Ich sehe, es gibt keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen – Drucks. 18/27 –

mit dem **Tagesordnungspunkt 7:**

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Konjunkturprogramm des Bundes – Drucks. 18/45 –

und **Tagesordnungspunkt 10:**

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Konjunkturpaket II des Bundes – Drucks. 18/48 –

Eingebracht wird der Gesetzentwurf vom Hessischen Minister der Finanzen. Herr Staatsminister Weimar, Sie haben das Wort.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute im Laufe des Tages schon eine intensive Diskussion über die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und in unserem Bundesland erlebt sowie über die Frage, welche Alternativen man zur Verfügung hat, um auf diese Situation angemessen zu reagieren.

Auf Bundesebene sind in der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland, die entsprechenden Schritte in die Wege zu leiten, das Konjunkturpaket I und das Konjunkturpaket II verabschiedet und die entsprechenden Rahmen gesetzt worden.

Hier ist das Programm nicht nur aus dem Infrastrukturförderprogramm definiert, sondern besteht darüber hinaus aus verschiedenen anderen Dingen, insbesondere auch auf steuerlichem Gebiet, bei Bürgschaften, usw., mit denen man ein, wie ich glaube, sehr gutes handwerkliches Rüstzeug hat, um in dieser wirtschaftlich außerordentlich schwierigen Situation angemessen bestehen zu können.

Für die Hessische Landesregierung war es die Frage, ob das Programm, das hier vorgelegt wird, in dieser Situation für das Land Hessen ausreichend ist oder ob es noch zusätzlicher Impulse durch das Land Hessen bedarf. Das Ergebnis kennen Sie. Wir sind der Überzeugung, dass ein hessisches Sonderinvestitionsprogramm mit sehr spezieller Ausrichtung richtig und vernünftig ist.

Mit unserem Sonderinvestitionsprogramm sichern wir mit einer Volumenhöhe von insgesamt 1,7 Milliarden € in umfangreicher Art und Weise Arbeitsplätze in der Bauindustrie, im Handwerk und bei den Zulieferbetrieben. Neben den Arbeitsplätzen sichern wir auch die Strukturen, die notwendig sind, wenn es wieder zu einem Aufschwung kommt, damit wir dann die Infrastruktur haben, um mit einer funktionierenden Bauwirtschaft in einen solchen Aufschwung hineingehen zu können.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass wir gerade in den Jahren 2000 bis 2003 und 2004 erhebliche Substanzverluste in der Bauindustrie in Deutschland und auch in Hessen hatten und dass das gerade in der Phase des Aufschwungs in den Jahren 2005, 2006 und insbesondere 2007, bis tief in das Jahr 2008 hinein, dazu geführt hat, dass erhebliche Kapazitätsengpässe bestanden und dass in einem hohen Maße ausländische Firmen herangezogen worden sind, um in Deutschland die Baumaßnahmen durchführen zu können. Schließlich ist es zu erheblichen Preissteigerungen gekommen. Das heißt, wir haben für viel Geld weniger Beton bekommen – um das so knapp auszudrücken.

Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass in der derzeitigen Situation die Bauwirtschaft und das Handwerk nicht erneut zusammenbrechen und es keine weiteren Verschlechterungen der Infrastruktur gibt.

Im Übrigen haben wir uns bei der Vorstellung, wie man das Programm konzipiert, in besonderem Maße daran gehalten, dass gerade bei den Schulen die Lern- und Lehrbedingungen von entscheidender Bedeutung für das Gesamtprogramm sind, das wir uns vorgenommen haben: von Schulen, die für sich selbst verantwortlich sind, bis hin zu zusätzlichen Möglichkeiten des Ganztagsunterrichts und vielem mehr, was mit einem Bauprogramm unterfüt-

tert werden muss, das erkennbar von den Schulträgern definiert worden ist, aber wo das Geld in beträchtlichem Umfang gefehlt hat, um das kurzfristig umzusetzen.

Im Übrigen, um auch das zu sagen: Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes ist fast jede Investition in unsere Schulen eine wesentliche ökologische Verbesserung der Situation; denn die meisten Schulen, die wir haben, sind aus den Sechziger- und Siebzigerjahren. Es wird immer so flapsig gesagt: „Plattenbauten mit Flachdach“, das meistens relativ schnell kaputtgegangen ist. Gerade hier ist der Ansatz sehr richtig, weil wir den Energieverbrauch deutlich drosseln können und darüber hinaus die Kosten der Schulträger für ihre Schulen deutlich sinken werden. Deswegen haben wir uns diesen Punkt in besonderer Weise mit einer Auslobung in Höhe von 1,2 Milliarden € vorgenommen.

Das Zweite sind die Hochschulen. Auch hier kommt uns zugute, dass wir mit dem HEUREKA-Programm und mit der aktiven Mitwirkung der Hochschulen schon heute eine sehr präzise Vorstellung davon haben, was wir investieren können, was wir an Investitionen vorziehen können, weil gerade die Hochschulen schon sehr gut in die Zukunft gearbeitet haben. Wir können ganz sicher sein, dass das, was wir mit dem HEUREKA-Programm machen, dazu passt, die moderne Universität der Zukunft, wie wir sie uns an den Standorten der hessischen Hochschulen vorstellen, tatsächlich umsetzen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, auch hier muss man sagen: Der bauliche Zustand vieler Altbauten im Bereich der Universitäten ist abenteuerlich und hat mit ökologischen Überlegungen und Infrastruktur gar nichts zu tun. Deswegen ist all das, was wir hier wegnehmen und neu bauen, auch ein Schub für den Umweltschutz, die Nachhaltigkeit, Kostensenkung usw.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich bleibe dabei, obwohl ich gelegentlich in den Zeitungen lese, Bauen würde keine Lernbedingungen verbessern. Ich halte das für ganz falsch. In guten Räumen kann man gute Leistungen erzielen, weil alle Beteiligten Spaß daran haben, in einem solchen Umfeld lernen zu können. Wenn auch die technische Infrastruktur hervorragend ist, dann kommen einfach bessere Ergebnisse heraus.

Meine Damen und Herren, damit das ganz klar ist: Dieses Gesetz ist im Verhältnis zum Bundessonderinvestitionsprogramm kein Ausführungsgesetz zum Bundesprogramm, sondern es regelt, wie wir die Mittel verwenden. Das Programm des Bundes wird in Hessen 1 : 1 nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes umgesetzt.

Der einzige Grund, warum wir die Ermächtigung des § 6 brauchen, ist, dass uns von Anfang an klar war: Mit 1,2 Milliarden € für die Schulen und 500 Millionen € für die Hochschulen sind wir beim Bauen an einer objektiven Grenze des Leistbaren angekommen. Deswegen haben wir gesagt: Das, was vom Bund kommt, wird dort substituiert. Es bleibt bei der Volumenhöhe. Bei den Hochschulen ist es übrigens noch um 40 Millionen € hochgegangen, weil es dort noch ein paar Überlegungen gibt, wie man das Geld vernünftig platzieren könnte, wenn die entsprechende Antragstellung kommt. Auch private Einrichtungen, wie Helmholtz, Max Planck, aber auch EBS und andere könnten Nutznießer solcher programmatischen Überlegungen sein. Wir müssen sehen, ob das ins Pro-

gramm passt. Jedenfalls ist es noch um 40 Millionen € erhöht worden.

Die Substitution der Mittel führt dazu, dass wir Landesprogrammmittel in wesentlichem Umfang für die kommunale Infrastruktur nutzen können. Das wollten wir, weil wir von Anfang an wussten, dass die Voraussetzungen für die Umsetzung des Landesprogramms deutlich einfacher zu erfüllen sind, als es das Bundesprogramm sein wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das beklage ich im Moment ein bisschen. Aber wenn es der Bund so will, werden wir es umsetzen müssen. Das ist immer so eine Folge, wenn sich Berlin daran begibt und nicht ganz bekannt ist, was vor Ort passiert. Im Moment verhandeln die Beteiligten wieder, um zu vernünftigen Ausführungsbestimmungen zu kommen. Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, das auf einen Level zu bringen, der auf der einen Seite im Sinne des Haushaltsgesetzgeber des Bundes ist, dass die Mittel tatsächlich richtig eingesetzt werden, aber auf der anderen Seite auch operativ machbar ist.

Wir sind gerüstet, dass wir jeden Euro der Bundesmittel umsetzen können und umsetzen werden. Wir werden uns dafür in besonderer Weise anstrengen. Hier erfolgt eine Substitution, und dafür ist die Ermächtigung im Programm.

Meine Damen und Herren, wir werden diese Mittel dann der kommunalen Infrastruktur zugute kommen lassen, sodass aus dem Gesamtprogrammvolumen von 958 Millionen € Bundesmitteln inklusive Komplementärmitteln und von den 1,7 Milliarden €, die wir haben, in Zukunft 1,2 Milliarden € für die Schulen ausgegeben werden, 540 Millionen € für die Hochschulen – das ist ziemlich außer Streit –, 100 Millionen € für die Krankenhäuser – auch das war ein Wunsch vieler, dass wir noch etwas für die Krankenhäuser tun –, 200 Millionen € für den Straßenbau. Das ist streitig. Aber weil hier schon „Anhörung“ gerufen wird: Dazu brauchen wir nicht anzuhören, sondern da müssen wir politisch entscheiden, ob wir das eine oder das andere wollen. Die Koalitionsfraktionen sind der Überzeugung, dass die kommunale Infrastruktur in Hessen durch ein solches Straßenbauprogramm in besonderer Weise gefördert wird und dass das langfristig für die Entwicklung des Landes von besonderer Bedeutung ist. Deswegen sind dort die 200 Millionen € eingesetzt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister, ein freundschaftlicher Hinweis: Die zwischen den Fraktionen vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Dann haben wir noch 570 Millionen € für die kommunale Seite. Davon ist der größere Teil aus dem Landesprogramm. Auch hier muss man sagen, damit an der Stelle schon ein bisschen Beruhigung eintritt: Die Landestreuhandstelle Hessen hat die 1,7 Milliarden € Refinanzierung sichergestellt. Es ist übrigens eine außerordentliche Leistung, in diesen Zeiten 1,7 Milliarden € zu refinanzieren, auch wenn es für ein Land ist. An der Stelle will ich die LTH einmal besonders loben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Denn sie hat mit der Europäischen Investitionsbank und anderen auch europäischen Institutionen dieses Geld bereitgestellt. Nur, dieses Geld ist auch der LTH in einem Korridor geliehen worden, den wir nicht beliebig verlassen können. Deswegen ist jede Idee, die wir noch haben, immer darauf abzugleichen, ob die Bedingungen der Darlehensgeber für die LTH und die Bedingungen, unter denen die LTH es weiterreichen kann, eingehalten werden können. Deswegen haben wir diese sechs Bereiche: Investitionen in Brand- und Katastrophenschutz, Sportstätten, Kindertagesstätten, kommunaler Straßenbau, Bürgerhäuser, und was in der Peripherie dieser Dinge liegt und vernünftig und richtig ist. Das ist mit der LTH-Refinanzierung abgedeckt, und in diesen Bereichen können wir investieren.

An der Stelle noch ein Hinweis. Denn mich ärgert, wenn man hier sagt, wir müssen für die sinnvolle Verwendung der Mittel sorgen, und damit die Kommunen meint. Wir haben eine kommunale Selbstverwaltung, wir haben Bürgermeister und Gemeindeparlamente, Stadtparlamente, die sich anstrengen, mit dem Geld Richtiges zu machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen darf man nicht per se unterstellen, dass die irgendetwas Schlechtes mit dem Geld machen. Wir haben Vertrauen. Es wird diese Gruppe geben, die nachprüft, ob das korrekt ist. Der Rechnungshof wird sich damit befassen. Aber ansonsten möchten wir den Kommunen an der Stelle große Freiheit geben.

Planungskosten sind unschädlich, nachdem das lange einen Streit gab. Alle Maßnahmen, die 2009 im Haushalt waren, können nicht mehr gefördert werden, übrigens auch die, die im Entwurf waren und im letzten Moment herausgenommen wurden, was wir in diesen Tagen mehrfach erlebt haben. Wir haben in aller Freundschaft mit den Beteiligten gesprochen. Das ist ein Investitionsprogramm für vorgezogene Investitionen aus den Jahren 2010 ff. und kein Substitutionsprogramm für Mittel der Kommunen, die sie 2009 sowieso ausgeben wollten. Diese Klarheit muss sein, das weiß am Ende auch jeder. Wir werden darauf achten, dass das so nicht passiert und wir nicht nachher öffentliche Diskussionen haben.

Wir werden ein sehr unbürokratisches Antragsverfahren für die hessischen Gelder haben. Wir möchten wissen, wie das Projekt definiert ist, was es voraussichtlich kostet, wann es begonnen wird und wann es abgeschlossen wird, und wir möchten eine Erklärung haben, dass dieses Projekt 2009 noch nicht in der Förderung im Haushalt gewesen wäre. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, können die Beteiligten einen Vertrag mit der LTH abschließen, und dann werden sie die Gelder zur Verfügung gestellt bekommen, damit wir wirklich das tun, was wir tun müssen, nämlich in diesem Jahr schon Schübe in die Wirtschaft hineinzubringen. Denn es hat keinen Zweck, ein Programm aufzulegen, das 2010 greift, wenn hoffentlich der Aufschwung wieder voll im Gange ist. Jetzt muss die Sache schnell umgesetzt werden. Deswegen ist jeder Tag wichtig, den wir in der Frage gewinnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Mit einer Kofinanzierung von 16,6 % bzw. 12,5 % bei den Bundesmitteln durch die Kommunen und einer 30-jährigen Darlehensfinanzierung dieser Kofinanzierungsmittel sind die jährlichen Beiträge so gering, dass sich das auch eine finanzschwache Gemeinde leisten kann. Im Übrigen

haben wir dafür gesorgt, erstens dass alle Maßnahmen, die im Investitionsprogramm sind, als Investition gelten und im Haushalt auch so darzustellen sind, zweitens dass der Regierungspräsident keine Genehmigung mehr auszubringen hat, sondern dass diese Maßnahmen genehmigt sind, sodass die Beteiligten schnell agieren können.

Wir werden im Ausschuss sicher noch über Details reden. Ich glaube, wir haben das gut durchdacht. Bis zum jetzigen Zeitpunkt läuft das prima. Die Kommunalen Spitzenverbände sind intensiv eingebunden, weil wir das ohne die kommunalen Partner nie schaffen. Ich bin den kommunalen Partnern außerordentlich dankbar für den Grad der Übereinstimmung, den wir erzielt haben. Wir haben vieles aufgenommen, was die gesagt haben, und die haben manches akzeptiert, was wir gesagt haben.

(Dem Redner wird das Mikrofon abgestellt.)

Wir sind jetzt so weit, dass alle Beteiligten sagen, so können wir es machen. Deswegen wäre meine herzliche Bitte, dass der Hessische Landtag sehr schnell entscheidet, dass wir es so machen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister Weimar. – Das Wort hat Herr Kollege Norbert Schmitt, SPD-Fraktion.

Norbert Schmitt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Konjunkturprogramm der Landesregierung ist aus unserer Sicht richtig, wenngleich es doch erhebliche Kritik im Detail gibt. Das hessische Konjunkturprogramm hat die richtigen Ansätze. Es ist darauf zu verweisen, dass es immerhin etwa 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts des Landes Hessen ausmacht, wenn man das hessische und das Bundeskonjunkturprogramm in ihren Auswirkungen für Hessen zusammenrechnet. Wir gehen davon aus, dass die Wirtschaft in Hessen um 2,5 bis 2,6 % sinken wird. Das heißt, wir würden an dieser Stelle den Abschwung etwas dämpfen.

Das macht auch gleich die Relation deutlich. Wir lösen damit nicht alle Probleme, aber wir versuchen, das tiefe Tal, das wir momentan durchschreiten, etwas abzufachen.

Die Förderung von Bauinvestitionen an Schulen und Hochschulen ist dringend notwendig und längst überfällig.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Auch die Verstärkung kommunaler Investitionen ist richtig. Auch da kann man nur sagen: längst überfällig. Wir hoffen sehr, dass das Auswirkungen auf die Baukonjunktur hat. Wenn man sich die Umsätze des Bauhauptgewerbes in Hessen anschaut und unterstellt, dieses Programm würde dieses Jahr und nächstes Jahr laufen, so würde es immerhin dazu beitragen, dass die Nachfrage in diesem Bereich um 25 % steigen würde. Das ist ein ganz erklecklicher Wert. Ob damit auch Dinge bewirkt werden, die wir nicht wollen, z. B. Preissteigerungen, müssen wir dann feststellen. Das könnte eine negative Auswirkung sein. Trotzdem sagen wir, dieser Ansatz der Investitionen in Schulen, in Hochschulen und kommunaler Investitionen ist der richtige Weg.

Dennoch will ich einiges zu unserer Kritik im Detail sagen. Wir sind Oppositionspartei und nehmen diese Herausforderung an. Da gibt es schon schmerzliche Dinge auch für die kommunale Seite. Aber ich will erst einmal mit der Kritik anfangen, was es für das Land bedeutet. Das Land sieht einen Tilgungszeitraum von 30 Jahren auch für sich selbst vor. 30 Jahre lang sollen Zins und Tilgung finanziert werden. Aus unserer Sicht ist das viel zu lang. Am Ende werden wir Investitionen abfinanzieren, die längst untergegangen oder zumindest abgenutzt sind. Das ist aus unserer Sicht falsch.

(Beifall bei der SPD)

Volkswirtschaftlich ist eine solche Frist völlig inakzeptabel. Sinnvoll wäre für das Land – ich rede nicht über die kommunale Seite – eine viel kürzere Tilgungsfrist von fünf bis vielleicht zehn Jahren, um künftigen wirtschaftlichen Abschwungzeiten begegnen zu können. Herr Dr. Arnold, wir leben nun einmal in einer Wirtschaft, in der es konjunkturelle Höhen und Tiefen geben wird. Um für künftige Abschwungzeiten gerüstet zu sein und wieder finanzielle Spielräume zu haben, muss die Tilgung viel früher beendet sein.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Das ist das volkswirtschaftliche A und O. – Herr Dr. Arnold, wenn Sie jetzt nicht da drüben sitzen würden, sondern ehrlich einmal darüber nachdenken würden, würden Sie sagen: Sie haben recht, Herr Schmitt. – An dieser Stelle würde ich nicht solche Zwischenrufe machen.

(Beifall bei der SPD)

Mit einer 30-jährigen Tilgung werden künftige Haushalte und damit auch nächste Generationen belastet. Deswegen ist es aus unserer Sicht falsch.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme jetzt zu den Auswirkungen auf die kommunale Seite. Da gibt es eine Frage, die in den letzten Tagen noch nicht ausreichend diskutiert worden ist; aber die Kommunen fangen jetzt an, darüber nachzudenken. Die Finanzierung der Zinslast – der Herr Minister sprach von ca. 40 Millionen € in den ersten Jahren – über den kommunalen Finanzausgleich ist problematisch, weil damit finanzschwache Städte und Gemeinden erheblich mehr belastet werden als finanzstarke Kommunen. So liegt der negative Schwerpunkt dabei in Nord- und Mittelhessen. Die finanzstarken Städte – die finanzstarken, nicht alle – in Südhessen profitieren davon.

Ich will ein Beispiel nennen. Im Ergebnis spart die Stadt Frankfurt alleine bei einer ersten Zinssetzung rund 3,8 Millionen €, während der Landkreis Gießen rund 1,6 Millionen € zu viel bezahlt. Wie komme ich zu dieser Rechnung? Das ist ganz einfach. Nehmen wir einmal Frankfurt. Frankfurt profitiert nach den Zahlen, die Sie vorgelegt haben, mit rund 10 % des Programms. Das sind auch etwa 10 % der Bevölkerung in Hessen. Das passt alles. Aber die Stadt Frankfurt ist an den Schlüsselzuweisungen nur mit 1,7 % beteiligt, weil sie über eine hohe Finanzkraft verfügt. Sie zahlt also nur mit 1,7 % an der Zinslast, die in den kommunalen Finanzausgleich gestellt wird. Während Frankfurt für die erhaltenen Landesmittel nach dem KFA-Abzug einen effektiven Zinssatz von 0,65 % bezahlt, trägt Gießen einen Zinssatz von 9,1 %. Mein lieber Schwan, da wäre Gießen bei manchem Wucherer besser aufgehoben als bei dem Modell der Landesregierung. Das zeigt, hier haben wir Nachholbedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dritter Punkt. Bisher hat das Land die förderungsfähigen kommunalen Investitionen noch nicht definiert. Das vorliegende Gesetz ist unklar. Der Minister hat zwar auch eben wieder von Vereinsheimen und weiß der Kuckuck gesprochen, aber das ist nicht klar definiert. Wir teilen die Kritik der GRÜNEN an dieser Stelle. Es war auch unsere. Wir sind der Meinung, dass auch Investitionen in den ÖPNV förderungsfähig sein müssen. Breitbandverkabelung ist ein ganz wichtiger Punkt, der auch aufgeführt sein muss. Aus unserer Sicht sollten auch Trinkwasser- und Abwasseranlagen von dem Programm erfasst werden.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vierter Punkt. Die Verteilung der Mittel erfolgt nach der Gießkanne. Arme wie finanzstarke Landkreise kommen faktisch in gleichem Maße in den Genuss des Programms. Das Gleiche gilt für die Städte und Gemeinden. Die besondere Berücksichtigung finanzschwächerer Kommunen wäre aus unserer Sicht sinnvoller gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Punkt. Der tatsächliche Bedarf vor Ort, der in Hessen unterschiedlich ist – manche haben mehr, andere weniger saniert –, spielt keine Rolle. Das halten wir für falsch. Das wäre ein wichtiger Ansatzpunkt gewesen.

Punkt sechs. Herr Minister, wenn Sie nun ausgerechnet den Landkreisen die Aufgabe zuweisen, die Mittelverteilung und eine Projektpriorisierung vorzunehmen, dann entfachen Sie Verteilungskämpfe zwischen den Kreisen und Kommunen und hetzen damit die Bürgermeister gegen die Landräte auf. Aus unserer Sicht ist das eine falsche Methode in der Verteilung des Programms. Das wird dazu führen, dass das Schwarzer-Peter-Spiel in der Auseinandersetzung zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Kommunen losgeht. Das ist schon offenkundig, das ist sichtbar. Wenn erst einmal Mittel für bestimmte Projekte wie Brand- und Katastrophenschutz und Sportstätten herausgenommen werden, werden diese Mittel den anderen Städten und Gemeinden entzogen. Sie werden eine ungute Diskussion vor Ort entfachen. Aus unserer Sicht ist das ein falscher Weg.

Punkt sieben. Obwohl das Land immer wieder betont hat, dass bei Schulbauinvestitionen die energetische Sanierung Vorrang haben sollte, ist in der entsprechenden Gesetzesvorlage davon nicht die Rede. Das Programm muss nachhaltig sein. Herr Minister, das ist in dem Gesetzestext, der bisher vorliegt, zumindest nicht als Kriterium enthalten. Wir sind der Meinung, das müsste angepackt werden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schmitt, Sie müssen zum Schluss kommen.

Norbert Schmitt (SPD):

Punkt acht. Wir sind der Meinung, dass die Tariftreue festgeschrieben werden soll,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

weil wir nicht zulassen sollten, dass das Land und die Kommunen bei einer Absenkung auch der Löhne mitwirken sollte.

Ich komme zum Schluss – ich muss zum Schluss kommen, siebeneinhalb Minuten sind doch verhältnismäßig kurz.

Wir haben einen Antrag vorgelegt, mit dem wir Sie aufordern, im Bundesrat zuzustimmen. Es kann nicht sein, dass Sie gleichzeitig auf Gaspedal und Bremse treten, als FDP im Landtag sagen, das muss alles unbedingt schnell und hopplahopp beraten werden, und im Bundesrat auf die Bremse treten wollen. Das geht nicht.

Was Sie uns als formale Erwiderung, als Gegenantrag vorgelegt haben, das ist peinlich. So kommen Sie um die Diskussion nicht herum. Wir sagen Ihnen: Stimmen Sie dem Konjunkturprogramm auch auf Bundesebene zu. Sie rechnen zu Recht mit den Mitteln und wollen, dass es auf den Weg kommt. Das ist dringend erforderlich. Deswegen Zustimmung auch für das Konjunkturprogramm auf Bundesebene. Das ist sehr wichtig. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Schmitt. – Das Wort hat Herr Kollege van Ooyen, Fraktion DIE LINKE.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Rezession und Finanzkrise schreiten weltweit voran. Gerade Deutschland als selbst ernannter Exportweltmeister spürt diese Krise am heftigsten. Die Ausfuhren verringern sich bundesweit um bis zu 10 % gegenüber dem Vorjahr. Alleine nach Schätzung der Bundesagentur für Arbeit wird die Zahl der Arbeitslosen um 500.000 zunehmen.

Konsequenzen sind überall zu spüren. Immer mehr kleine und mittelständische Unternehmen geraten in existenzielle Schwierigkeiten, da sie von rückläufigen Absatzzahlen, dem Bankenfiasko und der sinkenden Zahlungsmoral mehrfach betroffen sind. Damit bestätigt sich gerade in Zeiten wie diesen, dass die von CDU und SPD vertretene starke Exportorientierung zulasten der Einkommen der Beschäftigten und zugunsten der Vermögenden ihr Waterloo erlebt hat.

(Unruhe bei der SPD)

Auch jetzt, nachdem fast 500 Milliarden € in den Bankensektor gespült werden sollen, funktioniert die Kreditversorgung nicht, sodass die Telefondrähte bei staatlichen Bürgschaften und Kapitalbeschaffungsprogrammen im wahrsten Sinne des Wortes glühen.

Angesichts dieser erschreckenden Trends und der Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung ist staatliches Handeln nötiger denn je. Unsere Fraktion begrüßt deshalb grundsätzlich, dass das Land Hessen mit einem Investitionsprogramm Geld in die Hände nimmt, um über Jahrzehnte vernachlässigte Investitionen in Schulen und Hochschulen nachzuholen. Wir haben jedoch nicht vergessen, dass es gerade die CDU, die SPD und die GRÜNEN waren, die diesen von Ihnen im vorliegenden Gesetzentwurf beschriebenen Investitionsstau durch Steuerkürzungen für Vermögende, Kapitalbesitzer und Großkonzerne politisch zu verantworten haben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein die Streichung der Vermögensteuer kostete das Land Hessen jährlich mehr als 1,2 Milliarden €. Damit

könnten Sie fast jedes Jahr ein solches Konjunkturprogramm auflegen und würden gerade die Verursacher der jetzigen Krise an den Kosten dafür beteiligen. Aber dazu fehlt Ihnen der Wille.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Über die 900 Milliarden können wir noch später reden. Wer die einkassiert hat und wer nicht, darauf kommen wir noch zurück.

Aber dazu fehlt Ihnen der Wille. Auch fehlt Ihnen der Wille, über Infrastrukturpolitik und Steuererleichterungen für Unternehmen und Mittelschicht hinaus Impulse für die Stärkung der Binnennachfrage als Motor einer sozial gerechten und nachhaltigen Wirtschaftspolitik zu setzen. Aber immerhin, jetzt, wo die Krise unausweichlich ist, sind es gerade die Apologeten des Neoliberalismus wie Sie, die den Staat als Wirtschafts- und Konjunkturmotor erkennen. Diese Erkenntnis kam viel zu spät. Sie ist jetzt allemal nicht mehr wirksam in dieser Wirtschaftskrise, und es geht darum, nicht heuchlerisch zu handeln, wenn jetzt die Vertreter von CDU und FDP Milliardenprogramme verabschieden, morgen die Steuern senken wollen und übermorgen mit der sogenannten Schuldenbremse den Staat wieder seiner Handlungsfähigkeit berauben.

Mit dem hier vorliegenden Gesetzentwurf agieren Sie wie Getriebene, die in ihrer Hatz in die Spenderhosen greifen, ohne wirklich Pläne und Vorstellungen zu haben. Statt Investitionen in den Bildungsbereich mit in diesem Hause allgemein anerkannten politischen Zielen – wie dem Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, der Förderung nachhaltiger und energieschonender Bauweise oder dem Aufbau von Ganztagschulen – zu verbinden, verteilen Sie mit der Gießkanne nach dem Prinzip „Jedem einen Platz an der Sonne“ Investitionsgelder an die Schulträger, an kommunale Träger, ohne die inhaltliche und langfristige Wirksamkeit der Investitionen wirklich in Betracht zu ziehen.

Es reicht nicht, Geld in Beton zu investieren, wenn gerade auch in Köpfe investiert werden muss. Weiterhin leistet sich diese Regierung – das attestieren die letzten PISA-Ergebnisse – eines der sozial ungerechtesten Bildungssysteme. Seit Jahren herrschen struktureller Lehrermangel und Bildungsnotstand an den hessischen Schulen.

Zudem halten wir es aufgrund des bundesweit vorhandenen Investitionsbedarfs im öffentlichen Personennahverkehr in Höhe von 38,4 Milliarden € bis 2020 – die Ifo-Studie von 2008 wurde zur Grundlage der Berechnung genommen – und konkreter Bedarfsanmeldungen öffentlicher Verkehrsträger für unverantwortlich, den ÖPNV außen vor zu lassen. Hier zeigt die Landesregierung, dass sie immer noch eine Verkehrspolitik von vorgestern betreibt und „nachhaltige Politik“ nur eine Floskel in Sonnensprachen ist.

Kritisch sehen wir die im Gesetzentwurf vorgesehene Intransparenz bei der Vergabe öffentlicher Mittel in den Kreisen und Kommunen. Wir fordern trotz der gebotenen Eile ein gesundes Maß an demokratischer Beteiligung und Transparenz, damit Mausehelei, Vetternwirtschaft und Korruption durch dieses Programm keine Hochkonjunktur erfahren. Gerade deshalb fordern wir von der Regierung – um keine Einfallstore für Geldverschwendung zu öffnen – flankierende Maßnahmen zur präventiven und nachsorgenden Bekämpfung von Korruption, die Einstellung zusätzlicher Revisoren und deutlich mehr als

die von Finanzminister Karlheinz Weimar angekündigten drei Informationsveranstaltungen für Hessen. Hier muss eindeutig nachgebessert werden, wenn wir Geldverschwendung und Mauschelei keinen Vorschub leisten wollen.

Zu guter Letzt möchte ich auch meine Sorge zum Ausdruck bringen, dass bei der im Gesetzentwurf vorgeschriebenen Regelung der Lastenverteilung zwischen dem Land und den Kommunen insbesondere die finanzschwachen Kommunen durch diese Form der Gleichbehandlung erheblich benachteiligt werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wer hat Ihnen das alles aufgeschrieben?)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege van Ooyen, der Kollege Milde möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nein!)

– Gut, dann lassen wir es sein.

(Heiterkeit)

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Nicht die Gedanken von Herrn Milde.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie wollen sich nicht aus dem Konzept bringen lassen! In der Geschäftsordnung steht, Reden sind grundsätzlich frei zu halten, nicht zu verlesen!)

– Vielen Dank, Herr Wintermeyer. Das ist sehr hilfreich.

Während andere Bundesländer nach Finanzstärke bemessene Kofinanzierungsanteile oder Härtefallfonds eingerichtet haben, werden die finanzschwachen Kommunen durch die geplante Zinsbelastung des Kommunalen Finanzausgleichs gegenüber den reichen Kommunen doppelt benachteiligt. Hierdurch werden die Unterschiede zwischen armen und reichen Gemeinden verfestigt. Statt etwas für die Angleichung der Lebensverhältnisse zu tun, werden die Unterschiede noch verstärkt.

Versäumt wurde außerdem, die Investitionen insbesondere auf soziale Brennpunkte zu konzentrieren, wo der Staat gerade an den Schulen und Jugendeinrichtungen eine größere Verantwortung hat. Hier muss das Parlament nachbessern, wenn es allen Hessinnen und Hessen ein Mindestmaß an Chancengleichheit garantieren will.

(Karlheinz Weimar (CDU): Die Betroffenen, die Kommunalen Spitzenverbände, haben das doch akzeptiert! Sie wissen es besser?)

– Man muss nicht alles akzeptieren, was irgendwer beschlossen hat.

Diese Regierung ist mit dem Versprechen angetreten, ins nächste Jahrzehnt zu führen. Stattdessen erleben wir auch bei dem hier vorliegenden Sonderinvestitionsprogramm ein konservatives Roll-back und die Renaissance der Betonpolitik der Sechzigerjahre. Die Fraktion der LINKEN steht für eine solche Politik nicht zur Verfügung. Deshalb werden wir uns bei den Beratungen und darüber hinaus für eine nachhaltige, soziale und transparente Ausgestaltung einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege van Ooyen. – Das Wort hat Frau Kollegin Erfurth, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie derzeit in eine beliebig zusammengesetzte Runde von Menschen die Worte „Konjunkturpaket“ oder „Investitionsprogramm“ werfen, dann macht sich bei den meisten innerhalb kürzester Zeit ziemlich viel Wohlwollen breit. Alle wollen irgendwie beteiligt werden, wenn Millionen Euro für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise ausgegeben werden. Sie wollen ein bisschen davon abbekommen, wenn Finanzminister in der Hoffnung, die Konjunktur zu stützen, Geld in die Wirtschaft pumpen.

Ich denke, diese angenehme Stimmung, die wir dann spüren und die uns trägt, sollte nicht dazu beitragen, dass wir uns von ihr mitnehmen und wegtragen lassen, statt genau hinzugucken, wofür wir Geld ausgeben, das wir eigentlich gar nicht haben; denn es ist ja alles auf Pump finanziert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben sehr genau hingeschaut, wofür dieses Geld ausgegeben werden soll. Unser Leitprinzip hierbei lautet: nachhaltig in Zukunftsprojekte investieren, Folgekosten in Folgenutzen verwandeln.

Unter diesem Leitprinzip können wir Ja sagen zu den Investitionen in die Schulen und damit in den Bildungsstandort Hessen. Ich kann Ihre Aussagen, Herr Weimar, die Sie vorhin über den Zustand in den hessischen Schulen gemacht haben, durchaus unterschreiben. Die Schulen haben es dringend nötig, dass man sie energetisch saniert, dass man etwas Gutes für die Schülerinnen und Schüler und natürlich auch für den Klimaschutz tut. Insoweit Zustimmung, überhaupt kein Streit an diesem Punkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings – jetzt komme ich zum Hinschauen und zu unserem Leitprinzip – haben wir in diesem Sonderinvestitionsprogramm einen großen Batzen von immerhin 770 Millionen €, dessen Verwendung unseren Ansprüchen bisher nicht genügt. Darüber würden wir gern noch einmal reden. Der Herr Ministerpräsident und auch viele Rednerinnen und Redner der CDU-Fraktion haben sich heute Morgen einem modernen Gesellschaftsbild verschrieben. Ich frage Sie: Was ist daran modern, 200 Millionen € in Straßen zu verbauen und die Datenautobahnen völlig zu vernachlässigen? Was ist daran modern?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich dachte, es sei inzwischen auch bei der CDU angekommen, dass bei den Datenautobahnen ein ganz erheblicher Nachholbedarf besteht. Da sind Sie wirklich noch in der Steinzeit. Lassen Sie sich ein bisschen mitnehmen, und kommen Sie in die Gegenwart. Hier haben wir Nachholbedarf.

Den gleichen Nachholbedarf haben wir beim öffentlichen Personennahverkehr. Wir erwarten da mehr als nur Lippenbekenntnisse. Wir haben heute Morgen in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zwar gehört, dass Sie ein paar Bahnhöfe kennen; ich frage Sie aber: Was ist mit der Kurhessenbahn?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist mit barrierefreien Bussen und Bahnen? Wie lautet da Ihre Antwort?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Investitionen in diesem Bereich würden auch dem darniederliegenden Fahrzeugbau helfen – und nicht nur das Baugewerbe so auslasten, dass die Preise anziehen und wir bald in die Situation kommen, die Sie vorhin beschrieben haben, Herr Weimar. Unser Petikum lautet: Lassen Sie Ihren Lippenbekenntnissen Taten folgen, geben Sie das Geld in moderne, zukunftsfähige Projekte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter dem Gesichtspunkt des Folgenutzens müssen die Mittel zielgerichtet in die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden und privaten Wohnungen fließen. Bei den kommunalen Investitionen haben Sie überhaupt keine Leitplanken eingelegt. Da haben wir einen Gemischtwarenladen an Beliebigkeiten, die die Kommunen immer schon einmal haben wollten. Ich finde, da müssen wir ein bisschen nachstellen. Da müssen wir genau gucken, wohin diese Mittel fließen.

Parallel dazu wollen Sie die Vorschriften des Gemeindehaushaltsrechts ein Stück weit aussetzen. Da kann in dem Bestreben, das zu machen, wofür man schon immer kein Geld hatte, durchaus einmal der Blick für die Folgekosten verloren gehen.

Ich finde, wir müssen im Ausschuss dringend darüber reden, wie wir solche Probleme lösen und wie wir damit umgehen können.

Bei aller Eile in dem Bestreben, das Geld so schnell wie möglich der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen – da sind wir durchaus bei Ihnen –, müssen wir als Gesetzgeber doch auch demokratische Spielregeln beachten. Wir müssen dafür sorgen, dass wir mit dem Wettbewerb fair umgehen und dass wir die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb schaffen. Wir müssen Transparenzregeln einhalten, und wir dürfen den Korruptionsschutz nicht aushebeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau auf diesen Weg begeben Sie sich aber in Ihrer Eile. Unser Appell ist: Wir sind dafür, schnell und zügig zu beraten. Aber lassen Sie uns noch bis zu den Plenarsitzungen im März warten. Damit sind wir immer noch zügig genug, und dann können wir ein Gesetz von hinreichender Qualität verabschieden. Lassen Sie uns den Konflikt zwischen Schnelligkeit und Qualität lösen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte ein paar Worte zu den beiden Anträgen sagen, über die wir noch beraten wollen. Zunächst sage ich etwas zu dem Antrag der SPD.

(Lothar Quanz (SPD): Der ist gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihrem Antrag, das Konjunkturpaket II unbesehen durchzuwinken, können wir uns so nicht anschließen. Bis zur Abstimmung am Freitag besteht durchaus noch die Chance, ein paar wichtige Bereiche nachzubessern, sodass der Begriff „Nachhaltigkeit“ mit gutem Gewissen verwendet werden kann.

Ich erinnere Sie nur an die Debatte über die Kfz-Steuer. Wir hätten doch die Möglichkeit, noch ein bisschen Umwelt- und Klimaschutz in das Konjunkturpaket II zu pa-

cken. Diese Chance dürfen wir nicht vertun. Von daher gibt es an diesem Punkt keine Zustimmung von uns. Lassen Sie uns die Chance nutzen, am Freitag vernünftige Gesetze zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Antrag von CDU und FDP. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP, es wäre noch schöner, wenn wir uns hier selbst Denkverbote auferlegen und uns Maulkörbe verpassen würden.

Es ist doch so: Es steht der Landesregierung frei, mit Voten des Landtags zum Abstimmungsverhalten im Bundesrat umzugehen, wie sie möchte. Aber wir sollten uns doch, bitte, nicht selbst so an die Kandare nehmen, dass wir sagen: Dazu bilden wir uns im Parlament überhaupt keine Meinung; das geht das Parlament nichts an. – Hier sollten wir uns als Abgeordnete die Freiheit der politischen Willensbildung nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie gesagt, dann steht es der Regierung auch frei, wie sie mit den Voten, möglicherweise auch mit den Mehrheiten dieses Parlaments umgeht. Dann können wir das bewerten – aber nicht so, wie Sie uns das hier vorschlagen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Nächster Redner, Herr Abg. Lenders für die Fraktion der FDP.

Jürgen Lenders (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Schmitt, Sie haben recht: Die 30 Jahre sind in der Tat ein kleines Problem, zumindest dann, wenn sie beim privaten Häuslebauer anfallen.

Aber wir wollen schließlich ein nachhaltiges Bauen erreichen, und dann kann man das Problem nicht einfach wegwischen. Natürlich ist es vorhanden. Ansonsten müssen Sie hierher kommen und sagen, wie Sie das Investitionsprogramm finanzieren wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dass die SPD zustimmen will, zumindest aber das Konjunkturpaket nicht grundsätzlich ablehnt, freut uns an der Stelle. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm werden zusätzlich 1,7 Milliarden € vor allen Dingen für Schulen, Hochschulen und weitere Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Zusammen mit den kommunalen Anteilen werden damit Investitionen von insgesamt 1,9 Milliarden € ausgelöst. Das hat historische Ausmaße, ist aber in Hessen die passende und notwendige Antwort auf die globale Wirtschaftskrise.

Wenn so viel Geld eingesetzt wird – ich sage ausdrücklich: so viel Geld der Steuerzahler –, braucht man eine sehr gute Begründung. Vor allen Dingen muss das Geld so eingesetzt werden, dass es effektiv Wirkung entfalten kann und schnell bei den Unternehmen ankommt. Wir haben keine Zeit mehr, wenn das Programm wirken soll.

(Beifall bei der FDP)

Mit dem vorgelegten Sonderinvestitionsprogramm ist das sichergestellt. Das Programm gibt einen wichtigen Impuls für die Konjunktur, vor allen Dingen für die Bauwirtschaft und die damit zusammenhängenden Baunebenberufe und Dienstleistungen. Damit sichern wir in einer schwierigen Zeit und einem schwierigen Umfeld Arbeitsplätze in Hessen.

Wichtig ist dabei, dass das Programm zeitlich klar befristet ist und dass es damit keinen Einstieg in eine Art Subvention gibt. Wichtig ist, dass es einen klaren Finanzierungsplan gibt, der besagt, in welchem Zeitraum die aufgenommenen Schulden zu tilgen sind.

Entscheidend ist für uns ferner, dass die Gelder nicht für kurzfristige Ausgaben à la Konsumgutscheine, sondern für langfristige Investitionen in die Bildung, in unsere Schulen und Hochschulen sowie für die Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Das Geld, das hier ausgegeben wird, wird nicht verfrühstückt, sondern in die Zukunft unserer Kinder investiert.

Meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang möchte ich an die Adresse der GRÜNEN gerichtet sagen, dass die Konjunkturpakete sehr wohl Mittel für energetische Sanierungen enthalten. So sollen die Mittel aus dem Bundesprogramm vorrangig in die energetische Sanierung von Gebäuden fließen. Darüber hinaus ist es den Kreisen und den Kommunen völlig unbenommen, die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel in diesem Sinn einzusetzen.

Die Mittel aus dem Investitionsprogramm müssen schnell – d. h. übersetzt: unbürokratisch – bei den Unternehmen ankommen. Dabei müssen wir zweierlei vordringlich machen:

Erstens müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen. Deshalb haben wir, FDP und CDU, vereinbart, die Richtlinien zur Vergabe von Aufträgen dahin gehend zu verändern, dass die Aufträge schnell vergeben werden können und dass das Geld zügig fließen kann, also in den Wirtschaftskreislauf gelangt.

Davon profitiert insbesondere die mittelständische Wirtschaft, d. h. der Handwerker und der Handel vor Ort. Langwierige und bürokratische Ausschreibungsverfahren behindern eine schnelle Entfaltung der Wirkungen des Investitionsprogramms.

Wir erhöhen deshalb die Grenzen für die freihändige Vergabe von Lieferungen und Dienstleistungen von 20.000 auf 100.000 € je Auftrag. Die Grenze für die freihändige Vergabe von Bauleistungen setzen wir ebenfalls auf 100.000 € herauf. Beschränkte Ausschreibungen für Bauleistungen werden bis zu einer Höhe von 1 Million € möglich sein. Für Lieferungen und Dienstleistungen erhöht sich die Grenze gar auf 250.000 €. Das muss man sagen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Vielen Dank, lasst mich ruhig noch ein bisschen reden. – Damit werden die regionale Wirtschaft und der regionale Mittelstand gefördert. Das ist eine zentrale Forderung des Handwerks in Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens ist es notwendig, mehr Planungskapazitäten zu haben, um die Investitionsmittel schnell für Bauleistungen einsetzen zu können. Auch daran arbeiten wir. So werden wir stärker auf private Planungsbüros zurückgreifen und zusätzliche projektbezogene Stellen in den Pla-

nungsbehörden schaffen. Außerdem werden wir offene Stellen im Ministerium gegebenenfalls verstärkt mit Planungsfachleuten besetzen.

Aufgrund der Größenordnung der Investitionen werden aber nicht nur die direkt betroffenen beauftragten Unternehmen von diesem Sonderprogramm profitieren. Dadurch, dass die Baubranche hierarchisch aufgebaut ist, wird es für die kleinen und mittelständischen Unternehmen eine Entspannung am Markt geben. Den kleinen Firmen wird wieder Luft gegeben, und es wird wieder eine auskömmliche Preisgestaltung möglich sein.

Meine Damen und Herren, ich habe gelernt, dass für SPD und GRÜNE Geldverdienen anscheinend etwas Unanständiges ist.

(Beifall bei der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wo haben Sie diese These her? Wo Sie das gelernt haben, möchte ich wissen!)

Nichtsdestotrotz ist uns klar, dass bei allen Vorteilen des Programms aufgrund der staatlichen Eingriffe in die Marktgestaltung auch Gefahren und Risiken lauern. Natürlich müssen wir aufpassen, dass durch das Investitionsprogramm keine Überkapazitäten entstehen, sondern dass wirklich nur der krisenbedingte Wirtschaftsrückgang abgedeckt wird. Das wird aber durch die zeitliche Befristung sichergestellt.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns sicherlich an einer Stelle, an der man immer sagen kann: Man kann noch mehr tun. – Das Stichwort „ÖPNV“ ist hier gefallen. Schauen Sie sich die Koalitionsvereinbarung an. Der ÖPNV wird in der Koalitionsvereinbarung ausdrücklich erwähnt.

Man kann immer noch mehr tun. Wir werden auch noch mehr tun. Wir werden Investitionshemmnisse abbauen. Die FDP wird für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sorgen, sie wird die Steuern und die Abgaben senken. Das ist so, auch wenn Sie das nicht glauben wollen.

Mir ist aber nicht wichtig, was Sie glauben. Mir ist wichtig, was die Wählerinnen und Wähler uns glauben. Die haben uns bei der letzten Landtagswahl ein überzeugendes Mandat aufgrund unserer Glaubwürdigkeit gegeben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

An dieser Stelle sei nur kurz erwähnt, dass das Steuerkonzept der FDP, das dem Motto folgt: „einfach, niedrig und gerecht“, ein Volumen von 33 Milliarden € hat. Die bisher geschnürten Konjunkturpakete haben eine Höhe von mindestens 60 Milliarden €. Das zeigt, dass eine Reform der deutschen Steuergesetzgebung möglich ist. Es gilt, die Binnennachfrage zu stärken, aber nicht, wie es DIE LINKE, die SPD und Teile des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN fordern, nämlich durch Lohnerhöhungen. Denn am Ende muss man immer die Frage stellen: Was bleibt bei den Menschen von diesen Lohnerhöhungen tatsächlich in der Tasche übrig?

(Zurufe)

– Meine Damen und Herren, es ist schön, dass Sie jetzt wieder munter werden. – Es gibt auch Grenzen staatlichen Handelns hinsichtlich des Schuldenmachens. Denn wir haben auch eine Verpflichtung gegenüber den späteren Generationen. FDP und CDU werden mit dem vorgelegten Gesetzentwurf einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die globale Wirtschaftskrise in und für Hessen abgedeckt werden wird. Wir werden Arbeitsplätze in-

chern, einen Interessenausgleich zwischen den Generationen schaffen und die Wertschöpfung in den Regionen stärken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Abg. Dr. Arnold. Er spricht für die Fraktion der CDU.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Günter Rudolph (SPD): Sie sind fachkundig! Wie wird sich die Landesregierung im Bundesrat verhalten?)

Ich glaube, dass die Beurteilung des deutlichen Konjunkturabschwungs in unserem Land und die Notwendigkeit, die Wachstumskräfte anzufachen und der Binnenkonjunktur zu helfen, hier ausreichend kommentiert wurden. Insofern begrüßt die CDU-Fraktion das vorgesehene Sonderinvestitionsprogramm für Schulen und Hochschulen der Hessischen Landesregierung außerordentlich.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das will ich an der Stelle doch einmal sagen: Es ist bemerkenswert, dass die Landesregierung etwa vier Wochen nach der Landtagswahl und keine 14 Tage nach der Konstituierung des Landtags mit diesem Gesetzentwurf ein sehr ausgewogenes Programm vorlegt, das bereits weitgehend mit den Kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt ist und bei dem die Hoffnung besteht, dass dieses Programm zügig umgesetzt werden wird. Meine Damen und Herren von der Opposition, deswegen muss ich Ihnen deutlich sagen, dass mich das kleinliche Gemeckere über die eine oder andere Sache eigentlich ein bisschen konsterniert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eines will ich deutlich sagen: Wir wollen diesen Gesetzentwurf auf hohem Qualitätsniveau diskutieren und auch verabschieden. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass wir durch kleinliches Komplizieren der Vorgänge viel mehr Zeit verlieren, als wir überhaupt verlieren dürfen. Wir dürfen das Verfahren nicht so lange betreiben, bis die Krise mittlerweile schon vorbei ist und der Aufschwung wieder kommt, wir aber mit unserem Förderprogramm immer noch nicht so weit sind, dass wir überhaupt etwas in die Wirtschaft einbringen könnten. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich etwas zu den Einzelheiten sagen. Herr Kollege Schmitt, ich werde gleich noch auf Ihre Bemerkungen zu sprechen kommen. Ich glaube, es ist bemerkenswert, dass sich die Hessische Landesregierung, also der Ministerpräsident und der Finanzminister, Bereiche ausgesucht haben, in denen in hohem Maß zu erwarten ist, dass es dort Programme und Planungen gibt, die umgesetzt werden können. Wir alle wissen aufgrund unserer kommunalen Erfahrungen, dass es Schulentwicklungspläne gibt und dass die kommunalen Schulträger schon sehr weitreichende Pläne haben, wie sie die Schulen sa-

nieren, ertüchtigen, neu bauen oder verändern wollen. Ich bin überzeugt davon, dass diese 1,2 Milliarden € sehr schnell verplant sein und auch konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

Das gilt, zweitens, auch für die 500 Millionen € für die Hochschulen. Dabei handelt es sich um Mittel aus dem Programm HEUREKA. Diese Maßnahmen werden nun vorgezogen. Sie sind weitgehend geplant. Deshalb ist zu erwarten, dass im Jahr 2009 noch die ersten Spatenstiche erfolgen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Zu der Diskussion hinsichtlich des Breitbandkabels habe ich bei Herrn Minister Weimar noch einmal Informationen eingeholt. Der Bund denkt im Moment intensiv darüber nach, die Verkabelung mit dem Breitband flächendeckend einzuführen. Wir können also erwarten, dass der Bund die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung stellt. Falls diese Erwartung nicht zutrifft, werden wir dieses Thema sicherlich noch einmal aufgreifen müssen.

Ich komme zum zweiten Punkt, nämlich zu Ihrer Bemerkung hinsichtlich der Nachhaltigkeit. Wenn Sie den Gesetzentwurf der Hessischen Landesregierung richtig lesen, werden Sie feststellen, dass dort zu Art. 1 vermerkt ist, dass alle Maßnahmen, die in den Schulen durchgeführt werden, die „Neubau-Anforderungen“ der Energieeinsparverordnung 2007 erfüllen müssen. Herr Kollege Al-Wazir, das ist ein Stück weit Nachhaltigkeit, die Sie zu Recht einfordern.

Das betrifft den ÖPNV. Ich hoffe, dass Sie das Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes gelesen haben. In diesem steht ausdrücklich, dass der Bund bei der Förderung der ländlichen Infrastruktur Maßnahmen zum Abwasser und zum öffentlichen Personennahverkehr ausschließt. Von daher sind die Bundesmittel dafür also nicht einsetzbar. Dass wir 200 Millionen € für den Straßenbau vorsehen, ist sicherlich wichtig. Denn die Straßen sind die Adern der Wirtschaft. Es muss auch in Hessen wieder mehr in den Straßenbau investiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Eines möchte ich noch einmal deutlich sagen. Wir sollten mit der Beratung sehr schnell fortfahren, damit wir zügig in die zweite und dritte Lesung kommen. Ich meine, wir sollten vor der nächsten Plenarsitzungsrunde mit den beiden Ausschüssen zusammenkommen. Das könnte Freitag, der 27. Februar 2009, oder auch Montag, der 2. März 2009, sein. Ich glaube, Letzteres ist der bessere Termin. In der Sitzung der Ausschüsse heute Abend sollten wir eine schriftliche Anhörung der Betroffenen miteinander verabreden. Beispielsweise könnte der Freitag das Enddatum für die Abgabe der Stellungnahmen sein. Zu der nächsten Sitzung am 2. März 2009 könnten wir die Kommunalen Spitzenverbände einladen. Sie könnten uns dann zur Verfügung stehen, damit wir sie befragen und ihre Meinung einholen können. Die meisten Punkte sind abgeklärt.

Die Verteilung nach der Zahl der Schüler ist außerordentlich gerecht. Denken Sie daran, dass mit der Verteilung der 200 Millionen € nach Fläche und Schulen auch für den ländlichen Raum zusätzlich etwas getan wurde.

(Zuruf)

– Da gibt es eigentlich bei den Kommunalen Spitzenverbänden und bei den Landkreisen durchaus große Zustimmung. – Auch die Ersatzschulen in privater und kirch-

licher Trägerschaft werden entsprechend ihrer Schülerzahl bedient. Ich glaube, das ist sehr gelungen.

Ich möchte an dieser Stelle auch einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums ein großes Lob für die exzellente Vorbereitung und die intensiven Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden aussprechen. Es ist schon bemerkenswert, dass mit allen drei Verbänden innerhalb weniger Wochen höchstmögliche Übereinstimmung erzielt wurde. Wir können jetzt dazu übergehen, kleinere Einzelheiten, wie beispielsweise Fragen der Verteilung, zu erörtern, um dann zum Abschluss zu kommen.

Ich glaube, es ist auch bemerkenswert, dass der Gesetzentwurf vorsieht, dass nur sehr wenig Bürokratie zur Anwendung kommen soll. Herr Minister Weimar hat es erwähnt: Es bedarf keines Nachtragshaushalts. Es ist ausdrücklich festgelegt, dass wegen dieser Investitionen keine Erhöhung der Schulumlage stattfinden darf. Es ist auch klar, dass in der Doppik, die jetzt überall in den kommunalen Haushalten Einzug gehalten hat, alle Maßnahmen als Investitionen behandelt werden. Sie werden durch Kredite finanziert.

Meine Damen und Herren der Opposition, diese letzte Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen. Ich habe den Eindruck, dass Sie am liebsten von Wiesbaden aus bestimmen würden, welche Maßnahmen die Kommunen im Einzelnen durchführen sollen.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist völlig falsch! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Arnold, das ist unter Ihrer Würde!)

– Das würde Ihrer Einstellung entsprechen. Sie verfügen gern über das Geld anderer Leute.

Ich sage Ihnen eines: Das Schulprogramm und das Landesinvestitionsprogramm sind Darlehensprogramme. Die kommunalen Schulträger und die Kommunen nehmen dieses Geld als Darlehen auf. Was damit gemacht wird, wird auf kommunaler Ebene entschieden. Ich glaube, da können wir unseren Kolleginnen und Kollegen sehr vertrauen.

Was die Bundesmittel anbelangt, wissen Sie, dass der Bund 25 % Kofinanzierung auch von den Kommunen verlangt, bei denen entsprechende Beratung und Beschlussfassung stattfinden. Ich glaube, dadurch, dass bei den Landeskonjunkturförderprogrammen das Land fünf Sechstel der Tilgung über die 30 Jahre übernimmt, ist das ein wesentlicher Beitrag zu den Aufgaben der Kommunen. Dass das Land außerdem im Bundesprogramm bei der Kofinanzierung die Hälfte der Tilgung übernimmt, ist ebenfalls eine wesentliche Erleichterung für die Kommunen. Das, was Minister Weimar gesagt hat – die 16,6 % im Landesprogramm, die 12,5 % im Bundesprogramm –, ist auch für nicht ganz so finanzstarke Gemeinden schulterbar.

Meine Damen und Herren, letzte Bemerkung zu den vorliegenden Anträgen betreffend Konjunkturprogramm des Bundes: Es ist guter Brauch in diesem Hause – ich habe das noch nie anders erlebt –, dass die Landesregierung nicht durch Beschluss des Landtages eine Vorgabe für ihre Beschlussfassung im Bundesrat bekommt.

(Zurufe von der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, ein bisschen schneller zum Ende kommen.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Ich glaube, dass es sehr richtig ist, dass wir, was das Abstimmungsverhalten im Bundesrat angeht, deutlich feststellen, dass das in den Zuständigkeitsbereich der Landesregierung gehört. Wir werden den Antrag der SPD deswegen ablehnen und unseren Antrag mit Mehrheit verabschieden, weil wir glauben, es ist eindeutig, wer wofür zuständig ist. Wir vertrauen auf die Beurteilung und Beschlussfassung der Landesregierung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Meine Damen und Herren, damit ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen abgeschlossen, und wir überweisen diesen Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Haushaltsausschuss, federführend, und dem Wirtschaftsausschuss, beteiligt. Zudem überweisen wir die beiden Anträge ebenfalls den beiden Ausschüssen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Erleichterung der vorläufigen Haushaltsführung und zur Investitionssicherung (Vorschaltgesetz 2009) – Drucks. 18/28 –

Redezeit: siebeneinhalb Minuten. Zur Einbringung erteile ich dem Hessischen Minister der Finanzen das Wort. Herr Weimar, Sie haben das Wort.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute über ein Gesetz zur Erleichterung der vorläufigen Haushaltsführung und zur Investitionssicherung. Wir haben einen Zustand, dass wir im Jahr 2009 noch keinen verabschiedeten Haushalt haben. Nach den Zeitplänen, die schon einmal vorgestellt worden sind, werden wir vor dem Juni auch keinen verabschiedeten Haushalt haben.

Wir haben Ihnen aber bewusst nicht ein Konvolut von Haushaltsanträgen nach dem Motto „Das machen wir im Wege des Vorschaltgesetzes“ vorgelegt, sondern es auf einige wenige, aus meiner Sicht sehr logische und nachvollziehbare Punkte beschränkt.

Das Erste ist, dass wir uns ermächtigen lassen, dass wir die Bundesmittel, die im Konjunkturpaket II des Bundes kommen, überhaupt annehmen dürfen. Ich finde, bei allen Mutmaßungen über das Abstimmungsverhalten der Landesregierung wäre es – wenn die ganze Sache gut wird – einfach gut, dass wir das Geld annehmen dürfen. Das ist in dem Gesetz enthalten.

Das Zweite ist, dass wir die Vorarbeiten für die Umsetzung des Sonderinvestitionsprogrammes durch Einstellung bzw. Übernahme von Personal auf freie Stellen usw. leisten können, denn sonst können wir sicherlich einen Großteil des Programms nicht durchführen. Außerdem brauchen wir – wie besprochen – die Ermächtigung, dass auch private Planungsbüros von uns beauftragt werden

dürfen. Wenn wir die Ermächtigung nicht hätten, könnten wir das ohne Haushalt überhaupt nicht machen.

Weiter haben wir die Ermächtigung dafür, dass wir vorab bereits Bauunterhaltungsmittel insbesondere an Hochschulen herausgeben können. Das wäre der erste Schritt im Jahre 2009, wo schnell einiges an den Universitäten gemacht werden kann.

Wir brauchen eine Ermächtigung, weil uns das im Moment noch nicht, aber auf die Dauer Geld bei der Kreditaufnahme kostet, da wir die Restriktion der Laufzeitbeschränkung auf drei Monate, der wir ohne Haushaltsplan unterliegen, dann nicht mehr haben. Natürlich werden die Kredite auf den Gesamtkreditrahmen, der im Haushaltsplan 2009 enthalten ist, angerechnet. Aber wir können jetzt günstigere Konditionen erreichen, wenn die Laufzeitbeschränkung aufgehoben wird.

Wir können im Moment keine EU-Förderprogramme annehmen. Wir brauchen die Ermächtigung, dass wir sie bekommen.

Schließlich ist es zur Investition in den Bereichen Wohngebäude, Wohnungen, soziale Einrichtungen eine gesetzliche Möglichkeit zur Übernahme von Bürgschaften. Ansonsten würde der soziale Wohnungsbau ernsthaft gefährdet und in den nächsten Monaten deutlich verlangsamt. Ich glaube, darüber muss es keinen Streit geben.

Schließlich: In bestimmten Bereichen kann die Altersteilzeit zu entsprechenden personellen Engpässen führen. Mit der Ermächtigung zur Schaffung von Leerstellen können wir im Rahmen des Haushaltsgesetzes 2008 Personal einstellen, um Engpässe insbesondere in wichtigen Bereichen bei der Personalversorgung zu vermeiden, die im Gesetz auch definiert sind.

Meine Damen und Herren, so viel zum Gesetz. Noch eine Bemerkung, weil mir eben der Strom abgestellt worden war. Die Breitbandverkabelung ist wichtig. Da sind wir im Wort. Wir machen dort etwas. Aber es wäre dumm, wenn wir im Moment diese Sache aus eigenen Mitteln finanzieren, während gleichzeitig auf Bundesebene mit Telekom und anderen darüber verhandelt wird, die Verkabelung flächendeckend bis Ende 2010 herzustellen. Ich war der Meinung – darauf sollten wir uns gemeinsam einlassen –, dass wir sagen: Lasst die erst einmal bis Frühsommer/Sommer verhandeln.

Wenn die bis dahin nicht klarkommen, müssen wir erneut darüber reden, weil es völlig unstrittig ist, dass die flächendeckende Breitbandverkabelung in Hessen ein außergewöhnlich wichtiges Thema für die wirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklung ist und wir uns dann separat um dieses Thema kümmern. Ich war der Meinung, wenn andere es bezahlen und die flächendeckende Versorgung sicherstellen, dann brauchen wir es nicht zu machen. Aber wir warten nicht eine unbestimmte Zeit, sondern schauen in einigen Monaten und sagen dann, das war es. Dann ist Ende. Ich wollte das nur außer Streit stellen, damit das hier nicht noch ein großes Thema wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Der Gesetzentwurf ist eingebracht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Herren von der FDP,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Vielen Dank, Herr Kaufmann!)

der Kollege Finanzminister hat uns gerade dieses Gesetz als Vorschaltgesetz ein bisschen so dargestellt: Das ist nichts Besonderes; da müssen wir halt ein paar praktische Dinge zusammenfassen.

In Wahrheit zeigt ein genauerer Blick, dass es durchaus nicht unbrisant ist. So ganz unterschwellig kommt das zum Vorschein. Immerhin wird der Landesregierung eine Kreditermächtigung jetzt erst einmal mit rund 3,5 Milliarden € gegeben. Dass die Kassenkredite darauf angerechnet werden, ist klar. Meine Damen und Herren, zu sagen, das alleine sei nur eine Konditionsverbesserung voll im Sinne des Landes, ist vielleicht doch etwas zu gut dargestellt.

Herr Finanzminister, wir haben nämlich noch keine Information – dies sollte man schon wissen –, wie das Jahr 2008 am Ende ausgegangen ist, wie viel tatsächliche Schuldenaufnahme inklusive der Kassenkredite es denn gegeben hat und wo das Wasser an der Halshöhe des Landes steht. Das ist bei der Beurteilung des lockeren Dahingehens seitens des Haushaltsgesetzgebers – wir machen jetzt gerade einmal eine Kreditermächtigung, ohne zu wissen, was an Tilgungsleistung tatsächlich auf uns zukommt – schon einigermaßen gewagt.

Meine Damen und Herren, das macht für mich den zweiten Punkt aus, den ich unterstreichen möchte. Das Gesetz wäre in dieser Form unnötig, wenn Karlheinz Weimar im vergangenen Jahr die Arbeit nicht schlicht verweigert hätte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Er hat sich, obwohl der Landtag etwas anderes beschlossen hat, schlicht und einfach geweigert, nicht nur gesetzesgemäß, sondern überhaupt den Haushalt 2009 einzubringen. Deswegen haben wir keine präzise Arbeitsgrundlage.

Ich erinnere daran: Bereits am 5. Juni 2008 hat der Landtag entsprechend beschlossen. Es gab dazu diverse Anläufe, auch jede Menge öffentlich ausgetragenen Streit. Nur ist nichts geschehen. Ich denke, das muss man festhalten, wenn man heute ein sogenanntes Vorschaltgesetz noch als besonders eilig darstellt. Es ist letztendlich der Tatsache geschuldet, dass der Finanzminister in der letzten Legislaturperiode einfach seine Arbeit verweigert hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ein Drittes ist zu diesem Gesetzentwurf anzumerken. Dieses Gesetz soll nicht nur der Erleichterung der vorläufigen Haushaltsführung dienen, sondern es handelt sich um ein klassisches Reparaturgesetz. Das, was derzeit aufgrund der Versäumnisse des Finanzministers fehlt, soll auf die Schnelle repariert werden.

Beispielsweise haben wir gehört, dass die Ernennung der Beauftragten der Landesregierung – sprich der Staatssekretäre – nicht funktionieren kann, weil nicht genügend Stellen vorhanden sind. Darauf könnte man in zwei Richtungen eingehen. Erstens müsste man nicht so viele Staatssekretäre ernennen – das wäre vielleicht auch ein kluger Weg gewesen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

Oder man muss jetzt auf die Schnelle die stellenmäßigen Voraussetzungen schaffen und stellt das Ganze als unbürokratischen Weg eines Vorschaltgesetzes dar.

Verehrter Herr Finanzminister, Sie haben es versucht. Wir haben es gemerkt. An dieser Stelle geht es im Wesentlichen um die Reparatur von Fehlern, die Sie in der vergangenen Legislaturperiode gemacht haben.

Meine Damen und Herren, deswegen nimmt es auch nicht wunder, dass dieser Gesetzentwurf mit dem Konjunkturprogramm relativ wenig zu tun hat. Es geht um die Kredite, die ich schon erwähnt habe, und um die Annahme der EU-Mittel. Auch das wäre durch eine vernünftige Haushaltsplanung erledigt gewesen. Auch die Bürgschaftsfrage würde sich anders darstellen. Im Weiteren geht es um Leerstellen und um Altersteilzeit: alles Dinge, die nicht eines beschleunigten Gesetzgebungsprozesses bedurft hätten, wenn man sie denn im ordnungsgemäßen Verfahren anständig gelöst hätte.

Herr Finanzminister, deswegen ist das, was Sie heute hier vortragen, viel weniger eine Beigabe zum Konjunkturprogramm, aber viel mehr die Notwendigkeit, Fehler der Vergangenheit möglichst auszubügeln.

Meine Damen und Herren, da wird es dann doch etwas ärgerlich. Dieser Gesetzentwurf verstößt in einer Reihe von Punkten gegen als sicher geglaubte Haushaltsgrundsätze, beispielsweise gegen den Haushaltsgrundsatz der Spezialität.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Was?)

Herr Kollege Milde, Ausgabenbeschreibungen müssen konkret sein. Wenn jetzt im Gesetzentwurf Ermächtigungen gegeben werden für „notwendige neue Arbeitsverhältnisse“ –, das kommt beim Baumanagement und in der Straßenbauverwaltung zweimal vor; d. h., Einstellungen ohne Planstellen zu ermöglichen – sowie „erforderliche Vorarbeitskosten“, dann ist das erkennbar der erste Schritt dazu, dass man sagt, die Landesregierung möge so viel Geld ausgeben, wie sie für nötig hält. Das ist die Verabschiedung des Haushaltsgesetzgebers aus seinen Pflichten. Das aber kann nicht wahr sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wir wollen uns nicht dem Vorwurf der Obstruktion aussetzen, und das ist auch nicht der Fall. Aber wir wollen wenigstens eine Begrenzung. Denn bei der Diskussion, was „unabdingbare Ausgaben“ oder „notwendige neue Arbeitsverhältnisse“ sind, wissen Sie so gut wie ich, der ich Bürokratie kenne: Das wird beispielsweise eine Straßenbauverwaltung logischerweise ganz anders beurteilen als etwa Sie in Ihrer Fraktion.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Dazu soll von uns jetzt die Ermächtigung ohne eine Grenze gegeben werden. Das können wir nicht mitmachen. Hier gehört zumindest eine klare Begrenzung hinein. Das entspricht auch den notwendigen Haushaltsgrundsätzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

– Herr Dr. Arnold, Sie sind in diesem Bereich nicht völlig ohne Erfahrung: Ist Ihnen eigentlich klar, dass wir mit diesem Vorschaltgesetz auf einmal jahrelang für vernünftig gehaltene Ordnungsregeln im Haushaltsrecht als Schönwetterregeln betrachten und sagen, im Augenblick regnet es, da räumen wir jetzt alle beiseite und machen etwas anderes? Das genau tun Sie nämlich.

Ich sage: Haushaltsrecht darf nicht nach der politischen Wetterlage hin- und hergebogen werden, sondern Haushaltsrecht muss in guten wie in schlechten Zeiten vernünftig funktionieren.

Entweder müssen wir das Haushaltsrecht generell anders anpacken – wenn Sie der Meinung sind, das ist erforderlich; dann aber bitte nicht im Schnellverfahren –, oder aber wir müssen auch unter schwierigen Bedingungen sagen: Das, was das Haushaltsrecht vorsieht, ist einzuhalten.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist doch ein Vorschaltgesetz!)

Gerade bei Haushaltsdingen ist nicht jede Flexibilisierung sinnvoll. Ich kann nur sagen, das ist wie bei Adam Riese: Da muss Genauigkeit vor Schnodderigkeit gehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, heute haben wir schon eine merkwürdige Vorstellung erlebt: Ein Finanzminister, der – häufig von allen kritisiert – im Prinzip die Aufgabe hat, sozusagen den Schatz des Landes, den Fiskus, zu hüten, stellt sich hierher und sagt, in einer Mischung aus Füllhornmentalität und Glücksrittertum ohne Zielgenauigkeit hinsichtlich der Wirksamkeit, Hauptsache, die Kommunen können schnell ausgeben.

Das kann nicht richtig sein – vor allem, wenn dann das Argument kommt: wenn am Ende der Aufschwung schon da ist und wir noch auf unserem Geld sitzen. Dazu kann ich nur sagen: Das wäre nicht schlimm, das wäre optimal, wenn der Aufschwung von alleine käme. Wir alle befürchten nur, das wird nicht passieren. Deswegen sagen wir auch, wir müssen Mittel bereitstellen.

Dagegen hat auch niemand etwas. Aber das, was Sie hier mit dem Instrumentenkasten dieses Vorschaltgesetzes vorschlagen, ist eher ein Fehlbeschlussförderprogramm, als dass es zu vernünftigen Investitionen führen könnte.

Deshalb sagen wir: Wir brauchen eine sorgfältige Beratung. Wir wollen keine Verzögerung. Aber wir können uns die Hektik, die über alles hinweggeht – Hauptsache: Geld raus –, nicht leisten. Das hilft nämlich niemandem. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist keine Hektik!)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Milde, Fraktion der CDU.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass wir mit dem Gesetz zur Erleichterung der vorläufigen Haushaltsführung, das eben hier in erster Lesung eingebracht wurde, das Konjunkturprogramm finanziell ermöglichen.

Denn die Umsetzung erfordert gewisse Kosten, die schon in der Planung notwendig sind.

Meine Damen und Herren, ich denke, alle hessischen Bürgerinnen und Bürger können froh sein, dass wir hier eine Landesregierung haben, die schneller als alle anderen Landesregierungen in Deutschland gehandelt hat,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weihrauch!)

und deshalb die Konjunktur in Deutschland und besonders in Hessen wieder schnell angeheizt wird.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich geht auch hier Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Es ist ja nicht so, dass dieser Gesetzentwurf in den letzten drei Tagen irgendwie aus dem Hut gezaubert wurde, sondern dieser Entwurf ist, seit er im Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, mit den Kommunalen Spitzenverbänden besprochen worden. In den letzten 14 Tagen, seit diese Landesregierung ins Amt gekommen ist, wurde dieser Entwurf konkret mit der Verwaltung und mit den Kommunalen Spitzenverbänden besprochen. Er nimmt im Wesentlichen Rücksicht auf die Vorschläge, die von den Kommunalen Spitzenverbänden gekommen sind.

Herr Kollege Kaufmann, insofern brauchen Sie wirklich keine Sorge zu haben, dass hier nicht ordentlich gearbeitet wird.

(Widerspruch des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Lieber Kollege Kaufmann, eines ist mir bei Ihnen schon aufgefallen, bei aller Detailverliebtheit, die ich bei Ihnen oft auch schätze: Ein bisschen kleinlich sind manche Ihrer Vorwürfe schon.

Ich denke, wir sollten ein bisschen mehr Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung haben, was die Ausgestaltung der Programme vor Ort angeht.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten auch ein gewisses Vertrauen in die Verwaltungen haben, die über Stellenpläne verfügen, wenn diese jetzt ermächtigt werden, Stellen zu besetzen, beispielsweise in der Straßenbauverwaltung. Dafür gibt es natürlich einen Stellenplan, oder wenn sie ermächtigt wird, im Rahmen des Konjunkturprogramms im Hessischen Baumanagement Verträge abzuschließen, dann wird man sich dort natürlich auch im Rahmen der normalen Haushaltsplanung, die jetzt ansteht, vorsorglich Gedanken machen, damit nichts überschritten wird.

Insofern wird alles durch den Haushalt aufgefangen werden. Sie können sicher sein, die Hausspitze wird dafür sorgen, dass dort kein Schindluder getrieben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist doch klar, dass es schnell gehen muss. Das ist doch gar keine Frage. Ich weiß gar nicht, wie man auf die Idee kommen und sagen kann, es kommt nicht auf vier Wochen an. Möglicherweise kommt es im Moment auf jeden Tag an.

Dafür ist es notwendig, dieses Haushaltsvorschaltgesetz in nächster Zeit im Landtag zu verabschieden. Das wäre dann in der ersten Woche im März, und zwar in zweiter und, wenn es sein muss, in dritter Lesung.

Deswegen finde ich den Vorschlag des Kollegen Dr. Arnold richtig, sich entweder am 27. Februar oder am

2. März, am Montag vor dem Plenum, im Haushaltsausschuss und im Wirtschaftsausschuss zu treffen und die schriftliche Anhörung, die vorher stattfinden sollte, auszuwerten, um den Entwurf sehr schnell zu verabschieden, damit das Konjunkturprogramm umgesetzt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn eines ist auch klar: Das Geld fließt in vielen Teilen erst später, aber die Planungskosten, die jetzt fällig sind, setzen dieses Haushaltsvorschaltgesetz voraus.

Es gibt darin noch viele andere Dinge – der Kollege Kaufmann und der Kollege Schmitt haben das teilweise angesprochen. Nehmen Sie den § 1, die Kreditaufnahme. Natürlich kann man kritisieren, dass wir Kredite in Höhe von 3 Milliarden € aufnehmen müssen.

Herr Kollege Kaufmann, das sind übrigens Prolongationen alter Darlehen, teilweise noch aus rot-grüner Zeit. Die werden jetzt zu niedrigeren Zinssätzen prolongiert. Der Finanzminister hat darauf hingewiesen: Nach Art. 140 der Hessischen Verfassung ist es in der vorläufigen Haushaltsführung lediglich erlaubt, Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von höchstens drei Monaten am Geldmarkt aufzunehmen.

Wer sich im Moment ein bisschen mit der Zinsentwicklung beschäftigt, der sieht zwar, dass man am kurzen Ende, nämlich für drei Monate, günstig Geld aufnehmen kann, aber er weiß auch, dass wir in Deutschland Gefahr laufen, dass die Zinsen am Kapitalmarkt langfristig sehr schnell und sehr stark ansteigen. Für die Finanzverwaltung, die übrigens beim Landesschuldenmanagement einen verdammt guten Job macht, ist es möglicherweise notwendig, rechtzeitig in die Lage versetzt zu werden, auch langfristige Darlehen zur Finanzierung des Haushalts aufzunehmen sowie – das steht hier ausdrücklich drin; da haben vielleicht manche Leute Angst, wenn sie den Begriff Derivate hören – den vorhandenen Schuldenstand auch durch Derivate zinsmäßig zu verändern, sodass die Belastung für das Land Hessen niedriger wird.

Meine Damen und Herren, Bürgschaften und Garantien sind auch in Bezug auf Wohngebäude dringend notwendig. Eigentlich müssten hier auch bei den GRÜNEN Jubelstürme ausbrechen, denn dieses Geld wird nicht nur für Neubauten, sondern vor allen Dingen auch für die energetische Sanierung aufgenommen. Es gibt gar keinen Grund, warum darauf bis zu dem Tag, an dem in Hessen ein ordentlicher Haushalt verabschiedet wird, verzichtet werden soll.

Was den § 4, die Leer- bzw. Altersteilzeitstellen angeht, wundere ich mich auch ein bisschen. Sie müssten selbst ein großes Interesse daran haben, dass dies möglichst schnell vonstatten geht. Denn ohne diesen Paragraphen im Vorschaltgesetz werden wir keine Chance haben, in den nächsten fünf Monaten für die Justiz, die Polizei, die Schulen oder für andere Bereiche, für die dies notwendig ist, im Lande Hessen Neueinstellungen vorzunehmen.

Ich denke, dieses ganze Gesetz muss eigentlich im Interesse aller Fraktionen sein. Es darf in solch einer Situation, in der wir uns im Moment in Deutschland befinden, keine kleinen parteipolitischen Rangeleien geben. Es müsste eigentlich bei so einem Thema auch einmal einen Schulterchluss aller Fraktionen zur Bewältigung dieser Herkulesaufgabe geben. Ich bin ausdrücklich dafür dankbar, dass wir hier ein Konzept besprechen können, das so schnell vorgelegt wurde.

Ich bin sehr sicher, dass wir diese Beratungen sehr sorgfältig führen werden. Wir haben zehn Tage lang Zeit, diese Paragraphen zu diskutieren, auf der Grundlage einer schriftlichen Anhörung. Wir können von mir aus auch noch ein paar Fragen an betroffene Spitzenverbände stellen, jedoch nicht mit der Absicht, das Ganze zu verzögern. Ich betone abschließend noch einmal: Schnelligkeit ist hier von ganz besonderer Wichtigkeit. Die Gründlichkeit ist zu keinem Zeitpunkt vernachlässigt worden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Schmitt für die Fraktion der SPD.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Die neue Landesregierung fängt da an, wo die alte ihre Arbeit eingestellt hat. Es handelt sich also um die gleiche Mentalität. Das ist interessant, weil doch die FDP in der Opposition immer davon gesprochen hat, dass man in diesem Land eine andere Haushaltspolitik einführen wolle.

Wenn man sich dieses Vorschaltgesetz ansieht, stellt man ganz klar die Tendenz fest: Es soll Geld ausgegeben werden, ohne dass eine finanzielle Deckung da ist und ohne dass wir wissen, wo wir überhaupt stehen, also ohne Grundlage des finanziellen Status des Landes. Weder der Abschluss von 2008 ist bekannt noch die entscheidenden Eckdaten für das Jahr 2009.

Die Notwendigkeit des Vorschaltgesetzes wird damit begründet, Ausgaben in beachtlicher Höhe – ich sage extra: in beachtlicher Höhe – tätigen zu können. Wenn ich von beachtlicher Höhe rede, dann muss ich hinzufügen, dass wir nicht einmal exakt wissen, welche Mittel wir mit diesem Vorschaltgesetz ausgeben. Wenn wir diesem Vorschaltgesetz zustimmen, dann wissen wir nicht, wie viele Mittel damit freigeschaufelt werden.

Es ist doch interessant, dass in diesem Vorschaltgesetz aus unserer Sicht auch ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung des Hessischen Landtags vorliegt. Nach der Geschäftsordnung muss es ein Vorblatt geben, auf dem die finanziellen Auswirkungen dieses Gesetzes dargestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Milde, Sie sagen, an dieser Geschichte werde schon monatelang sorgfältig gearbeitet. Dann kann ich doch erwarten, dass die Mindestvoraussetzungen für einen Gesetzentwurf eingehalten werden und dass hier dargestellt wird, wie die finanziellen Auswirkungen sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass zumindest an dieser Stelle nachzuarbeiten ist. Darauf werden wir bestehen. Auch wir wollen nichts verzögern. Aber wir wollen, dass in diesem Parlament die Grundlagen eingehalten werden, und dies gehört dazu.

Dieses Vorschaltgesetz ist auch notwendig – Herr Kollege Kaufmann hat hierauf hingewiesen –, weil die alte Landesregierung unwillig war, einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 vorzulegen. Ich kann es Ihnen an der Stelle nicht ersparen: Wenn Sie in Ihrer Begründung schreiben:

„Infolge der unklaren Mehrheitsverhältnisse während der 17. Legislaturperiode des Hessischen Landtags konnte der Haushaltsplan 2009 nicht rechtzeitig vor Beginn des Haushaltsjahres verabschiedet werden“, dann ist das abenteuerlich.

Meine Damen und Herren, wir konnten nicht einmal über einen Haushaltsplan beraten, weil Sie sich geweigert haben, einen entsprechenden Haushaltsentwurf vorzulegen.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Das ist abenteuerlich!)

Sie werfen einer damaligen Mehrheit etwas vor, was Sie selbst herbeigeführt haben.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wer hat das denn verursacht? Ein Jahr Stillstand geht auf Ihr Konto!)

Dieser erste Satz in der Begründung des Gesetzentwurfs ist schlicht unwahr. Ich hoffe, dass nicht auch anderes in diesem Gesetzentwurf unwahr ist.

Es war ja auch klar – jetzt kommen wir zur Beantwortung der Frage, auf welcher Grundlage wir ein solches Vorschaltgesetz mit beachtlichen finanziellen Auswirkungen beraten –, dass die Informationen, die das Finanzministerium hatte, zurückgehalten werden sollten. Es ist heute durch die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten deutlich geworden, dass die Steuereinnahmen für das Jahr 2009 um etwa 1 Milliarde € gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung sinken werden. Der Ministerpräsident hat in einem Nebensatz angedeutet, dass das Defizit im Jahre 2009 damit auf 2 Milliarden € zuläuft. Dies sind Punkte, die ich auch in der Begründung zum finanziellen Status erwartet hätte und nicht nur in Nebenbemerkungen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dass kein Haushaltsentwurf vorgelegt wurde und dass dieses Vorschaltgesetz notwendig ist, hat etwas mit Ihrem Amtsverständnis zu tun, sehr geehrter Herr Finanzminister. Wir haben feststellen müssen – und Herr Dr. Arnold hat dies ganz schmerzlich tun müssen –, dass der Finanzminister nicht amtsmüde, aber manchmal im Amt doch sehr müde ist.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Arnold (CDU): Das täuscht!)

– Das täuscht, sagt Herr Dr. Arnold. Das hoffe ich doch sehr, denn sonst hätte es einen Haushaltsentwurf gegeben, und dann wäre ein solches Vorschaltgesetz auch nicht notwendig gewesen.

Wenn man sich die Details des Vorschaltgesetzes ansieht, ist es hochinteressant, festzustellen,

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

dass neben den Dingen, die aus unserer Sicht unstrittig sind – wie z. B. dass für die EU-Programme und deren Vorfinanzierung Dinge geklärt sein, dass auch für Wohngebäude und im sozialen Wohnungsbau Bürgschaften übernommen werden und dass sogar für die Vorbereitung des Konjunkturprogramms bestimmte Mittel bereitgestellt werden müssen –, in der Begründung davon geredet wird, dass es „personelle Engpässe in einzelnen Verwaltungsbereichen“ gebe.

(Günter Rudolph (SPD): Polizei!)

– Schön wärs. – Das hätte ich gern einmal genauer gewusst. Eine Vermutung war – ich glaube, Herr Kollege

Kaufmann liegt da nicht völlig falsch –, dass nun Stellen für Staatssekretäre geschaffen werden sollen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was?)

Ich frage daher: Werden mit diesem Vorschaltgesetz auch Stellen für die Staatskanzlei geschaffen? Sollen über dieses Gesetz auch die Ministerbüros aufgeblasen werden? Das ist eine nicht uninteressante Frage, die anscheinend mit der Nebenbemerkung „personelle Engpässe in einzelnen Verwaltungsbereichen“ verschleiert werden soll.

Ich sage Ihnen gleich: Wenn es dazu kommen sollte, dass das Vorschaltgesetz am Ende dazu führt, dass in diesen Bereichen Stellen aufgeblasen werden

(Widerspruch bei der CDU)

mit der Begründung, man wolle etwas für das Konjunkturprogramm tun, dann ist das eine – sage ich einmal – Hinters-Licht-Führung des Parlaments, die wir nicht hinnehmen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Sie sagen, es sei sorgfältig gearbeitet worden. Wie viel Geld wir mit dem Vorschaltgesetz ausgeben, ist z. B. im Hochschulbereich für die einmalige Instandsetzung nicht genannt. In der Begründung ist von 75 Millionen € die Rede. Im Gesetzestext werden Sie dazu nichts finden.

Dann kommen wir dazu, dass aus unserer Sicht auch ein solches Vorschaltgesetz dem Grundsatz der Bestimmtheit nachkommen muss, was ein wesentlicher Punkt der hessischen Haushaltsordnung ist. Auch dies werden wir sicherlich nachher im Ausschuss diskutieren müssen. Deswegen auch an dieser Stelle: eine sorgfältige Beratung. Auch da wollen wir auf keinen Fall etwas verzögern. Aber wir wollen eine gesetzmäßige Beratung, die der hessischen Haushaltsordnung entspricht und die alle Vorkehrungen trifft, die notwendig sind, damit hier Recht und Gesetz eingehalten werden. In diesem Sinne sage ich Ihnen eine konstruktive, aber auch kritische Beratung auch des Vorschaltgesetzes zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann in vielem dem zustimmen, was Frank Kaufmann und Norbert Schmitt hier schon gesagt haben: Die Tatsache, dass ein ordentlicher Haushalt, der Grundlage eines solchen Gebarens wäre, nicht zustande gekommen ist, liegt nicht in der Verantwortung der Fraktionen dieses Landtages, sondern der Regierung. Dass uns Art. 140 der Hessischen Verfassung zwingt, im Grunde genommen ein sogenanntes Ermächtigungsgesetz zu beschließen, ist ein Punkt, über den wir stolpern werden.

(Holger Bellino (CDU): Was haben Sie gesagt? Das darf nicht wahr sein! Wir sind in einem freiheitlichen Parlament!)

Auch wenn wir in diesem Hause trefflich darüber streiten werden, ob der Umfang der hier kofinanzierenden In-

vestitionen des Konjunkturprogrammes II ausreichend sein wird, ob dies dem Ausmaß der Wirtschaftskrise gerecht wird oder ob dies die richtige Antwort im Sinne der verteilungspolitischen Gerechtigkeit ist, ist es ein Armutszeugnis der Landesregierung, dass das Kabinett den Haushaltsentwurf erst im Frühjahr einbringt und somit der Ausnahmezustand des Nothaushaltes zum Alltag wird.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wir als Fraktion haben bewiesen, dass wir uns inhaltlich an der Gestaltung der Landespolitik beteiligen.

(Judith Lannert (CDU): Sie haben wenig Ahnung!)

Herr Weimar, es ist aber das Mindeste, dass Sie zügig den Landeshaushalt in das Parlament einbringen, damit das Königsrecht des Parlaments nicht zum faulen Apfel wird. Dass sich dabei die in Berlin regierende Große Koalition der Konjunkturbremser hinstellt und im internationalen Maßstab minimale Investitionspakete und Steuergeschenke als Reformwerk feiern lässt, grenzt an faulen Zauber. Aber genauso heuchlerisch ist das Verhalten der Hessischen Landesregierung, die im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II im Bundesrat parteitaktische Spielchen treibt und andererseits hier schon mit zwei Gesetzentwürfen das vom Bund eingestellte Geld einkalkuliert.

Wir halten jedoch das Konjunkturpaket II der Bundesregierung für eine sozial- und konjunkturpolitische Fehlkonstruktion. Was ist das für ein Konjunkturpaket, wo Einkommensbezieher unter 10.000 € Jahresverdienst dürftige 0,15 Milliarden € an Steuern geschenkt bekommen, während dies bei Einkommensbezieher ab 53.000 € Jahresverdienst 1,45 Milliarden € sind? Was ist das für eine Wirtschaftspolitik, die gesunden, weniger gesunden und notleidenden Banken 500 Milliarden € zur Verfügung stellt, sich andererseits aber weigert, die teils verfassungswidrigen Hartz-IV-Sätze für sozial Benachteiligte zur Stärkung der Binnennachfrage um jeweils 100 € und insgesamt in Höhe von 7 Milliarden € zu erhöhen?

(Beifall bei der LINKEN)

Oder ist es gerecht, auf die knappe Regulierung von ihrem Umfang her nicht verantwortbarer und begründbarer Managergehälter zu verzichten und stattdessen immer wieder die Einführung von Mindestlöhnen in Höhe von 8,71 € wie in Frankreich zu untergraben, was allein 13 Milliarden € an zusätzlicher Massenkaufrkraft mit sich brächte?

Wir müssen feststellen, dass Ihre Politik, ob ohne oder mit regulärem Haushalt eine neoliberale Politik ist, die den Irrlehren der Vergangenheit des Marktradikalismus anhängt. Deshalb können Sie davon ausgehen, dass auch wir dieses Vorschaltgesetz grundsätzlich mit sehr viel Argwohn betrachten, da dieses Gesetz auch Ausdruck des Versagens der herrschenden Parteien ist. Gerade in Zeiten wie diesen ist eine nachhaltige, sozial gerechte und konjunkturstützende Wirtschaftspolitik zu betreiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Blum für die Fraktion der FDP.

(Günter Rudolph (SPD): Oh, jetzt Haushaltsexperte!)

Leif Blum (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Werter Herr Kollege Rudolph, die hessischen Verhältnisse der letzten Wahlperiode haben einiges Bemerkenswertes in diesem Hause zur Folge gehabt. Einer der sicherlich in der Tat zu bedauernden Umstände ist, dass es für das Jahr 2009 noch keinen verabschiedeten Haushalt gibt. Das mag man, wie es der Kollege Schmitt getan hat, dem Herrn Finanzminister ankreiden.

(Minister Karlheinz Weimar: Ich bin nicht unzufrieden! Ich finde es gut!)

Herr Kollege Schmitt, nach den Wahrnehmungen, die wir in der vergangenen Legislaturperiode machen konnten, hat das ein Stück weit auch mit Ihrem desaströsen Organisationsversagen auf dem Weg zur Macht zu tun gehabt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Fakt ist aber: Wir haben keinen Haushalt und haben deswegen als finanztechnische Handlungsgrundlage nur die vorläufige Haushaltsführung der Verfassung. Das ist deswegen ein Umstand, den wir schnellstmöglich aus der Welt schaffen müssen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Legt einen Haushalt vor!)

weil wir in schwierigen Zeiten und einem harten wirtschaftlichen Umfeld diese Regierung auch finanzpolitisch handlungsfähig machen müssen. Wir haben gerade bei der Beratung des Tagesordnungspunktes 4, des Sonderinvestitionsprogrammgesetzes, doch relativ einmütig, bei allen Unterschieden im Detail, festgestellt, dass es sinnvoll und notwendig ist, in der jetzigen schwierigen wirtschaftlichen und konjunkturellen Lage die Rahmenbedingungen und die Möglichkeiten für diese öffentlichen Investitionen in nicht unerheblichem Umfang sicherzustellen und die Weichen dafür zu stellen. Das bedingt aber eben auch, dass wir die finanztechnischen Grundlagen dafür schaffen, dass die Regierung handlungsfähig ist, dass die Regierung die Umsetzung dieses Sonderinvestitionsgesetzes vorantreiben kann und die Gelder, die wir dafür brauchen, auch verausgaben kann – auf einer rechtssicheren Grundlage. Da sind wir uns hoffentlich alle einig: Da reichen Art. 140 der Hessischen Verfassung und die Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung nicht aus. Deswegen ist es richtig – ich finde es schon erstaunlich, dass wir uns über die bloße Technik so lange unterhalten können; über nichts anderes reden wir hier –, dass wir hier die Grundlage schaffen, dass die Regierung handeln kann, und zwar auch schnell und zielgerichtet.

Abschließend sei insoweit noch gesagt: Es handelt sich hier um ein Vorschaltgesetz, also um einen Vorgriff auf den Haushalt, den wir vielleicht gemeinsam, mit Sicherheit aber mit der Gestaltungsmehrheit, die wir in diesem Parlament nun einmal haben – ob es Ihnen passt oder nicht –, auch in einem ordnungsgemäßen Verfahren noch beschließen werden. Wir werden auch versuchen, das so schnell wie möglich zu tun. An der Stelle wird das Verfahren genau so sein, wie es das Gesetz, unsere Landeshaushaltsordnung und die Geschäftsordnung vorschreiben. Das ist kein Ersatzhaushalt, der heute hier beraten und beschlossen wird, sondern es ist ein Vorgriff, um die Regierung jetzt in die Lage zu versetzen, zu handeln, der

Krise entgegenzusteuern und die Investitionen zu tätigen, die notwendig sind. Deswegen brauchen wir uns an der Stelle auch gar nicht aufzuregen, brauchen auch gar nicht das Verfahren zu kritisieren. Es wird jeder von Ihnen noch genug Möglichkeiten haben, sich im ordentlichen Haushaltsaufstellungsprozess an dieser Stelle und im Ausschuss

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

sowie an allen anderen Stellen, wo Sie wollen, zu äußern und an der Debatte zu beteiligen. Jetzt ist aber entschlossenes Handeln gefordert, sowohl bei dem Investitionsgesetz als auch beim Vorschaltgesetz für den Haushalt. Mit genau dieser Entschlossenheit werden wir diese Gesetze verabschieden – mit Ihnen oder ohne Sie.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Wintermeyer hat das Wort für ein paar Sekunden. Bitte schön.

Axel Wintermeyer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sind genau 30 Sekunden.

Herr van Ooyen, Sie haben im Zusammenhang mit dem Vorschaltgesetz im Hessischen Landtag vom Ermächtigungsgesetz gesprochen. Ich darf das für unsere Fraktion und auch für die FDP-Fraktion auf das Äußerste zurückweisen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie verlesen neuerdings Ihre Reden, weil man Ihnen seitens der Fraktion offensichtlich nicht mehr die freie Rede gestattet. Das mag sein, das ist Ihr Problem. Sie wissen aber, dass das Ermächtigungsgesetz am 23.03.1933 das Ende der deutschen Demokratie zementiert hat. Seitdem es die Bundesrepublik und das Grundgesetz in der Bundesrepublik gibt, sind Ermächtigungsgesetze ausdrücklich nicht mehr möglich. Deswegen fordere ich Sie auf, den Begriff Ermächtigungsgesetz für ein Vorschaltgesetz zum hessischen Haushalt hier und heute und jetzt zurückzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die erste Lesung dieses Gesetzesentwurfs durchgeführt worden.

Wir beschließen nun, dass wir den Gesetzesentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Haushaltsausschuss überweisen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Erste Lesung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Zwölften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge – Drucks. 18/29 –

Die Redezeit beträgt siebeneinhalb Minuten. Das Wort hat Herr Staatsminister Grüttner.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das kann man auch kürzer machen!)

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe eben den Zuruf von Herrn Kollegen Irmer gehört, man könnte das auch kürzer machen. Ich werde versuchen, dieser Anregung nachzukommen.

Die Landesregierung legt Ihnen heute das Zustimmungsgesetz zum Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag vor. Der Zwölfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist das Ergebnis eines fast zweijährigen Prozesses, mit dem ein Verfahren beendet worden ist, das der Verband Privater Rundfunk und Telemedien in Brüssel angestrengt hat, um auf der Grundlage einer neuen Definition des Auftrags der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Frage zu klären, ob Gebühren oder anderes Beihilfetatbestände berühren.

Der Zwölfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist in seiner Genese mit allen Fraktionen während der 17. Wahlperiode des Hessischen Landtags intensiv diskutiert worden. Jeder Verfahrensschritt wurde auch entsprechend dargestellt. Ich erinnere daran, dass auf der Grundlage eines noch nicht unterschriebenen, aber in den Grundzügen nicht mehr veränderten Staatsvertragsentwurfs bereits am 12. August des letzten Jahres eine umfangreiche Anhörung zu diesem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag im Hessischen Landtag stattgefunden hat.

Ich will wenigstens kurz auf drei Dinge der wesentlichen Substanz des Rundfunkänderungsstaatsvertrags, der Ihnen vorliegt, eingehen.

Erstens werden ARD und ZDF nunmehr ermächtigt, die digitalen Zusatzprogramme Eins Extra, Eins Plus und Eins Festival sowie die Programme ZDF Infokanal, ZDF Kulturkanal und ZDF Familienkanal zu veranstalten.

Zweitens ist es einer der am heißesten diskutierten Punkte gewesen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Zukunft einen Dreistufentest vor der Einführung neuer oder der Änderung bestehender Telemedienangebote im Internet durchzuführen haben. Dieser Dreistufentest muss beinhalten, inwieweit das Telemedienangebot den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen entspricht, in welchem Umfang das Angebot in qualitativer Hinsicht zum publizistischen Wettbewerb beiträgt und welcher finanzielle Aufwand für das Angebot erforderlich ist.

Nachdem der Intendant einen entsprechenden Vorschlag an den Rundfunkrat gerichtet hat, ist zukünftig der Rundfunkrat alleine Herr dieses Verfahrens. Er hat diesen Dreistufentest durchzuführen. Er kann sich dabei externer Gutachter bedienen, er muss es allerdings nicht. Nur bei den marktlichen Auswirkungen muss er sich externer Gutachter bedienen. Gleichzeitig ist eine entsprechende Transparenz dadurch herzustellen, dass alle eingegangenen Stellungnahmen und Empfehlungen und der Diskussionsprozess im Internet öffentlich zugänglich sein müssen. Insofern ist nach Ende dieses Dreistufentests der Rundfunkrat gehalten, mit einer qualifizierten Mehrheit, die im Staatsvertrag genau geregelt ist, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Als Letztes ist zu erwähnen, dass der Staatsvertrag auch grundlegende Bestimmungen für kommerzielle Tätigkeiten der Rundfunkanstalten enthält. Diese Tätigkeiten treten nun neben die Beauftragung von Rundfunk- und Telemedien. Dabei handelt es sich insbesondere um Werbung, Sponsoring, Verwertungsaktivitäten, Merchandising, Produktion für Dritte und die Vermietung von Sen-

derstandorten an Dritte. All diese Tätigkeiten dürfen nach den Brüsseler Vorgaben nur unter Marktbedingungen erbracht werden. Deshalb enthält der Staatsvertrag auch Regelungen über die Beteiligung von öffentlich-rechtlichem Rundfunk an Unternehmen sowie Regelungen über die Kontrolle dieser Beteiligungen und die Kontrolle der kommerziellen Tätigkeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Beihilfekompromiss hätte nach den Vorgaben der EU zum 1. Mai dieses Jahres umgesetzt sein müssen. Die Länder waren sich der besonderen Situation durch die Selbstauflösung des Hessischen Landtags bewusst. Wir haben bei der EU eine Fristverlängerung erreicht, sodass der Rundfunkstaatsvertrag, damit er dem Beihilfekompromiss Rechnung trägt, jetzt am 1. Juni in Kraft treten muss. Deshalb auch die Einbringung dieses Gesetzentwurfs zum heutigen Tage.

Die Landesregierung hat, um einen möglichst geringen und konzentrierten Diskussionsbedarf auszulösen, ausdrücklich darauf verzichtet, redaktionelle Änderungen, die in den einschlägigen hessischen Rechtsvorschriften notwendig sind, an dieser Stelle vorzunehmen. Unabhängig davon besteht beispielsweise im HPRG ein weiterer Regelungsbedarf. Dies wird mit einem weiteren Gesetzentwurf vorgelegt, sodass Ihnen heute nur dieses Zustimmungsgesetz in reiner Form vorgelegt wird.

Ich darf sagen, dass 16 Länderchefs – und damit unterschiedliche Farbgruppierungen in den entsprechenden Landesregierungen – diesen Staatsvertrag unterschrieben haben. Daher gehe ich davon aus, dass auch der Hessische Landtag diesem Zustimmungsgesetz Folge leisten wird. – Ich danke für die Aufmerksamkeit in weniger als sieben-einhalb Minuten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Axel Wintermeyer (CDU): Aber nur knapp!)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister, für die Einbringung. Sie hätten noch eine Minute und 47 Sekunden gehabt.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Siebel für die SPD-Fraktion.

Michael Siebel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gerade von meinem parlamentarischen Geschäftsführer gehört, dass ich auf besonderen Wunsch der CDU-Fraktion, die überhaupt die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt wollte, spreche. Deshalb will ich das auch gerne tun und diesem Wunsch nachkommen.

Herr Staatsminister, Sie haben gesagt, der Zwölfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist notwendig geworden, weil der Beihilfekompromiss zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland zum 01.06.2009 umgesetzt werden muss. Der Streit ist darum gegangen, inwieweit das nun passieren muss. Insofern ist die Formulierung, die Sie in Ihrer Begründung gewählt haben, dass sich der Gesetzentwurf auf die notwendigen Vorschriften beschränkt, nicht ganz richtig. Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass man es auch anders hätte machen können und dass insofern natürlich das, was jetzt darin steht, Ergebnis eines Kompromisses ist, wie das mit Rundfunkstaatsverträgen nun einmal der Fall ist.

Zweitens. Ich denke, es ist auch korrekt, dass wir uns heute damit befassen, weil unter anderem – der Herr Staatsminister hat es gesagt – durch die Tatsache, dass wir Neuwahlen hatten, es zu einer Verfahrensverzögerung gekommen ist und sich die Ministerpräsidenten mit der EU-Kommission darauf verständigt haben, dass das gesamte Verfahren um einen Monat nach hinten verschoben wird.

Insofern wird sich die SPD-Fraktion auch daran orientieren, dass das Verfahren in den notwendigen Zeitabläufen realisiert wird und wir die Ratifizierung durch den Hessischen Landtag am 31. Mai abgeschlossen haben werden.

Es geht bei dem Rundfunkstaatsvertrag im Kern darum, ob, in welchem Umfang und unter welchen Genehmigungsbedingungen der öffentlich-rechtliche Rundfunk Onlineaktivitäten entwickeln darf. Deshalb lassen Sie mich einige Bemerkungen zur Notwendigkeit dieser Onlineaktivitäten machen. Ich glaube, das ist der Kern dessen, was die Öffentlichkeit interessiert.

Ich will dazu die Studie „Chats, Videos und Communities“ von Günther Rager und Annika Sehl zitieren, die in einer ihrer Thesen sagen:

Um die jugendliche Zielgruppe zu erreichen, muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich auch im Internet positionieren dürfen. Dabei sind drei Aspekte zu berücksichtigen: das gesellschaftspolitische Ziel, die technische Entwicklung und die Marktsituation.

Insofern ist es, glaube ich, richtig, dass in den Verfahren, die wir gefunden haben, der gesellschaftliche Mehrwert von Onlineaktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch gegeben sein muss. Das ist die Kernthese, der wir auch, glaube ich, alle zustimmen.

Noch einmal zu dem Punkt, warum gerade Jugendliche angesprochen werden müssen: In derselben Studie wird festgestellt – das ist in anderen Studien ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger –, dass 90 % der 14- bis 29-Jährigen zu den sogenannten Onlinern gehören. Das heißt, dass diese Altersgruppe mindestens 120 Minuten am Tag online ist.

Ich glaube, wenn man diese Altersgruppe tatsächlich auch an öffentlich-rechtliche Angebote binden will, dann muss man die Entwicklungsmöglichkeiten öffentlich-rechtlichen Rundfunks zulassen. Ich halte es für richtig, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk diese Chance haben muss, junge Menschen und deren Mediengebrauch zu antizipieren und entsprechende Angebote machen zu dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich deshalb – mit freundlicher Genehmigung des Präsidenten – zwei junge Menschen zitieren, die sich im Internet in einem Forum des WDR einmal zu dieser Frage geäußert haben. Da schreibt z. B. eine junge Frau:

Ohne öffentlich-rechtlichen Rundfunk wäre Deutschland eine geistige Wüste. Es ist ein großer kultureller Schatz. In keinem anderen Land auf dieser Erde gibt es eine solche hervorragende und kompetente intellektuelle Vielfalt im Rundfunk.

Und Chris, 26, schreibt in demselben Forum:

Ich nutze tagesschau.de und wdr.de täglich, um Nachrichten zu lesen. Das kann ich tun unabhängig von der Sendezeit. Wäre dies eingeschränkt, würde ich mich als Gebührenzahler verprellt fühlen, denn

unparteiische Informationen der Öffentlich-Rechtlichen sollten im 21. Jahrhundert auch vor dem Internet nicht haltmachen müssen. Die Informationen der Privaten sind bei Weitem nicht so angenehm.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass diese beiden Statements zeigen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ganz im Sinne seines Rundfunkauftrags Qualität liefert und dies auch im Onlinebereich tut.

Der Kern des Rundfunkstaatsvertrages macht jetzt Aussagen darüber, wie lange Angebote im Netz bleiben sollen. Es geht um die Siebentageregelung, bei Sportereignissen um 24 Stunden. Ich muss Ihnen sagen: Ich persönlich halte die ganze Aufregung darüber, die wir im Vorfeld erlebt haben, auch in der von Herrn Staatsminister Grütner zitierten Anhörung, die wir dazu gemacht haben, für ein bisschen überzogen, und zwar vor einem ganz einfachen Hintergrund: Wir kennen die Realität – sehr zur Unbill mancher von uns –, dass das, was einmal im Netz war, im Netz bleiben wird und irgendwo wiederzufinden ist, sofern es für die Nutzerinnen und Nutzer auch interessant ist. Deshalb glaube ich, dass wir nach zwei Jahren über die Regelungen, die heute in diesem Staatsvertrag enthalten sind und um die wir alle so gerungen haben oder die Ministerpräsidenten mit den entsprechenden Verbänden so gerungen haben, vielleicht schon ein bisschen schmunzeln werden, was die Länge der Freischaltungen angeht.

Der wichtigere Punkt sind nach meinem Verständnis die Regelungen zur Genehmigung neuer und veränderter Dienste, die in dem berühmten Dreistufentest geprüft werden sollen. Außerdem müssen sich sämtliche bestehenden Onlineangebote einem solchen Prüfungsverfahren unterziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe den Eindruck, dass diese Regelungen teilweise überzogen sind. Insbesondere ist es ein bisschen absurd, bei schon bestehenden Angeboten jetzt diesen Dreistufentest durchführen zu müssen. Aber es muss vor dem Hintergrund des Beihilfeverfahrens wohl sein.

Ich habe ein bisschen Einblick in die Reaktionen der Rundfunkanstalten auf den jetzt bestehenden Dreistufentest. Ich habe den Eindruck, dass die Rundfunkanstalten mittlerweile gesehen haben, dass der Dreistufentest ein durchaus adäquates Instrument ist, und dass sich alle sehr wohl auf die Situation einstellen werden und auch so einstellen werden, dass die Onlineangebote dann durchaus ordentlich eingeführt werden können.

Ich fasse zusammen: Der Rundfunkstaatsvertrag sichert mit einem sicherlich komplizierten und auch ein bisschen in deutscher Manier sehr aufwendigen Verfahren die Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Onlinebereich ab. Es ist wie bei so vielen Rundfunkstaatsverträgen: Nach der Unterzeichnung durch die Ministerpräsidenten hat sich erneut gezeigt, dass im Rundfunkbereich bei Weitem nicht alles so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Axel Wintermeyer (CDU): Sie wollten doch siebeneinhalb Minuten reden!)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Frau Abg. Wolff für die Fraktion der CDU.

Karin Wolff (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Siebel, ich überlasse es Ihnen gerne, dazu beigetragen zu haben, dass es eine Debatte gibt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Wir wären ohne Aussprache einverstanden gewesen.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

Aber ich glaube, dass es doch nötig ist, heute etwas in Bewegung zu setzen, was sehr schnell auch dafür sorgen muss, dass die entsprechenden Gremien arbeitsfähig sind. Herr Kollege Siebel, Sie haben zuletzt angesprochen, dass der Dreistufentest durchaus sehr kurze Fristen vorsieht: anderthalb Jahre noch, bis das künftige, aber auch das bestehende Programm diesen Dreistufentest durchlaufen haben muss. Das untermauert für meine Begriffe auch, dass wir in diesem Hause aufgrund der Vorarbeiten in der Lage sein müssen, sehr schnell darauf zu reagieren, dass wir diesen Rundfunkänderungsstaatsvertrag recht schnell in Kraft setzen müssen, damit diese Arbeiten dann auch formell stattfinden können.

Ich denke, nach dem, was Herr Staatsminister Grüttner geschildert hat, müsste es möglich sein, auf der Basis der durchgeführten Anhörung sehr schnell in die zweite Lesung einzutreten und dies entsprechend vorzubereiten.

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat richtig, dass dieser Staatsvertrag die Präzisierung des Auftrags des öffentlichen Rundfunks im Bereich der Onlinedienste, der Telemedien vornimmt, aber auch über den Spielraum spricht, der hier entsteht und der auch wahrgenommen sein will. Es geht nicht nur um die Reglementierung – natürlich geht es auch darum, und es wird eine gewisse Bürokratisierung geben –, sondern es geht auch darum, dass entsprechende Spielräume und Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Es gibt ein hartes Limit im Bereich der Fristen der Verwendung und des Onlinestatus, aber es gibt auch dort Ausnahmen, und ich denke, es wird darauf ankommen, diese entsprechend zu dehnen. Es gibt auf der einen Seite natürlich den Versuch, den Bereich des öffentlich-rechtlichen Marktes im Verhältnis zum privaten Rundfunk zu verengen, aber es gibt auf der anderen Seite auch die Deutung dessen, was es heißt, die Sicherung von Meinungsfreiheit herzustellen und dort den Gedanken des Marktes zu öffnen und dementsprechend auch dem Öffentlich-Rechtlichen einen Spielraum zu eröffnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber ist in den Anhörungen, wie ich finde, sehr ausgiebig gesprochen worden. Ich denke, dass wir in der Lage sein müssten, dies heute und dann in der März-Sitzung zu einem Ergebnis zu führen und darüber positiv zu befinden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Abg. Dr. Wilken für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir einen tief greifenden Umbruch in der Medienlandschaft erleben und dass wir darauf reagieren müssen. Wir LINKEN wollen, dass in dieser Vielfalt der Verbreitungswege von Medieninhalten auch eine zukunftsorientierte publizistische Vielfaltsicherung garantiert wird. Dazu gehört – insoweit sind wir uns sicherlich auch einig – zwingend der öffentlich-rechtliche Rundfunk.

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk dürfen gegenüber privaten und privatwirtschaftlichen Anbietern von Medieninhalten keine Nachteile im publizistischen Wettbewerb entstehen. Wir befürchten, dass mit diesem Änderungsvertrag dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf Dauer allerdings nur noch eine Nischenexistenz in der Multimediawelt verbleiben wird.

Wir kritisieren an diesem Änderungsvertrag, dass die Öffentlich-Rechtlichen einen Einschnitt in bestehende Angebote hinnehmen müssen, wie es Herr Dr. Reitze, der Intendant des Hessischen Rundfunks, in der Anhörung in diesem Hause gesagt hat. Er hat dazu von Entmächtigung gesprochen.

Insbesondere die Siebentageregulation schnürt dem öffentlich-rechtlichen Onlineangebot die Luft ab, und es droht, dass der Öffentlich-Rechtliche eben nicht multimedial wird, sondern wie in alten Zeiten linear bleiben muss.

Wir kritisieren, dass nicht nur die Angebotsmöglichkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeschränkt werden, sondern außerdem durch aus unserer Sicht vollkommen unnötige bürokratische Hürden zur künftigen Klärung von Onlineangeboten behindert werden. Das Stichwort: Dreistufentests. Wir verstehen nicht, warum ein solch zusätzlicher, bisher so noch nie da gewesener Sach- und Zeitaufwand für alle Gremien notwendig ist; an anderen Stellen – haben wir in der Zeitung gelesen und auch heute im Haus gehört – reden Sie ja der Entbürokratisierung das Wort.

Besonders kritisch wird es aus unserer Sicht, falls die Öffentlich-Rechtlichen nach Ablauf der Fristen zum kostenlosen Abrufen von Telemedienangeboten dann genötigt werden, Gebühren zu erheben. Nicht nur, dass die Gebührenzahler mit der Rundfunkgebühr den Inhalt bereits bezahlt haben; nun sollen sie erneut zur Kasse gebeten werden. Wir bezeichnen das als eine Selbstkommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, zumindest bei den Onlineangeboten.

Ich möchte durchaus auch kurz daran erinnern, welchen Auftrag dieses Haus bereits vor 60 Jahren dem HR gegeben hat. Die Verbreitung von Nachrichten und Darbietungen bildender, unterrichtender und unterhaltender Art ist im HR-Gesetz festgeschrieben. Wir sehen nicht ein, warum dieser Auftrag im multimedialen Zeitalter nicht mehr umfassend gelten soll, warum er im Internet beschränkt werden muss. Herr Kollege Siebel, dabei geht es durchaus auch um Inhalte, die vielleicht nicht so heftig nachgefragt sind, um Meldungen, deren Bedeutung nur für einen kleineren Nutzerkreis unmittelbar einsichtig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht so, dass dieser Änderungsvertrag eine reine Umsetzung europäischer Vorgaben darstellt. Nein, es ist eine eindeutige Planübererfüllung, was die Abrufbarkeit von Sendungen und sendungsbezogenen Telemedien anbelangt, was den Dreistu-

fentest anbelangt, was den Abruf von Sendungen von Großereignissen anbelangt usw.

Meine Damen und Herren, warum sollten wir uns hier zu Handlangern machen, um das Geschäft der Verlage im Internet vor öffentlich-rechtlicher Konkurrenz zu schützen? Wir erleben doch gerade, dass durchaus nicht immer das privatwirtschaftliche Konzept das Beste zum Wohle der Bevölkerung ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion über den Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag – die Debatte hat das ja schon gezeigt – war vor allem geprägt durch die künftige Behandlung der Onlineangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das Ganze ist unter anderem auch deshalb nötig geworden, weil es den Kompromiss mit der EU-Kommission zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gab. Das möchte ich zu der Frage sagen, warum wir diese Debatte so führen, wie wir sie führen.

Wir haben schon ein grundsätzliches Verständnis dafür, dass die Privatwirtschaft darauf besteht, dass nicht mit Gebührengeld eine Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Angeboten geschaffen wird, die von Privaten auf keinen Fall aufzuholen ist. Wer weiß – als Beispiel –, wie Stadtmagazine früher vor allem von ihrem Veranstaltungskalender lebten und dass es dann ein Problem ist, wenn beispielsweise öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten solche Veranstaltungskalender sozusagen kostenlos im Internet anbieten, der hat schon ein gewisses Verständnis dafür.

Auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass die Privatwirtschaft bestimmte Angebote nur dann macht, wenn damit – auf Deutsch gesagt – Geld zu verdienen ist. Das heißt, dass sie sich immer an der Masse oder dem vermeintlichen Massengeschmack orientiert und dementsprechend die Landschaft ärmer wäre, wenn es nur noch so etwas gäbe. Ein Blick in die USA und auf den Rest von National Public Radio zeigt ziemlich genau, was damit gemeint ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Regel, dass Onlineinhalte der Öffentlich-Rechtlichen nicht von Werbung und Sponsoring begleitet werden dürfen, finden wir deshalb grundsätzlich in Ordnung. Das sage ich ausdrücklich. Problematischer sind allerdings die Regeln zum zeitlichen Verbleib der Inhalte in den Onlineangeboten. Die Siebentageregeln oder auch die 24-Stunden-Regel bei Spielen der 1. und 2. Fußball-Bundesliga sind schon genannt worden.

Ich will ausdrücklich sagen: Dieser Dreistufentest, d. h. die Überprüfung, ob erstens das Angebot den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht, zweitens, wie der qualitative Wettbewerb im Medienbereich gefördert wird, und drittens, welcher finanzielle Aufwand für das Angebot notwendig ist, birgt natürlich die Gefahr, dass das alles sehr, sehr bürokratisch wird oder auch sehr, sehr kompliziert wird, wenn man sich genau überlegt, wie ein solcher Test dann in welcher kurzen Zeit stattzufinden hat. Ich sage das auch als

Mitglied des Rundfunkrats beim HR. Das Ganze muss ja in eigener Verantwortung der Rundfunkräte gemacht werden und kann jetzt nicht mehr vom Sender selbst quasi vorbereitet werden. Das ist eine ganz schön schwierige Angelegenheit, wenn es in die Realisierung geht.

Deswegen sage ich ausdrücklich: Das, was im Rundfunkänderungsstaatsvertrag steht, ist nicht so schlimm, wie die ersten Debatten, vor allem von den Zeitungsverlegern befeuert, im Vorfeld es vermuten ließen, aber es ist natürlich auch nicht so einfach, wie es beim ersten Durchlesen scheint.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass Kollege Siebel recht hat: In einiger Zeit wird man gar nicht mehr verstehen, wie groß die Aufregung zu dem Zeitpunkt war, als darüber diskutiert wurde.

Ich glaube allerdings, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch die Chance haben muss, jüngere Menschen, die ein anderes Medienkonsumverhalten haben als der Altersdurchschnitt des Hessischen Landtags, weiterhin zu erreichen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss im Internet ein Angebot haben, das Seriosität – die ihn immer auszeichnen sollte und was auch heute nicht immer überall so ist, und zwar nicht nur im Internet, sondern vor allem im Hauptprogramm – mit Attraktivität verbindet.

Ich will Ihnen an dieser Stelle eine Geschichte erzählen, die neulich in irgendeinem Medienmagazin zu lesen war. Da ist ein Redakteur des WDR in einem Kölner Stadtbus unterwegs gewesen. Ich weiß nicht, wem von Ihnen die Sendung „Germany's Next Topmodel“ etwas sagt.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schäfer-Gümbel! – Heiterkeit)

Da hat ein gewisser Bruce Darnell eine Rolle gespielt. Dieser Bruce Darnell ist irgendwann Heidi Klum abhanden gekommen, und die ADR hat versucht, ihm im ersten Programm eine neue Heimat zu bieten.

Dieser Redakteur des WDR hat nun in einem Kölner Stadtbus das Gespräch von zwei 14-jährigen Mädchen belauscht, die sagten: „Bruce ist wieder im Fernsehen, aber nicht mehr bei Heidi, sondern in irgend so einem komischen Sender.“ Der „komische Sender“ war das Erste Deutsche Fernsehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das zeigt vielleicht, welche Probleme wir in diesem Bereich auch haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Stefan Grüttner: Die Konsequenz ist: Sie sollen Heidi holen! – Minister Jörg-Uwe Hahn: Was sagt uns das jetzt?)

– Das sagt uns, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch weiterhin über das Internet junge Leute an das Programm – ich nenne es mal so – heranführen können muss. Sonst wird das eine Einrichtung werden, deren Nutzer Jahr für Jahr ein steigendes Durchschnittsalter haben und die sich aufgrund des demografischen Wandels quasi irgendwann erledigt haben wird. Das kann in niemandes Interesse in dieser Gesellschaft sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was im Rundfunkänderungsstaatsvertrag steht, ist aus unserer Sicht nicht perfekt. Es bietet allerdings die

Möglichkeit, dass es auch nicht zu den Katastrophen kommt, die manche im Vorfeld befürchtet haben. Deswegen freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie auf die Uhr gucken und 19:27 Uhr sehen, sollten Sie sich einmal überlegen,

(Zuruf von der CDU: „Hessenschau“!)

welche Anträge von Ihnen im Vorfeld dieser Debatte auf die Tagesordnung gesetzt und mit Redezeit versehen wurden. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Rentsch für die Fraktion der FDP.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss ehrlich sagen: Wir haben lange überlegt, ob diese Aussprache notwendig ist. Aber die Botschaft des Tages ist jetzt klar: Al-Wazir ergreift Partei für Bruce Darnell – Drama, Drama, Drama! Sensationell, Herr Al-Wazir!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU – Axel Wintermeyer (CDU): Fehlt nur noch das künstliche Lachen!)

Die GRÜNEN sind wirklich in der modernen Kultur angekommen. Das ist unglaublich respektabel.

Meine Damen und Herren, einige Punkte zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Ich glaube erstens, dass das, was Kollege Al-Wazir und auch Kollege Siebel gesagt haben, richtig ist: Das Thema wird mittlerweile deutlich lockerer diskutiert, als das vor ein paar Monaten und Jahren noch der Fall war. Der Hessische Rundfunk wird auch mit diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag, Herr Kollege Wilken, ein weiterhin hervorragendes Onlineangebot präsentieren können. Deshalb ist das, was auch in der Anhörung gesagt worden ist, das werde alles ein Ende haben, falsch. Ich glaube, man kann sagen: Das, was der Hessische Rundfunk in diesem Bereich macht, ist richtig gut, und das wird es auch weiter geben. Da muss also keine Panik aufkommen.

Zweitens. In den Unterlagen der Anhörung finden Sie zwei Pole. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sagt, das sind viel zu viele Regeln. Die Privaten sage, das ist viel zu wenig. – Ich glaube, wir liegen da sehr richtig. Wir liegen nämlich genau in der Mitte. Das macht aus meiner Sicht auch die Richtigkeit dieses Rundfunkänderungsstaatsvertrages aus.

Drittens. Kollege Wilken, Sie haben gesagt – das will ich einmal definieren –, es werde irgendwann ein kostenpflichtiges Angebot geben. Das gilt nicht für den Internetbereich. Es geht darum, dass, wenn Telemedienangebote gemacht werden, die eine zusätzliche Dienstleistung sind, diese auch kostenpflichtig sein können. Das – sage ich ganz offen – finde ich richtig, wenn es nicht mehr um den ursprünglichen Bildungsauftrag des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks mit einem Informationsangebot geht, sondern wenn es ein zusätzliches Angebot ist, mit dem der öffentlich-rechtliche Rundfunk versucht, in neue Bereiche hineinzukommen. Ich glaube, da muss man differen-

zieren. Da kann man anderer Meinung sein, aber ich halte das nicht für falsch.

Deshalb: Strich drunter. Er ist ein Kompromiss. Wir versuchen hier, zwei verschiedene Pole an Meinungen zusammenzuführen. Ich finde, das kann man mittragen. Ich glaube, dass der Hessische Rundfunk auch mit diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag gut leben kann, und deshalb werden wir dem jetzt auch so zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Damit ist die Aussprache beendet, und der Gesetzentwurf ist in erster Lesung besprochen. Wir überweisen ihn vor der zweiten Lesung an den Hauptausschuss. Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8, 9 und 11 auf. **Tagesordnungspunkt 8:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Verurteilung rechter Gewalt – Drucks. 18/46 –

Tagesordnungspunkt 9:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Verurteilung rechtsextremistischer Gewalt – Drucks. 18/47 –

Tagesordnungspunkt 11:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Verurteilung von Extremismus in Hessen – Drucks. 18/49 –

Fünf Minuten Redezeit je Antragsteller in der Reihenfolge des Eingangs. Der Erste ist Herr Dr. Wilken für die Fraktion der LINKEN.

(Unruhe)

Herr Dr. Wilken, einen Augenblick noch. – Meine Damen und Herren, wenn alle ruhig sind, wirkt auch das Flüstern laut. Deswegen bitte ich, die Unterhaltungen ein bisschen zurückzuschrauben, damit wir uns hier besser verstehen. – Herr Dr. Wilken, Sie haben das Wort.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Danke. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir alle kennen die schwerwiegenden Vorgänge des vergangenen Samstags, und ich glaube Ihnen allen selbstverständlich die Betroffenheit gegenüber den unerträglichen Gewaltausbrüchen, z. B. auf der thüringischen Raststätte. Ich glaube Ihnen selbstverständlich auch die Aufrichtigkeit Ihrer Genesungswünsche gegenüber den aktuellen Opfern rechter Gewalt, die als Gewerkschafter, Antifaschistinnen und als Mitglieder unserer Partei zum Teil schwer verletzt worden sind.

Anders sieht es da schon aus, wenn es um die Einschätzung und Eindämmung rechter Gewalt geht. Herr Innenminister Bouffier, Ihre Aussage, Neonazis machten einen großen Bogen um Hessen, wurde vielfach widerlegt – so auch an diesem Wochenende, da wohl vier der rechts-extremen Tatverdächtigen aus dem Landkreis Bergstraße stammen.

Herr Bouffier, ich fordere Sie auf, die rechtsextremen Verbindungen aufzudecken und klare Konsequenzen – auch mit deren Verbot – zu ziehen. Sie müssen nun endlich Farbe bekennen, wie Sie es mit dem braunen Mob halten.

Wir fordern die Hessische Landesregierung auf, das auch in Hessen bestehende neonazistische Problem endlich einzugestehen und sofort ein Landesaktionsprogramm zu erarbeiten, um bereits bestehende Neonazistrukturen zu zerstören. Verbote allein werden hierzu nicht reichen.

(Beifall der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Wir fordern alle gesellschaftlichen Kräfte auf, dem zunehmenden öffentlichen Auftreten und Aufmarschieren rechter Gruppierungen und der damit offensichtlich verbundenen Gewalttätigkeit entgegenzutreten.

Wir fordern für dieses Engagement auch den Schutz durch die Polizei und nicht deren Behinderung. Jedes Fußballspiel und jedes Radrennen werden besser geschützt als die Gewerkschafter, Antifaschistinnen und LINKEN, die am Samstag ihr verfassungsrechtlich verbrieftes Grundrecht auf Demonstration wahrgenommen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechte und deren Schlägertruppen muss unterstützt und darf nicht konterkariert und behindert werden.

Wir begrüßen es, dass der jetzt vorliegende SPD-Antrag diesem Ansinnen folgt, und werden ihm deshalb ebenfalls zustimmen, auch wenn wir es bedauern, dass im Vorfeld ein gemeinsamer Antrag nicht möglich war. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich frage die antragstellende SPD-Fraktion, ob das Wort zur Begründung gewünscht wird. – Es liegt keine Wortmeldung vor. Dann müssen Sie sich nachher normal melden.

Ich gebe Herrn Bellino für die CDU-Fraktion das Wort.

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Selbstverständlich verurteilen wir die feigen Übergriffe im Zusammenhang mit der bereits angesprochenen Demonstration in Dresden bzw. auf dem Heimweg genauso wie vergleichbare Vorgänge in der Vergangenheit. Wir wünschen selbstverständlich den Betroffenen hier, aber auch allen anderen, die solchen oder anderen Gewalttaten zum Opfer fielen, baldige und vor allen Dingen vollständige Genesung.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Brutale Angriffe auf das Leben und die Gesundheit werden und wurden von uns genauso verurteilt wie politische Agitation, Demagogie und Hetze, deren Ziel es ist, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung aus den Angeln zu heben oder Menschen in die Irre zu leiten. Denn häufig sind dies ja die oder zumindest eine der Ursachen dafür, dass es solche brutalen Übergriffe geben kann.

Selbstverständlich ist für uns auch, dass wir – wie in der Vergangenheit – auch in Zukunft konsequent und un-

nachgiebig rechtsextreme Bestrebungen und Straftaten verfolgen. Wir in der Politik haben dafür die Rahmenbedingungen zu setzen, und ich glaube, wir haben da in Hessen Vorbildliches geleistet.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Polizei und Verfassungsschutz haben in ihrer täglichen Arbeit für die vernünftige und angemessene Umsetzung zu sorgen und tun dies auch, wie wir wissen, mit Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Gegen extremistische Gewalt von rechts und links muss auch in Zukunft entschieden vorgegangen werden – nicht einmal am Tag, sondern jeden Tag und zu jeder Zeit und nicht nur dadurch, dass man ein intelligentes, ein zeitgemäßes Programm auflegt, sondern dass man diese Programme auch immer wieder modifiziert, weil sich unsere Gegner auch entsprechend anders aufstellen; man muss nur die Weiterentwicklung der Technik beobachten.

Wir sehen auf diesem Gebiet einen Dreiklang. Zum einen haben wir immer wieder aufzuklären und zu informieren. Zum Zweiten haben wir zu motivieren – motivieren hinzusehen, aber gegebenenfalls auch auszusteigen, wenn Betroffene dies hoffentlich wollen. Zum Dritten haben wir dann, wenn das andere versagt hat, die entsprechenden Mittel einzusetzen, damit sanktioniert werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erfreulich ist – das darf man in diesem Zusammenhang auch sagen; ich sage bewusst „auch“ –, dass wir in Hessen entgegen dem Bundestrend einen Rückgang der rechtsextremen Straftaten haben. 1999 waren es bedauerlicherweise noch 1.359; jetzt sind es immer noch – aber deutlich weniger – 766. Das ist eine Reduzierung um 43 %. Das sagen wir nicht, um uns zurückzulehnen oder zufrieden zu sein, sondern wir sagen dies auch, um zu verdeutlichen, dass der Dreiklang, von dem ich eben sprach, beispielsweise Programme wie „Wölfe im Schafspelz“, IKARUS oder das neue Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus, erfreulicherweise wirkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das wieder einmal angesprochene Verbot der NPD muss sachlich diskutiert werden. Wir halten es aber nach wie vor für untauglich. Denn wir befürchten, dass die Folge des abermaligen Scheiterns eines Verbotsantrags eine Aufwertung sein könnte. Wir wissen aus den Berichten der Polizei und des Verfassungsschutzes, aber auch durch die Zeitungslektüre, dass zum großen Teil gerade die Neonazis und Kameradschaften für diese Straftaten verantwortlich sind, deren Tun wir durch ein entsprechendes Verbot leider nicht unterbinden können.

Hessen war und wird auch in Zukunft vorbildlich im Kampf gegen jene sein, die die Demokratie ersetzen wollen und/oder andere Menschen geistig und körperlich misshandeln oder missbrauchen wollen. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Frömmrich für die Fraktion der GRÜNEN.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir die rechtsextremistischen Gewalttaten vom vergangenen Wochenende verurteilen. Auf der Raststätte in Thüringen wurden Demonstranten brutal überfallen und zum Teil schwer verletzt. Ich bin mir sicher, dass alle Mitglieder dieses Hauses diese abscheuliche Gewalttat verurteilen und darauf vertrauen, dass diese rechtsextremistischen Straftäter von der Polizei ermittelt und von den Gerichten für ihre Taten mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wünschen denen, die verletzt wurden, eine baldige Genesung, und wir wünschen ihnen, dass sie hoffentlich keine bleibenden Schäden davontragen werden. Ich glaube auch, dass sich diejenigen, die dort verletzt wurden, darauf verlassen müssen, dass dieser Staat handlungsfähig ist und dass er diejenigen, die diese Straftaten begangen haben, mit aller Schärfe des Gesetzes verfolgt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wir haben drei verschiedene Anträge zu diesem Themenkomplex heute vorliegen. In allen Anträgen stehen richtige und durchaus zutreffende Punkte. Ich meine, dass sich dieser Landtag einer wichtigen Chance beraubt, nämlich der Chance, dass wir zu einem Thema, das zutiefst sensibel ist und das auch in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit findet, einen Entschließungsantrag vorlegen, den alle Fraktionen dieses Hauses tragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Thomas Spies (SPD): Ihr wolltet doch nicht!)

Ich glaube, dass wir diesen Versuch trotzdem noch unternehmen sollten. Ich beantrage für meine Fraktion, dass wir alle drei Anträge an den zuständigen Innenausschuss überweisen, um zu zeigen, dass wir, wenn solche Straftaten passieren, im Hessischen Landtag nicht nur darüber debattieren, sondern dass wir als Abgeordnete auch gemeinsam gegen solche Straftaten vorgehen und in der Lage sind, ein Signal nach außen zu senden. Das würde diesem Landtag gut anstehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Bei all dem, was Richtiges in den Anträgen steht, sollte man sich davor hüten, das kleinzureden, was durchaus an Positivem im Lande Hessen gelaufen ist. Ich glaube, dass auch die Fraktion DIE LINKE anerkennen sollte, dass es in diesem Lande durchaus Strukturen gibt, die gut funktionieren und die wichtig sind, um rechtsextremen Gewalttaten zu begegnen, z. B. das Netzwerk gegen Gewalt, „Wölfe im Schafspelz“, Ausstiegshilfen oder mobile Interventionen. Ich habe kein Problem damit, anzuerkennen, dass wir im Lande Hessen Strukturen haben, die gegen diese rechtsextremen Straftaten und rechtsextreme Gewalt vorgehen. Ich glaube aber, dass wir uns auf dem Erreichten nicht ausruhen dürfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Ich glaube auch, dass man mit dem Verweis auf kriminalstatistische Zahlen – der Kollege Bellino hat das gerade getan; ich habe die neueste Kriminalstatistik vorliegen –

durchaus sagen kann, dass die rechtsextremistischen Straftaten in Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern auf einem niedrigeren Niveau sind. Wenn wir das verfolgen: 2004 waren es noch 620 Straftaten, 2005 702, 2006 825, 2007 865, und in diesem Jahr haben wir eine Verminderung. Wir können zwar sagen, wir haben ein niedriges Niveau erreicht. Aber die Straftaten, die an diesem Wochenende passiert sind, und die Straftaten, die im letzten Jahr passiert sind, zeigen doch, dass wir immer noch ein Problem in diesem Lande haben und dass man sich nicht auf diesen Zahlen ausruhen sollte, sondern dass wir gemeinsam schauen sollten, wie wir diese Problematik in den Griff bekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir in der 16. Wahlperiode eine sehr interessante Anhörung durchgeführt haben. Die SPD-Fraktion hatte seinerzeit dankenswerterweise eine sehr interessante Große Anfrage zu diesem Themenkomplex gestellt, auf die das Innenministerium sehr umfangreich geantwortet hat. Wenn man sich durchliest, was die Expertinnen und Experten seinerzeit gesagt haben, so muss man doch sehen, dass wir im Bereich des Repressiven eine ganze Menge tun. Aber ich glaube, dass wir im Bereich des Präventiven noch eine ganze Menge zu tun haben und dass da noch viele Aufgaben auf uns warten, insbesondere die Fragen: Wie gehen wir in der außerschulischen Jugendbildung mit diesem Thema um? Wie führen wir Jugendliche an dieses Thema heran? Wie bringen wir dieses Thema in Schulen? Wie machen wir Jugendliche stark gegen solche rechtsextremistische Tendenzen?

Darauf sollten wir ein Augenmerk richten, und an diesem Punkt sollten wir weiterarbeiten. Wir sollten die Landesregierung auffordern, diese Anhörung wirklich ernst zu nehmen und das, was die Expertinnen und Experten dort vorgeschlagen haben, in die Tat umzusetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bin gleich fertig, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einmal mein Appell an uns alle: Wir haben viele Möglichkeiten, uns in diesem Hause über ganz verschiedene Punkte kontrovers auseinanderzusetzen und zu streiten. Da, wo es darum geht, diese Demokratie zu schützen und Menschen vor rechtsextremistischen Gewalttaten zu schützen, und wo sich dieser Landtag auch nach außen verhält, glaube ich, dass es uns als Landtag gut anstehen würde, eine gemeinsame Haltung einzunehmen. Deswegen bitte ich Sie, diese Anträge an den Innenausschuss zu überweisen, damit wir als Landtag eine gemeinsame Stellungnahme abgeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Greilich für die Fraktion der FDP.

Wolfgang Greilich (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist alles andere als eine Pflichtübung, wenn auch ich hier erkläre, wie sehr ich am Wochenende betroffen war, als ich von diesem Überfall und von der schweren Verletzung eines der Opfer gehört habe. Auch wir können uns nur den Genesungswünschen anschließen. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen; es ist von allen gesagt worden. Darin sind wir uns immerhin einig. Es wäre schön – Herr Kollege Frömmrich, da bin ich bei Ihnen, und deswegen stimmen wir auch der Überweisung an den Ausschuss zu –, wenn es uns gelingen würde, eine gemeinsame Position auch im Übrigen zu dieser Frage zu finden. Das wäre eine wichtige Botschaft aus dem Hessischen Landtag an die hessischen Bürgerinnen und Bürger.

Meine Damen und Herren, wir dürfen dabei nicht aus dem Auge verlieren, um was es eigentlich geht. Wir müssten den Blick ein bisschen auf die Fakten gerichtet halten. Wir reden über einen Vorfall, der sich nicht in Hessen, sondern in Thüringen ereignet hat. Es hat auch einen Grund, warum er sich in Thüringen ereignet hat: Er hätte sich in Hessen in dieser Art und Weise nämlich nicht ereignen können. Dass es auch in Hessen Fälle rechtsextremer Gewalt gibt, schlimme Übergriffe, wissen wir; darüber haben wir schon in der letzten Wahlperiode diskutiert. Aber genau diesen Vorfall hätte es in Hessen nicht gegeben, weil die hessische Polizei – das muss man noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen – ihre Aufgaben erfüllt und dafür sorgt, dass rechtsextreme Gewalt, wo immer man sie im Vorfeld erkennen kann, keine Chance hat, sich zu entwickeln. Beispielsweise werden solche Busse grundsätzlich begleitet, wenn sie durch Hessen fahren. Das ist eine vernünftige Maßnahme.

Ich will jetzt nichts über die hessische Situation insgesamt sagen. Das haben verschiedene Vorredner schon getan. Wir haben eine hervorragende Bilanz zu verzeichnen, die wir der sehr konsequenten Polizeiarbeit zu verdanken haben, aber auch – das müssen wir hier betonen – der sehr konsequenten Arbeit unseres Verfassungsschutzes, der es überhaupt erst ermöglicht, dass wir rechtsextreme Strukturen rechtzeitig erkennen und entsprechend tätig werden können.

Ich will deswegen den Schwerpunkt meiner Ausführungen auf den letzten Punkt unseres Antrags legen, den wir gemeinsam mit der CDU eingebracht haben. Es macht keinen Sinn, die Augen zu verschließen und mit scheinbaren Lösungen, mit Scheinlösungen an die Öffentlichkeit zu gehen und zu meinen, mit einem Verbot der NPD sei irgendetwas besser, sei irgendein Problem gelöst.

Meine Damen und Herren, wer sich ernsthaft mit dem Thema beschäftigt und sich genau anschaut, was dort passiert, der weiß, dass damit überhaupt kein Problem gelöst ist. Im Gegenteil, wir würden erleben, dass die Strukturen noch sehr viel weniger erkennbar wären, sehr viel weniger beobachtet und durchdrungen werden könnte, als es zurzeit der Fall ist.

Im Übrigen ist es so – das ist der Tatbestand, mit dem wir es auch hier zu tun haben –, dass rechtsextreme Gewalt keineswegs in dem Maße von organisierten Gruppen, sondern insbesondere von nicht organisierten Gruppen ausgeht. Das war bei dem Vorfall im Schwalm-Eder-Kreis und auch jetzt wieder der Fall. Es geht hier nicht um NPD-Strukturen. Diese Strukturen zerschlagen Sie nicht mit der Schimäre eines NPD-Verbots. Lassen Sie mich mit aller Deutlichkeit sagen: Wer dies behauptet, der streut den

Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen und verstellt damit den Blick auf die Lösung des Problems.

Auf „Spiegel online“ habe ich folgendes Zitat gelesen: „Wer sich weiterhin gegen das Verbot sperrt“ – das tue ich, also beziehe ich den Vorwurf, der folgt, auf mich – „nimmt schwere Körperverletzung, Angriffe auf Leib und Leben, bis hin zum Mord, in Kauf.“ Das muss ich mir in aller Form verbitten. Es ist eine Unverschämtheit, solches zu unterstellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn diese Unverschämtheit aus den Reihen der Linkspartei käme, dann würde man sagen: „Na ja, mit etwas anderem haben wir nicht gerechnet“, aber das Dumme ist, das hat der Landesvorsitzende des DGB in Hessen, Stefan Körzell, gesagt. Seine Aussage muss man in aller Deutlichkeit zurückweisen.

Ein letzter Punkt in dem Zusammenhang. Ich habe in Vorbereitung auf diese Debatte eine Pressemitteilung von Herrn Schaus gelesen. Manchmal sind die ganz erhellend.

(Zuruf von der CDU: Was?)

– Es erhellt ein wenig, wie es dort in den Köpfen aussieht.
– In der Pressemitteilung wird natürlich die Forderung nach einem Verbot der NPD erhoben. Als Erstes kommt aber die Forderung, die neue Landesregierung solle sich endlich für den Abzug aller V-Leute des Verfassungsschutzes aus der NPD einsetzen. Meine Damen und Herren, wir machen uns nicht blind. Wir machen uns auf dem rechten Auge nicht blind, genauso wie wir uns auf dem linken Auge nicht blind gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die notwendige Arbeit zum Schutze unserer Verfassung hat unsere volle Unterstützung und wird fortgesetzt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Faeser.

Nancy Faeser (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem ich dem sehr geschätzten Kollegen Frömmrich und dem Kollegen Greilich zugehört habe, bin ich ein wenig überrascht. Die SPD-Fraktion hat Ihnen gestern ein Angebot zu einem gemeinsamen Antrag gemacht. Wer hat nicht zugestimmt, wer hat mit uns keinen gemeinsamen Antrag gemacht? Das sind Sie. Sie stellen sich aber jetzt hierhin und sagen, es wäre dem Thema angemessen gewesen, einen gemeinsamen Antrag zu machen. Meine Damen und Herren, bleiben Sie redlich. Sagen Sie, was Ihnen an unserer Vorlage nicht gepasst hat, aber tun Sie nicht so, als ob es von uns keinen Vorschlag gegeben hätte oder der Vorschlag nur von Ihnen gekommen wäre.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der FDP)

Auch wir verurteilen die Vorkommnisse vom Wochenende aufs Schärfste. Auch wir möchten von dieser Stelle aus unsere herzlichsten Genesungswünsche – insbesondere an den 43-jährigen Gewerkschafter, der schwerste

Kopfverletzungen erlitten hat – senden und alles Gute wünschen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU, der FDP, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Dass ausgerechnet die Menschen aus Hessen, die die Zivilcourage und den Mut hatten, nach Dresden zu fahren und sich dem größten Neonazi-Aufmarsch, den es in der neueren Geschichte der Bundesrepublik gab, entgegenzustellen, jetzt Opfer geworden sind, ist besonders tragisch. Die Gegendemonstration war zum Glück sehr gut besucht. Es waren rund 10.000 Gegendemonstranten an der „Aktion Gedenken“ in Dresden beteiligt. Der Aufruf wurde von sehr prominenten Menschen unterstützt, unter anderem vom ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Ich muss an dieser Stelle leider sagen – da teile ich die Auffassung von DGB-Chef Michael Sommer –: Es wäre schön gewesen, wenn auch Vertreter der CDU- und der SPD-Landesspitze dort gewesen wären.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die DGB-Mitglieder aus Hessen und andere Nazigeegner, die an dieser friedlichen Gegenaktion teilgenommen haben, sollten uns allen ein Vorbild sein. Leider wurden die Opfer der furchtbaren Taten im Internet auch noch verhöhnt, was ich besonders tragisch finde. Das zeigt, wie dringlich die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Bekämpfung des Rechtsextremismus ist. Das zeigt auch, warum es für uns im hessischen Parlament so wichtig ist, heute über dieses Thema zu reden und zu erkennen – da sollten sich alle an die eigene Nase fassen –, dass wir auch in Hessen ein Problem mit dem Rechtsextremismus haben. Die Opfer waren aus Hessen, und die Täter, wie wir inzwischen wissen, kommen leider wahrscheinlich aus dem Kreis Bergstraße.

Der Rechtsextremismus bedroht unsere Demokratie. Er zeichnet sich durch die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, durch Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus, Antisemitismus und eine Verharmlosung des Nationalsozialismus aus.

Eine Studie der Friederich-Ebert-Stiftung aus dem letzten Jahr hat ein Ergebnis erbracht, das uns alle nachdenklich stimmen muss. Nach dieser Studie aus dem Jahr 2008 bejahen 18,2 % der Westdeutschen Ausländerfeindlichkeit. Sie sagen: Ja, das sehen wir auch so; die haben hier nichts zu suchen. – Im Osten sind es sogar 32,6 %. In Hessen sagen das immerhin alarmierende 25,1 % der Befragten. Spätestens diese Studie zeigt uns, dass wir hier Handlungsbedarf haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die Rechtsextremen stellen sich gegen die wesentlichen Elemente der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Deshalb muss es unsere gemeinschaftliche Aufgabe, das Ziel aller demokratischen Parteien sein – das haben auch Sie heute gesagt –, dafür zu kämpfen, dass der Rechtsextremismus in diesem Lande nie mehr eine Chance hat.

Jetzt komme ich zu Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP. Es ist eben nicht damit getan, bei diesem sensiblen Thema auf Ihre Erfolge in Hessen zu verweisen. Ja, wir haben sehr gute Projekte. Es gibt IKARus, das Ausstiegsprogramm, es gibt das Netzwerk gegen Gewalt – alles Projekte, die gut arbeiten und die wir

unterstützen. Das scheint aber noch nicht auszureichen. Deshalb reicht es auch nicht, diese Programme in einen Antrag hineinzuschreiben.

Es ist zwar so, dass die Zahl rechtsextremer Delikte in Hessen rückläufig ist, aber wer die polizeiliche Kriminalstatistik genau gelesen hat, der hat leider auch gelesen, dass die Hemmschwelle der Angehörigen rechtsextremer Gruppen enorm gesunken und ihre Gewaltbereitschaft extrem gestiegen ist. Auch das gehört zur Wahrheit und muss heute benannt werden.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Nancy Faeser (SPD):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Ich weise noch auf den letzten Punkt hin: Ein NPD-Verbot mit einem Antrag in einer Fünfminutendebatte zu thematisieren, ist schlicht unangemessen. Man kann in einer Fünfminutendebatte nicht über das Für und Wider des Verbietens einer nicht demokratischen Partei diskutieren. Das wissen Sie auch ganz genau. Deswegen ist es sicherlich gut, dass wir im Ausschuss noch einmal darüber beraten.

Aber das ist nicht der richtige Umgang mit diesem Thema. Bei einem NPD-Verbot muss man sicherlich noch einmal überprüfen, wie weit diese Partei gegen die Demokratie verstößt und in welchem Ausmaß sie von öffentlichen Mitteln gefördert wird. Das bedarf einer genaueren Auseinandersetzung.

Ich möchte zum Schluss darauf verweisen, dass unsere Anstrengungen, vor allem bei der Prävention, in alle gesellschaftlichen Richtungen gehen müssen. Wir müssen in Hessen noch sehr viele Hausaufgaben erledigen. Dazu fordere ich Sie alle auf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich für die Landesregierung deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir Gewalttaten ganz generell und insbesondere die vom vergangenen Wochenende verabscheuen. Unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gelten den Verletzten und den Opfern. Das muss immer gelten; denn jedes Opfer ist eines zu viel.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Ich will mich zunächst bemühen, das, was uns offensichtlich gemeinsam ist, in den Vordergrund zu rücken. Keine Form von Gewalt hat in einem demokratischen Staat Platz. Jede Form von Gewalt muss angemessen bekämpft werden, sowohl präventiv als auch repressiv.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt für alle Formen des Extremismus. Wir sind gemeinsam erfolgreich, wenn wir nicht anfangen, zu relati-

vieren und zwischen den einen und den anderen zu unterscheiden, zumal die Opfer recht wenig davon haben, wenn wir relativieren.

Das will ich sehr deutlich sagen: Von mir werden Sie nie die Behauptung gehört haben, dass wir in Hessen keine Probleme hätten. Das kann niemand mit Sinn und Verstand behaupten.

Aber ich will deutlich machen, dass wir in Hessen, gemessen an der Lage in allen anderen Bundesländern, eine Situation haben, um die uns alle anderen Bundesländer beneiden. In keinem anderen Bundesland gibt es so wenige rechtsextremistische Straftaten wie in Hessen. In keinem anderen Land ist der Anteil der Gewaltexzessstrafaten von rechts so gering wie in Hessen. Das ist nicht nur einmal festgestellt worden, sondern das ist kontinuierlich so.

In keinem anderen Land ist es gelungen – Stichwort: Prävention; wenn es um die spannende Frage geht, was man konkret tun kann –, junge Menschen daran zu hindern, dass sie über eine bestimmte Musik in die Szene geraten. Damit sind Musikfestivals von Neonazis und von anderen gemeint. Nur in Hessen hat es, z. B. im vergangenen Jahr, kein einziges dieser Konzerte gegeben.

Das sind die Fakten. Niemand, der Sinn und Verstand hat, kann sich zurücklehnen und sagen: Prima, unsere Arbeit ist erledigt. – Aber ich werbe dafür, dass wir nicht versuchen, die Erfolge kleinzureden und die Aufgaben großzureden. Das nützt der Sache nichts.

Diejenigen, die diese Aufgaben erledigen und an die ich diesen Dank ausdrücklich weitergebe – das war hier übereinstimmend anerkannt –, finden es gut, dass das Parlament diese Erfolge anerkennt, und fühlen sich dadurch ermutigt. Es gibt z. B. das Ausstiegsprogramm IKARUS. Aber es ist nicht nur IKARUS zu nennen: Es gibt die mobilen Beratungsteams, die mobilen Präventionsteams und die „Wölfe im Schafspelz“.

Ich habe gehört, wir sollen in den Schulen etwas machen. Seit sechs Jahren sind wir in den Schulen unterwegs. Hessen ist das erste Bundesland, das ein umfassendes Präventionskonzept gegen Rechtsextremismus aufgelegt hat, mit einer ganzen Fülle von Maßnahmen, die ich aus Zeitgründen jetzt nicht alle darstellen will. Einige Kollegen kennen das auch.

Oder das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus: Das gibt es – korrekt – nur in Hessen. Die Tatsache, dass wir den Verfassungsschutz dort intensiv einsetzen – aus meiner Sicht dürfen wir die V-Leute auf gar keinen Fall zurückziehen –, ist eine Begründung dafür, dass wir bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus so erfolgreich sind.

Meine Damen und Herren, ich werbe dafür, dass wir keine Scheindebatte führen. Ich werbe auch sehr dafür, dass wir die Debatten nicht reflexartig führen. Wenn irgendetwas passiert, kommen immer die gleichen Forderungen und Reflexe. Das nützt in der Sache gar nichts.

Extremistische Einstellungen sowie menschenverachtende Handlungen und Einstellungen kann man nicht wegbeschießen, sondern es bedarf einer kontinuierlichen, langfristigen und sehr intensiven Arbeit. Sie ist präventiv, und sie muss auch repressiv sein. Sie ist immer dann besonders gut, wenn wir uns den Fakten nicht nur nähern, sondern sie direkt zur Grundlage unserer Arbeit machen.

Ich will Sie über zwei Punkte unterrichten. Die Tatsache, dass wir in Hessen eine Situation haben, um die uns alle

anderen Bundesländer beneiden – ich hoffe mit Ihnen, dass wir das halten können –, hat unter anderem eine Konsequenz, die in diesem Haus gelegentlich Gegenstand kritischer Diskussionen war. Herr Kollege Rudolph kennt das.

Man überlegt es sich als Minister sehr gut, ob man am Wochenende 700 Polizeibeamte einsetzt, um zu verhindern, dass in einer kleinen Gemeinde, wie z. B. in Gladenbach, national befreite Zonen entstehen. Dafür ist im Internet bundesweit geworben worden. Nachher sind von der einen Sorte 30 gekommen und von der anderen Sorte, der Antifa, 27, glaube ich. Aber die 700 Polizisten waren alle anwesend. Deren Wochenende war kaputt. Ich weiß das, und ich habe von der Gewerkschaft der Polizei teilweise sehr kritische Fragen dazu bekommen.

Ich habe mich immer wieder dazu bekannt – ich denke, dass ich das so beibehalte –, dass es in unserem Land keine national befreiten Zonen gibt. Es muss dabei bleiben, dass wir immer in der Lage sind, den Extremisten Grenzen aufzuzeigen. Das kostet Personal und Geld, und das geht auf die Knochen der Mitarbeiter; das weiß ich auch. Aber wir können gemeinsam sagen: Wir können stolz darauf sein, dass in den letzten zehn Jahren in Hessen niemand durch das Dorf gejagt, zusammengeschlagen oder niedergestochen worden ist – was auch immer.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Edersee! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Nein, das am Edersee war eine ganz andere Geschichte, und das werden Sie auch nie verhindern können. – Das ist für uns ein Anlass, uns auch in Zukunft größte Mühe zu geben. Das werden wir auch machen. Trotzdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, wir werden nie und nimmer garantieren können, dass nicht irgendwo irgendetwas passiert.

Lassen Sie mich deshalb zum Schluss das Haus über den Sachverhalt unterrichten: Wir diskutieren im Hessischen Landtag über etwas, was sich in Thüringen abgespielt hat. Wir wissen, dass es dort einen mit 41 Personen besetzten Bus gab, der – aus Gründen, die ich hier nicht zu bewerten habe – erst im Nachhinein von der Polizei aufgesucht wurde. Von diesen 41 Personen haben vier ihren Wohnsitz in Schweden. 13 Personen haben ihren Wohnsitz in Hessen. Die anderen haben ihren Wohnsitz im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Bayern. Bei einigen ist der Wohnsitz noch ungeklärt.

Von den 13 Personen, die ihren Wohnsitz in Hessen haben, sind acht polizeilich bekannt. Zur Stunde wissen wir nicht, ob einer von denen irgendetwas gemacht hat und, wenn ja, was. Das werden die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen klären müssen.

Niemand, der sich das ganz nüchtern anschaut, wird mit Sinn und Verstand fordern können, dass wir jemanden, der in Hessen seinen Wohnsitz hat und jenseits unserer Grenzen ein schreckliches Fehlverhalten zeigt, vorher daran hindern. Niemand kann das garantieren. Wenn hier jemand eine Idee hat, soll er es sagen; ich nehme die herzlich gern auf. Ich denke, wir werden im Ausschuss noch weiter darüber beraten.

Ich begrüße es also, dass wir weiter darüber diskutieren. Aber ich bitte Sie herzlich: Dieses Thema eignet sich nicht für reflexartige Meldungen. Der Rechtsextremismus ist wie jeder Extremismus. Er ist nicht nur verwerflich, sondern er zeichnet sich in der Regel auch durch eine be-

achtliche Dummheit aus und dadurch, dass es sich um Menschen handelt, die wir mit den normalen Möglichkeiten unserer politischen Aufklärung kaum erreichen.

Deshalb werbe ich für eine möglichst breite Gemeinsamkeit, einen langen Atem und dafür, das, was sich bewährt hat, anzuerkennen und dort, wo noch Aufgaben übrig bleiben, als Demokraten entschlossen anzutreten. So verstanden sehe ich das, worüber wir heute diskutieren, als Auftrag, aber auch als Ermutigung, eine erfolgreiche Politik fortzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es gibt den Antrag des Kollegen Frömmrich, alle drei Anträge – obwohl es Entschließungsanträge sind – an den Ausschuss zu überweisen. Ist das bei den Fraktionen Konsens? – Dann stelle ich fest, das Haus ist damit einverstanden, dass alle drei Anträge zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überwiesen werden. Das ist so beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die Ausschüsse sind eingeladen.

Ich bedanke mich herzlich. Wir treffen uns Anfang März wieder. Auf Wiedersehen.

(Schluss: 20:10 Uhr)